

7/8

1967 · FRANKFURTER  
STUDENTENZEITUNG  
17. JAHRG. NOV./DEZ.

Preis 1.- DM Studenten 30 Pf

# DISKUS

## Faschistische Methoden

Professor Spuler (Hamburg) u. a.: „Ihr gehört alle ins Konzentrationslager.“

Traditionell projiziert man den Faschismus in die antifaschistischen Kritiker; erinnert man sich, daß vor Jahren schon ein Dufhues die Gruppe 47 als Reichsschrifttumskammer beschimpft hat, erinnert man sich, daß ein H. v. Brentano Brecht unterstellte, das Horst-Wessel-Lied habe auch von ihm stammen können. Heute geht der Vorwurf an studentische Demonstranten, sie bedienten sich faschistischer Methoden, verhielten sich wie SA-Rollkommandos und dergleichen, immer leichter von der Zunge. Auf der Buchmesse vereinigte sich das Haus Springer mit seinen liberalen Kritikern. Von der ZEIT über die Frankfurter Rundschau bis zu den originären Springerprodukten denunzierte man die Antispringerdemonstrationen als faschistisch. Ohne Theorie, wie sie noch den Habermas'schen Faschismusverdacht auszeichnete, soll diese Kennzeichnung eine politische Bewegung treffen, die, weil sie gesellschaftliche Veränderung wie die Enteignung Springers in provokativen Aktionen fordert, zunehmend politische Resonanz findet.

Die außerparlamentarische Linke wird so begrifflich von der NPD nicht mehr unterschieden, deren bedrohliche Fortschritte zudem noch auf ihr Konto gehen sollen. Daß die Radikalen von links und rechts sich gegenseitig in die Hände arbeiteten, indem sie die Demokratie der Mitte angriffen, läßt die traumatischen Erfahrungen der Weimarer Zeit wiederaufleben. Die Totalitarismustheorie reaktiviert Angst vor dem Untergang im Chaos der Politik und stützt die Versuche des Parteienstaats ab, sich gegen jede politische Unruhe durch Notstandsgesetze zu sichern.

Pathologische Angst vor politischen Bewegungen, die aus dem gesellschaftlichen Dunkel und dem Dunkel der eigenen unterdrückten Wünsche kommen, ist der emotionale und politische Lernerfolg aus der Machtergreifung des Faschismus. Der bürgerliche Staat, der in der Weimarer Republik zu schwach war, um den organisierten Faschismus unter dem Daumen zu halten, identifiziert heute demonstrierende Radikalität, die „auf der Straße“ Politik macht als faschistischen Mob, weil auch die Faschisten von der Straße kamen. Als die Dunlop-Arbeiter in Hanau den Streik nicht nur beschlossen, sondern auch durchführten, sprach Werksdirektor Schneider gleich von der Herrschaft des Mobs. Was heute auf der Straße demonstriert oder Veranstaltungen stört, bricht für das herrschende unpolitische Bewußtsein genauso von außen in das ruhige bürgerliche Leben ein wie die Nazis auch. Gesellschaftliche Unruhe jeder Art ruft die Erfahrung des Untergangs in der Barbarei wach, in deren Ordnung, Ruhe und Sauberkeit man sich nur am Anfang hat wohlfühlen können. Da stört es nicht, daß die Analogie nur mit Gewalt hergestellt werden kann, gleichsam in intellektueller Illegalität.

Den Begriff des Terrors konnte man auf eine SA anwenden, die sich mit physischer Gewalt gegen Opponenten durchsetzte. Vom Terror einer Minderheit zu sprechen, die Veranstaltungen gewaltlos stört, in denen man die gesteuerte technologische Brutalität in Vietnam rechtfertigt, ist Verschleierung und Drohung zugleich: gegen faschistische Terroristen darf man selbst terroristisch vorgehen.

„Unter der Maske des Antifaschismus“ wird so der „herrschaftspolitische Kern des Faschismus“ (W. F. Haug) beibehalten. Am klassischen Faschismus hat vor allem die irrationale Konsequenz des Vernichtungswillens und die kulturlöse Methode das Bürgertum gestört, wenn gleich es die Unterdrückung der Arbeiterschaft und ihrer Organisationen durchaus billigte. Heute sichert es sich nicht mehr mit Hilfe der Faschisten, sondern mit eigenen, „zivilisierten“, jedoch immer noch autoritären Mitteln ab. Der Faschismus wird nur als eine falsche Methode der Herrschaftssicherung begriffen, die man billig verurteilen kann, ohne seine In-

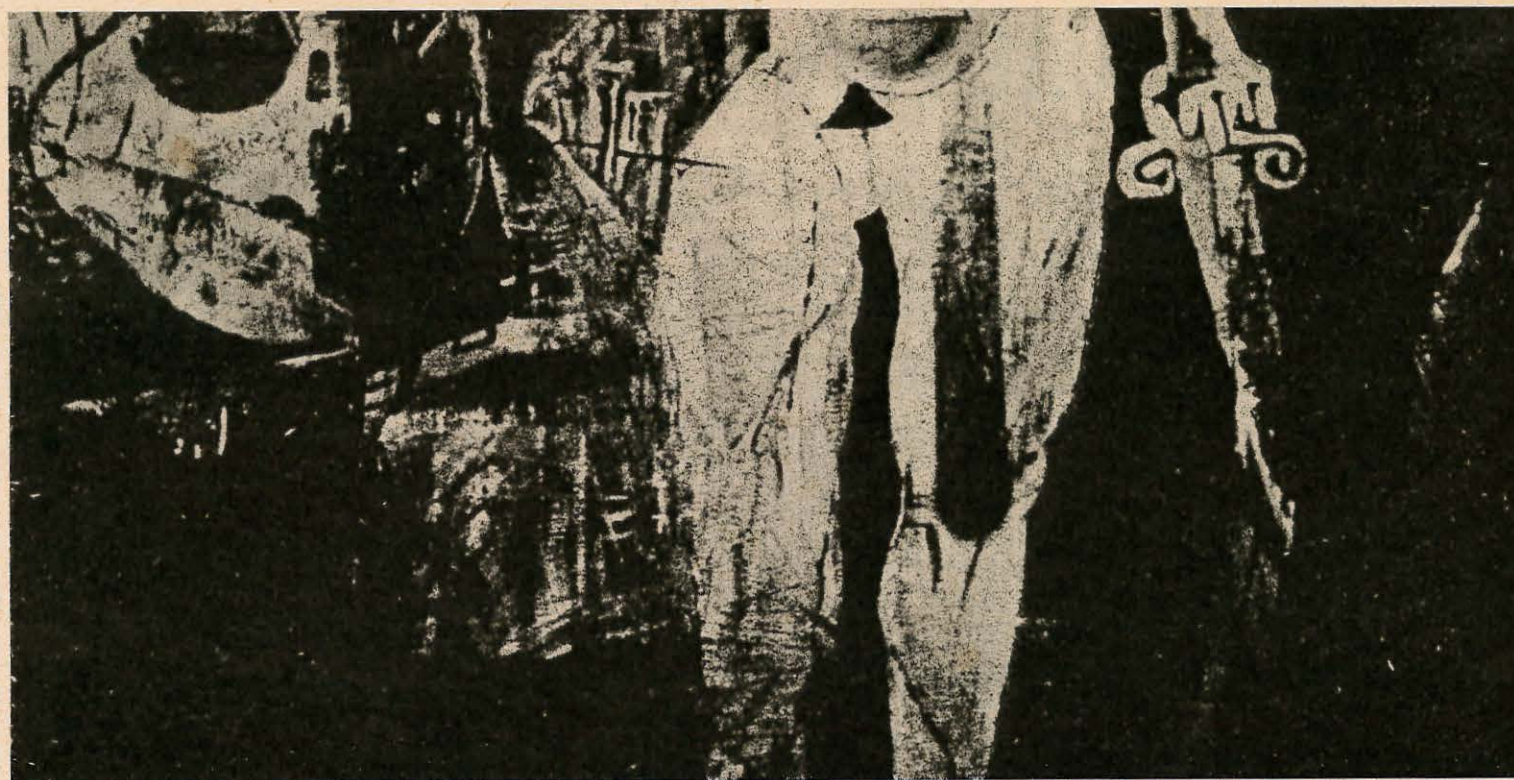
Fortsetzung Seite 2



Menschenopfer



Abdrücken der Pistole



tragisches Ereignis



nicht mehr vom Willen beherrschte Fehlhandlung



## Faschistische Methoden

Fortsetzung von Seite 1

halte anzugreifen und die gesellschaftlichen Interessen, die ihn stützten. Nur unter dieser Bedingung können sich auch die Liberalen einerseits z. B. mit dem Ziel der Enteignung Springers teilweise identifizieren, andererseits aber die „faschistischen Methoden“ der Antispringerdemonstrationen angreifen. Den Faschismusvorwurf, den man einst gegen sie selbst erhoben hatte, erheben sie ihrerseits gegen die demonstrierende Linke. Obwohl sie mit der autoritären Manipulation durch die Springerpresse auch nicht einverstanden sind, wollen sie dennoch die „verschärfte“ d. h. entpolitisierte Sphäre politischer Auseinandersetzung nicht verlassen, aus pathologischer Furcht vor gesellschaftlicher Veränderung. Daher können sie auch den objektiven Sinn des Faschismusvorwurfs nicht begreifen. Er lenkt nämlich von dem faschistischen Potential ab, das in ihrer Arbeit selber steckt und verstärkt in den etablierten Parteien. Damit ist nicht nur gemeint, daß die Interpretation der Demonstrationen der Linken selber faschistoide Züge trägt. Die Theorie von den Rädelsführern nämlich, die unpolitische Massen von Studenten verführten, unterschlägt deren Ansätze herrschaftsfreier Organisationsformen, die Politik als Monopol von Führern gerade abschaffen wollen.

Vielmehr ist gemeint, daß die herrschenden Parteien die überlieferten faschistischen Formen der Mobilisierung übernehmen. Eher ist es eine faschistische Methode, die ganze Gesellschaft in der Vorbereitung auf einen Krieg zu harmonisieren, mit Sicherstellungsgesetzen vom Einsatz der Produktionsmittel bis zum

Einsatz der Arbeitskräfte alles bürokratisch bestimmen zu wollen, als die Fassade des Amerikahauses in Berlin mit Eiern zu bewerkeln. Die ohnmächtige Opposition muß auch deswegen gewaltlos sein, weil sie gegen die konzentrierte Gewalt von Polizei und Justiz (nach Verabschiedung der Notstandsgesetze auch der Bundeswehr) machtlos ist. Diese Repressionsmaschine ist zu Terror bereit wie der 2. Juni gezeigt hat. Gerade sie verhält sich gesetzlos und brutal gegen Menschen, während die demonstrierende Linke allenfalls die Verkehrsregeln übertreft, polizeiliche Auflagen oder die Regeln des „guten Geschmacks“ und des guten Benehmens. Als machtlose Geste des Protests zerfällt sie in Literaturbeilage und Prospekt der WELT, aber nur in der Pathologie eines Kurras und der Springerpresse läuft sie mit Messern herum. Schmitz dagegen, der geschäftsführende CDU-Landesvorsitzende in Berlin, hält Prügel für ein legitimes Mittel gegenüber Andersdenkenden. Er legitimiert 1967 wieder den Terror des „gesunden Volksempfindens“. Und sogar ein so unendlich gütiger und geistvoller Sozialdemokrat wie Carlo Schmid schlug für potentielle Störenfriede der Notstandshearings vor: „Wir sollten in einem Nebenraum ein Schnellgericht installieren und Unruhestifter sofort aburteilen lassen“.

Die Bekämpfung des Faschismus und die leere Beteuerung, man müßte dafür Sorge tragen, daß es nie wieder so weit kommen könne, wird auf eine wehrlose antifaschistische Minderheit bezogen, ähnlich wie die Faschisten selbst ihren Antikapitalismus in Antisemitismus umfunktionierte. Und das in einem Moment, wo die Praxis des Staatsapparats (2. Juni) selbst faschistische Züge trägt.

Diese faschistischen Implikationen des autoritären Staats, wie er sich in der Bundesrepublik herausbildet, verstehen sich aber auch deshalb so vortrefflich zu verschleiern, weil dieser die demokratischen Formen von Rechtsstaat und Parlamentarismus, Parteien und Öffentlichkeit nicht mit Gewalt abschafft, sondern von innen auflöst. An die Stelle politischer Information ist der Wortzauber politischer Public Relations getreten, der sich wie ein Schirm vor die wirkliche Tätigkeit der Exekutiven schiebt. Die angepaßte Presse unterdrückt ebenfalls Öffentlichkeit in der Sphäre der Öffentlichkeit selbst. Aufklärende Öffentlichkeit wird als der Untergang der Demokratie denunziert.

In der Bundestagsdebatte (am 29. 4. 1964) über den Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Abhör-Affäre machten Abgeordnete der CDU/CSU (Dr. Güde und Wagner) die Presse für die Affäre verantwortlich, sprachen von „Sensationspresse“, von der „Hexenjagd gegen einen Minister von gewissen Trägern der öffentlichen Meinung, vom „Souterrain“ der Illustrierten und Magazine“,

vom „Chefredakteur, der diese Affäre mit eingefädelt hat, der von sich aus einen Untersuchungsausschuß forderte“, usw. (Stenographische Berichte Band 55, S. 6013–6017). Die Abgeordneten meinten damit selbstverständlich nicht die Springer-Produkte, die alles unternehmen, die Abhörpraxis des Verfassungsschutzes zu verheimlichen, sondern die „Zeit“ und den „Stern“, die sich durch ihre Berichte darum verdient gemacht hatten, daß Regierung und Parlament die Vorfälle nicht einfach unter den Tisch wischen konnten.

Opposition kann sich innerhalb der Dimension manipulativer Unterdrückung nicht halten. Entweder wird sie integriert oder ausgeschlossen. Die Opposition jedoch, die sich notwendig außerhalb der Institutionen bewegen muß, ist der Zugang zu Politik und Öffentlichkeit durch den herrschenden Parteienapparat und die angepaßte Presse versperrt, die ihre Intentionen verstümmeln und Diskussion über die Rationalität ihrer Mittel und Ziele verweigern. Gerade weil die autoritäre Mitte den Öffentlichkeitsapparat besetzt hat, muß sie zur Verschleierung ihre eigene Manipulation auf die Linken als Meinungsterror projizieren. Eine demokratische Opposition aber ist auf politisch fungierende Öffentlichkeit angewiesen. Die Meinungstechniker müssen jedoch schon die Ansätze politisch fungierender Öffentlichkeit bekämpfen, weil diese die Entpolitisierung als Herrschaftstechnik durchbrechen könnte. Deshalb kann die außerparlamentarische Opposition in der Bundesrepublik diese Öffentlichkeit nur durch provokative Demonstrationen zu erzwingen versuchen. Die Herrschenden, die sich weder auf eine Diskussion über den Vietnamkrieg noch auf eine über den Springerkonzern und die Notstandsgesetzgebung wirklich einlassen wollen, halten gleichwohl formell an den Prinzipien der Diskussion und Öffentlichkeit fest. Die Angemessenheit der Methoden wird ihnen zum willkommenen Alibi, die Diskussion über politische Inhalte zu verweigern. Die außerparlamentarische Opposition steckt in der Klemme, weil sie in ihren Aktionen selbst nur verstümmelt die Prinzipien diskutierender Öffentlichkeit herstellen kann. Provokative Demonstrationen, die durch Störung des Betriebs Diskussion über seine Rationalität erzwingen will, kann sich häufig selbst dieser Irrationalität nicht durchgängig entziehen, auch deswegen nicht, weil die gesellschaftlichen Verhältnisse selber, die der Aufklärung nähergebracht werden sollen, so kompliziert sind. Idealistisch wären aufgeklärte Diskussionszirkel, wenn sie nicht durch Go-ins, Sit-ins und Hausfriedensbruch zum Beispiel Aufklärung durch materielle Praktiken vorantreiben wollten. Rationale Kritik kann sich nicht inselhaft innerhalb der politischen Sprachlosigkeit bewahren, die auch der Faschismusvorwurf anzeigt. Weder hat die außerparlamentarische

Opposition einen Apparat, mit dem sie ihre politischen Forderungen verständlich machen könnte, noch ein aufgeklärtes Publikum. Deshalb muß sie durch provokative Slogans wie „enteignet Springer“ verkürzt auf die materiellen Bedingungen von Demokratie verweisen. Im Slogan aber steckt die Irrationalität, daß er seinen rationalen Zusammenhang nicht entfalten kann. Diese Irrationalität kann sich nicht in der Sphäre bewußt provokativer Aktionen selbst aufheben. Sie ist aber prinzipiell und jederzeit in rationale Argumentation auflösbar und hat nichts gemein mit der Irrationalität faschistischer Herrschaftspraktiken. Der Vorwurf „faschistische Methoden“ unterdrückt diese Probleme oppositioneller Praxis mit Absicht. Dabei schlägt er drei Fliegen mit einer Klappe.

1. Siegt die organisierte Entrüstung über die Methoden über die Zielsetzungen der Demonstrationen. 2. Benennt man ihre objektiven Schwierigkeiten nicht, sondern skizziert den Mythos einer entschlossenen Minderheit, und 3. braucht man über das eigene faschistische Potential, gegen das sich die Opposition richtet, auch kein Wort zu verlieren. Vom 2. Juni braucht man nichts zurückzunehmen.

Der klassische Faschismus erscheint zudem rückwirkend als Anwendung von Gewalt gegen Literaturbeilagen und Prospekte, gegen Kunstgenuss und Häuserwände. Die Verharmlosung des wirklichen Faschismus ist ein weiterer Beitrag zur Verdrängung der Brutalität, mit der das Bürgertum vorgehen kann, wenn es seine Herrschaftspositionen gefährdet sieht. Und nicht nur Springer bezeichnet die Kampagne gegen ihn als dem Antisemitismus der Nazis ähnlich. Soll etwa die entfesselte Gewalt, die Millionen von Juden Tod und Verstümmelung eintrug – als Vernichtung fiktiver Unterdrückter –, der Enteignung eines privaten kapitalistischen Machthabers vergleichbar sein, die nicht unzähligen Menschen das Leben kosten würde, sondern der ökonomischen Basis der Unterdrückung mit den Mitteln systematischer Volksverdrängung?

Der Vorwurf faschistischer Methoden der linken Demonstranten, wie ihn auch jüngst der Frankfurter Rektor Rüegg noch vor einem Go-in bei Carlo Schmid erhob, ist gezielte Verschleierung des wirklichen Faschismus, seiner Methoden wie seiner Ziele. Er hat eine intellektuelle Gewalt, die der Gewalt von Wasserwerfern und Knüppeln gleicht, die er rechtfertigt. Der Faschismusvorwurf diskutiert nicht, sondern schlägt zu. Mit „geistigen“ Mitteln soll er die Demonstranten schon auseinanderreiben, bevor sie demonstrieren, ganz im Sinne Barzels, der kürzlich sagte, man müsse die Radikalen „in die Ecke stellen“ und „geistig jedenfals – hochprügeln“. Die rechtsstaatliche Variante des weit verbreiteten Wunsches nach Arbeitslagern, Ausweisung und Konzentrationslagern für Opposition. **DISKUS**

- |                   |                                                                                |
|-------------------|--------------------------------------------------------------------------------|
| S. 4              | B. T.: Vegetativ-labiler Freispruch Th. W. Adorno: Erklärung zum Kurras-Prozeß |
| S. 5              | Wolfgang Streeck: AStA-Ziel: Öffentlichkeit                                    |
| S. 6              | E. Th. Mohl: Dietz, der Freisprecher                                           |
| S. 7              | Peter O. Chotjewitz: Ärkelnung                                                 |
| S. 9              | Stephan Leibfried/Rudolph Bauer: Schule für Untertanen                         |
| S. 10             | M. Lukasik: 2. DK der AUSS                                                     |
| S. 11             | Michael H. Wolf: Technokratische Universität 1970                              |
| S. 14             | f. l.: Wer nicht spurt, fliegt raus                                            |
| S. 15             | Diskus versus FAZ                                                              |
| S. 21             | Wolf Wondratschek: Hommage à Alfred Jarry                                      |
| S. 22             | Jürgen Ploog: Schwarzer Kaffee                                                 |
| S. 23             | Wolfgang Schmidt: Bemerkungen zu meiner Arbeit (Rückseite)                     |
| S. 7, 12, 19, 20: | Rezensionen                                                                    |

# Wissenschaft zerstört?

Wissenschaftliche Stellungnahme von 18 Assistenten und wissenschaftlichen Mitarbeitern der Fächer Soziologie und Philosophie zu Äußerungen des Rektors.

Professor Rüegg: „Die Wissenschaft wird dadurch zerstört, daß die Begriffe nicht richtig angewandt werden.“

Am 20. 11. 1967 veranstaltete der SDS ein Go-in in die Vorlesung von Carlo Schmid, um eine Diskussion über die Notstandsgesetze zu erzwingen. Diese Aktion bezeichnete der Rektor schon vor ihrem Beginn als „Einübung faschistischer Terrormethoden“ und nahm sie dann zum Anlaß, den SDS wegen Hausfriedensbruch und Nötigung als studentische Organisation von der Hochschule zu suspendieren. Urteil und Maßnahmen des Rektors stützen sich ausschließlich auf formale Kriterien.

Politiker und Wissenschaftler haben den Faschismus lange Zeit undifferenziert unter dem Modell des Totalitarismus begriffen. Jedoch schon seit den zwanziger Jahren erwiesen historische Analysen, daß eine nur an formalen Kriterien orientierte Definition irreführend ist<sup>1</sup>. Als Faschismus formiert sich die bewaffnete restaurative Reaktion auf eine konkrete historische Situation, in der die sozial-ökonomischen Spannungen die bestehenden Machtverhältnisse und ihren institutionellen Rahmen sprengen. Gegen strukturelle Veränderungen, die eine freie und sozial gerechte Gesellschaft herbeiführen könnten, mobilisieren die faschistischen Bewegungen autoritäre, kleinbürgerliche Ressentiments. Diese lassen sich einerseits für die Erhaltung und Verhärtung undemokratischer Verhältnisse, nicht zuletzt für großkapitalistische Interessen, einspannen und werden andererseits beim Aufbau paramilitärischer Organisationen als Mittel der Integration benutzt.

Wenn der Rektor dennoch aufgrund einer ahistorischen Betrachtungsweise den Faschismus-Vorwurf erhoben hat, so ist er entweder als Soziologe über den Stand der wissenschaftlichen Diskussion nicht informiert oder er setzt sich dem Verdacht aus, wider besseres Wissen ein verbreitetes Vorurteil zur Verschleierung undemokratischer Absichten zu benutzen.

Das Stereotyp vom linken Faschismus ist, nachdem illegitimweise von den Zielen des SDS abstrahiert wurde, auf die Methoden gemünzt. Doch selbst von diesem bornierten Standpunkt

aus erweist sich die Verwendung des Faschismus-Begriffes als unzulässig.

Faschistische Methoden zielen darauf ab, Minderheiten in Angst zu versetzen und schließlich physisch zu vernichten, um bei der Mehrheit die Bereitschaft zu blinder Akklamation zu erzeugen. Die Methoden des SDS dagegen, die im Detail durchaus kritisch diskutiert werden sollen, wollen eine rationale Diskussion überhaupt erst in Gang bringen und die Träger von Herrschaft dazu herausfordern, sich zu legitimieren oder mangels Legitimation auf ihre Privilegien zu verzichten. Angst können diese Methoden nur bei jenen erzeugen, die als Inhaber von Herrschaftspositionen weder in der Lage noch willens sind, ihre Positionen und ihr Handeln zu legitimieren.

Der Soziologe Rüegg müßte wissen, daß die organisatorische Struktur des SDS, das demokratische Verhältnis zwischen Mitgliedern und gewählten Vorständen, die Öffentlichkeit der Sitzungen und seiner Organe und der Verzicht auf das Mitgliedsprinzip bei Diskussionen und Aktionen der Gruppe, nichts gemein haben mit dem Führerprinzip und der hierarchischen Struktur von Organisationen, die die Einübung faschistischer Methoden praktizieren.

Der Rektor hat es weiterhin für richtig gehalten, die Aktionen des SDS als „Terror“ zu klassifizieren. Terror ist der Gegenbegriff zu den Grundlagen demokratischer Rationalität; er sollte deshalb nur in diesem Sinne gebraucht werden.

Wir nehmen also an, der Rektor habe, als er von „Terror“ sprach, nicht die Diffamierung eines Studentenverbandes, sondern die präzise Bezeichnung eines politischen Phänomens im Sinne gehabt. Welche Verletzung demokratischer Grundrechte hätte er meinen können? Vermutlich bezog er sich auf die Rede- und Wissenschaftsfreiheit.

Doch auch für diesen Fall kann Prof. Rüeggs Terminologie nicht ernst genommen werden. Denn seinen eigenen wissenschaftlichen Maßstäben gemäß hätte der Rektor wissen oder sich vergegenwärtigen müssen, daß in der soziologischen und in Teilen der verfassungswissenschaftlichen Literatur die bürgerlichen Freiheitsrechte eine sozialstaatliche Umdeutung erfahren haben, die sich auf bestimmte Veränderungen der industriegesellschaftlichen Sozialstruktur stützt. Nach dieser Theorie können

bürgerliche Freiheitsrechte nur noch als sozialstaatliche Teilhaberrechte ihren angestammten Sinn erfüllen, den Bürger vor irrationaler Gewalt und unbegriffenem Zwang zu schützen.

Dieser Theorie zufolge enthält das Grundrecht der Redefreiheit nicht mehr das Recht z. B. von Politikern, nur hinter den verschlossenen Türen der Großen Koalition zu reden und im übrigen zu schweigen. Redefreiheit garantiert vielmehr das Recht des Bürgers auf die praktische Herstellung von uneingeschränkter funktionierender politischer Kommunikationsprozessen und die Teilnahme an ihnen. Ebenso bedeutet Wissenschaftsfreiheit nicht mehr nur das Privileg der Ordinarien, frei vom staatlichen Eingriff autonom zu bestimmen, was Inhalt von Lehre und Forschung sein soll. Wissenschaftsfreiheit garantiert darüber hinaus den Anspruch der Studenten, die Entscheidungsgründe dafür zu erfahren und zu diskutieren, was Inhalt von Forschung und Lehre sein soll und weshalb bestimmte Inhalte aus Lehre und Forschung ausgeklammert bleiben sollen. Die Rechte, die in diesem – theoretisch zu Genüge ausgearbeiteten<sup>2</sup> – Begriff der sozialen Demokratie enthalten sind, haben die Studenten praktisch wahrzunehmen versucht.

Der Rektor ist nicht gehalten, dieser Theorie zuzustimmen; er kann sie wissenschaftlich kritisieren. Ihm muß aber bekannt sein, daß diese Theorie und die von ihr geforderte Praxis dem Zentrum der demokratischen Tradition entstammen. Die offensichtliche Unkenntnis hiervon führte ihn zum falschen Gebrauch des Begriffes Terror. In einem präziseren Sinne könnte der betroffene Studentenverband den Vorwurf des Terrors, nämlich des administrativen, gegen den Rektor wenden.

Ein Gespenst geht um in Deutschland – das Gespenst des Linksfaschismus. Gegen die unreflektierte Verwendung derartiger Begriffe,

gegen die Diffamierung unbequemer Minderheiten protestieren wir mit aller Entschiedenheit. Ein ehemaliger Bundeskanzler spricht ungeniert in nationalsozialistischem Jargon von „Entartung“; seine Magnifizenz von faschistischem Terror dort, wo kritische Studenten ihre Lehrer zu rationaler Diskussion provozieren. Wir weigern uns, die Äußerungen des Rektors und die aus ihnen resultierenden Entscheidungen zu akzeptieren. Sie sind dazu angetan, davon abzulenken, den Terror dort zu suchen, wo er wirklich ausgeübt wird – mit tödlichen Pistolenschüssen und Wasserwerfern, Demonstrationsverboten und autoritärer Beschneidung uneingeschränkter Meinungsäußerung.

|                           |                            |
|---------------------------|----------------------------|
| Dr. E. Becker             | Dipl. Soz. E. Mayer        |
| Dr. J. Bergmann           | Dipl. Kfm. E. Mohl         |
| Dipl. Soz. H. Berndt      | Dipl. Soz. C. Offe         |
| Dipl. Soz. U. Billerbeck  | Dr. J. Ritscher            |
| Dr. G. Brandt             | Cand. phil. X. Rajewsky    |
| Dipl. Soz. M. v. Freyhold | Dipl. Soz. P. Schafmeister |
| Dipl. Soz. I. Hofmann     | Dr. A. Schmidt             |
| Dipl. Soz. K. Horn        | Dipl. Soz. R. Schmidt      |
| Dipl. Soz. U. Jaerisch    | Dipl. Ing. D. Wetzel       |

1 Eine Einführung in Soziologie und Geschichte des Faschismus geben: F. L. Neumann, Behemoth, The Structure and Practice of National Socialism. Nolte, Der Faschismus in seiner Epoche. Sontheimer, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Spezialstudien und weitere Literaturhinweise sind in den Heften 30, 32, 33 und 41 der Zeitschrift „Das Argument“ enthalten. Zum Totalitarismus-Begriff vgl. Lange, Politische Soziologie.

2 Abendroth, Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie Habermas, Strukturwandel der Öffentlichkeit ders. et al., Politische Beteiligung – ein Wort an sich?, in „Student und Politik“, Neumann, The Democratic and the Authoritarian State. Zum Problem der Wissenschaftsfreiheit vgl. Nitsch et al., Hochschule in der Demokratie pp. 148–239.

Dieser Ausgabe liegt ein Bestell-Prospekt der Zeitschriften TIME und LIFE bei. Wir bitten unsere Leser um freundliche Beachtung

DISKUS Frankfurter Studentenzeitung Erscheint zweimal vierteljährlich.  
Herausgeber: Ursula Rühle, Ulrich Erckenbrecht, Hartmut Holzapfel, Andreas Schröder, David H. Wittenberg.  
Redaktion: Antonia Grunenberg, C. Rainer Roth, Franz-Joachim Gaber, Hans-Peter Riese, Detlev Claussen  
Redaktionsgeschäftsführer: Franz-Joachim Gaber  
Verlagsleiter: Werner Fritzsche  
Anzeigen: Werner Dömming, Roland Scholten  
Vertrieb: Eckhard Sachse  
Anschrift der Zeitung: 6 Frankfurt am Main 1, Mertonstraße 26–28, Telefon (06 11) 7 70 64 31 88  
Konten der Zeitung: Deutsche Bank Ffm. 240/9647, Dresdner Bank Ffm. 280 385, Postscheck Ffm. 1875 88.  
Artikel, die mit dem Namen des Verfassers oder seinen Initialen bezeichnet sind, geben die Meinung des Autors wieder, aber nicht unbedingt die der Redaktion. Alle abgedruckten Beiträge sind Eigentum des DISKUS.  
Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Erlaubnis der Redaktion.  
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 8 vom 1. September 1967.  
Abonnementbestellungen zum Preis von DM 6.– jährlich nimmt jedes Postamt entgegen.  
Lieferungen in das Ausland sind bei der Redaktion zu bestellen.  
Druck: Grawo-Druck, 605 Offenbach am Main, Schäferstraße 12, Telefon 81 15 18.



# Rationalität der Notstandsgesetzgebung

## Nationalsozialismus

Der Nationalsozialismus war eine gesellschaftliche Bewegung, die sich gegen den bürgerlichen Staatsapparat richtete, eine Bewegung von Massen ruinierten Mittelstandes. Diese gesellschaftliche Herkunft bestimmte auch den politischen Horizont des zur Macht gekommenen Faschismus. Er hatte sich gegen den bürgerlichen Staat gewandt, weil dieser wegen seiner Zersplitterung jene brutale Vereinheitlichung der antagonistischen Interessen nicht leisten konnte, die dem gesellschaftlichen Bedürfnis der Faschisten und des Großkapitals entsprach.

Aber der ruinierte Mittelstand griff die Zentren der gesellschaftlichen Macht, die großen Konzerne nur bürokratisch, nicht terroristisch an, weil ihm mit jener Großindustrie das Führerprinzip und der Gegner gemeinsam waren. So konnte der bürokratische Angriff abgeschlagen werden.

Stattdessen äußerten die Faschisten ihren Herrschaftsanspruch in vorkapitalistischen Kategorien. Die faschistische „Herrenrasse“ wollte sich Macht durch Eroberung neuen „Lebensraums“ verschaffen. Ihre einstige gesellschaftliche Schwäche fand ihre Kompensation in der Ideologie des Stärkeren, der mit den Mitteln, die staatliche und ökonomische Institutionen bereitstellen mußten, seine Stärke durch permanente Vernichtung eines zum Schwächeren und Minderwertigen bestimmten Elements bewies.

Aus diesem fehlgeleiteten Herrschaftsanspruch entstand die rastlose Vernichtungsenergie des Nationalsozialismus, die blinde Aggressivität, die nie zur Ruhe kam. Weil im eigenen Land nur die politische Macht ins Auge gefaßt wurde, die Urheber der Pauperisierung des Mittelstandes aber nie gesehen wurden, blieb die Vernichtungswut der Nazis ziellos. Der Antisemitismus ist die Weltanschauung dieser Blindheit, der fiktive allmächtige Feind, der vom wahren Feind und von den wahren Abhängigkeiten unter kapitalistischen Herrschaftsverhältnissen ablenkt.

Die ökonomisch herrschenden Klassen erwarteten vom Faschismus langfristige politische Stabilität. Aber der Faschismus war vom ersten Augenblick an auf Krieg aus.

Gegen den Krieg als Ziel der Nazis gab es unter der Großindustrie zwar keine Opposition, aber die Modi seiner Vorbereitung und Organisation stießen auf Widerspruch. Die Rüstungsfinanzierung mittels obskurer Mefo-Wechsel, die keine Rücksicht auf die vorhandenen Geldmittel, Rohstoffe und Arbeitskräfte nahm, mußte die Partei selbst in die Hand nehmen, weil Schacht und mit ihm einflußreiche industrielle Gruppen für eine Verlangsamung der Aufrüstung eintrat. Der Konflikt brach aus, als sich Hitler trotz Rohstoff- und Devisenknappheit, trotz Mangel an qualifizierten Arbeitern entschloß die Rüstungsausgaben von 9 Mrd auf 15,5 Mrd (1938) steigen zu lassen. Die Organisation war kopflos. Bis zum Frühjahr 1942 gab es keine zentrale Wirtschaftsverwaltung sondern ein Gewirr von Kompetenzen, die sich gegenseitig widersprachen. In diesem systemlosen System gab es keine genügende Vorsorge (außer bei Nahrungsmitteln), weil Hitler einen langen Krieg nie ins Auge faßte; die Information der Regierung über Bestände und Absatz war mangelhaft. Die irrationale Willensanstrengung des Krieges war auch irrational vorbereitet. Obwohl die Aufrüstung die vorhandenen Möglichkeiten bei weitem überstieg, obwohl das Ende des Krieges bei rationaler Kalkulation der Kräfteverhältnisse schon vorher abzusehen gewesen wäre, stürzte sich das faschistische System in einen blinden Vernichtungskrieg, durch den es auch selbst vernichtet wurde. Auch die herrschende Klasse wurde empfindlich geschwächt. Die Teilung Deutschlands und die politische ökonomische Abhängigkeit von den Siegern, insbesondere den USA, verkleinerten rigoros ihren Herrschaftsbereich. Das Experiment der herrschenden Klassen, die gesellschaftlichen Widersprüche zu befrieden, indem sie die politische Macht einer irrationalen gesellschaftlichen Bewegung überließen, war durch deren Erfolglosigkeit (eine Funktion ihres wirtschaftsfernen Irrationalismus) diskreditiert.

## Konsequenzen

Nach dem verlorenen Krieg waren die Rahmenbedingungen der Bundesrepublik wesentlich verändert.

Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, die der Faschismus mit den Mitteln des imperialistischen Angriffskrieges etablieren wollte, um sich eine unabhängige Rohstoff- und Ernährungsbasis zu verschaffen, wurde notwendig zum Ziel friedlicher Integration. Interessen an nationaler deutscher Hegemonie traten zurück hinter dem Interesse, die internationale Hegemonie des Kapitals als ganzem gegen den Kommunismus zu behaupten. Eine weitere Folge des verlorenen Krieges war die Europäisierung der deutschen Armee. Auf Grund der gewaltigen Unterschiede der Kräfteverhältnisse zudem ist ein „nationalistischer Alleingang“, die Wiedervereinigung mit militärischen Mitteln zu erzwingen, aussichtslos. Die postfaschistische Gesellschaft erklärte den Faschismus mit der Zersplitterung der bürgerlichen Gesellschaft. Die Folgerung daraus lau-

tete: einsichtsvolles Zusammenstehen. Nicht noch einmal wollte die bürgerliche Gesellschaft aus eigener Schwäche die Bestimmung ihrer Politik aus der Hand geben. Schröders Überlegung, Hindenburg habe ja mit dem Artikel 48 auch den Aufstieg Hitlers zur Macht abwenden können, ist durchaus ernstzunehmen. Die Notstandsgesetze, die Nachfolger des Artikel 48, sollen den Staat gegen den Radikalismus von links und rechts absichern, gegen jede gesellschaftliche Unruhe. Dabei warten die etablierten Parteien nicht mehr, bis sie von einer Krise überrascht werden, vielmehr schaffen sie in vorsorgender Antizipation sich Repressions- und Lenkungsmitel.

Aber die Notstandsgesetzgebung ist nicht nur eine Lektion gegen den klassischen Faschismus, sondern auch seine verbesserte und erweiterte Neuauflage.

Innerhalb dieser erzwungenen internationalen Kooperation, die erneute bewaffnete Beseitigung der Folgen der Niederlage unmöglich macht, entwickelte sich nun in der Ministerialbürokratie und den mit ihr sich beratenden Industrieverbänden ein neues Konzept kriegsmäßiger Mobilmachung, das wesentliche Män-

Die Notstandsopposition, solange sie bloß juristisch argumentiert und sich: im Rücken das Grundgesetz, verteidigt, kommt nicht aufs freie Feld gesellschaftlicher Reflexion. Ja, die Gewerkschaftsopposition innerhalb und außerhalb der SPD bleibt ausdrücklich gerade da stehen, wo sie zu denken anfangen müßte. Ihre fatalen Beschlüsse halten eine zusätzliche Notstandsgesetzgebung nicht für notwendig, da die bestehenden Regelungen ausreichen. Warum aber Notstandsgesetze von der herrschenden Klasse für so ungeheuer notwendig gehalten werden, darum kümmert sich das bloße Nein wenig.

Bevor man den ungeheueren Repressionsapparat des Notstandsstaates umstandslos auf die organisierte Arbeiterschaft bezieht, müßte erst diskutiert werden, welche Gefahr von der Arbeiterschaft überhaupt ausgeht und welche in einer Krise von ihr ausgehen kann. Bevor man die projektierte Repression als der Gefahr adäquat hinstellt, die von der arbeitenden Bevölkerung ausgehen könnte, müßte man untersuchen, inwieweit gerade in einer Krise der Gewerkschaftsapparat diszipliniert, ob sich außerhalb der integrationistischen Gewerkschaften Opposition in der Arbeiterschaft entfalten kann, welche spezifischen Schwächen Streiks, insbesondere wilde Streiks haben, ob sie systemgefährdend sein können, welches Verhältnis die Gewerkschaftsbürokratie zum Streik, auch dem politischen, hat usw. Das wäre u. a. an historischen Beispielen wie der Weltwirtschaftskrise und der Nachkriegszeit zu untersuchen. Das kann hier alles nicht geschehen. Zu warnen ist jedenfalls von einer unreflektierten Mythologie der machtvollen Organisationen der Arbeiterklasse, deren Unabhängigkeit durch die Notstandsgesetze angetastet würde.

Sie ist als idealistische Revision der faktischen Machtlosigkeit der Arbeiterschaft zu begreifen. Abstrakt wird der Unterdrückungsapparat der Exekutive auf sie bezogen, damit von dessen Macht auch ein Schein auf die Organisationen der Arbeiterschaft falle. Nach diesem Muster verfährt auch die gewerkschaftliche Notstandsopposition, wenn sie die Einschränkung des Streikrechtes als die wahre gesellschaftliche Störfunktion der Notstandsgesetzgebung unterstellt. Daß die Gewerkschaften sich faktisch den Streik selbst versagen, läßt die juristische Metaphysik außer acht.

In den gängigen, kritischen Interpretationen der Notstandsgesetze geht u. a. die historische Dimension unter. Im Gegensatz zu jenen Analysen, die Punkt für Punkt den Widerspruch der Regierungsvorlagen zur papiernen Bastion des Grundgesetzes und zur ähnlich papiernen der Gewerkschaften nachweisen, soll also hier der Versuch unternommen werden, modellhaft Affinität und Differenz der Notstandsgesellschaft zum klassischen Faschismus zu skizzieren.

gel des faschistischen Vorbildes zu vermeiden sucht.

1. Soll die Verteidigungswirtschaft nicht in aktuellen Engpässen improvisiert, sondern im vorhinein geplant werden. Die Rechtsgrundlagen, auf die der Ausnahmezustand gestellt wird, haben vornehmlich diese Funktion; Kompetenzen zu klären und Improvisationen zu vermeiden.

2. Langfristige Planung bedeutet auch Systematisierung. Vor allem die Sicherstellungsgesetze sind wesentlich umfassender und weitgehender als die Wirtschaftslenkung des Göringschen Vierjahresplans. Besonders die Bevorratung mit lebens- und verteidigungswichtigen Gütern ist vervollständigt, auch die Methoden der bürokratischen Erhebung von Informationen über die Leistungsfähigkeit der Betriebe sind verbessert.

Wie ungeniert die Ministerialbürokratie an das faschistische Vorbild anknüpft, zeigt die damalige Begründung der Bundesregierung für die Zwangsverpflichtung des Zivildienstgesetzes, sie sei deswegen eine herkömmliche Dienstleistung d. h. nicht verfassungsändernd, weil schon der Nationalsozialismus eine Dienstpflichtverordnung kannte. Sie sprach weiter von einer „organischen Weiterentwicklung“ dieser Gesetze, die man nur „den veränderten Verhältnissen“ anpassen müsse.

3. Das Zentrum der Vorbereitung totalitärer Mobilmachung liegt heute in der bürgerlichen Staatsapparat selbst. Die Ministerialbürokratie ist das Hirn der postfaschistischen Krisenlösung, ihre Gesetzesvorschläge müssen die Interessen der Parteien, ihre eigenen und die der ökonomisch herrschenden Klasse ausdrücken. (Daraus sind die langwierige Verabschiedungsprozedur und die vielen Modifikationen zu erklären.)

Der „Rechtsstaat“ und der „Parlamentarismus“ werden nicht mehr von außen zerstört, sondern von innen ausgehöhlt. Wie die bürgerliche Demokratie nur als Fassade am Leben erhalten wird, zeigen die Entmachtung des Parlaments durch die Oligarchie des Gemeinsamen Ausschusses und zweitens der Ermächtigungscharakter der meisten Bestimmungen, die somit nur für die politisch Herrschenden kalkulierbar sind. Daß der jüngste Vorschlag zur Krisenlösung nicht unter dem Banner der Vernichtung der Formen der bürgerlichen Demokratie antritt, sondern unter dem ihrer „Sicherung“ gegen jeden denkbaren Fall, reflektiert, daß die Zwangsmittel des totalitären Staates jetzt aus dem Zentrum der bürgerlichen Interessen selbst entwickelt werden. Der Staat hat den Faschismus gleichsam selbst in Regie genommen. So treten auch an die Stelle der faschistischen Kampforganisationen vom Staat selbst verwaltete paramilitärische Verbände wie das Zivilschutzkorps, gesellschaftliche Konflikte sollen nicht mehr mit der organisierten Brutalität faschistischer Selbsthilfe niedergeschlagen werden, sondern „durch einen wesentlich verstärkten Polizeiapparat“

Der bürgerliche Staat bringt die Mittel zur Lösung von Konflikten selbst unter seine Kontrolle.

4. Die faschistische Bewegung kulminierte im Krieg nach innen und außen. Der Notstandsstaat zielt auf die Verhinderung von Krieg, überhaupt Konflikt durch totale Abschreckung. In beidem schießt Repression über das gesellschaftlich notwendige Maß hinaus und wird dadurch irrational. Die Nazis, die reale gesellschaftliche Macht besaßen, konnten ihre totale Aufrüstung auch in die Wirklichkeit umsetzen, die postfaschistische Ministerialbürokratie aber scheitert mit ihrem totalitären Konzept der totalen Abschreckung an der ökonomischen Vernunft derer, die die Politik bestimmen, weil sie keine gesellschaftliche Basis hat. So ist das wahnsinnig kostspielige Schutzbaugesetz zurückgestellt worden, aus finanziellen Gründen soll das Zivilschutzkorps jetzt nur noch 20000 Angehörige, nicht mehr 200000 haben. Das Selbstschutzgesetz, dessen neue bürokratische Zwangsstruktur einen riesigen Verwaltungsapparat gekostet hätte, soll auf die Basis der Freiwilligkeit gestellt werden usw. (s. Frankfurter Rundschau vom 21. 10.). Das Göringsche

Prinzip: „Es darf nicht kalkuliert werden, was kostet es?“ entstammte der Wirtschaftsferne der Nationalsozialisten. Heute herrscht wieder die Vernunft des ökonomisch Möglichen, weil wie Hofmann richtig sagt, sich der führende Teil der Privatwirtschaft „in einem Maße wie nie zuvor in Deutschland“ sich des Staates bemächtigt hat.

## Irrationalität

Die Irrationalität des universalen Schutzes, die intendierte Ausdehnung der Verteidigungsbereitschaft und des Wehrwillens auf das ganze Volk sind das der brutalen Aggressivität des Nationalsozialismus entkleidete Negativ des Dritten Reiches. Auf die extreme Verunsicherung des gesellschaftlichen Lebens reagieren die Überlebenden gleichfalls extrem: mit pathologischer Angst vor gesellschaftlicher Erschütterung, die den erfahrenen vergleichbar wäre.

Dieses ungeheuer sensible Krisenbewußtsein spricht zum Beispiel aus den Aussagen verschiedener Abgeordneter und Ministerialbeamter, nach denen die Kuba-Krise 1961 und die Berlin-Krise 1958 schon die Ausrufung des Kriegszustandes nach sich gezogen hätten, wenn damals die Notstandsgesetze verfügbar gewesen wären.

Indem sie über den Ausnahmezustand verfügen will, will die Staatsapparat den „Souveränitätsdefekt“ (Guttenberg) beseitigen, die Machtlosigkeit als Folge des verlorenen Krieges. Aber die Mobilmachung wird innerhalb der festgelegten internationalen Abhängigkeiten betrieben, nicht gegen sie. Sie macht bei der Mobilmachung des Parlaments in Bereitschaftsorganen und der Bevölkerung durch Luftschutzmaßnahmen halt und schließt nicht die Reorganisation der Rüstungsindustrie ein, die nach wie vor international kooperiert. Die Fesseln, die der Bundesrepublik angelegt sind, sprengt der Notstandsstaat nur zum Schein.

Die Ablösung der allgemeinen Vorbehaltsrechte durch die Notstandsgesetze, die die Autonomie der Bundesrepublik suggerieren soll, ist nur eine Symbolhandlung. Erstens werden sie nur in bezug auf die Streitkräfte, nicht aber in bezug auf ganz Deutschland abgelöst und zum anderen existieren überall amerikanische Vorbehalte weiter. Allein die Marktstärke der amerikanischen Konzerne stellt einen ständigen Vorbehalt gegenüber den deutschen Konzernen dar. Der Rückzug der amerikanischen Truppen wird nicht betrieben, genauso wenig wie die Aufgabe der Viermächteverantwortung. Souveränität stellt sich mit den Notstandsgesetzen allenfalls nach innen her. Die Herrschaftsansprüche, die sich international nicht durchsetzen lassen, sichern sich im innern doppelt und dreifach. Souveränität wird aber trotz der Unmöglichkeit eines Krieges in Europa immer noch in militärische Kategorien gefaßt. Abstrakte militärische Feinde, die kaum je zu realen werden, werden mit der Notstandsge-

setzgebung gebannt. Diese Demonstration der Stärke (in Wirklichkeit ist sie geschickt maskierte Schwäche) hat einerseits innenpolitische Funktion. Durch den Verweis auf eine mögliche Katastrophe werden die antagonistischen Interessen zusammengehalten, die Parteien auf eine gemeinsame Basis gestellt. Außenpolitisch bricht sich der Notstandsstaat auf den Abwehrkampf gegen die Bedrohung des Kapitalismus überhaupt. Schröder, der die Notstandsgesetze mit dem Hinweis auf den „unerbittlichen und zu allem entschlossenen Gegner“ zu rechtfertigen pflegte, konnte „die drohende Gefahr“ nur als internationale Gefährdung des kapitalistisch beherrschten Weltmarkts konkretisieren. Kuba, Afrika und Südostasien konnte er als „drohende Gefahren“ mühelos anführen. Man kann recht gut nachweisen, daß die Entwicklung der Sicherstellungsgesetze jeweils von internationalen Krisen wie dem Korea-Krieg, der Suez-Krise und der Kuba-Krise angestoßen wurde. Die herrschende Klasse sieht sich heute in einer „historischen Auseinandersetzung“ (Hassel) mit dem Kommunismus, der die Weltherrschaft anstrebt. Hassel sieht das Problem deutlich: „Je enger der Raum der Freiheit wird auf dieser Welt, je mehr Staaten in Asien, Afrika oder Südamerika ihre Freiheit verlieren und Ecksteine werden im roten Mosaik, desto gefährdeter ist auch unsere Freiheit.“ Es könnte sehr wohl sein, daß die Bundesrepublik den USA bei der internationalen Verteidigung gegen Revolution militärisch hilft, wenn das amerikanische Potential nicht mehr ausreicht. Die Notstandsgesetzgebung würde dann die militärischen Anstrengungen der Bundesrepublik innenpolitisch absichern helfen.

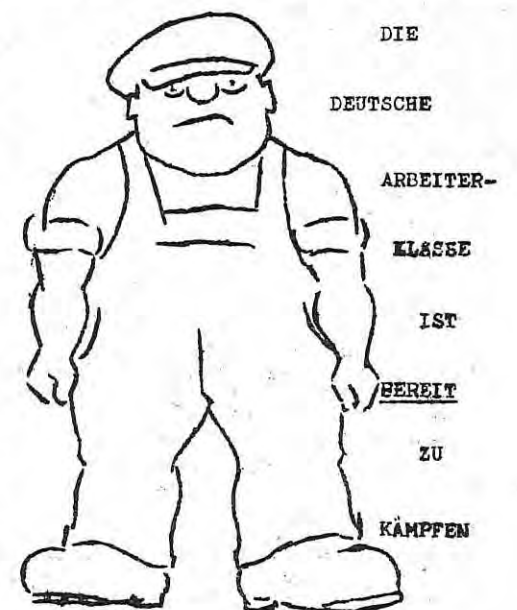
Die irrationale Perfektion der Notstandsgesetze hat einen wesentlichen Grund gerade in ihrem abstrakten antizipatorischen Charakter. Eben weil man nicht genau weiß, welche gesellschaftlichen Erschütterungen es im Laufe der Zeit geben wird, muß man sich nach allen Seiten perfekt absichern. „In nationaler Sammlung“ könne dann die herrschenden Parteien „jeder Belastung, die auf die Bundesrepublik zukommt“ entgegenstehen (Barzel).

Mobilmachung ist die Antwort des Systems auf seine Krisenanfälligkeit.

Diese antizipierte Mobilmachung hat aber keinen aggressiven Charakter nach außen. Die grotesken Lernprozesse der Bürokratie z. B. aus dem unsystematischen Luftschutz im Zweiten Weltkrieg dienen nicht der Vorbereitung eines Dritten. Das Sicherheitsbedürfnis, das sich darin ausdrückt, ist nur ein völlig hilfloser, fast magischer Versuch, die Instabilität der Bundesrepublik zu überwinden.

Die Notstandsgesetzgebung bedeutet zwar innenpolitische Repression und universale autoritäre Regelung, sie läßt sich jedoch nicht einfach nur als antizipatorische Reaktion auf mögliche Konflikte mit der organisierten Arbeiterschaft begreifen.

Die verselbständigte Bürokratie und die sie stützenden Parteien wollen vielmehr ungeachtet ihrer Notwendigkeit für alle Fälle ein



Netz autoritärer Regelung auf die gesellschaftliche Organisation der Bundesrepublik senken. Die Abstraktheit repressiver Militarisation entspringt, wie skizziert, einem pathologischen Sicherheitsbedürfnis, das sich aus drei Quellen speist.

1. dem beängstigenden Fortschritt der nichtkapitalistisch orientierten Politik.  
2. der Krisenanfälligkeit des kapitalistischen Systems selbst und  
3. der historischen Erfahrung mit dem Nationalsozialismus, überhaupt allen gesellschaftlichen Bewegungen, die die unangefochtene Herrschaft des etablierten Bürgertums gefährden.  
Gerade die relative Autonomie des Staatsapparates läßt ihn auf eine blinde und universalistische Weise die Interessen des Status Quo wahrnehmen, auch wo sie weder aktuell noch potentiell bedroht sind.  
C. R. Roth



# Vegetativ-labiler Freispruch Je mehr Tote – je mehr Freispruch?

Die Unabhängigkeit der Richter garantiert in der Bundesrepublik seit Jahren Urteile im Sinne der herrschenden Ordnung. Die ungewöhnliche Nachsicht, mit der die Justiz die Massenmörder des Dritten Reiches behandelt, korrespondiert mit dem Erfindereifer, mit dem sie „Staatsgefährdung“ durch sogenannte Kommunisten verfolgt. Daß die Justizbürokratie auf dem linken Auge blind, also Klassenjustiz sei (wenn sich auch die formalen Prozeduren der Justiz gegenüber rationalen, unmittelfahren Klasseninteressen verselbständigt haben), hat eine Kontinuität vom Kaiserreich über die Weimarer Republik bis zur Bundesrepublik. Diese Kontinuität ist auch sozial fundiert. Über 60% der Richter stammen nach Janowitz aus der konservativen oberen Mittelschicht. National gesinnt, haben sie in der Weimarer Republik Totschlag, Körperverletzung und Mord als Mittel gegen Vertreter der „Judenrepublik“ und gegen Kommunisten mit ihren Urteilen unterstützt. Vom legalisierten Mord durch die Sondergerichte und die Gerichtshöfe des Dritten Reiches ganz zu schweigen.

Der erste politische Mord der Nachkriegszeit am 2. Juni und seine gerichtliche Verfolgung, machen den alten Klassencharakter der Justiz wieder offenbar. Der Berliner Kriminalobermeister Kurras mußte sich wegen „fahrlässiger Tötung“ eines Studenten vor Gericht verantworten. Gleichzeitig steht der Student und Kommuniste Fritz Teufel vor Gericht, angeklagt, bei der gleichen Demonstration Steine geworfen und Sprechchöre organisiert zu haben. Kurras klagte sich 48 Tage nach der Tat noch an, nur einen Studenten erschossen zu haben. „Wenn ich gezielt geschossen hätte, wie es meine Pflicht gewesen wäre, wären mindestens 18 Mann tot gewesen.“ Einer Pflichtverletzung also verdanken 17 Demonstranten ihr Leben. Es würde niemanden wundern, wenn die Polizei gegen Kurras ein Disziplinarverfahren wegen Mißachtung seiner Liquidierungspflichten anstrengen würde. Schon in seinem Stern-Interview vor der Verhandlung konnte Kurras sicher sein, daß er wenigstens vor Gericht nichts zu fürchten habe. Der Mechanismus der Komplizenschaft funktionierte. Obwohl Verdunkelungsgefahr bestand, wurde Kurras nicht in Untersuchungshaft genommen. So wurde ihm sinnvollerweise Gelegenheit gegeben, Belastungsmaterial zu vernichten und sich mit seinen Kollegen abzusprechen.

Die Notwehrthese seiner Verteidiger brach zwar kläglich zusammen, ja das Gericht stellte sogar ausdrücklich fest, daß Kurras-Ohnesorg „rechtswidrig“ erschossen habe. Aber selbst die „Rechtswidrigkeit“ der Tötung, ein leiser Tadel für Kurras, hinderte das Gericht nicht daran dem Kurras Recht zu geben und ihn freizusprechen. Landgerichtsdirektor Geus führte in der Urteilsbegründung aus: „Wir können nicht ausschließen, daß dem Angeklagten angesichts seines Erregungszustandes, bei der möglichen (!) Schnelligkeit und Turbulenz, mit der die Ereignisse abrollten, ein besonnenes Überlegen, ein bewußtes Aufnehmen und Verarbeiten der äußeren Geschehnisse unmöglich war. Es läßt sich sogar nicht ausschließen, daß es sich beim Abdrücken der Pistole um eine ungesteuerte, nicht mehr vom Willen beherrschte Fehlhandlung gehandelt hat. Unter diesen Umständen können wir dem Angeklagten nicht nachweisen, daß er in seiner Situation und bei seinen individuellen Fähigkeiten anders hätte handeln und damit die Abgabe des Schusses hätte vermeiden können.“ Mit einer ähnlichen Begründung wurde der totale Krieger Ludendorff am 1. April 1924 vom Bayerischen Volksgerichtshof freigesprochen. Obwohl kein Zweifel daran bestand, daß er einer der Mitverschwörer des Hitlerputsches war, also ein Hochverräter, wurde er nicht verurteilt, weil er am 8. November 1923 mit Hitler den Reichspräsidenten und die Reichsregierung für abgesetzt erklärt hatte. Grund: Ludendorff sei am Abend des 8. November so ergriffen gewesen, daß er nicht gehört und gesehen habe, was um ihn herum vorging.

Jedem anderen als dem Polizisten Kurras hätte man normalerweise gerade vorgeworfen, daß er der Situation nicht gewachsen gewesen sei. Hätte z. B. ein Einbrecher in Erregung einen Polizisten erschossen, so hätte man ihn sicherlich nicht wegen geistiger Verwirrung freigesprochen. Mit dem Freispruch von Kurras wurde faktisch der Polizeiterror vom 2. Juni gerechtfertigt und seiner schon damals von der FAZ gebilligten jederzeitigen Wiederholung steht juristisch nichts mehr im Wege. So hat denn der Sozialdemokrat Schmitt-Vockenhausen schon die „radikalen Studentengruppen“ für vogelfrei erklärt. „Diejenigen... die

jetzt offen zum Umsturz aufrufen... können den Schutz des Staates und der Gesellschaft nicht mehr für sich in Anspruch nehmen.“ (FR 29. 11. 1967) Nicht umsonst hatte der Verteidiger von Kurras angedroht, daß kein Polizist mehr von seiner Waffe Gebrauch zu machen wagte, falls Kurras verurteilt würde. Dieser Freispruch wurde genauso publizistisch vorbereitet wie die Verurteilung Teufels. Es gilt die zynische Maxime: wer sich in Gefahr begibt (das heißt ein Linker ist und demonstriert), kommt darin um. Der Tod Ohnesorgs wurde den Demonstranten angelastet, die einen Märtyrer benötigt hätten. Das impliziert, daß Kurras im Interesse der Demonstranten selbst Ohnesorg erschossen habe. Folgerichtig droht das Darmstädter Echo: „Die demonstrierenden Studenten haben hoffentlich erkannt, daß Menschenopfer sinnlos sind.“ (22./23. 11.) Einer der wahren Mörder von Ohnesorg, einer von denen, die Kurras quasi die Pistole entschert haben, ist Fritz Teufel. Von zwei Kurras-Kollegen verdächtigt, sitzt er seit sechs Monaten in Untersuchungshaft, obwohl Verdunkelungs- oder Fluchtgefahr nicht besteht. Entlastungszeugen seines Rechtsanwalts wurden von der Staatsanwaltschaft nicht vernommen, weil sie seine Unschuld hätten nachweisen können. Die Berliner Staatsapparatur will ihren Schauprozeß. 14 Tage soll die Verhandlung gegen den Steinwerfer und Sprechchoristen Teufel laufen, unter der Mitwirkung von zwei (!) Staatsanwälten. Schon durch seine Teilnahme an der Demonstration gegen den persischen Operettendiktator, schon durch Ausübung demokratischer Grundrechte also, soll er sich eines kriminellen Delikts schuldig gemacht haben. Daß er noch dazu „wiederholt rhythmisch „Notstandsübung“ gerufen“ habe, ist ein weiterer Grund zur Strafverfolgung. Teufel steht als Rädelsführer und Organisator von „Ausschreitungen“ exemplarisch für die Demonstranten des 2. Juni vor Gericht. Und wieder bereitet die Presse das Urteil vor, wenn man einmal davon absieht, daß die halbjährige Untersuchungshaft schon eine Bestrafung ohne Urteil darstellt. Und wieder schiebt man die endgültige Verurteilung Teufels, auch wenn sie bis jetzt nur eine Möglichkeit ist, der demonstrierenden Linken selbst in die Schuhe. So die FAZ vom 27. 11. 1967: „Für die radikalen Wortführer der Studenten gäbe es nichts Besseres, als wenn der Student Fritz Teufel... verurteilt würde... und für die Opferung der Figur Teufel gäbe es in der Geschichte der Märtyrer so manche angenehme Rechtfertigung...“ Vielleicht denkt die FAZ daran, daß die Konzentrationslager von den Juden selber sollen eingerichtet worden seien? Genauso wie Kurras soll auch das Gericht, das über Teufel urteilt, nur Werkzeug dunkler Interessen der Demonstranten selbst sein.

Diese Wahnvorstellungen bauen auf einer bestimmten Struktur aller politischen Prozesse seit Weimar auf. Damals wurden aus „Vaterlandsliebe“ handelnde Mörder als institutionell unabhängige Individuen betrachtet, deren Taten, wie Hannover schreibt, „Exzesse einer an sich guten Sache waren“. Umgekehrt wurden z. B. bei Prozessen gegen Kommunisten politisch-organisatorische Hintergrundgemälde entworfen, die die Parteiführung als Mörderzentrale disqualifizieren sollten. Genauso wurde im Prozeß gegen Kurras nur sein Schuß und die unmittelbare Situation, in der er abgegeben wurde, behandelt. Wie schon beim Untersuchungsausschuß des Berliner Senats wurde die Polizeiausbildung und der planvolle Polizeiterror am 2. Juni aus der Diskussion genommen. Nicht die Polizei als ganze wird verantwortlich gemacht, sondern einzelne Polizisten, obwohl sie nur auf polizeilichen Befehl zuschlugen und in einer durch die Polizei selbst erzeugten Programstimmung (siehe Falschmeldung während der Knüppelerei, daß ein Polizist erstochen worden sei). Teufel dagegen gehört zu den organisierten Radikalen, die vor dem Justizgebäude der Polizei „Straßenschlachten“ (BILD und FAZ) liefern und die vor keiner Gewalttat zurückschrecken sollen. Ihm unterstellt man Bewußtsein seiner „Taten“ und Planung in einer Gruppe, dem Kurras unterstellt man getrübbtes Bewußtsein und individuellen Ekzeß. Die Verurteilung Teufels scheint im Zusammenhang der magischen Entschuldigungsriten nach dem 2. Juni notwendig. Er muß anstelle von Kurras bestraft werden. Die eigene Schuld wird im Zusammenspiel der Verwaltungen auf deren Opfer abgewälzt, an denen man sie wie einst bei den Juden blutig oder unblutig verfolgt. So kann man mit Bloch sagen: „Das Auge des Gesetzes sitzt im Gesicht der herrschenden Klasse.“ B.T.

## Th.W. Adorno: Zum Kurras-Prozeß (Vor der Vorlesung am 23. November 1967)

Ich nehme an, es ist auch in Ihrem Sinn, wenn ich einige Worte zum Freispruch des Polizeiobermeisters Kurras sage. Ich bin kein Jurist und beanspruche nicht die Qualifikation, juristisch über das Urteil mich zu äußern. Sicher war es schwer, den Tatbestand zu rekonstruieren, und er selbst dürfte jenes Moment von Verworrenheit enthalten haben, auf das man fast stets dort stößt, wo man glaubt, öffentliches Unwesen konkret greifen zu können. Die Problematik dessen, was man Urteilschelte nennt, ist mir vertraut. Immerhin kann ich nicht mein Mißtrauen verschweigen gegen eine wissenschaftliche Verfahrensweise, die den Anspruch ihrer Objektivität wesentlich auf jene Technik der Subsumtion gründet, die mir philosophisch höchst problematisch dünkt. Ganz gewiß wäre es nicht an mir, der das Bedürfnis zu strafen für überaus fragwürdig hält, meinerseits mich zum Sprecher jenes Bedürfnisses zu machen und, von der anderen Seite her, mich in die Gesellschaft derer zu begeben, mit denen ich nichts gemein zu haben wünsche. Aber all das ist bei der Ermordung unseres Kommilitonen Ohnesorg nicht das Entscheidende. Wenn schon der Polizeiobermeister nicht verurteilt werden kann, weil ihm Schuld im Sinn des Gesetzes nicht nachzuweisen ist, so wird dadurch die Schuld seiner Auftraggeber um so größer. Daß man die Polizei bei einer Studentendemonstration bewaffnete, trägt die Versuchung zu jenen Aktionen in sich, welche der Polizeiobermeister mit dem Wort Auftrag rechtfertigen möchte. In Frankfurt zeigte sich wiederholt, daß die Polizei solcher Methoden

nicht bedarf; um so dringlicher Auskunft darüber zu erlangen, warum sie sie in Berlin anwendete, wer die Verantwortlichen sind und wie es mit dem sogenannten Auftrag bestellt ist. Über all das jedoch geht der Eindruck hinaus, den ich von Herrn Kurras hatte, als er im Fernsehen erschien. Ich vernahm da einen Satz etwa wie: „Es tut mir leid, daß dabei ein Student ums Leben gekommen ist.“ Der Tonfall war unverkennbar widerwillig, so wie wenn Herr Kurras jene dürrtigen Worte sich mühsam abgerungen hätte, gar nicht im Ernst dessen sich bewußt geworden wäre, was er anrichtete. Die Affektarmut des „Es tut mir leid“ verklagt ihn ebenso wie das unpersönliche „ein Student ums Leben gekommen ist“. Das klingt, als hätte am zweiten Juni eine objektive höhere Gewalt sich manifestiert und nicht Herr Kurras, zielend oder nicht, auf den Hahn gedrückt. Solche Sprache ist zum Erschrecken ähnlich der, die man in den Prozessen gegen die Quälgeister der Konzentrationslager vernimmt. Herr Kurras hat es nicht über sich gebracht, einfach zu sagen: „Ich bin unglücklich darüber, daß ich einen unschuldigen Menschen getötet habe.“ Der Ausdruck „ein Student“ in seinem Satz erinnert an jenen Gebrauch, der heute noch in Prozessen und in der Öffentlichkeit, die darüber berichtet, von dem Wort Jude gemacht wird. Man setzt Opfer zu Exemplaren einer Gattung herab. Von derlei Erwägungen abzusehen, können keine juristischen mich veranlassen. Antwort wäre nachdrücklich zu verlangen auf die Frage, wie man in Berlin einen Menschen von der Mentalität des Herrn Kurras einstellen und ihn in eine Situation bringen konnte, die ihn dazu ermutigt, auf seine Weise sich zu betätigen.

## Notstand der Hearings

Durch größere Einheiten der „Polizeistreitkräfte“ gegen Gehör verlangende Volksmassen geschützt, schlugen sich die Manager der Notstands-Hearings auf die Volksvertreterbrust: die Anhörung von Fachleuten, ja sogar Gegnern der Notstandsgesetze bewiese doch die demokratische Redlichkeit der Notstandsplaner. In den sorgfältig keimfrei gehaltenen Räumen, war man sich der merkwürdigen Komik der Situation nicht bewußt. Was wäre eigentlich gewesen, wenn etwa Vertreter der Studentenschaften, von denen sich ein erheblicher Teil mit oft größerer Sachkenntnis als viele Abgeordnete gegen die Notstandsverfassung ausgesprochen haben, ihre Anhörung verlangt hätten? Wäre das gegenüber der relativ willkürlichen, in einigen Fällen sicherlich von der erwarteten Zustimmung diktierten Auswahl der Anzuhörenden nicht sogar richtig gewesen? Auf diese Frage gaben die Herren ungefragt mit ihren Polizeikordons die der Logik ihrer demokratischen Gesinnung entsprechende Antwort der Gewalt. Inzwischen sind Studentenvertreter, nachdem sie angekündigt hatten, daß sie eben einfach unangemeldet sich Rederecht bei den Hearings erzwingen wollten, auch formell zugelassen worden.

Auch sonst war die demokratische Weste, auf die da inbrünstig gepocht wurde, nicht so weiß und fleckenlos, wie es im Scheine der Fernseh-Kosmetik aussehen mochte. Schon 1965 war in Geheimverhandlungen, die nur der öffentliche Einspruch der Notstandsgegner zerbrach, die Verabschiedung der Notstandspläne ohne öffentliche Diskussion vorbereitet worden. Seitdem bestehen aber bereits die teilweise verfassungswidrigen „einfachen“ Notstandsgesetze, zu denen die Bundesregierung jetzt einige Novellierungsentwürfe vorgelegt hat, die zwar der Haushaltslage Rechnung tragen, aber unangefochten von jeder Kritik ebenso verfassungswidrig sind, wie vorher. Noch nach dem 10. März dieses Jahres, als das Koalitionskabinet seinen Notstands-Verfassungsgesetzentwurf verabschiedet hat, war es mit der Diskussionsfreudigkeit in Bonn nicht weit her. Die Propaganda-Kampagne für den ach so demokratischen Entwurf hatte eindeutig den Tenor, jetzt seien größere Diskussionen kaum mehr notwendig bzw. überflüssig. Die Hearings waren also keineswegs die Empfangnis der Notstandskritiker durch das unbe-

fleckte Parlament. Vielmehr hatte die öffentliche Kritik außerhalb des Parlaments die Diskussionsfreudigkeit, die Hearings dort erst erzwingen.

Über die durchscheinenden Integrationszwecke und den Versuch der Schwächung und Abnutzung der Notstandsgegner durch die Hearings konnte sich niemand im Unklaren sein, und viele Argumente der Abgeordneten dokumentierten den daraus folgenden Kleinkrieg. Rein zufällig fiel die Anhörung eines der Haupt-sprecher der Notstandsopposition, Prof. Helmut Ridder, von dem eine klare und einleuchtende Absage zu erwarten war (die er dann auch gab), in die dunkle Zeit der Abendstunden, als Rundfunk und Fernsehen ihre Live-Übertragungen abgebrochen hatten. Jürgen Seifert gar wollten die Veranstalter mit dem fadenscheinigen Argument nicht einladen, er sei kein Professor.

Trotz dieser Einschränkungen sind die ersten Hearings keineswegs zugunsten des Regierungsentwurfs ausgefallen. Er fand auch bei denen, die grundsätzlich für eine Notstandsregelung sind, wenig Beifall. Von seiner Konzeption ist nicht viel übrig geblieben. Man wird sehen, wie ernst die Parlamentarier die Diskussion und Anhörung der Sachverständigen nehmen, auf die sie sich so laut berufen haben. Nach den ersten Hearings bleibt nur der Schluß, daß der vorliegende Entwurf verschwinden muß. Das ist das Ergebnis der Anhörungen.

Die Opposition gegen den autoritären Umbau der Verfassung wird sich allerdings nicht darauf verlassen dürfen, daß diese demokratische Konsequenz gezogen wird. Helmut Schmidt hat vor kurzem verlangt, die Verfassungsänderung solle im Sommer nächsten Jahres verabschiedet werden. Das dürfte dann bestenfalls der mit einigen Schönheitskorrekturen versehene, in seiner Konzeption aber unveränderte alte Entwurf sein.

Die Notstandsopposition sollte sich darauf vorbereiten, daß sie selbst in Bonn sich Gehör verschaffen muß, wenn die Anhörung der Repräsentanten der Kritik nicht ernst genommen wird. Falls es eine 2. Lesung des Koalitionsgesetzentwurfs geben sollte, dann muß es eben auch einen Sternmarsch der 50 000 bis 100 000 Bürger geben, die sich als reale Demokratie erwiesen und die die tatsächliche Diskussion der Notstandspläne im Volk bewirkt haben.

Helmut Schauer

bauorden meldet... bauorden meldet... bauorden meldet...

**helfen sie uns, um anderen zu helfen.**

**14 tage oder ein jahr bauen an  
sozialen einrichtungen, kirchen und eigenheimen  
in europa.**

**naehere auskunft: bauorden, 6520 worms, postfach 700**

bauorden meldet... bauorden meldet... bauorden meldet...

## Dissertationen

druckt von DIN A 4 - Vorlage  
auf DIN A 5 - Format

**BÖNECKE**

3392 Claustal-Zellerfeld  
Fach 29 Ruf 05323 225

| bei<br>Expl. | DM<br>pro Seite |
|--------------|-----------------|
| 70           | 3,00            |
| 100          | 3,20            |
| 150          | 3,45            |
| 200          | 3,60            |
| 300          | 4,30            |

keine Nebenkosten  
• Raster billigst! •

Angebot anfordern



# Vorlesungsstörungen?

## Zu den go-ins des SDS

„... jene noble und schwierige Toleranz, die den anderen in seinem Anderssein will, weil man weiß, daß auch Gottes Harfe viele Saiten hat und daß nur alle zusammen den vollen Akkord des Menschseins zum Tone bringen.“ (Carlo Schmid, Politik und Geist, Seite 79)

„Der Abstand, der die in den Schulen gelehrt von der praktischen Verhaltensweise trennt, darf jedenfalls nicht zu groß sein, wenn der Unterricht nicht seine Glaubwürdigkeit verlieren soll.“

(Iring Fetscher, Funk-Kolleg I, S. 46)

Mit Rufen wie „SDS raus!“ und „SDS ins KZI!“ reagierte ein Teil der Hörer von Prof. Schmid auf den Versuch des SDS, in seiner Vorlesung am 20. 11. eine Diskussion über die Notstandsgesetzgebung herbeizuführen. Vorausgegangen war die Ankündigung dieser Aktion auf einer Wandzeitung und die sofortige Antwort des Rektors darauf: eine Presseerklärung, in der er das geplante Go-In als „Einübung faschistischer Terrormethoden“ bezeichnete und ein Telegramm an den SDS, in dem er mit Disziplinarmaßnahmen drohte. Als die Hauptakteure – etwa 30 SDS-Mitglieder – am Montag zu ihrer derart höchst publik gewordenen Aktion erschienen, war der Hörsaal so überfüllt, daß man selbst in den Gängen sich nicht mehr bewegen konnte; nur über den Notausgang des Hörsaals gelang es dem Grüppchen, das Podium zu erreichen. Die Aufforderung, Prof. Schmid möge über das Hochschulmanifest zur Notstandsgesetzgebung diskutieren, ging in empörendem Geschrei unter. Es entspann sich eine Art Wettstreit zwischen den Studenten auf dem Podium und einem Teil der Hörer: versuchte Prof. Schmid seine Vorlesung fortzusetzen, so unterbrach ihn das Klatschen der SDS-Mitglieder und derer, die mit seiner Forderung einverstanden waren – wollte der SDS sein Erscheinen begründen, wurden dessen Sprecher ausgebuht. Ein Verständigungsversuch der AstA-Vertreter änderte daran nichts. Erst nachdem Prof. Schmid und ein Teil seiner Hörer nach Ende der Vorlesung den Saal verlassen hatte, begann eine Diskussion.

Prof. Fetscher dagegen wurde vom SDS aufgefordert, in seiner Vorlesung einen Beschluß der Senatskommission für die „Vergabe der Mittel zur Förderung der staatsbürgerlichen Erziehung der Studenten“, zu begründen und zu diskutieren. Die Kommission hatte dem SDS für eine Veranstaltung unter dem Titel „Enteignet Springer“ finanzielle Unterstützung verweigert. Nur unter der Bedingung wollte man einen Zuschuß geben, wenn der Titel in einen „sachlich richtigeren und rechtlich nicht anstößigen“ umgewandelt würde. Wegen Überfüllung des kleinen Hörsaals kam es erst nach dem Ende der Vorlesung vor über 1 000 Studenten zu der Diskussion, zu der Fetscher sich bereit erklärt hatte.

Es ist nicht einmal sicher, ob es wenigstens sämtlichen Anwesenden bei den Go-Ins bewußt war, daß es sich nicht um Happenings handelte, sondern um – öffentlich als solche angekündigte – politische Aktionen. Zudem bezogen sie sich nicht zufällig auf Lehrstuhl-

inhaber für politische Wissenschaften. Sie hatten einen aktuellen Anlaß und ein genau umschriebenes Ziel: Prof. Schmid sollte zum Hochschulmanifest zu den Notstandsgesetzen Stellung nehmen und zur Unterschrift aufgefordert werden. Zudem war seine am selben Tage im „Spiegel“ zitierte Forderung, Störenfriede bei den Notstandshearings sollten von einem Schnellgericht sofort abgeurteilt werden, einer Erläuterung höchst bedürftig. Sie verlieh dem Go-In zusätzliche Aktualität.

Fetscher sollte zu der Behauptung Stellung nehmen, die Verweigerung der Veranstaltungsfinanzierung sei ein Versuch, politische Zensur auszuüben.

Daß man bisher die Go-Ins weder im Hinblick auf diese Ziele, noch als Konsequenz der verhinderten Hochschulreform wollte, dürfte zum Teil der Reaktion Prof. Rüeggs zuzuschreiben sein, sie als faschistisch und damit von vornherein illegitim zu diffamieren. (Siehe S. 2) Es wäre an der Zeit, die Go-Ins in angemessener Weise zu diskutieren: nämlich im Rahmen der politischen Wissenschaft, deren augenblicklichem Zustand sie galten.

Indem Prof. Schmid sich gegen eine Störung seiner Vorlesung verwahrte und die Diskussion durch die Abstimmung des Auditoriums unterband, hatte er zwei Voraussetzungen gemacht: 1. daß eine Diskussion seiner politischen Praxis aus seiner Vorlesung herauszuhalten sei, 2. daß die Abstimmung darüber als demokratisch anzusehen sei. Es läßt sich zeigen, daß diese Voraussetzungen den theoretischen und praktischen Bedingungen einer politischen Wissenschaft in demokratischer Absicht nicht entsprechen. Zu jenen gehört, daß der Lernprozeß nicht nur – wie in den Naturwissenschaften – in der Aneignung technischen Wissens, sondern in einer immer schon politisch geführten Diskussion besteht (so auch Fetscher, 1. c. S. 42). Er stellt sich überhaupt nur her, wenn das in die Theoreme eingegangene Vorverständnis politischer Verhältnisse einer Analyse unterzogen wird. Wissenschaftlichkeit stellt sich erst in der Konfrontation solcher politischer Positionen miteinander her.

Im speziellen Fall Prof. Schmid, dessen politische Position nicht nur theoretisch relevant ist, sondern auch unmittelbar praktisch, ist jene Konfrontation von Theorie und Praxis um so notwendiger. Unter diesem Aspekt und weiter im Hinblick darauf, daß die Möglichkeit solcher Diskussionen überhaupt noch nicht besteht, ist deren Erzwingung legitim.

Die Abstimmung nun, mittels derer Prof. Schmid sich demokratisch absichern wollte, fand ohne jede Diskussion statt: die sollte gerade verhindert werden. Das Auditorium hat die Gründe für deren Forderung nicht zur Kenntnis nehmen können. Eine der Entscheidung vorausgehende Diskussion ist aber die differentia specifica demokratischer Prozesse. Sie ist unverzichtbar, weil nur sie Minderheiten, deren Zielsetzung demokratischen Normen entspricht, ihre Vorschläge argumentativ vorzubringen gestattet. Beweis dafür, daß im Audi-

torium tatsächlich ein starkes Interesse an Diskussionen bestand, sind die lebhaften Debatten nach Abgang Prof. Schmid. Die Berufung auf eine derartige Abstimmung ist zumal einem Vertreter der politischen Wissenschaft nicht gestattet, deren zentrales Thema ist darzustellen, in welchem Verhältnis formelle Regeln politischer Auseinandersetzung zu den Inhalten stehen, um deretwillen diese Regeln institutionalisiert wurden. Deren Funktion ist es, Minderheiten die Möglichkeit zu geben, gleichberechtigt in demokratische Entscheidungsprozesse einzugreifen. Die Sicherung dieser Möglichkeit ist ein wesentlicher Teil der Grundrechte. In dem Maße, in dem die Regeln abgelöst werden von dieser ihrer Funktion, und die Verwirklichung von Grundrechten identifiziert wird mit der Einhaltung der Spielregeln, muß ihre Verletzung als Angriff auf die Demokratie selber erscheinen. Dieser Kurzschluß zeigte sich sowohl in der Beurteilung des Go-In durch Prof. Rüegg wie in der Reaktion Prof. Schmid: Eingriffe in den status quo der Organisation des Studiums wurden zur „Einübung faschistischer Terrormethoden“, gegen die dann mit der Schärfe der einschlägigen Gesetze vorgegangen werden kann. Zurufe und Klatschen, die lediglich die Rede Prof. Schmid unterbrechen sollten, wurden zum Angriff auf die Meinungsfreiheit selber. Während doch diskutiert werden sollte, ob die Notstandsgesetzgebung nicht viel eher dieses Prädikat verdiente. Und dasselbe Klatschen wurde zur „Brachialgewalt“ (Schmid) – ein Ausdruck, der die Assoziation mit faschistischen Methoden recht nahelegt.

In Wirklichkeit liegt nur ein Problem akademischen „Wohlverhaltens“ zugrunde. Am mangelnden Wohlverhalten stießen sich auch diejenigen, die mit der Forderung des SDS grundsätzlich einverstanden waren. Und man kann in der Tat dem SDS vorwerfen, daß er seine Aktion geschickter hätte beginnen können. Diese Kritik ändert aber nichts daran, daß Wohlverhalten legitimerweise nur gefordert werden kann, wenn es den geregelten Fortgang einer Diskussion zu sichern gilt, nicht aber, wenn eine solche überhaupt erst durchgesetzt werden muß.

Wolfgang Streeck

## AstA-Ziel: Öffentlichkeit

I. Politik, die für sich in Anspruch nimmt, den Rahmen einer allgemeinen theorieleeren Blindheit zu sprengen, ist suspekt. Das Staatsrecht, die herrschende Lehre, das Verwaltungsgericht sind aufgerufen, dem politischen Mandat der Studentenvertretungen ein Ende zu bereiten. Solange die Studenten mitspielen, Schandmauer-Resolutionen verabschiedeten – solange war von jener „Zwangskörperschaft öffentlichen Rechtes“ nicht die Rede, als welche die Studentenschaft den Landesversicherungsanstalten gleichgestellt sein soll, und ihr Parlament einem Rundfunkrat. Gegen „Erklärungen, die im Namen der Studentenschaft von einer kleinen Minderheit abgegeben werden“, polemisieren diejenigen, denen der Inhalt der Erklärungen nicht paßt; daß sie das nicht sagen, kennzeichnet den Stil einer politischen Diskussion, in der abweichende Ansichten administrativ und/oder juristisch erledigt werden.

Dabei läge vorerst die Beweislast auf Seiten der Gegner des politischen Mandats; die Studentenvertreter hätten es weniger zu verteidigen denn auszuüben. Jene, die Bemühungen um bessere Ausbildungsförderung für legal, Kampf gegen Notstandsgesetze aber für unzulässig halten, hätten nachzuweisen, daß das eine mit dem andern nichts zu tun hat. Sie müßten zeigen, daß die soziale Lage der Studenten von der Höhe der Rüstungsausgaben unabhängig ist; Rüstungsausgaben, deren enge Verbindung zu einer Politik gelegnet werden müßte, die in Vietnam manifest wurde. Den Studentenvertretungen wäre erst einmal zu erklären, weshalb innerhalb dieses Zusammenhangs die Gewerkschaften und deren Mitglieder, soweit sie unter denselben Folgen verfehlter Politik zu leiden haben, nicht ihre natürlichen Verbündeten sein sollten.

Wer den Studenten das politische Mandat bestritt, verlangt, die Reflexionen über gesellschaftliche Bedingungen, Zustände, Entwicklungen, die innerhalb der Studentenschaft in den letzten Jahren begonnen haben, abzuschneiden. Den gesellschaftlichen Sinn dieses Verlangens zu verstehen, bereitet unter diesem Aspekt keine Schwierigkeiten mehr. Die qualitativ neue Form politischen Bewußtseins, die sich innerhalb der studentischen Jugend Westdeutschlands zu verbreiten beginnt, bewirkt Unsicherheit und Angst, weil sie jederzeit auf andere Gruppen der Bevölkerung übertragbar sein könnte, weil sie vielleicht die bestehende Gesellschaftsform selbst bedroht, gewiß aber ihren undemokratischen Zustand denunziert und die Vorherrschaft der kapitalistischen Eliten, deren Macht auf eben der politischen Apathie beruht, gegen die die Studenten agieren, tendenziell bedroht.

II. Politisches Mandat der Studentenvertretungen legitimiert sich durch eine wissenschaftliche Analyse der Gesellschaft, die aufräumt mit dem

Prof. Fetscher stellt fest, es könne kaum erwartet werden, daß die Einstellung zu politischen Entscheidungsfragen vom Geist der Toleranz, der Freiheitsliebe, der demokratischen Mitverantwortung geprägt wird, wenn autoritäre Strukturen und nicht einsehbare Unterordnungsverhältnisse bestehen. (1. c. S. 46). Unter diesen Umständen dürfte etwas klarer geworden sein, was von Prof. Schmid auffälliger Geste, er ließe sich zur Diskussion nicht nötigen, zu halten ist; zumal er kürzlich eine Arbeiterdelegation, die ihn zur gleichen Diskussion aufforderte, mit genau den gleichen Worten beschied.

Daß Prof. Schmid autoritäre Reaktion selbst von seinen Kollegen nicht als einzig mögliche angesehen wird, beweist die Bereitschaft Fetschers zur Diskussion. Da darüber nichts bekannt ist, muß man die Möglichkeit außer acht lassen, daß Fetscher selbst dem Beschluß nicht zustimmt, ihn aber als Vorsitzender zu vertreten hätte. Die politischen Implikationen der Entscheidung des Ausschusses suchte er jedoch durch formaljuristische Argumentationen zu verschleiern. Der bloße „Verdacht“ auf Verfassungswidrigkeit der Enteignet-Springer-Parole reichte ihm hin, die Entscheidung zu begründen. Indem er sich der Interpretation der Springerpresse selbst, wenn auch mit Zurückhaltung, anschloß, präjudizierte er, was erstens das Ergebnis einer Diskussion und zweitens das Ergebnis eines Gerichtsbeschlusses sein müßte. Auf administrativen Wege soll die Formel „Enteignet Springer“ illegalisiert werden. Die Gruppen, die sie akzeptieren, werden so implizit zu antidemokratischen gestempelt. Fetscher stellte sich zwar der Diskussion, aber er vertrat einen Beschluß, der administrativ Diskussion unterbunden hatte. Sein Assistent Gert Schäfer versuchte denn auch, nachdem er vertrauensselig zum Diskussionsleiter gewählt worden war, durch formale Prozeduren die Diskussion zu verzögern, damit sein Professor nicht zu argumentieren brauchte. Man kann hoffen, daß die Bereitschaft der Professoren Adorno, Mitscherlich, Stauff, Bartsch und Kuhn in ihren Vorlesungen über die Go-Ins zu diskutieren, nicht von ähnlicher Oberflächenliberalität getönt war.

Schein isolierter Phänomene und auf das gesellschaftliche Ganze verweist. Studentische Politik erhält sie sich, indem sie an der Hochschule ansetzt und auf das Verhältnis von Universität und Gesellschaft reflektiert, innerhalb dessen Forderungen nach sozialer Besserstellung etc. erst ihren Stellenwert erhalten. Die Misere einer positivistisch verkürzten, instrumentalisierten Wissenschaft, deren Lebensfremdheit und Langeweile, deren versteckte Parteinahme und Ideologisierung; ihr Zerfall in standardisierte Lehre und manipulierte Forschung, die voneinander nichts mehr wissen; die hochschulrationalisierte Produktion allseitig verwendbarer Fachidioten durch allseitig verwendbare Fachidioten – an alledem konkretisiert sich nunmehr allmählich ein Unbehagen, das unartikuliert schon lange da war. Der Nachweis, daß all dies etwas mit Politik zu tun hat, befördert ein politisches Verständnis, welches dazu zwingt, die geltenden Formen studentischer Interessenvertretung auszuweiten. Wo die Vernunft wissenschaftlicher Diskussion durch eine manipulierte Öffentlichkeit daran gehindert wird, für politische Praxis relevant zu werden, kämpfen Studenten gegen marktbeherrschende Meinungskonzerne; wo Wissenschaft als freier Kommunikationsprozeß durch Notstandsgesetze bedroht ist, hat jeder AstA ein politisches Mandat.

III.

Jedoch kann die Studentenvertretung kaum, allenfalls am Anfang einer Phase politischer Aktionen, politisches Mandat etwa kraft besseren Wissens in Anspruch nehmen. Jenes ist abzusichern, indem die jeweiligen Funktionsträger innerhalb der Studentenschaft das konstituieren, was über diese hinaus zu verbreiten wäre: eine vernünftig diskutierende Öffentlichkeit. Erst sie kann den Aktionen der studentischen Vertreter den nötigen Nachdruck geben; erst sie beweist, daß jene nicht mehr sind als Vertreter, als Agenten, die beliebig ersetzt werden können. Ständige Absicherung aller Aktionen durch weitgestreute Information, durch teach-ins, Vollversammlungen, Abstimmungen, klare Festlegung politischer Programme bei Wahlen zum Studentenparlament sind Bestandteile einer demokratischen Praxis, vor der Behauptungen, kleine radikale Minderheiten trieben ihr Unwesen, als das erscheinen müssen, was sie sind: hilflose Diffamierungen. Die Herstellung studentischer Öffentlichkeit ist die vordringlichste Aufgabe; in den Aktionen der Hochschulgruppen, in Fachschaftsversammlungen, in Veranstaltungen zur Studienreform und zur Kritik der akademischen Disziplinen müssen Konflikte manifest gemacht, Strategien diskutiert und Zusammenhänge aufgezeigt werden. Die ständige plebiszitäre Unterstützung studentischer Politik ist notwendig, wenn diese ihrem Anspruch gerecht werden will, Ergebnis von sachlichen Diskussionen und Ausdruck des Willens der Gesamtstudentenschaft zu sein.

## Rüeggs Zauberberg

Seit anderthalb Jahren ist ein Tessiner Aktionskomitee beschäftigt, in der Schweiz und im Ausland Unterstützung für ein europäisches Universitätszentrum zu finden.

Es fing an mit einer Schenkung. 1964 stiftete eine Dame ein Grundstück in Carona bei Lugano. Die Schenkung ging an den Europarat mit der Auflage, eine Stätte zu schaffen, „wo die europäische Denkweise und Kultur in ihren verschiedensten Formen sich in friedlicher Atmosphäre entfalten können“; auf 37 000 qm. Neue Zürcher Zeitung: „Dem international zusammengesetzten Stiftungsrat oblag es in der Folge, die Voraussetzungen abzuklären, unter denen die Schaffung eines Universitätszentrums nach dem Leitgedanken der Stifterin finanziell und von größtmöglichem wissenschaftlichem Nutzen sein würde.“ Die Universitäten Mainz, Sussex und Zürich mit Vertretern aus verschiedenen Fakultäten halfen mit. Ein im November 1965 gegründeter Akademischer Rat sollte ein Studienprogramm ausarbeiten. Es ging um „Europäische Einigung“ und „Gemeinsames europäisches Erbe“; vor allem Renaissanceforschung, Auswirkungen der Renaissance auf die europäische Wirtschaft, Gesellschaft, Politik, Rechtsprechung des 16. und 17. Jahrhunderts. Zum anderen will man soziologische Felduntersuchungen treiben in der lombardisch-tessinischen Grenzlandschaft. Forschen können Promovierte und Dozenten der Partner- und anderer Universitäten (Partner sind außer den genannten: FU Berlin, Universität Nancy und Mailand), dazu kommen Promotionsstipendiaten, Gastforscher und Gastdozenten. Der Stoff soll „von oben nach unten verarbeitet“ werden, bis er genügend vorbereitet ist, um schließlich den „undergradautes“ weitergegeben zu werden“. Neun Pro-

fessoren sind für den Lehrbetrieb vorgesehen, dazu kommen Promovierte und Promovenden. Man bildet ein gleichberechtigtes Kollegium, das über Programm und dessen Durchführung entscheidet. „Dies setzt natürlich voraus, daß die Promovierten durch Dissertations- und Lehrtätigkeit so qualifiziert sind, wie dies dem früheren Niveau einer Habilitation entspricht“. Das wird dem Bildungsnotstand sicher abhelfen, der Ordinariatsuniversität, dem Problem der Einheit von Forschung und Lehre, der gesamten Demokratisierung der Hochschule geht man aus dem Weg. Ein großer, ein herrlicher Plan! Es gibt schon Konkurrenzpläne für eine ähnliche Elite-Oase im Tessin: einen Ableger der katholischen Universität Mailand in der italienischen Enklave Campione. Millionen sind schon und werden offensichtlich noch bereitgestellt, um einigen wenigen den Königsweg in die reine Forschung, ins europäische Erbe zu bereiten, in den altphilologischen Humanismus.

Der Rektor der Universität Frankfurt, der Vorsitzende der westdeutschen Rektorenkonferenz, Prof. Dr. W. Rüegg hatte den Auftrag bekommen, einen Strukturplan zu entwerfen, der den besonderen Gegebenheiten der geplanten Universität entspreche. In der Schweiz nimmt man von der Karriere des Planers besonders Notiz; sein Karrierefortschritt wurde über Radio Beromünster verbreitet\*.

(siehe auch Neue Zürcher Zeitung, 27. Juni, Abendausgabe)

\* Vielleicht entdeckt man bei den Feudalforschungen auch das lebendige Mittelalter der Universität in Frankfurt. Es lebe das Mittelalter! Es lebe die Geheimuniversität! (Übrigens kennzeichnete Rektor Rüegg in einer Diskussion mit Studenten den Faschismus als Aktionsmethode einer Elite!) W.



# Attacken der Unternehmer

## Gezielte Provokationen in Hanau / von H. P. Riesche

„Wir sitzen auf einem Pulverfaß. Wenn ein echter Notstand ausbricht, versagt die Demokratie in Hessen.“ (Dunlop-Direktor Schneider)

Die IG Chemie erklärte nach sieben Monaten ergebnisloser Verhandlungen mit den Arbeitgebern der hessischen Gummiindustrie die Verhandlungen für gescheitert. Während dieser Zeit hatte sie ihre Forderungen ermäßigt auf: tarifliche Absicherung des Weihnachtsgeldes, das in Stufen 1971 ein Monatsgehalt erreichen sollte; Abfindungen bei technologisch bedingten Entlassungen und Umsetzungen und schließlich Erhöhung der tariflichen Ecklöhne um 6%. Damit sollten die Effektivverdienste vor möglichem Abbau gesichert werden. Die Arbeitgeber hatten eine Tariflohnerrhöhung zwischen 2,3 und 4,8% geboten sowie Rationalisierungs- und Weihnachtsgeldabkommen.

Bei der Urabstimmung über den Streik stimmten 93% für Kampfmaßnahmen zur Durchsetzung der gewerkschaftlichen Forderungen.

Der Streik wurde jedoch schon nach einer Woche mit einem relativ unbefriedigenden Ergebnis beendet. Die Ursachen dafür lagen in einer überaus wirksamen Taktik der Arbeitgeber, die nun näher untersucht werden soll. Die Arbeitgeber sahen sich aufgrund ihrer gefüllten Lager „auf beträchtliche Zeit abgesichert“ (Handelsblatt 14. 11. 1967) gegen Streikfolgen. Zudem kamen die Angestellten in den bestreikten Betrieben zu 30 bis 50% zur Arbeit. Sie wurden zum Verladen der Reifen eingesetzt. Damit kam die Streikleitung in eine kritische Situation. Die Chancen wurden geringer, Dunlop als die stärkste Firma mit dem größten Gewicht im Arbeitgeberverband effektiv zu bestreiken.

Aber Dunlop beließ es nicht bei dieser traditionellen defensiven Arbeitskampf-Maßnahme. Mit einer Reihe von unkonventionellen offensiven Arbeitskampf-Maßnahmen, die sämtlich in erster Linie nicht gegen die Streikenden,

sondern gegen die Streikleitung gezielt waren, wurde dieser „eingeheizt“.

1. Am Dienstag, dem 2. Tag des Streiks, fuhr die Werksleitung, von den Streikposten nicht gehindert, mit gemieteten Bussen Streikbrecher Streikbrecher ins Werk. Der Streikleitung war klar, daß eine Wiederholung der Streikmoral gefährden und zu einem Abbröckeln des Streiks führen könnte. Für Mittwoch mobilisierte die Streikleitung daher bedeutend mehr Streikposten, darunter auch Verstärkung von Veith-Pirelli. Etwa 1000 Arbeiter, darunter viele Gastarbeiter, versperrten den Bussen die Weiterfahrt. Busfahrer und Insassen wurden durch Geschrei und Pfeifkonzerte eingeschüchtert bis sie umdrehten. Die Werksleitung versuchte sogar, die Streikbrecher unter Bruch aller Sicherheitsvorschriften in Vieh- und Möbelwagen ins Werk zu bringen. Die Streikleitung war gezwungen, das Abgehen von den offiziellen Streikrichtlinien zu tolerieren, die nur „Versuche zur Überredung von Streikbrechern“ vorsehen. Dunlop sprach juristisch korrekt von Nötigung. Die Busfahrer und Angestellten in Privatautos reizten noch mehr, indem dem sie eine höhere Geschwindigkeit auf die Menge zufahren und erst Zentimeter vor den Streikenden stoppten. Die Streikleitung hatte zeitweise Mühe, die Situation unter Kontrolle zu halten.

2. Die Werksleitung hatte Plakate über die Werkstore gehängt, die die Streikenden als

Drohung auffassen mußten, bei Fortsetzung des Streiks keine Jahresgratifikation zu bekommen. Die Werksleitung hatte Fotografen „nur zur Beweissicherung bei Übergriffen“ bestellt. Jedoch gewannen die Streikenden den Eindruck, sie würden alle fotografiert. Der Verdacht späterer Repressalien drängte sich auf. Auch dies verfehlte seine Wirkung auf die Streikenden nicht.

3. Es wurde versucht, einen Keil zwischen Gastarbeiter und Deutsche zu treiben. Ein Direktor sprach in einer Pressekonferenz von „Angehörigen einer wilden Mittelmeerherde“, die sich als Schläger vor den Werkstoren betätigten, und vom „Mob, der seit heute morgen in Hanau regiert“. Einen Tag später fragte die Werksleitung in einem Rundschreiben an alle Beschäftigten: „Liegt es in Ihrem Interesse, wenn betrunkene Ausländer (!) die Eingänge sperren?“ Der Effekt war eine weitere Steigerung der Erregung unter den Gastarbeitern. Zwar wurden diese Aussprüche von der Werksleitung inzwischen bedauert, aber eben erst nachdem sie ihre Wirkung nicht verfehlt hatten. Hatten sich die Streikenden an den ersten beiden Tagen streng an die Streikrichtlinien gehalten, und konnten die Arbeitswilligen ungehindert passieren, so änderte sich das nach dem Einsatz der Busse: vor allem die Gastarbeiter bildeten eine Mauer, die kaum noch zu passieren war. Hatte man sich anfangs noch damit begnügt, die Streikbrecher abzuwehren, so wurden sie später auch gestoßen.

4. Nachdem so die Stimmung angeheizt worden war, rief die Werksleitung nach der Polizei und begründete dies mit den – von ihr hervorgerufenen – Zuständen vor dem Werkstor. Polizei müsse her, die Arbeitswilligen zu schützen, es habe Verletzte gegeben. Der sozialdemokratische Oberbürgermeister versprach Dunlop, er werde eingreifen, veranlaßte aber nichts. Auch die hessische Landesregierung schickte keine Polizei.

Der bloße Ruf der Werksleitung nach der Polizei aber hatte schon Folgen. In der Presse nämlich war nicht mehr von der Absicherung der Verdienste der Streikenden die Rede, sondern fast nur noch von Zwischenfällen. Während die BILD-Zeitung den Streik totschwieg (2 Meldungen von 25 und 45 Worten) und nur auf den täglichen Produktionsausfall der Unternehmer einging, erfüllte die FAZ voll die in sie gesetzten Erwartungen. Sprach sie vor den gescheiterten Durchbruchversuchen von einem „Streik ohne Zwischenfälle“, so rückten danach die „Zwischenfälle“ in die Überschriften. Es war die Rede von politischen Kraftakten einer in voller Aktion befindlichen radikalen Linken (14. 11. 1967). Speziell die Gastarbeiter mußten zur Ablehnung des Streiks herhalten: „Als sich ... streikende Ausländer zusammenrotteten, randalierend den arbeitswilligen Kollegen den Zutritt zum Werk verweigerten, prügelten, Frauen unflätig beschimpften, als es Verletzte gab ... Eine Gewerkschaft bekommt hier die Quittung für ihre Predigten zum Klassenkampf.“ (FAZ, 18. 11. 1967). „Wenn man so will, hatte also der Terror, das Gesetz der Straße, die Oberhand behalten.“ (FAZ, 27. 11.)

Die Streikleitung konnte diesem Druck nicht lange standhalten. Viele deutsche Mitglieder und Funktionäre hatten für den Streik gestimmt, in der Hoffnung, die Arbeitgeber zu einem besseren Angebot zu bringen. Nach einer Woche aber meinten sie, nun müßte verhandelt und abgeschlossen werden. Nach einer längeren Diskussion setzten sich in der Tarifkommission die „Realpolitiker“ durch, die weder ein Abbröckeln des Streiks noch ein Eingreifen der Polizei riskieren wollten.

Man einigte sich auf einen Vertrag mit einer Laufzeit von 6 Monaten, der für Weihnachtsgeld und Arbeitsplatz-Sicherungsabkommen die Forderung der IG Chemie erfüllte. Bei der geforderten anrechenbaren Tariflohnerrhöhung erreichte die Gewerkschaft für Angestellte 3% mehr, für Akkordlöhne 4% mehr, und für Zeitlöhner 5% mehr plus nochmals 6% Absicherung über tariflicher Verdienste, also bedeutend mehr, als sie ohne Streik bekommen hätte.

Aber in den wichtigen Großbetrieben mit der Mehrheit der Beschäftigten bleibt vor allem bei den Zeitlöhnern noch genügend Raum zum Abbau.

Zusammenfassung:

1. Die Möglichkeit eines erfolgreichen Streiks in Hanau war dadurch eingeschränkt, daß die vollen Reifenlager Dunlops ungehinderten Versand gestatten.

2. Die Rechtsparagrafen, die den Gewerkschaften effektive Maßnahmen gegen Streikbrecher verbieten, setzen sie von vornherein ins Unrecht. Wenn sie nicht gegen die Streikrichtlinien verstoßen und die Streikbrecher ungehindert ins Werk gelassen hätten, hätte der Streik früher und zu ungünstigeren Bedingungen abgeschlossen werden müssen. So fällt es den Arbeitgebern leicht, Krawalle zu provozieren.

3. Mit den gleichen legalistischen Techniken wie der Arbeitgeber versucht auch die Universitätsadministration den Kampf der Studenten als Terror hinzustellen. In beiden Fällen ist bloße Methodenkritik an die Stelle qualitativer Argumentation getreten. Das Solidaritätstelegramm des Frankfurter AstA gewinnt von daher seinen Sinn. Die Gewerkschaften haben aber noch weniger als die Studentenschaft wirksame Mittel gegen die formalistischen Herrschaftstechniken entwickeln können.

sich ihre eigenen Gedanken machen. Demaskierte Charaktermasken geben den Blick frei auf eine von Phrasen unverkleisterte Realität: „Wie weit sich eine Terrorisierung oder derartige in einem Staat entwickelt, dafür tragen wir – Regierung, Parlament, Professoren, Lehrer, Ausbilder, Unternehmer, Eltern – mit der Verantwortung ... Dazu gehört von unserer Seite auch Mut zu unpopulären Maßnahmen und Entscheidungen.“ Da aber unpopuläre Maßnahmen den noch treu-fleißig-sportfreudig verkündenden Populus aufschrecken könnten, nun (besänftigend): „Erscheinungen protestierender, ja revoltierender Jugend gibt es auch in anderen Ländern: Beatniks in den USA, Mods und Rockers in England, Provos in Amsterdam, Gammeler in ganz Europa.“ Wen wundert das noch? Der dies konstatiert, vollzieht spornstreichs die sattsam bekannte Metamorphose des von seinen Privilegien bangenden weltläufigen Liberalen zum Chauvinisten: „Man braucht nicht Nationalist zu sein, um zu fragen, ob es der deutschen Jugend ansteht, dem zu folgen und gar gewalttätig zu werden.“ Die Fronten klären sich.

## Dietz, der Freisprecher

Von Ernst Theodor Mohl

„Beim diesjährigen Stiftungsfest am 10. 6. 1967 wurde dem Präsidenten der Industrie- und Handelskammer Fritz Dietz die Ehrenbürgerschaft der Johann Wolfgang Goethe-Universität verliehen. Wie seinerzeit der Rektor der Universität Professor Rüegg hervorhob, hat sich Präsident Dietz Verdienste um die Wiso-Fakultät und anlässlich der Verhandlungen wegen des Übergangs der Universität an das Land Hessen erworben.“

„Sie wollen über alles mitreden. Sie verlangen Hochschulreform. Sie verlangen Einfluß der Studenten an der Hochschulverwaltung und -verfassung. Sie wollen bessere Studienbedingungen, man spricht von Gewerkschaftsgründung. Sie beanstanden das Mensa-Essen. Sie protestieren handgreiflich mit Eiern und Tomaten gegen ein fremdes Staatsoberhaupt, das in Erwiderung eines Besuches unseres Präsidenten in die Bundesrepublik eingeladen war und auch Berlin besuchte ... Sie machen Protestmärsche wegen der Regierungsformen und Vorkommnisse in fremden Ländern.“

Herr Dietz, Präsident der Industrie- und Handelskammer, hält einen Festvortrag. Er spricht vor zweitausendzweihundert Jugendlichen, einem Oberbürgermeister, einem kommandierenden General und anderen Nobilitäten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung. Er spricht vor Lehrlingen über die Studenten. Lehrlinge sind nicht sein Thema, denn Lehrlinge lassen sich vom Kammerpräsidenten nur schwer zu feierlichen Ansprachen veranlassen. Der Lehrling, in der Fachliteratur zum Lehrlingswesen objektiviert, enthält nämlich Gefahren, die „im Mißbrauch als billige Arbeitskraft“ oder „in der Hortung von Jugendlichen auf betriebsegoistischer Grundlage“ zu suchen sind. Herr Dietz hat seine Rede „Die Freiheit in der Demokratie“ überschrieben. Er spricht frei, das heißt er spricht nicht ohne Konzept, er spricht anlässlich der „Freisprechungsfeier“. Lehrlinge sind – so will es der Brauch – nach bestandener Gesellenprüfung freizusprechen, nämlich von der besonderen „Gehorsams- und Lernpflicht“ des Lehrverhältnisses, um im Doppelsinn frei: frei von den zur Verwirklichung ihrer Arbeitskraft nötigen Kapitalgütern frei über ihre Arbeitskraft zu verfügen.

Herr Dietz spricht also frei. Er will „seinen lieben jungen Freunden“ an diesem Tage zum „Eintritt in das eigentliche Wirtschaftsleben“ „einiges Grundsätzliches ...“, wenige Worte zu einigen alten Wahrheiten, die auf einer Feier wie der heutigen nicht fehlen sollten“, sagen. „Jeder ist seines Glückes Schmied!“ wäre so eine Wahrheit, denn „letzten Endes (kommt) es doch entscheidend darauf an, daß der einzelne mit Interesse, Fleiß, Treue und Verantwortungsbewußtsein durch Leistung und Bewährung in steigende Aufgaben hineinwächst“. (Alle Zitate in doppelten Anführungszeichen sind wörtlich entnommen den *Mitteilungen*, Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main, 1. November 1967.) Herr Dietz weiß: Nicht jeder kann Unternehmer, Verbandsmanager oder Kammerpräsident werden, aber jeder kann sich sportlich betätigen. Denn der Sport kann „das Gefühl innerer Selbstständigkeit, Unabhängigkeit und Sicherheit fördern, Lebensfreude vermitteln und“ – hier schließt sich die Kausalkette zur Funktionsanalyse – „damit wiederum die eigene Leistungsfähigkeit, auch im Beruf, stärken“. Und wer mit Fleiß und Treue der „Ausbildung seiner körperlichen Fähigkeiten“ zwecks Steigerung des Gebrauchswerts seiner Arbeitskraft zum Nutzen der kammerbezirklichen Unternehmen obliegt, der wird auch gewiß „nicht vorübergehen an

all den anderen Bereichen unseres heutigen kulturellen, gesellschaftlichen und politischen Lebens“. (Alle Hervorhebungen nach Originaltext.) Hart am Feind enthüllt der Redner die Wahrheit Nr. 2: „Was du nicht willst, das man dir tu, das füg auch keinem andern zu!“ und fordert mutig, „jeder, der in das Berufsleben hinaustritt“, solle sich auch mit „der Politik“ befassen. Denn „Politik und Wirtschaft sind unser Schicksal ... – hängen voneinander ab“. „Jeder einzelne sollte versuchen, sich so viel Einsicht und Verständnis wie möglich für die Zusammenhänge des öffentlichen Lebens zu beschaffen, um sich selbst ein Urteil bilden zu können.“ Herr Dietz geriert sich als Zauber-Lehrling: die die „sehr bald schon ... in ihre vollen staatsbürgerlichen Rechte hineinwachsen, wie z. B. das Wahlrecht“, sollen „mitwirken an der politischen Willensbildung in unserem Staat“. Doch wie, wenn die, die er dazu ausschickt, unsere Demokratie formal und faktisch als Einparteiensstaat erleben, wenn ihnen aufgehen sollte, daß für sie keine reale Möglichkeit, mitzuwirken besteht? Flugs gibt der Herr Präsident zu bedenken, daß „alle Einrichtungen unseres öffentlichen Lebens ... von Menschengestalt erdacht (sind), und alles Menschliche ... unvollkommen (ist)“; versichert: „Es gibt kein Paradies auf Erden“; und läßt Wahrheit Nr. 3: „Was du ererbt von deinen Vätern, erwirb es, um es zu besitzen“ für sich selber sprechen. Hinter dem Reiter sitzt die schwarze Sorge, dichtete Horaz. Herr Dietz ist beim Thema. Er „verzeichnet“ „gewisse Reaktionen aus der Jugend“, zumal „einer Gruppe Studenten an der Freien Universität Berlin, aber auch anderswo“. Diese revoltierenden Studenten sind ein „Bruchteil aus der Zahl von vielen Zehntausenden“, ebenso wie auch „die Provos und Gammeler, die es in unseren Städten gibt, nicht repräsentativ für unsere Jugend (sind)“, – offenbar bedeutsam genug, um sie zu diffamieren; denn sie werden „in einem Alter, in dem alle anderen Jugendlichen das Wesentliche für ihre Weiterbildung aus eigener Kraft und Initiative und in ihrer Freizeit beisteuern müssen“, „mit außerordentlichen Mitteln von der Allgemeinheit gefördert“. Fruchtet der Appell an die anti-intellektuellen Ressentiments seiner Zuhörer? Offenbar sieht der Redner seine jungen „Nachwuchskräfte der Wirtschaft“ bereits geschlossen abmarschieren zu den Rebellen von Berlin „und anderswo“, sieht sie als „außerparlamentarische Kraft“ durch „Aktionen zur Auflösung der Ordnung“ und „organisierten Terror“ eine „Gefahr für die Demokratie“ werden: „Die, die Euch aufrufen, Unruhe zu schaffen oder sich (sic!) an Provokationen und Unruhen zu beteiligen, die werden nie dasein, wenn Ihr einen Arbeitsplatz benötigt oder wenn wirtschaftspolitische Arbeitsbeschaffungsprobleme verwirklicht (sic!) werden sollen.“ Als Wirtschaftsführer, also Realist, weiß er, daß es Leute gibt, die „wirtschaftspolitische Arbeitsbeschaffungsprobleme“ nur ungern durch ihn und seinesgleichen betreut sehen und zumal über die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes und das Recht auf Arbeit

## Rüegg: Kein Boulevardjournalist

Nach dem 2. Juni behauptete die Springerpresse von den Berliner Studenten, sie seien Terroristen. Die BZ vom 3. 6. 1967 schrieb: „Es war das Werk eines Mobs. Ihnen ging es nicht mehr um die politische Aussage in irgendeiner Form. Ihnen ging es nur um Krawall, um Unruhe ... um Terror.“

Am 20. 11. 1967 erklärte der Rektor der JWGU Universität in Frankfurt schon vor einem öffentlich angekündigten go-in bei Prof. Carlo Schmid, „dem Fachmann der Partei für Menschlichkeit“ (FAZ vom 25. 11.), der SDS ziele nicht „auf die Ausübung demokratischer Rechte, sondern auf Einübung faschistischer Terrormethoden.“ Der Rektor unterstellte vornehm, was die Springerpresse deutlich ausdrückt, daß das go-in keine politischen Ziele und keine politischen Gründe gehabt habe. Ferner unterstellt er, daß diejenigen, denen es nur um die Einübung faschistischen Terrors gehe, Kriminelle seien. Folgerichtig hat er durch seine Anzeige gegen Rädelsführer politische Provokation zu einem kriminellen Delikt gemacht. Das Kurras-Urteil zeigt, daß er sich auf die Justiz verlassen können.

Die Springerpresse pflegt nach entsprechender psychologischer Einstimmung ihre Leser zu Tötlichkeiten gegen die Terroristen aufzurufen. Rhetorische Fragen erscheinen die praktische Antwort. „Kann es sich diese große Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden eigentlich noch länger gefallen lassen, daß sie von einer lächerlich kleinen Gruppe extremistisch und antidemokratisch gesinnter Studenten geradezu terrorisiert wird?“ schrieb die Morgenpost am 13. 2. 1966.

Der Rektor der JWGU Universität hat nicht zu Tötlichkeiten gegen den SDS aufgerufen. Seine Diktion ist zivilisierter. Er fordert die Studentenschaft nur auf, „sich von der geplanten Terroraktion zu distanzieren“. Eine sublimierte Ebene der Gewaltanwendung, die eine würdige Umgebung verrät: die Universität.

Die Forderungen, die die Springerpresse erhebt, sind einleuchtend. Relegation und Disziplinarstrafen. Etwas zurückhaltender als sonst die WELT vom 21. 4. 1967: „Das politische Problem wird durch Disziplinarverfahren gewiß nicht gelöst, es geht viel tiefer. Doch zunächst einmal gehört auf einen groben Klotz ein grober Keil.“

Der liberale Rektor der JWGU Universität scheint dergleichen Meinung zu sein. Nicht nur zeigt er Rädelsführer an, er hat auch die Rechte des SDS als studentischer Vereinigung suspendiert, im Falle der Wiederholung solcher Aktionen mit der Aberkennung der Förderungswürdigkeit gedroht. Die Weisheit der autoritären Meinungstechniker der Springerpresse scheint auch die letzte Weisheit eines liberalen Rektors zu sein.

Peter Vulpus



## Reformismus nicht reformistisch

André Gorz — Zur Strategie der Arbeiterbewegung im Neokapitalismus. Europäische Verlagsanstalt. Frankfurt am Main 1967, DM 19,80.

Die besonderen Bedingungen der Hochkonjunktur während der fünfziger und zu Beginn der sechziger Jahre werden von A. Gorz zur Grundlage einer sozialistischen Strategie gemacht, die sich dem überkommenen Dilemma von Sozialreform oder Revolution zu entziehen trachtet. Da es im Neokapitalismus generell gelungen sei, die unmittelbaren Bedürfnisse der Mehrheit der Bevölkerung zufriedenzustellen, sei die revolutionäre Umwälzung des kapitalistischen Systems nicht länger den Massen einsichtig. Reformistische Programme hingegen, die nur die wirtschaftliche und soziale Lage der Arbeiterklasse verbessern und angesichts von konjunkturellen Wechsellagen und Strukturkrisen der kapitalistischen Wirtschaften sichern wollen, würden den systemkonformen Zielen der neokapitalistischen Planungspraktiken (Sicherung der Profite, soziale Stabilisierung des Systems) unterworfen.

Gorz versucht, an die Stelle der „traditionellen Strategien“ (S. 8) ein Programm von „nicht-reformistischen Reformen“ (S. 12) zu setzen. Dieses Programm soll „Zwischenziele“ bzw. „Teilziele“ formulieren, die „das Endziel schon in sich enthalten“ (S. 16). Der Kampf für die Durchsetzung dieser Reformen soll dazu führen, daß die Arbeiterklasse innerhalb des bestehenden kapitalistischen Systems Machtpositionen erobert, „die sie auf die Leitung der Gesellschaft vorbereiten“ (S. 14).

Den konkreten Ansatzpunkt für die von ihm entwickelte Strategie sieht Gorz darin, daß es im Neokapitalismus zwar möglich ist, durch Warenkonsum die materiellen, „quantitativen“ Bedürfnisse zu befriedigen; andererseits würden aber durch die von der technologischen Entwicklung erzwungenen Umstellungen, Entqualifizierungen und sozialen Degradierungen, durch den allgegenwärtigen Widersinn der für das System notwendigen Verschwendung produktiver Ressourcen, durch die ständig steigenden Kosten der einfachen und erweiterten Reproduktion der Arbeitskraft (infolge der unzureichenden Versorgung mit öffentlichen Dienstleistungen aller Art) neue „qualitative Bedürfnisse“ (S. 9) geweckt, denen innerhalb des kapitalistischen Systems nicht genüge getan werden kann; denn der Einsatz der Produktivkräfte orientiert sich notwendig an den kurzfristig realisierbaren Profitchancen. An diese dringlichen, aber unbefriedigten Bedürfnisse ist in konkreten Konfliktsituationen anzuknüpfen, indem gegenüber den Zielen der Produktion und Politik, die aus der Entwicklung des kapitalistischen Systems resultieren, sozialistische Alternativen entwickelt werden, die neue Produktivkräfte fordern.

Mag die materielle Lage der Arbeiter auch erträglich sein, so müssen sie doch im Betrieb jene Unterordnung unter die Ziele der Profitwirtschaft erfahren, die ihre Situation in der Gesellschaft insgesamt charakterisiert. Um sich gegen Entfremdung und Unternehmerwillkür zur Wehr setzen zu können, genügt es nicht, wenn die Arbeiter für höhere Löhne kämpfen, sondern Ziel ihrer Aktionen muß es sein, im Betrieb „das Entscheidungssystem der kapitalistischen Leitung der Betriebe (und im weiteren der Gesellschaft) in Frage zu stellen und eine Alternative dagegensetzen“ (S. 56). Gorz glaubt, daß sich die Arbeiter für die offensive Forderung nach Kontrolle über die Arbeitsbedingungen, Entlohnungssysteme und die Art der Arbeitsorganisation mobilisieren lassen, da sie ein, wenn auch vermitteltes Bedürfnis entspricht. Die Aktionen der Arbeiter können nur von der Gewerkschaft organisiert werden; sie ist der Katalysator für die Bildung von Klassenbewußtsein (S. 19); ihre Anerkennung als autonome Interessensvertretung der Arbeiter im Betrieb ist unabdingbare Voraussetzung des Kampfes bzw. dessen wichtigstes Ziel. „Die Tarifautonomie muß bedingungslos und permanent gewahrt werden.“ (S. 20) Nicht nur im Betrieb, sondern auch auf der Ebene der Wirtschaftszweige, der Regionen und schließlich auf nationaler Ebene haben die Gewerkschaften den Kampf für eigene Modelle der gesellschaftlichen Organisation zu führen, in denen sich „der Unterschied zwischen dem Wünschenswerten, dem Möglichen einerseits und der Realität andererseits“ (S. 69) zeigen soll. Wenn Branchen- und regionale Krisen einzelne Unternehmen, die Unterentwicklung der Infrastruktur und Wachstumsschwierigkeiten eine nationale kapitalistische Wirtschaft insgesamt bedrohen, so haben die durch Rentabilitätskriterien bestimmten Unternehmensentscheidungen und die auf die Profitsicherung gerichtete Konjunktur-, Struktur- und Einkommenspolitik zur Folge, daß die Kosten der Fehlentwicklungen der Arbeiterklasse in Form von Arbeitslosigkeit, Entqualifizierung und Einkommensminderungen aufgebürdet werden. „Gegen diesen politischen Willen kann sich die Gewerkschaft nur durch einen autonomen politischen Gegenwillen verteidigen, der sich — unabhängig von Staat und Parteien — auf die spezifischen Forderungen der Arbeitnehmer gründet.“ (S. 24) So soll es schließlich möglich

sein, „die Klassenherrschaft der Arbeitgeber und des Staates anzugreifen“ (S. 58).

In dieser Form mag der Gorz'schen Argumentation eine gewisse Konsistenz nicht abgesprochen werden. Doch die häufig mehr semantischen als schlüssigen Beweisführungen, die z. B. in Formulierungen wie „revolutionäre Reformen“ (S. 11) oder „positive Negation“ (S. 32) zum Ausdruck kommen, lassen daran zweifeln, daß die „Strategie der Zwischenziele und des friedlichen Wegs zum Sozialismus“ (S. 123), die „weder die Möglichkeit noch die Notwendigkeit einer revolutionären Machtergreifung zu einem späteren Zeitpunkt“ (S. 16) ausschließen soll, auf einer zutreffenden Einschätzung der Gewerkschaften beruht.

Gorz macht es seinen Kritikern insofern leicht, als er die Faktoren, die die Bedingungen für die Durchsetzung seines politischen Programms verändern, selbst nennt. Auch wenn man die Annahme gelten läßt, daß die Prosperität des „Vergeudungskapitalismus“ nicht nur eine spezifische historische Phase seiner Ent-

Betrieb, sondern auch auf der staatlichen und sogar auf internationaler Ebene die Interessen der Arbeiterklasse vertreten und Machtpositionen erobern könne, übergeht er einmal die Gefahr der Bürokratisierung der gewerkschaftlichen Organisation, zum anderen ignoriert er die spezifischen Bedingungen der Eroberung der Staatsgewalt. Solange die Klasse der Produktionsmittelbesitzer den Staatsapparat beherrscht, verfügt sie über das entscheidende Mittel, mit dem sie jede ernsthafte Bedrohung ihrer gesellschaftlichen Stellung mit Gewalt abzuwehren vermag. Die Gewerkschaft kann mit den ihr zur Verfügung stehenden Kampfmitteln der herrschenden Klasse die politische Macht nicht entreißen.

Im zweiten Teil seines Buches beschreibt Gorz die ökonomischen Entwicklungstendenzen, die die Ausgangsbedingung seiner Argumentation — eine, wenn auch auf Verschwendung basierende Prosperität — relativiert. Die sich verschärfenden Wettbewerbsbeziehungen zwischen den im internationalen Rahmen operierenden Konzernen und den nationalen Wirt-

Peter O. Chotjewitz

## Erklärung · Zerkelung

(Durch Verschiebung leicht veränderte Fassung einer Erklärung des Coburger Convents der Landmannschaften und Turnerschaften zu „von studentischen Kreisen ausgehenden Vorgängen“.)

1. Wir vermögen nicht die Inszenatoren der verschiedenen Vorgänge, die inzwischen die Mehrzahl der studentischen Gruppierungen erlauben, Hochschulpolitik und Staatspolitik nach Belieben zu verwechseln, um den politischen Irrtum unserer Vorfahren. Wir glauben jedoch, unseren Vätern und Großvätern Respekt um Schuld, sondern um Erkenntnis von Ursache und Wirkung, von Vorwand und Absicht. Wir sind überzeugt, daß für unsere Universitäten und Hochschulen, für unsere Professoren und Studenten Ideologien nach unseren eigenen Gesetzen leben und wirken. Sie lassen ebenso wenig Raum für eine neurotische außerparlamentarische studentische Terror-Opposition und geübte Gemeinschaftsarbeit am Volk und im Volk sind dabei die wesentlichen Mittel unserer Studierenden als satzungsgerechte Aufgaben.

2. Sicherlich ist Freiheit wertlos, wenn sie nicht auch die Freiheit zu irren bedeutet. Wir verabscheuen jedoch Möglichkeiten der Kritik, an andere Möglichkeiten, diese Unzulänglichkeiten zu beheben. Der Weg dorthin die von einer studentischen Minderheit als erstrebenswert verkündete Auffassung und Haltung, wonach Staat verpflichtet fühlt. Wir wollen und werden auch ohne Diffamierung des Staatsoberhauptes, ohne über einzelne Studenten an den politischen und gesellschaftlichen Fragen unserer Zeit verstanden werden. Art, Weg und Richtung muß dem Studenten selbst und der jeweiligen Reife seiner Einsicht, Zusammenschluß auf Zeit! — zur unbeschränkten Mitbestimmung oder gar zur Räte Demokratie auszuweiten.

Unsere Selbsterhaltungsgrenze hat eine Toleranz an der Intoleranz!

wicklung charakterisiert, so ist doch zu fragen, ob sich in den durch den „gigantischen Apparat der Repression“ (S. 148) sozialisierten Individuen jene qualitativen Bedürfnisse zu regen vermögen, an denen die Gorz'sche Strategie anknüpfen will; ob diese Bedürfnisse sich der Unterdrückung durch die „neokapitalistische Ideologie“ (S. 9) entziehen können. Bleiben nicht vielmehr nur privilegierte gesellschaftliche Minoritäten, jedenfalls für eine gewisse Zeit, vom „Rückstand und dann der Nivellierung und „Industrialisierung“ des Erziehungswesens, von der Unterdrückung der autonomen kulturellen Aktivitäten durch die Militarisierung und der industriellen Arbeit, vom Mangel an kollektiven Einrichtungen, von der Rationierung der Freizeit“ (S. 149) verschont? Sie dürften jedoch kaum die Träger des gewerkschaftlichen Kampfes sein.

Darüberhinaus wäre es nicht uninteressant, die Gründe zu erfahren, warum Gorz allein den gewerkschaftlichen Organisationen politische Funktionen zudenkt, nicht hingegen den Arbeiterparteien. Seine Forderung nach bedingungsloser Autonomie der Gewerkschaften ist demokratisch legitim; sie ist außerdem auf dem Hintergrund der historischen Erfahrungen der Arbeiterbewegung zu verstehen, denn der Einfluß der reformistischen und stalinistischen Parteien auf die Gewerkschaften hat dazu geführt, daß die Tarifautonomie eingeschränkt, die Arbeiterklasse durch ihre eigenen Organisationen diszipliniert und diese schließlich den Angriffen des Staates unvorbereitet ausgeliefert wurden. Daß die politischen Führungen der Arbeiterklasse versagt haben, ist jedoch kein prinzipieller Einwand gegen die politische Notwendigkeit, daß sich die Arbeiterklasse nicht nur gewerkschaftlich, sondern auch in einer revolutionären Partei organisieren muß, um die Herrschaftsverhältnisse des kapitalistischen Systems abschaffen zu können. Zwar trifft es zu, daß „der gewerkschaftliche Kampf unweigerlich einen politischen Inhalt erhält, denn in diesem Kampf zeigt sich offen die Beziehung zwischen der Lage der Arbeitnehmer an ihren Arbeitsplätzen und der Organisation der Gesellschaft“ (S. 20); doch indem Gorz annimmt, daß die gewerkschaftliche Aktion nicht nur im

3. Wir sind eine Gemeinschaft von Studenten aus allen Schichten unseres Volkes, die sich Familie, Beruf und Selbsterziehung als Dienst an uns selbst, Haltung, Anstand, Achtung gegenüber anderen, uneigennützigste Leistung würden viele heute überhaupt nicht oder nicht so sorglos als Nutznießer studieren können. Wir kennen die aus der Teilung Deutschlands entstandenen Mängel im Staatsapparat, wir kennen die trotz Unruhe und Aufstand mit Provokation, Hausfriedensbruch, Landfriedensbruch und Ordnungsstörung Aufgabe wie für leninistische, maoistische oder anarchistische Ideologien, wenn wir weiterhin der Irreführung der Studenten zusehen.

4. Unter „Politisierung der Studenten“ kann für uns nur das begrüßenswerte, konstruktive Interesse des zu Studierendens als des Lernenden zum Lernen — ohne Ärgernis erhalten wissen. Das sind wir uns Betätigung. Wir wissen um die ebenso glanz- wie leidvolle Geschichte unseres Vaterlandes und wir wissen auch und nicht zuletzt für die Rechte der Studentenschaft eine ernste Gefahr besteht, wenn wir weiterhin einzelnen Studenten an den politischen und gesellschaftlichen Fragen unserer Zeit verstanden werden. Unsere Grundsätze zeigen einen anderen Weg. Wir wollen auch in einer reformierten deutschen Universität das grundlegende Verhältnis — Professor zollen zu müssen für den Wiederaufbau Deutschlands nach 1945. Ohne diese von der Welt bewunderte Anstrengungen noch bestehenden Mängel im Hochschulbereich, wir glauben jedoch an andere deutschen Hochschulen beunruhigen, von der Verantwortlichkeit — auch der Folgen — freizusprechen. Wir sind darum gezwungen, besonders die Berliner Ereignisse unter diesem Aspekt zu sehen. Es geht hier nicht selbst und unserem Berufsziel schuldig.

So sehen wir die für jeden von uns daraus erwachsenden Pflichten!

schaften, die zu Überkapazitäten, Fehlinvestitionen und allgemeinen Strukturkrisen führen, kündigen eine Phase an, in der eine um die Sicherung der Profite besorgte staatliche und übernationale Planung die in der Hochkonjunktur zugestandenen Rechte und den materiellen Lebensstandard der Arbeiterklasse nicht unangestastet lassen darf. Unter diesen Umständen, in denen die Arbeiterklasse in die Defensive gedrängt ist, verliert eine offensive Strategie ihre reale Basis. Der von Gorz als einseitig und systemkonform abgestempelte Lohnkampf und der Verteidigungskampf gegen die Angriffe der Unternehmer und des Staates werden unter den gewandelten Bedingungen wieder zu entscheidenden Bestandteilen einer sozialistischen Politik; daß es notwendig ist, diese Kämpfe zu führen, verstehen auch die, die keine „qualitativen“ Bedürfnisse zu entwickeln vermöchten.

Ulrich Rödel



**EXCLUSIV**  
**Tobacco**  
von DM 2, — bis DM 6, —  
Gratisproben durch EXCLUSIV TOBACCO  
83 Landshut, Postfach 568

## Notstandspotpourri Für jeden etwas

Notstandsordnung und Gesellschaft in der Bundesrepublik, Zehn Vorträge, herausgegeben von Werner Hofmann und Heinz Maus, Rowohlt, Hamburg 1967, DM 2,20.

Vorbereitung auf den Notstand? 10 Antworten auf eine aktuelle Frage, Fischer, Frankfurt 1967, DM 2,80.

Im Fischerband ist vieles längst bekannte nur noch einmal enthalten. Sowohl Augsteins SPIEGEL-Artikel, als auch die offiziellen Bekanntmachungen von Lücke, Wehner, Guttenberg und Dorn fallen darunter. Daß Dorn meint, wir bräuchten keine Großkonjunktions, Guttenberg, der innere Notstand liege schon bei „Gehorsamsverweigerung einer größeren Zahl von Staatsbürgern gegenüber der staatlichen Autorität“ (p. 27) vor und Wehner, öffentliche Diskussion müsse „zu einer fundamentalen Identifizierung unserer Bürger mit ihrem demokratischen Staat“ (p. 25) führen, lohnt als pikante Deutlichkeit ganze Artikel nicht. In diesem Handbuch der Meinungen kommen auch Leber und Brenner zu Wort, ebenfalls offizielles Fluidum verbreitend. Brenner will die Demokratie gegen alle Angriffe — „von rechts wie von links“ — schützen, Leber wirbt für grundsätzliches Staatsbewußtsein, beide diskutieren ihre kontroverse Gewerkschaftspolitik. Auch die außerparlamentarische Opposition, etwas analytischer freilich, kann ihre Stimme erheben. Ridder legt in seiner labyrinthischen Sprache mit ironischer Gefälligkeit einen wichtigen Zusammenhang im Vorbeigehen dar, daß die Notstandsgesetze nicht „Wiederaufnahme“ des Faschismus bedeuteten, weil sich eine der „minoritären Trägerelite“ des Präsidialregimes 1932 vergleichbare Elite sich mit der „submissen“ Hilfe der Konkurrenzpartei habe stabilisieren können. 1933 finde nicht statt. Hannover stellt die Schubladengesetze vor, Manfred Regin im historischen Rückblick den Artikel 48.

Der Fischerband orientiert sich mit wenigen Ausnahmen an der Fassade der politischen Fronten in der Notstandsgesetzgebung; der Rowohltband dagegen an fünf Themen, wo affirmative Politik und kritische Wissenschaft gegeneinander reden. An jedes Thema schließt eine — wohl nur verkürzt wiedergegebene — Diskussion an. Das Verhältnis der Notstandsordnung zu Innen- und Außenpolitik, Arbeitsverfassung, Informationsfreiheit und Demokratie stehen zur Debatte (leider nicht das Verhältnis zur Industrie).

Zur wesentlichen Struktur des Denkens der Vorgesorgten und Staatsschützer gehört es, die gesellschaftliche Notwendigkeit von „Notstandsregelungen“ fast nie zu erörtern. Sie setzen eine noch nicht Geschichte gewordene Katastrophe voraus und deduzieren dann ihre autoritären Regelungen. (Den geheimen Sinn dieses Denkens enthüllt uns der Abgeordnete Busse, FDP, wenn er im Brustton schließt, Voraussetzung dieser jungen Demokratie sei die Erkenntnis, daß sie wert sei, verteidigt zu werden: Notstand erpreßt Identifikation.)

Leicht jedoch verfallen liberale Notstandsgegner wie z. B. Borm und Antrick in den Fehler purer Negativität. Statt Krieg setzen sie die Forderung nach Frieden, statt Vorbereitung auf Spannungszeiten, Entspannung usw. Man hätte es nicht schwer, das als bloße Meinung und gute Gesinnung abzutun, mit einem Schuß Naivität zudem. Thilo Ramm, nur als Jurist sprechend, will aus der radikalen Einsicht, daß das „Notstandsgewinnlertum“ die Folge der Beibehaltung des Privatkapitalismus im Notstandsfall sei, die bislang noch nicht diskutierte Forderung nach einem Notstandsmitbestimmungsrecht ableiten. Er fordert totalen Einblick in die Gewinne, gleichberechtigte Mitwirkung der Arbeitnehmer an der Betriebsführung und gleichmäßige Gewinnverteilung. Bendas wohlwollendes Interesse für diesen vaterländischen Vorschlag sagt über den Wert dieser Mitbestimmung sehr viel aus. Auch hier: Schwäche der Notstandsgegner zu prinzipieller gesellschaftlicher Kritik. Aus dem pluralistischen Tageskampf heraus ist sie jedoch schwer zu leisten. Aus diesem Grunde ist es zu bedauern, daß sich beide Bände so sehr dem pluralen Meinungskampf zuordnen. Besser wäre eine zusammenhängende, historisch fundierte Analyse der Bedingungen gewesen, unter denen der Ausnahmezustand die ultima ratio der parlamentarischen Demokratie in der Bundesrepublik würde.

C. R. Roth

**FRANKFURTER  
BÜCHERSTUBE**  
SCHUMANN U. COBET  
FFM · BÖRSENSTR. 2-4 · TEL. 21494



# Rezensionskritik

von C. Rolshausen/G. Wegeleben

In Nr. 6 des DISKUS (September/Oktober 1967) veröffentlicht C. Rainer Roth eine ambitionierte Besprechung von Wolfgang Abendroths Sammelband „Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie“; in ihr ist die politische Theorie des renommiertesten westdeutschen Sozialisten zunächst kaum wiederzuerkennen. Was sich formal gesehen als eine Besprechung von „in den anderthalb Jahrzehnten der Bundesrepublik Deutschland geschriebenen“ Arbeiten aus gibt, will eine Auseinandersetzung mit den zentralen Thesen des Abendrothschen Denkens überhaupt sein, obgleich sie nicht einmal die legitimen Ansprüche an eine Rezension erfüllt: sie informiert weder über die verschiedenartigen Arbeiten und ihre Schwerpunkte, noch verdeutlicht sie Entwicklungslinien von Abendroths Theorie seit der Gründung der BRD.

Diese Methode fordert aus mehreren Gründen Widerspruch heraus. Gerade einem Denken gegenüber, das nicht allein an der Politik als Gegenstand der politischen Wissenschaft orientiert, sondern selbst politisch engagiert ist, erscheint eine Betrachtungsweise unangemessen, die die Analyse nicht in dem politischen und gesellschaftlichen Zusammenhang versteht, in dem sie entstanden ist. Roth ignoriert das situationsbezogene Moment besonders bei den in praktischer Arbeit geschriebenen Arbeiten Abendroths über die Nachkriegssituation und -problematik der SPD und der Gewerkschaften; dadurch ergibt sich eine falsche Systematisierung, die zudem den unterschiedlichen wissenschaftlichen Status der Beiträge ignoriert.

Neben den im engeren Sinn polittheoretischen Analysen über die soziale Struktur der Bundesrepublik und die innerparteiliche Demokratie, die sich aber auch als „praxisbezogen“ verstehen, gibt es aktualpolitische, teilweise wohl auch taktisch interpretierbare Erklärungen wie den Alternativentwurf Abendroths zum Godesberger Programm „Aufgaben und Ziele der deutschen Sozialdemokratie, Programmtextwurf 1959“.

Eine Kritik der Rezension wird dadurch erschwert, daß Roth Abendroths Position zumeist sehr verkürzt und zum Teil entstellend skizziert: die Zitate erscheinen eher als Belege einer gegenüber ihrem Gegenstand verselbstständigten Kritik.

Eine Überblick über die Rothsche Argumentation ergibt die Summierung seiner hauptsächlichsten Einwände. Er extrapoliert Abendroths „Bindung an die deutsche Arbeiterbewegung, der er genau jenen ‚bloßen Provinzialismus‘ verdankt, den er selbst ihr vorwirft.“ Sein „rückwärts gewandter Traditionalismus vergräbt sich in der Geschichte der Arbeiterbewegung“, seinem „auf den Kopf gestellten Revisionismus“ der marxistischen Orthodoxie ist das theoretisch festgelegte Ziel alles, und der Weg nichts; „aus politischen Rücksichten“ „reduziert er seine marxistische Orthodoxie ohne Mühe . . . auf liberale Orthodoxie und macht das Grundgesetz „zum kompensatorischen Subjekt der Veränderung“.

Der Vorwurf des Provinzialismus erscheint angesichts von Abendroths Engagement in Fragen internationaler Politik, das Roth nicht un-

bekannt sein dürfte, besonders unverständlich. (Teilnahme am Russell-Tribunal über den Vietnam-Krieg, verschiedene öffentliche Stellungnahmen zu den völkerrechtlichen Aspekten dieses Konflikts, Erklärung zum Nahostkonflikt.) Abendroths Arbeiten gehen von der These aus, daß die Theorie des sozialistischen und demokratischen Humanismus „die Grundlagen bietet, auch die Gesellschaft des Spätkapitalismus, ihre Auseinandersetzungen mit den mit ihr koexistierenden werdenden sozialistischen Systemen, den kolonialrevolutionären Regimen und ihre politischen Konflikte zu verstehen und zu ihrer Lösung anzuleiten“ (S. 12). Die Ausgrenzung eines Gegenstandsbereichs der politischen Soziologie, die Roth kritisiert, schließt für Abendroth ein, daß deren Probleme in der übergreifenden Analyse des sozialgeschichtlichen Prozesses in seiner Totalität (S. 11) angemessen diskutiert werden können.

Überbauphänomene zu analysieren, auf die vom Produktionsprozeß abgelöste Ideologie sich zu beschränken, ist der schwerwiegendste Einwand gegen eine ihrem Anspruch nach marxistische Theorie. Roth formuliert ihn ungeprüft und, als solle es das Argument erst optisch zum Argument machen, im Fettdruck: „Politische Soziologie ist an die Stelle der politischen Ökonomie getreten“. Freilich tritt sie bei Abendroth weder mit diesem Anspruch noch mit der Beschränkung auf, die Roth ihr zuschreiben möchte. Roth nimmt die die Verselbstständigung politischer Macht zur öffentlichen Gewalt nachzeichnende Theorie buchstäblich; schon ihr Name, politische Soziologie, soll Indiz dafür sein, daß sie sich nicht mehr auf die „Totalität der gesellschaftlich-geschichtlichen Bewegung (S. 352)“ richtet. Politische Soziologie, wie Abendroth sie versteht, ist praxisbezogen. „Verzichtet sie auf diese Überlegung (nämlich Parteinahme zu sein, C. R., G. W.), lehnt sie die Analyse des sozialgeschichtlichen Prozesses in seiner Totalität und politische Zielsetzungen, die über das Existente hinausführen, als angeblich rationaler Bestimmung unzugänglich ab, beschränkt sie sich auf zweckrationale Bestimmung von Teilproblemen, so verbannt sie die menschliche Vernunft aus der Planung der Zukunft und leitet zu der schlechten Alternative über, entweder konservativ für die Erhaltung ungeprüft akzeptierter Machtverhältnisse der Gegenwart Partei zu ergreifen oder irrationalen Dezisionismus Argumente zu liefern“ (S. 12). Die Aufsatzsammlung selbst entfaltet die Kritik dieser fingierten Objektivität.

Die von Roth konstatierte praktische Beschränkung ist nicht recht erkennbar. Beschreibt die Theorie wirklich nur die „momentanen (?) Chancen der Herrschaftsaufhebung“, wenn sie gegen die Verschmelzung von Monopolkapital und Staatsgewalt die Alternative einer „im gesellschaftlichen Gesamtinteresse demokratisch geplanten sozialistischen Produktionsweise“ setzt, deren Bedingung der politische Kampf um die Staatsgewalt ist (S. 410).

Roths Vorwurf der marxistischen Orthodoxie richtet sich gegen Abendroths Analyse von Klassenlage und -bewußtsein der Arbeiter. Er erkennt zu Recht, daß es Abendroth auf die „Konstituierung des Bewußtseins von der Notwendigkeit sozialistischer Veränderung“ ankommt, konstruiert aber für die Analyse der Möglichkeiten eine „teufliche Dialektik“. Wie Abendroth selbst zugeben würde, läßt sich dieses demokratische Bewußtsein nicht abstrakt bilden, sondern nur in der „praktischen Opposition gegen die Repression dieser Gesellschaft“. Roth zufolge läßt sich Abendroth nur unzulänglich auf eine Analyse der Gründe ein, warum bislang „die Organisationen der fremdbestimmt Arbeitenden, die Gewerkschaften

und die Sozialdemokratie, es versäumt haben, durch eine praktische Revolution jede Möglichkeit eines neuen Faschismus zu zerstören“; sie diene der politischen Praxis schlecht, „weil sie genau auf das ihre Hoffnung setzt, was sie, wenn auch unzureichend, eben angegriffen hat, auf die Sozialdemokratie“. Diese Kritik berücksichtigt nicht, daß das Abendrothsche Votum für eine dezidiert antifaschistische Politik der SPD aus den Jahren 1957 und 1959 stammt, als Abendroth noch innerhalb eines sozialdemokratischen Diskussionszusammenhangs seinen Beitrag leistet und die SPD auf demokratische und sozialistische Zielsetzungen verpflichten wollte. Inwiefern diese Einschätzung schon damals illusorisch war, ist eine andere Frage: über die heutige Rolle der SPD in der Großen Koalition macht sich Abendroth nachweislich nicht die geringsten Illusionen.

Roth scheint gegen revisionistische Implikationen von den Positionen eines historisch aufgeklärten Marxismus her zu argumentieren, der den fremdbestimmt Arbeitenden zu einer „praktischen Opposition gegen die Repression dieser Gesellschaft“ (Roth) verhelfen will. Aber gerade die Voraussetzung von Abendroths Klassenanalyse, die Unterscheidung von unmittelbaren und objektiven Interessen der Arbeitnehmer, die ein Programm sozialistischer Veränderung begründen kann, stellt Roth in Frage: die Analyse objektiver Interessen wird der marxistischen Orthodoxie geziehen. Abendroth argumentiert insofern traditionalistisch, als er die Arbeiterklasse trotz der Hebung des Lebensstandards als unterdrückte Klasse und wie immer hilflos und verstümmelte Subjekt der Veränderung begreift, das die Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise in eine sozialistische Gesellschaft transformieren kann. Ist diese Klasse aber immer noch unterdrückt, Objekt eines unmenschlichen Produktionsprozesses, gewinnt die Entwicklung des Klassenbewußtseins ihren Stellenwert, wenn gleich Roth es als Entsprechung zu einer „idealistischen“ und revisionistischen „reinen Politik“ sehen möchte und ein identisches Interesse von Arbeitern und Bürokraten an der Erhaltung des Status quo unterstellt: die bei Abendroth im Entfremdungsprozeß der Arbeiterklasse aufgewiesenen Konflikte erscheinen bei Roth in der Konzeption „legalen Fortschritts“ nicht mehr.

Für Roth reduziert Abendroth „seine marxisti-

sche Orthodoxie ohne Mühe aus politischen Rücksichten auf eine liberale Orthodoxie“; kompensatorisches Subjekt dieser Veränderung soll das Grundgesetz sein. Abendroths Argument ist jedoch ein anderes: Liberale Grundrechte, die gegenüber der Staatsgewalt zunächst als Ausgliederungsrechte formuliert wurden; erscheinen in der sozialstaatlichen Massendemokratie als Teilhaberrechte. (Das Grundgesetz) ist darauf angelegt, den materiellen Rechtsstaatsgedanken der Demokratie, also vor allem den Gleichheitssatz und die Verbindung des Gleichheitssatzes mit dem Teilhaberbedanken im Selbstbestimmungsgedanken auf die Wirtschafts- und Sozialordnung auszudehnen und dadurch dem Sozialstaatsgedanken realen Inhalt zu verleihen.“ (Veröff. d. Vereinig. d. dt. Staatsrechtslehrer, H. 12/1959, S. 89)

Abendroth zeigt, daß eine sozialstaatliche Programmatik in den Normen des Grundgesetzes selbst angelegt ist; die „fixierten Normen der Verfassung“ werden damit in den Prozeß einer möglichen sozialstaatlichen Programmatik einbezogen, deren wesentliches Ziel die Ersetzung der „begrenzten oligopolistischen Scheinkonkurrenzwirtschaft durch eine Planwirtschaft im Interesse der Gesamtwirtschaft“ ist. (Wirtschaft, Gesellschaft und Demokratie in der Bundesrepublik, Frankfurt/M., 1965, S. 21); der Kampf um Verfassungspositionen aber kann nur erfolgreich mit den machtpolitisch relevanten Gruppen der Arbeiter geführt werden. Roth unterstellt, daß Abendroth die Einheit von Theorie und Praxis wieder als ein Gebot der Theorie begreift; damit verdrängt er die Sphäre der materiellen Auseinandersetzung und bringe die „Einheit von Theorie und Praxis, die nur praktisch hergestellt werden kann, in den Olymp der marxistischen Orthodoxie in Sicherheit.“ Roth versäumt es, den Begriff von Praxis zu präzisieren, die Abendroth angeblich ignoriert. Seine Kritik der Einheit von Theorie und Praxis bezieht sich auf eine Marxinterpretation Abendroths, nämlich daß die Theorie, indem sie die objektiven Interessen des gesellschaftlichen Subjekts der Veränderung formuliert, nicht nur praxisbezogen ist, sondern die Einheit von Theorie und Praxis antizipiert; der theoretisch angeleitete Kampf muß sie faktisch herstellen.

Die „Entlarvung“ des Abendrothschen Denkens als obsolet gelingt nur durch den Verzicht auf sachliche Kritik. Rezensionen, die den Gegenstand schon verstümmelt repräsentieren, ermöglichen kaum eine fruchtbare Diskussion.

## Resolution der Teilnehmer des Teach-in am 27. 11. 1967 vor dem Rektorat

Die hier versammelten Studenten bestätigen die Resolution der Studenten vom Freitag, den 24. 11. 67 (s. S. 16), und fordern mit Nachdruck:

1. Die unverzügliche Einstellung der strafrechtlichen Verfolgung von Go-In-Teilnehmern zu Carlo Schmid.
2. Die unverzügliche Aufhebung des vorläufigen Verbotes des SDS an der Universität Frankfurt.

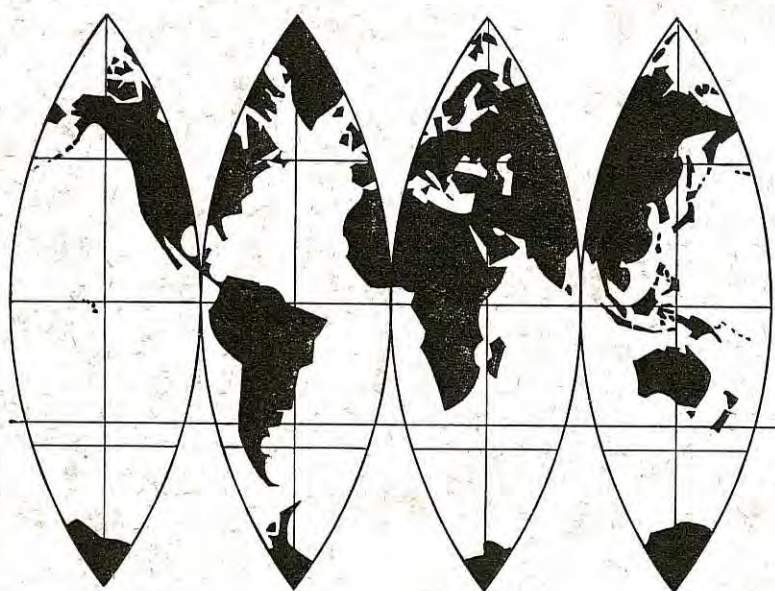
Die versammelten Studenten fordern darüber hinaus:

1. Der AStA lädt den Hess. Kultusminister Schütte und den Bundesratsminister Carlo Schmid zu einer Diskussion über die Notstandsgesetze ein.
2. Der Rektor der Universität Frankfurt und ordentliche Professor für Soziologie, Rüegg, möge sich, nachdem er sich am Freitag der

inhaltlichen Diskussion über seinen Faschismus-Vorwurf entzogen hat, an einer öffentlichen Diskussion über den Faschismus beteiligen.

3. Der AStA protestiert gegen die unter Verantwortung des Frankfurter Magistrats vom Polizeipräsidenten getroffene Entscheidung, eine Demonstration gegen die NPD-Kundgebung vom 24. 11. zu verbieten und mit Polizeigewalt aufzulösen.

4. Der AStA möge am Vorabend des Konzils der Universität, das ohne Mitbestimmung der Studenten die neue Universitätssatzung beschließen wird, eine Vollversammlung einberufen, die geeignete Aktionen beschließen und diskutieren wird, um die Verabschiedung einer solchen Satzung zu verhindern.



## Tradition Erfahrung Fortschritt

Dort, wo es um Geld geht, schätzt man in der ganzen Welt unsere Erfahrung, unsere Gewissenhaftigkeit und unseren vielfältigen Kundendienst. Sie sind die Grundlagen unserer fast hundertjährigen Tätigkeit im Dienst der deutschen und internationalen Wirtschaft.



SEIT 1870

# COMMERZBANK

Hauptgeschäft Frankfurt am Main  
Neue Mainzer Straße 32-36  
Telefon 28621  
Geschäftsstellen in allen Stadtteilen

Nächste Geschäftsstelle  
in der Nähe der Universität:  
Zweigstelle Bockenheim  
Gräfstr. 85 · Tel. 77 87 07/77 1606



Von der Universität heute kann die wissenschaftliche Bildung des Studenten, seine „Prägung durch Übung im methodisch-kritischen Denken und kooperativen Forschen“ (Klaus Meschkat), nicht erhofft werden. Es müßte in einem Prozeß radikaler Umwälzung die herrschende Verkrustung universitärer Oligarchie, ordinierte Repräsentanz und administrative Bürokratie, aufgebrochen werden. Heute notwendig, wäre das eruptive Unterlaufen der Wilhelminischen Untertanenfabrik in den Jahren nach dem 45er Kriegsende möglich gewesen. 1948 stand ein verbaler Ansatz im Blauen Gutachten der Reformkommission für die britische Besatzungszone: „... das mächtigste Erziehungsmittel der Hochschule (ist) die aktive Beziehung des Lehrers zur neu zu findenden Wahrheit.“ Statt die Chance zu begreifen, verstärkte sich die Forderung nach außenwissenschaftlicher Einflußnahme. Daß die Ansätze untergingen, beweint spät – zu spät – der Philosoph Karl Jaspers: „Was ich an der Universität seit meinem ersten Semester suche und will und wofür ich lebe, ist damals und seither nur noch verlorengegangen. Wir haben die gesteigerte Hierarchie und den Feudalismus an deutschen Universitäten.“ Deren Institutionen liefern einer expandierten Hörerzahl mit erfahrungswissenschaftlicher Ausbildung zwar halbwegs einen Informationsrahmen der Verfügbarkeit über gegenständliche und vergangenheitsbezogene Prozesse, die Schulung in solchem Wissen aber zielt nicht auf individuelle Lebensführung in der Gesellschaft und ist außerstande, eine „praktisch hilfreiche Orientierung für gelebte Situationen“ zu geben (Jürgen Habermas). Technisch anwendbare Wissenschaft ist der gesellschaftlichen Praxis gegenüber neutralisiert. Während im positivistischen Wissenschaftsbetrieb „Bildung durch Wissenschaft“ zur ideologischen Atrappe erstarrt ist, wuchern „irrationalistische Erziehungsmodelle“ (Wolfgang Iltis), die von einer Hochschule in Regie genommen werden, welche in ihrem Wissenschaftsverständnis selbst technisch-rational sich bescheidet. „Bildung“ gerinnt zu einer statistischen Erziehungsnorm, die an Wohlverhalten, akademische Pflicht, Ehre, Würde und Gemeinschaft appelliert, indes kritische Aufklärung als der Zwang theoretisch erarbeiteter Einsicht *découvert* wurde. – Verschulung zum systemangepaßten Untertanen ist das deutlichere Wort für Disziplinierung: Sie durchsetzt zunehmend den akademischen Ausbildungsbetrieb, dessen Rationalisierung im Sinne der Wissenschaftsrat-Empfehlungen die feudale Sozialstruktur der Universität ebenso wie das ökonomische System des Monopolkapitals stabilisieren soll, und sie erlaubt darüber hinaus auch den außerakademischen Bereich: im Disziplinarrecht der Universitäten und in den Erziehungssatelliten der Universität – von den Studentenwohnheimen bis hin zur Hochschulpsychiatrie.

Stephan Leibfried und Rudolph Bauer

# SCHULE FÜR UNTERTANEN

## I. Disziplinarischer Druck zur Abwehr von Kritikern

„Der stud. phil. Rudolf Dutschke ... wird angeschuldigt, in Berlin am 14. 12., 17. 12. 1966 sowie am 19. 4. 1967 vorsätzlich oder grob fahrlässig seine Pflichten als Student der Freien Universität Berlin dadurch verletzt zu haben, daß er (a) am 14. 12. 1966 bei einer Diskussionsveranstaltung im Club „ça ira“ zur Unterwanderung der etablierten Ordnung aufrief und dazu aufforderte, die staatliche Ordnung, vertreten durch die Polizei, lächerlich zu machen, (b) am 17. 12. 1966 als Initiator und Wortführer einer unerlaubten Studentendemonstration aufrief, (c) am 19. 4. 1967 dazu aufforderte, entgegen den Anordnungen des Rektors die Veranstaltung im Auditorium Maximum in die Halle des Henry-Ford-Baues zu verlegen und als Protestversammlung fortzusetzen.“

Soweit, zur Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen Rudi Dutschke, die „Anklageschrift“ der Freien Universität Berlin, deren Universitätsordnung (Unio) und Disziplinarordnung (Diszo) im wesentlichen auch die Ordnungen der Universitäten in der Bundesrepublik entsprechen. Insofern ist Berlin nur ein Beispiel, und die politische Funktion des Disziplinarrechts bleibt nicht auf die Verhältnisse an der FU beschränkt.

In den Normalzeiten der unpolitischen Universität erstreckte sich die Mehrzahl der disziplinarischen Maßnahmen und Strafen auf die Ahndung von Verkehrsdelikten, soweit ihr ein Gerichtsverfahren vorangegangen ist. Bei rechtskräftiger Verurteilung zu mindestens drei Monaten Gefängnis droht automatisch die schwerste disziplinarische Strafe (§ 15 Abs. 1/ h, § 2 Abs. 3 Unio): „dauernder Ausschuß“ von der Universität (§ 3 Abs. 5 Diszo). Beispiel: Wegnahme einer Dose Nescafé in einem Selbstbedienungsladen.

Auch in einem Fall, der nicht vor einem Strafgericht verhandelt wurde, erfolgte „dauernder Ausschuß“: einer Studentin des heimlichen Gewerbes wurde handfest bedeutet, daß sie sich eines akademischen Bürgers „absolut unwürdig“ erwiesen hat. Mag man die Prostitution noch als direkte Straffälligkeit betrachten – der Universität genügt als Grund zum Ausschuß, wenn die Mitgliedschaft in einer Organisation oder eine sonstige politische Tätigkeit (Berliner Beispiel: der Fall eines FDJ-Angehörigen) „mit der Würde der Universität für unvereinbar erachtet“ wird.

Die Anklage des Landfriedensbruchs, die unter Berliner Justizverhältnissen die Untersuchungshaft des Studenten Fritz Teufel „rechtfertigt“, führt bei Bestätigung durch richterliches Urteil zum Ausschuß von der Universität. Daß ein strafrechtliches Urteil nicht die Voraussetzung ist, damit ein Disziplinarverfahren der Universität eingeleitet und eröffnet wird, haben die ersten Wochen des Sommersemesters 1967 an der FU gezeigt:

Das Sit-in der 2000 Studenten gegen die Streichungen im studentischen Haushalt durch Bürgermeister und Administration und gegen das drohende Verbot von Seminarrezensionen beantwortet die Universität mit der Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen die zwei Diskussionsleiter (Hartmut Häußermann, AStA-Vorsitzender; Knut Nevermann) und drei der Hauptdiskutanten (W. Lefèvre, Konventspräsident; B. Wilhelmer, 2. AStA-Vorsitzender; Rudi Dutschke); zugleich wurde den amtierenden Studentenvertretern die Aufwandsentschädigung von ca. 300 Mark monatlich gestrichen. Seit den Tagen der unpolitischen Universität hat sich in jüngster Zeit die Disziplinargewalt

der Universitäten mehr und mehr zu einem Instrument gewandelt, das zur Unterdrückung der direkten politischen Infragestellung der Universität und der sie stützenden Interessen dient. Die disziplinarischen Repressionsmöglichkeiten sind in der Hauptsache gerichtet gegen die studentischen Vertreter im AStA, gegen die Redakteure von Studentenzeitungen und gegen die Mitglieder von politischen Studentengruppen.

Gegen politische Hochschulgruppen selbst geht die Universität weiter dadurch vor, indem sie die Förderungswürdigkeit, wie im Falle des Berliner SDS, aberkennt. Aber auch die Professorenschaft ist aufgrund ihres beamtenrechtlichen Status Objekt von Disziplinarmaßnahmen, sobald sie politisch aktiv sich mit den Studenten solidarisiert. Dafür steht der Fall des Berliner PH-Professors Dr. W. Gottschalch, dessen Kommentar im „Berliner Extrablatt“ vom 18. 3. 67 und dessen Absage, an einer Humboldt-Feier teilzunehmen, den Senator für Wissenschaft und Kunst veranlaßte, ein Disziplinarverfahren einzuleiten; Gottschalch hatte die „antidemokratische Politik“ des Senats gerügt und Albertz als „Regierenden Stockmeister“ tituliert.

Die Disziplinargewalt der Universität über die Studierenden – ähnlich der des Staates über die Beamten – überlebt heute als feudaler Restbestand der in sich geschlossenen Bildungsinstitutionen des 14./15. Jahrhunderts und als juristisch-archaische Basis des irrationalen Überbaus studentischer Disziplinierung. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen nützt sie zur Abwehr von Kritik an der noch rauhen Oberfläche der zunehmend Stromlinienform gewinnenden Anpassungsanstalt Universität. Als repressives Instrument bestraft die Disziplinargewalt der Hochschulen die ihr mißliebige studentische Politik und hat zugleich eine individuell-psychisch vorbeugende Präventivfunktion: schon durch ihr Bestehen und durch exemplarische Anwendung dient sie als Erziehungsmittel, suggeriert Elitenvorstellungen und ist insoweit schon im Vorfeld der Repression ein wirksames Instrument zur Einordnung des Studenten in den Leistungsbetrieb der akademischen Untertanenfabrik.

Heinrich Maack (Grundlagen des studentischen Disziplinarrechts, Freiburg i. Br. 1956) befürwortet das Disziplinarrecht aus der Perspektive des besonderen Gewaltverhältnisses, eines tradierten Konzepts des Verwaltungsrechts: „Der Student ist als solcher ... kein Privatmann! Seine Aufgabe gegenüber der staatlichen Gemeinschaft ergibt sich daraus, daß er sinnessprechend nur dann zu studieren vermag, wenn er sich als aktives, d. h. aber zugleich als mitverantwortliches Glied der Hochschule weiß und an ihrer fortwährenden Sinnverwirklichung mitwirkt. Nur dann kann die Universität sein, was sie sein will und sein soll: die auf eine ganz besondere Art im staatlichen Lebenszusammenhang dargestellte persönliche und institutionalisierte Repräsentanz der nationalen Kulturgemeinschaft. Von dieser Repräsentation her empfängt die deutsche Universität ihre spezifische Autorität und Würde. Auch jeder Student ist Mitträger dieser Repräsentationsaufgabe. Sein Verhalten erscheint darum als Verhalten der Hochschule. Er ist aus diesem Grunde seiner Hochschule zur Treue verpflichtet ... die komplexe Pflichtenbindung (ergreift) die ganze Persönlichkeit.“ Das besondere Gewaltverhältnis, hier zur Disziplinierung bemüht, erlaubt juristisch einen sozialen Zustand, in dem ein Mehr an Pflichten einem besonderen Standesbewußtsein zu-

geordnet sein soll. Es setzt also ein elitäres Bewußtsein voraus oder will ein solches aufrecht erhalten, indem es denen, die strengem Reglement unterstehen, ein elitäres Selbstverständnis suggeriert. Die Hochschul-Traditionisten vom Schlage eines Heinrich Maack dienen den Studenten einen standesmäßig bestimmten Verhaltens-typus an. Die Modernen dagegen bedienen sich des Disziplinarrechts zumindest vorläufig – indem sie dessen elitäre Komponente untertreiben – als eines politisch repressiven und psychisch präventiven Instruments, bis die „sachgesetzliche“ Herrschaftsstruktur der Universität dieses Relikt zur Abwehr von Auflehnung ernstlich nicht mehr nötig hat. Sie dürfen die durch Wissenschaft erzeugten oder ihr überhöbten irrationalen Felder de facto eher durch subtilere Mechanismen dem Status quo einfügen – beispielsweise durch den Ausbau der Hochschulpsychiatrie, verstanden als „innere Hochschulreform“.

## II. Affektive Kompensationen durch College Psychiatry

Die Entwicklungstendenzen der Hochschulpsychiatrie, begriffen als Medium kompensatorischer Funktionen für den Wissenschaftsbetrieb, sind mit den Verhältnissen an den amerikanischen Colleges vergleichbar. Dort lassen sich zwei Phasen feststellen: zwischen 1930 und 1945 war die College-Psychiatrie eher eine tolerierte Randerscheinung, die nur in Fragen von Leistungsmessung und -steigerung recht äußerlich herangezogen wurde; in der Nachkriegszeit fand sie Anerkennung als Hochschulinstitution, die sich mit den neueren Tendenzen der Mental-health-Programme zu befassen hat, „in denen auch der Ansatz zur Persönlichkeitsbildung integriert und auch Leistung und Anpassung funktionalisiert wird, in denen Persönlichkeitsentwicklung und Hochschulsystem zur Deckung gebracht werden sollen“ – so ein Bericht von Klaus Dörner (Die Hochschulpsychiatrie, Sozialpsychiatrischer Beitrag zur Hochschulforschung, Stand und Kritik, Stuttgart 1967).

Die Hochschulpsychiatrie in der Bundesrepublik ist noch der ersten Stufe zuzurechnen. Sie hat eine psychotechnische Funktion in dem Sinne, daß ihre Vorschläge – analog den Wissenschaftsrat-Empfehlungen darauf hinauslaufen, statt Überforderung und Ineffizienz Beschränkung und Effizienz zu setzen, also der „Ursache“ der Misere beizukommen: der akademischen Freiheit mit ihrer „Qual der Wahl“ und ihrer „falsch verstandenen Individualität“. Im übrigen werden auch für den außerakademischen Raum Forderungen nach Entlastung artikuliert: nach Entspannung durch Räume für die Mittagspause, durch Ausgleichssport, nach Überprüfung der Wohn- und Arbeitsräume, nach Förderung der Ferien, nach personaler Beratung und Betreuung durch Tutoren, studentische Patenschaften oder Beratungsstellen. Beide Schwerpunkte der gegenwärtigen Hochschulpsychiatrie in Westdeutschland sind recht unmittelbar „in den Dienst der Effizienz und Kompensation der Leistung“ genommen (Klaus Dörner). Eine der amerikanischen zweiten Entwicklungsphase entsprechende Aktivität der Hochschulpsychiatrie, d. h. eine starke Funktionalisierung zur Anpassung auch im Rahmen der nicht-intellektuellen Persönlichkeitsbereiche „würde erst dann allgemein hervortreten, wenn eine Studienreform im Sinne des Wissenschaftsrates stattgefunden hätte, d. h. mit dem Ausbau des Schülerstatus, Verlust an Selbstverantwortung, mit der personalen Betreuung und Erweiterung des „non-academic“ Lebensraumes innerhalb der Universität. Erst in dem Maße, wie studentische Selbstständigkeit dadurch objektiv beeinträchtigt würde, könnte sich dann auch eine ihre Förderung betonende psychiatrische Persönlichkeitsideologie entwickeln, für die es jetzt – anders als in den USA – (in der westdeutschen Hochschulpsychiatrie) noch keine Ansätze gibt“ (Klaus Dörner). In dem Maße also, in dem der Student in seinem Schülerstatus zunehmend fixiert wird und sich eine zwangsweise Verkürzung und Beschränkung des Studiums administrativ und unreflektiert im Dienste eines engen Begriffs von Berufsausbildung durchsetzt, dürfen sich die psychiatrische Beratung, Betreuung und die Psychohygiene als Ventil und als affektive Kompensation in den Dienst eines engen Begriffs von Leistung und einer wohlgegründeten Anpassung stellen. Wir werden, wie Dörner schreibt, darauf zu achten haben, wie in dieser hochschulpolitischen Szenerie nicht sehr neuer Sachlichkeit das Terrain definiert ist, das man der Psychiatrie zur Ausübung kompensatorischer Funktionen zuweisen wird. Immerhin finden sich auch heute schon Ansätze eines Mental-health-Kultes.

Frank (Sozialhygienische Anmerkungen zur Gesundheit der Studenten, Psyche 19, 1965) beschreibt studentische Gesundheit als „täglich neu zu leistendes Entsprechen einem spezifischen Erwartungsbild, d. h. Anerkennung der Universität als gegebener Lebenswirklichkeit“. Die Tendenzen der Hochschulpsychiatrie, die noch nicht sehr klar ausgebildet sind, und die um so deutlicheren Tendenzen der Studienreform dürften auf der anstehenden zweiten Stufe der Entwicklung einer Hochschulpsychiatrie an den Universitäten der Bundesrepublik zur Konvergenz kommen. Die Aktivitäten der Wissenschaftsverwalter konzentrieren sich gegenwärtig mehr auf die Ausrichtung des Ausbildungsbereiches selbst. Mit realisierter Verschulung dürfte man sich aber intensiver dem Bereich der Hochschulpsychiatrie und besonders auch dem Sektor der Wohnheimpolitik widmen, um neben dem funktionalen Leistungsbereich auch den affektiven unter Kontrolle zu bekommen.

## III. Überwachungsmaschine für rebellierende Studenten

„Der CDU-Bundestagsabgeordnete Hans Dichgans schlug am Wochenende vor, in Universitätsstädten Kasernen für Studenten einzurichten, die ein Jahr Wehrdienst hinter sich haben. Sie sollten hier mit Uniform und mit ihren Waffen so zusammengehalten werden, daß sie im Ernstfall einsatzbereit sind.“ Dichgans glaubt damit zwei Probleme lösen zu können. Einerseits könnten sich die Studenten „ohne schwerwiegende Unterbrechungen“ auf ihren Beruf vorbereiten, andererseits verfüge die Bundeswehr ständig über eine ausreichende Zahl auszubildeter Soldaten. Dichgans äußerte sich jedoch nicht darüber, ob die kasernierten Studenten ihre Vorlesungen auch in Uniform besuchen sollten.“ (Münchner Abendzeitung vom 9. Mai 1967)

Das Dichgans-Projekt treibt außerwissenschaftliche Erziehung im „Wohnheim“ gleichsam auf die militärische Spitze; das neugeordnete Studium wäre in einem autoritär strukturierten Milieu an der Rezeption parzellierten Verfügungswissens orientiert. Die mögliche und erwünschte Nutzfunktion einer vorwissenschaftlichen Erziehung im Studentenheim oder auch gleich in der Kaserne wird explizit. Was sich anzubahnen scheint, ist nichts anderes als die „konzertierte Aktion“ von Universitäten und

Verteidigungsressort zur Etablierung einer umfassenden „Verteidigungsgemeinschaft“. Das Konzept dazu wurde auf der Tagung „Hochschule und Landesverteidigung“ in Bad Boll umrissen: „Jede gedankliche Trennung von Volk und Bundeswehr ... wäre nicht nur politisch gefährlich, moralisch nicht zu verantworten, sondern von lähmender Wirkung auf die Schlagkraft der Truppe.“ Gedankliche Trennung von Universität und Verteidigungsbereitschaft unter diesem Maßstab ist wehrkraftzerstörend.

Kritisch besehen waren und sind die Studentenwohnheime – setzt man eine Identität von voraus oder nicht – Objekte der Verdrängung, nicht stattfindenden Hochschulreform. Ausgehend vom Phänomen der Studenten-„Masse“, die mit den Adjekten „bildungsunfähig“, „geichtslos“, „orientierungslos“ versehen wird, schließt man nicht auf eine notwendige Strukturreform des Wissenschaftsbetriebes, sondern auf „pädagogische Verstärkung der notwendigen Führung und Förderung“ (WRK-Sekretär Jürgen Fischer).

Solche Erziehungstendenzen und -intentionen zeichneten sich in der Wohnheimkultur von Anfang an ab. Die zentralen Probleme einer Hochschulreform, die der Demokratisierung des Hochschulzugangs und der Arbeitssituation an den Universitäten, ihrer angemessenen Kapazitätserweiterung und der Reflexion auf das Verhältnis von Wissenschaft und Praxis, von Universität und Gesellschaft, werden hierin auf andere Ersatzaktivitäten und Scheinlösungen verdrängt. Wenn Schelsky (Einsamkeit und Freiheit, Hamburg 1963) feststellt, daß der „Wille zur pädagogisch gemeinten institutionellen Gemeinschaftsbildung ... nach 1945 zum allergrößten Teil von den Professoren selbst ausgegangen (ist), während in der Studentenschaft gegen diese programmatische Gemeinschaftsbildung starke Reserven bestanden“, so hat er damit die Verdrängungsaktivität gleichzeitig an einem Gruppeninteresse festgemacht.

Die vormals intendierte Bildungsfunktion des Wissenschaftsprozesses, „Bildung durch Wissenschaft“, löst sich auf in eine vorwissenschaftliche, autoritäre Erziehung. Erstrebt wird die Eingliederung der „Studentenmassen“ in „kleine, überschaubare Gemeinschaften“ und „organische Zellen“ außerhalb der Wissenschaft, Ziel ist die „Führung und Erziehung der Studenten über das rein Fachliche hinaus“ (Empfehlungen des Hofgeismarskreises 1960): „Studenten, die während der ersten Zeit ihres Studiums eine ‚Bude‘ bewohnen, werden vielfach die Freiheit von der Gebundenheit im Elternhaus und von dem Zwang in der Kaserne fälschlicherweise als den charakteristischen Teil der akademischen Freiheit und des Studentenlebens überhaupt ansehen. Der Beginn des Studiums im Kollegienhaus wird ... dagegen von bleibender Wirkung sein.“

Jene „Reformen“ setzen sich heute durch, als deren Ziel 1920 vom preußischen Kultusminister Christian Heinrich Becker das „nicht wissenschaftlich zu begründende, sondern aus dem wirklichen Sein des Menschen praktisch gesetzte Ideal einer harmonisch alle menschlichen Kräfte entwickelnden Gesamtpersönlichkeit“ gefordert wurde. Was sich auf diesem Gebiet in der Weimarer Republik an irrationalen nicht durchgesetzten, heute wird es von den Repräsentanten der Rationalität freiwillig abgegeben: im Kollegienhausplan des Wissenschaftsrates, in der „Heimuniversität“ des Bremer Universitätsplans und in den meisten der bisher errichteten Studentenwohnheime ist die „Pfleger der inneren Werte“ zur entscheidenden pädagogischen Absicht geworden.

Dr. Hintermann vom Deutschen Studentenwerk referierte dazu in der Deutschen Universitätszeitung: „Als Aufgaben (der Studentenwohnheime) wurden erkannt: die Studienarbeit, Persönlichkeitsbildung und die staatsbürgerliche Bildung. ... man sollte deshalb in die Studentenwohnheime nur Studenten aufnehmen, die diese Aufgaben anerkennen. ... Solange wir bessere Methoden haben als mit dem Polizeiknüppel, sollten in diesen Siedlungen ähnliche Erscheinungen wie die Schwabinger Krawalle zu vermeiden sein.“

Aus demselben Grund sprach sich Prof. Dr. med. Dr. med. h. c. Dr. jur. h. c. Wilhelm Hallermann, Vorsitzender des Vorstands beim Deutschen Studentenwerk, gegen den Bau größerer Studentendörfer aus, sofern nicht „institutionelle Hilfen“ sicherstellen, daß „solche Studentenzentren nicht bei Spannungen zwischen Hochschullehrern und Studentenschaft oder in politisch unruhigen Zeiten zum Ausgangspunkt organisierter Unruhen werden“. Notstandsvorsorge im Detail wird aber nicht nur propagiert, sondern auch praktiziert. Heinz Theodor Jüchter vom VDS fand, „daß staatliche Stellen diese Befürchtung stützen. Solche Annahmen haben bereits bei mehreren Wohnheimen erhebliche finanzielle Auswirkungen gehabt. Beim Bau von Wohnhochhäusern sind die Kosten eines Wohnplatzes dadurch unverantwortlich erhöht worden, daß als Maßstab für die Kapazität nicht Wirtschaftlichkeitsnormen den Ausschlag gaben, sondern fiktive Annahmen über die sinnvolle Anzahl der Hausbewohner“. Die „sinnvolle Anzahl“ wiederum untersteht einer Kuratel vom Rektor bis zur Putzfrau. So verfestigt sich in den Wohnmaschinen, „was sie auflösen sollen: die starren Systeme einer Vergesellschaftung, die von den Menschen so viel abziehen, daß ihnen, mit sich selber identisch zu sein, kaum noch möglich ist“ (Jürgen Habermas).



## Darüber verlangen wir Aufklärung

### 2. Delegierten Konferenz des AUSS

Die politische Schülerbewegung hat in dem kurzen Zeitraum seit ihrem Bestehen einen beachtlichen Aufstieg erlebt. 8 Monate nach Gründung des „Aktionszentrums unabhängiger und sozialistischer Schüler“ (AUSS) gibt es bereits 47 Gruppen. Die Neugründungen reflektieren das Unbehagen der Schüler, das sich allmählich politisch zu artikulieren beginnt, recht deutlich.

Am 14./15. Oktober 1967 fand im Gewerkschaftshaus in Frankfurt/Main die 2. Delegiertenkonferenz statt – nur drei Monate nach der 1. DK. 65 Delegierte aus der ganzen Bundesrepublik waren gekommen, um zwei Tage lang Erfahrungen auszutauschen, und um ein gemeinsames Aktionsprogramm auszuarbeiten. Der erste Tag wurde vom Verlesen des Rechenschaftsberichts und der Diskussion darüber in Anspruch genommen. Der Bericht gab einen kritischen Einblick in die Arbeit der Schülerorganisation. Über das Selbstverständnis des AUSS heißt es dort: „Daß das AUSS ein Aktionszentrum unabhängiger und sozialistischer Schülergruppen ist, ist keine Phrase, sondern eine politisch-inhaltliche Bestimmung. Im AUSS haben sich im Wortsinn Gruppen zusammengeschlossen, die erstens untereinander unterschiedliche Meinungen und Tendenzen umfassen und zweitens in sich (jede einzelne Gruppe) unterschiedliche Meinungen und Tendenzen beherbergen. Die Schüler in diesen Gruppen haben erkannt, daß sie als einzelne Individuen machtlos, daß sie als einzelne Schüler dem System der Schule und den Zwängen der Gesellschaft ausgeliefert sind. Ihr Zusammenschluß zu einer Gruppe ist darum schon ein politischer Akt mit einer Zielrichtung: zusammen etwas erreichen, etwas verändern, was man als einzelner nicht schaffen würde. Darüber hinaus haben aber die einzelnen Gruppen erkannt, daß sie allein... immer noch relativ machtlos sind. Sie können totgeschwiegen werden, sie haben... nicht für alle sie interessierenden Gebiete Spezialisten, mit deren Hilfe sie den schwierigen Schritt tun können vom Unbehagen einer Sache gegenüber... zur konkreten Kritik an dieser Sache.“

Und weiter: „Das AUSS ist also ein Kartell. Aber Kartell heißt nicht: ein opportunistischer Kompromiß divergierender Interessen zur Durchsetzung von autoritären und nicht legitimierbaren Machtansprüchen. Sondern Kartell heißt: solidarischer Zusammenschluß von politischen Gruppen, die in ihren politischen Fernzielen und in deren analytischer Begründung teilweise divergieren (unabhängige und sozialistische Schülergruppen), aber in einem unverzichtbaren Katalog von politischen Forderungen einig sind und diese ihre Einigkeit in politischer Einheitlichkeit durchsetzen wollen.“

Der zweite Tag war mit der Diskussion über Resolutionen und Anträge ausgefüllt. Die Resolution zur Schulreform erläutert die Notwendigkeit einer umfassenden Umstrukturierung der Schule. Sie fordert Aufgabe der Klassenschule zugunsten einer variablen Schule mit Leistungs- und Neigungsklassen. In solch einer umstrukturierten Schule könnte die wissenschaftliche Erarbeitung eines bestimmten Stoffes in Projektgruppen geleistet werden, in denen die Lehrer hilfsbereite Arrangements des Lernprozesses sind. Die Verwaltung der Schule müßte von Schülern, Eltern und Lehrern in gleichem Maße mitbestimmt werden. Dadurch würde dem demokratischen Anspruch, den die Schule zwar heute schon erhebt, jedoch nicht erfüllen kann, Rechnung getragen werden.

Zum Inhalt einer demokratischen Schulstruktur gehört, daß die Schüler ihre Interessen vertreten können, ohne mit Repressalien bedroht zu werden. Die Schülermitverwaltung (SMV) wird dieser Funktion nicht gerecht. In ihrer gegenwärtigen Form dient sie zum Verschleiern der Konflikte zwischen Lehrern und Schülern – im Interesse der Schulverwaltung. In der Resolution zur SMV heißt es: „Sie erweckt den Schein einer demokratischen Schulstruktur und hat somit lediglich die Funktion eines Feigenblattes der Demokratie... Die SMV sollte Plattform für das AUSS sein, auf der die bestehenden Widersprüche zwischen dem demokratischen Anspruch der Schule und ihrer Wirklichkeit den Schülern bewußt gemacht werden, und die daraus entstehenden Konflikte ausgetragen werden... Erst engagierte politische Tätigkeit in der SMV wird das Maß der wirklichen Demokratie, das die bestehende Schulstruktur vertragen kann, den Mitschülern zeigen und so diese irrationalen,

bürokratischen und antidemokratischen Autoritäten selbst entlarven...“ Zielvorstellungen für eine Umfunktionierung der SMV sind u. a.:

- Streik- und Demonstrationsrecht an der Schule
- Vetorecht gegenüber der Schulverwaltung bei Verweis
- Stimm- und Rederecht bei Klassenkonferenzen
- Abschaffung der Einrichtung „Vertrauenslehrer“
- Unabhängigkeit der gewählten Schulvertreter von der Schulverwaltung.

Unter den politischen Resolutionen fanden die Anträge zur Meinungsmanipulation (Springer) und zu den Notstandsgesetzen wegen ihrer politischen Aktualität besondere Beachtung. In der Springer-Resolution werden folgende Forderungen aufgestellt: „Das AUSS fordert alle Schüler auf, sich gegen diese Manipulation zu wenden, indem sie die Blätter des Springer-Konzerns nicht mehr kaufen und lesen... Information der breiten Öffentlichkeit über den Konzentrationsprozeß in der westdeutschen Presse, ... über die wirtschaftliche Verflechtung mit anderen Unternehmen, sowie über die Gefährlichkeit jeglicher wirtschaftlicher Konzentration überhaupt.“

Einleitung eines Enteignungsverfahrens gegen Springer aufgrund Artikel 14/15 des Grundgesetzes. In der Frage der Notstandsgesetze hat das AUSS ein Manifest der Schulen gegen die Notstandsgesetze erarbeitet. Es stützt sich in der Analyse auf das Manifest der Hochschulen, das vom AstA der Frankfurter Universität herausgegeben wurde. Dabei berücksichtigt es die besondere Situation der Schüler, die zwar noch nicht wählen dürfen, aber sehr wohl ein politisches Bewußtsein haben. Es heißt dort: „In der Schule wird uns beigebracht, welch verheerende Folgen die Ermächtigungsgesetze des Hitlerreiches gehabt haben. Dies geschieht zu recht. Aber wir vermissen bis heute die Ansätze einer wahrheitsgetreuen Information darüber, mit welchen Gesetzen und Grundgesetzänderungen 34 Jahre danach eine deutsche Regierung sich selbst bemächtigen will und wozu.“

**DARÜBER VERLANGEN WIR AUFKLÄRUNG!** Die Abschirmung der Schulen vom politischen Alltag... und das Votum vieler deutscher Lehrer für reaktionäre und faschistische Strömungen hat den Untergang der ersten deutschen Republik mitverschuldet. Eine Schule, die sich in ihrem Selbstverständnis aus den politischen Kämpfen der Zeit zurückzieht, und dann sich durch ihre Repräsentanten autoritär diesen Kämpfen gegenüberstellt, hat das Prinzip humanistischer Bildung und humanitärer Rationalität verraten...

Wir selbst sind noch nicht wahlmündig. Es entspricht den Prinzipien eines autoritären Staates, daß er seine Untertanen zwar zum Staatsdienst in der Bundeswehr zwingt, ihnen aber zur selben Zeit noch nicht einmal die formale Möglichkeit gibt, über diesen Staat mitzuentcheiden. Wir erklären darum bereits heute, daß wir nicht auf unsere Wahlmündigkeit warten werden, ehe wir uns um eine Politik kümmern, die uns bereits heute bedroht.“ Die Diskussion über die vorgelegten Anträge zeigte, daß die Arbeit in den einzelnen Schülergruppen große Fortschritte gemacht hatte. Die Resolutionen wurden entweder einstimmig oder mit großer Mehrheit angenommen. Den Schluß der zweiten Delegiertenkonferenz des AUSS bildete die Wahl des ersten ordentlichen Bundesvorstandes, der aus drei Schülern besteht (M. Lukasik, R. Kahl, M. Knipping). Dem Vorstand wurde ein politischer Beirat zur Seite gestellt; er besteht aus vier Schülern.

M. Lukasik

## Die kritische Universität in Hamburg

Der nachstehende Artikel über das Konzept und die Struktur der Hamburger „Kritischen Universität“ ist eine „Manöverkritik“ der gegenwärtigen Hochschulpolitik in Hamburg. Die Kritik ist unvollkommen und zum Teil auch unklar konzipiert. Die Unklarheit der Analyse spiegelt jedoch zugleich die objektiven Schwierigkeiten wider, in denen sich die Hamburger Studenten befinden. Ihr Projekt der „KU“ ist zum Gegenteil dessen geraten, als was es intendiert war: zum Integrationsinstrument, das die „liberalen“ Professoren begrüßen, weil es nur auf den autoritären Druck der Professoren auf die Studenten reflektiert. – Die Intention der vorgebrachten Kritik ist es deshalb, aufzuweisen, daß die Kritische Universität Hamburg das Wichtigste noch zu leisten hat: die politische Kritik der Universitätsstruktur und die kritische Reflexion auf die gesellschaftlichen Implikationen des etablierten Wissenschaftsbetriebes.

Nur aufgrund dieser Analyse – so die These des Autors – kann die KU eine alternative Wissenschafts- und Bildungskonzeption entwickeln, die die Studenten zum Subjekt des Ausbildungsprozesses macht.

Nach dem 2. Juni dieses Jahres kam es auch an der Universität Hamburg zu spontanen Protestaktionen der Studenten. Die Spontaneität erstreckte indes bald in formalistischen Diskussionen mit Professoren und Vertretern der Polizei.

Eine politische Bewegung der Studenten kam nicht in Gang. Am Ende des Sommersemesters schienen alles wieder in den alten Bahnen zu verlaufen. Damit wollten sich einige engagierte Studentenvertreter nicht zufrieden geben. Angeregt durch die Berliner Studenten, versuchten sie auch in Hamburg, eine Kritische Universität aufzubauen.

Für die Einschätzung der Hamburger KU sind einige Punkte von entscheidender Bedeutung. Sie ist nicht wie die Berliner KU Produkt einer langen Auseinandersetzung zwischen der Studentenschaft und der Universitäts- bzw. städtischen Bürokratie, sondern sie ist das Werk einzelner, mit der autoritären Universitäts- und Wissenschaftsstruktur unzufriedener Studenten. Daher wird sie noch nicht von einer breiten Studentenschaft getragen. Aufgrund der spezifischen Ausgangssituation der Hamburger KU ergeben sich auch ihre spezifischen Implikationen. Während die Berliner Studenten kritisch betriebene Wissenschaft als hochschulpolitisches und gesellschaftliches Kampfmittel begreifen, ziehen sich Gründungsmitglieder der Hamburger KU – Krohn und Litten – in die KU zurück, um dort nicht mehr zu dulden, daß Wissenschaft unkritisch betrieben wird. (Vorwort von Krohn und Litten zum Vorlesungsverzeichnis der Kritischen Universität in Hamburg, S. 6.) Die Hamburger KU soll dem „Abbau des in Vorlesungen und Seminaren herrschenden Autoritätsdruckes“ dienen. (Antrag zur Vollversammlung am 17. 11. 1967: Kritische Universität.) Sie ist ein „notwendiger Versuch, Autonomie zumindest partiell zu verwirklichen“.

(ebenda) Aus diesen Formulierungen geht klar hervor, was die KU in Hamburg objektiv ist: Kompensation der materiellen Misere in der bestehenden Universität; Ersatzhandlung für den notwendigen Kampf um die Hochschulreform. Eine derartige KU ist völlig ungefährlich für die etablierte Universität. Sie kann deshalb auch von einem reaktionären Professor wie Thielicke begrüßt werden.

Wenn die Hamburger KU nicht weiterhin Stabilisierungsfaktor für die bestehende Universität sein soll, muß sie weiterentwickelt werden. Die Richtung der Weiterentwicklung ergibt sich aus der spezifischen Ausgangssituation der Hamburger KU. Da die KU nicht das Produkt eines breiten studentischen Protestes gewesen ist, muß sie zu dessen Katalysator werden. Um das zu erreichen, sind zwei Schritte notwendig:

1. Die Umfunktionierung der vorhandenen KU-Veranstaltungen. Hochschulpolitische und gesellschaftliche Praxis muß wesentlicher Bestandteil werden.
2. Die Ausweitung der KU. Die Ausweitung darf nicht um ihrer selbst willen geschehen, sondern ihr Orientierungspunkt ist die vorhandene intellektuelle Kapazität und die konkrete Praxis der Hochschulrevolte in Hamburg.

Erhard Neckermann



## SDS raus

Am Montag, den 20. November 1967 veranstaltete der SDS ein sogenanntes Go-in zu dem Bundesratsminister und Professor der Wissenschaft von der Politik, Carlo Schmid, und von ihm eine Diskussion über die Notstandsgesetze zu verlangen. Noch vor diesem Ereignis schickte der Rektor der Universität, Rüegg, ein Telegramm an den SDS, in dem er ihn der „Einübung faschistischer Terrormethoden“ bezichtigte, ihn aufforderte, die geplante Aktion sofort abzusagen und ihm darüber Vollzugsmeldung zu erstatten. Am Dienstag, den 21. November fand ein Go-in bei dem Professor der Wissenschaft von der Politik, Fetscher, statt. (Fetscher hatte dem SDS mit formalrechtlicher Begründung Gelder für Enteignet-Springer-Veranstaltungen verweigert.) Am Mittwoch, den 22. November gab der Rektor der Presse bekannt, daß er den SDS aufgrund der Aktion bei Carlo Schmid „einstweilen (seine) Zulassung als studentische Vereinigung suspendiert“ habe. Am Donnerstag, den 23. November hing diese „Mitteilung des Rektors zu den Vorfällen am 20. 11. 1967“ an mehreren Stellen in der Universität aus. Gleichzeitig wurde in dieser „Verlautbarung“ ex cathedra angekündigt, daß der Rektor „im Namen der Universität Strafanzeigen wegen Hausfriedensbruchs und Nötigung erstatten und die entsprechenden Disziplinarverfahren eröffnen“ werde.

Die Eskalation von seiten der Universitätsverwaltung und des Rektors verdeutlichen, daß die Universität sich von der Forderung der studentischen Minderheit nach aktuell-politischer Diskussion in der Vorlesung eines Ministers und Professors direkt bedroht fühlte. Ihre Reaktion darauf war die Ausübung inneruniversitärer und außeruniversitärer Zwangsgehalt: Disziplinarverfahren und Strafanzeige.

Die Reaktion des Rektors manifestiert, wie wenig schlüssig er sich seiner Position gegenüber den Studenten ist. War er schon unfähig, dem politischen Angriff der Studenten anläßlich seiner Wiederwahl zu antworten, – die drei im Konzil vertretenen Studenten hatten Rüegg darauf hingewiesen, daß ein Rektor, den nur Professoren wählen, von den Studenten nicht akzeptiert wird. Rüeggs Antwort nahm sich anderntags in den Zeitungen aus wie die Trotzreaktion eines Kleinkindes: bin aber doch der Rektor der gesamten Universität! – so zeigte sich in den vergangenen Wochen erst recht, daß das „An-der-langen-Leine-Halten“ (s. a. Frankfurter Neue Presse vom 23. 11. 1967) in Wirklichkeit die Unfähigkeit war, sich der immer intensiver vertretenen Forderung der Studenten nach Umstrukturierung der unpolitischen Universität durch Diskussion zu stellen. Es zeigte sich mehr noch, daß diese Unfähigkeit, die sich bisher unter dem Mantel der Liberalität verbergen konnte, übergeht in administrative Repression, sobald die politische Opposition der Studenten den unverbindlichen Rahmen der Flugblätter, Wandzeitungen und Abendveranstaltungen verläßt. Auf einen bloßen „Formfehler“ hin – daß nämlich der SDS Carlo Schmid nicht um Erlaubnis der Diskussion gebeten hatte – antwortet der Rektor schon vorher mit der Diffamierung: das sei „Einübung faschistischer Terrormethoden“ – verbietet er drei Tage hinterher den SDS faktisch an der Universität. Auf die öffentliche Diskussion antwortet der Rektor mit Zwangsmaßnahmen. Er macht sich zum Vehikel von Strafsanktionen dort, wo politische Stellungnahme gefordert wird. Diesen rektoralen Amoklauf noch (mit Bezug auf die verlorene Rationalität) irrational zu nennen, hieße ihm zuviel Ehre antun.

Aus dem Kausalverhältnis von Provokation und administrativer Repression geht zugleich hervor, daß die Universität längst dabei ist, ihre Grundlage rationaler Wissenschaftlichkeit öffentlich zu zerstören. Sie vollbringt selbst das, was die Studenten durch Diskussion erreichen wollten: sie stellt sich dar als bloßes Herrschaftsinstrument, zwingt den eigenen Angehörigen die Daumenschraube auf. Damit aber reiht sie sich ein in die Phalanx der staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen, die nur noch qua Verbotspraxis mit der politischen Opposition kommunizieren.

**Nachsatz:** Einige Professoren haben inzwischen realisiert, daß die Universitätsverwaltung dem traditionellen Prinzip der unpolitischen Neutralität selbst untreu geworden ist: durch ihre Frontstellung gegen Studenten ist sie ins politische Licht gerückt. – Die Reaktionen der Ordinarien reichen vom Ruf nach der Polizei bis hin zur eindeutig politischen Distanzierung vom Rektor. Die Assistenten des Instituts für Sozialforschung unternehmen eine Belehrung der Magnifizenz darüber, was Faschismus sei.

f. l.

## FAHRSCHULE

FRANKFURT/M.  
Bockenheimer Landstraße 113,  
früher 95  
Telefon 77 91 40  
Grundgebühr: DM 50,—  
Fahrstunde: DM 12,50



## POHL

seit Jahren  
die Fahrschule  
der Studenten

Buchhandlung für  
Universitätswissenschaften  
Bockenheimer Landstr. 133  
Zentrale: Steinweg 3 · Ruf \*28 76 41  
Taschenbuchladen: Jügelstraße 1

## Peter Naacher

Bücher für Ihr Studium · Literatur unserer Zeit  
Wesentliche Veröffentlichungen des In- und Auslandes



# Universität als Input-Output-System

Der Bundesbericht Forschung II (*Bericht der Bundesregierung über Stand und Zusammenhang aller Maßnahmen zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung und Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1967*) scheint zu verwirklichen, worum der Physiker Mößbauer jahrelang vergeblich gekämpft hat: das Departement-System.

Die organisatorische Neugliederung der universitären Forschung in Departements, an den naturwissenschaftlichen und technischen Fakultäten in den USA und in England seit Jahren mit Erfolg praktiziert, soll im Prozeß der wirtschaftlichen Nutzbarmachung bundesdeutscher Universitäten ebenfalls als Rationalisierungsmodell dienen. Ist es doch neuerdings eine Binsenwahrheit, „daß sich die hierarchische Struktur eines Forschungsinstituts mit Direktorialverfassung häufig nachteilig auf die Leistungsfähigkeit eines Instituts auswirken kann.“ (43)

Die Durchführung des neuen Systems beinhaltet, daß an der Spitze eines Instituts „nicht mehr ein Ordinarius, sondern ein Kollegium steht.“ In den Genuß seiner Vorteile scheinen Studenten und Professoren in gleichem Maße zu kommen: „Unterbrechungen in der wissenschaftlichen Arbeit der Institute, die bisher bei Vakanz eines Lehrstuhles stets eingetreten sind“, (43) können auf diese Weise vermieden werden. Sogar das von Stoltenbergs brain-trust ironisch apostrophierte „Arbeitsklima“ kann verbessert werden durch eine dergestalt Umorganisation. Bei einer solchen Evidenz kann man nur mit Mößbauer fragen: Warum nicht gleich?

Ungleich schwieriger scheint Rationalisierung bei der amorphen Masse Student zu sein. Doch erweisen sich Schwierigkeiten als nichtig, sobald man den richtigen Nenner gefunden hat. Die Anpassung der Studentenzahl an die bestehenden Ausbildungsinstitutionen, Ziel der staatlichen Studienreformer, kann erreicht werden, wenn man die Masse Student auf ein „normales Maß reduziert“ (59). Für Reduzierungsbestrebungen lassen sich beliebig Ansatzpunkte finden: zum einen läßt sich die bestehende Studentenzahl durch „natürliche Auslese“ vermindern. Man kann Studierende während ihres Studiums vom weiteren Studium ausschließen. Die Frankfurter Universität geht hier beispielhaft voran. Unlängst wurden 10 Medizinstudenten wegen ungenügender Lei-

stungen vom Studium ausgeschlossen. Außerdem schafft die neue Universitätssatzung beliebig viele Möglichkeiten zur Eliminierung der Studenten (§ 82 der Universitätssatzung sieht Ausschluß vom Studium bei zweimaligem Nichtbestehen einer Prüfung oder bei „sonstigen ungenügenden Leistungen“ vor). — Auf der anderen Seite können vor Beginn des Studiums Bremshebel mit Filtereffekt ange-setzt werden: Verschärfung des Abiturs, Einführung einer besonderen Eignungsprüfung für das Hochschulstudium überhaupt, numerus clausus und vieles mehr. — Darüber hinaus lassen sich an allen Fakultäten zusätzliche Leistungsprüfungen einführen. Doch erübrigen sich diese Maßnahmen beinahe angesichts der Pläne für eine Neuordnung der Studiengänge. In diesen Plänen wird eine nochmalige Auslese unter der natürlichen Auslese getroffen: die strebsamen und hochbegabten Studenten dürfen nach dem eigentlichen Ausbildungsstudium noch ein Aufbaustudium absolvieren — die Minderbegabten, aber berufsspezifisch Programmierten, werden als unmittelbar ökonomisch verwertbar aus dem Produktionsprozeß ausgestoßen.

In den neuesten Gutachten zur Studentenformierung taucht noch ein weiterer Vorschlag zur Verbesserung der Verwertung des ökonomischen Faktors Student auf. Die Einrichtung von Fachhochschulen mit speziell berufsgerechter Ausbildung schafft das von der Industrie angeforderte technische Personal herbei. Diese Bildungsinstitution nimmt allen Kritikern staatlicher Bildungspolitik den Wind aus den Segeln. Mit diesem Ausbildungsgang kann „ein wachsender Bedarf an vielseitig verwendbaren jungen Hochschulabsolventen, die in der Lage sind, sich für ihre Arbeit erforderlichen Spezialkenntnisse am Arbeitsplatz rasch anzueignen“, befriedigt werden. Außerdem ist diese Ausbildung billig: „an Fachhochschulen, wo die Studenten rascher zum Abschluß geführt werden, weniger Studenten das Studium ohne Examen abbrechen und keine kostspielige Forschung betrieben wird, kostet ein Absolvent die öffentliche Hand nur etwa den fünften Teil dessen, was der Absolvent einer wissenschaftlichen Hochschule kostet.“ (59) Zu fragen wäre, ob man nicht nach und nach sämtliche Universitäten zugunsten berufsspezifischer Ausbildungsstätten auflösen sollte. So konsequent ist die staatliche Bildungspolitik im Augenblick noch nicht. Es wird lediglich

darauf hingewiesen, daß „die wachsende Studentenzahl und die Bedürfnisse von Staat und Wirtschaft es notwendig machen (werden), daß ein immer größerer Teil der Studenten derartige Ausbildungsgänge durchläuft.“ (59) Außerdem soll in Zukunft, ausgehend von statistischen Bedarfsfeststellungen der Wirtschaft, die Studentenplanung zentral von staatlichen Institutionen gelenkt werden. Und zwar sowohl in Bezug auf den absehbaren Gesamtbedarf als auch hinsichtlich des spezifischen Bedarfs in einzelnen Wirtschaftssektoren. Begründung: nur so kann „an der freien Entscheidung über Beruf und Studiengang festgehalten werden!“ (40)

## Disziplinierung der Forschung

Konsequenter ist der Forschungsbericht in punkto Neuorganisation der Forschung. Mit der Freiheit von Forschung und Lehre wird gründlich aufgeräumt. Denn gerade in der letzten Zeit hat sich verstärkt bemerkbar gemacht, daß solche Kriterien für den wirtschaftlichen Nutzungsprozeß hinderlich sind. Sie verzögern die Austauschspanne zwischen wissenschaftlicher Erkenntnis und technischer Praxis, deren „immer schneller werdende Befruchtung... ein Merkmal des modernen Forschungsstils ist.“ (32) Der Bericht erkennt denn auch nicht den „Zwang zur engen Zusammenarbeit“ zwischen Forschungsinstituten der Wirtschaft, universitären Instituten und staatlichen Planungs-institutionen. Eine derartige Koordination wirkt sich kostensparend aus: Forschung ist teuer. Außerdem ist der Nutzeffekt entsprechend größer.

Forschung wird billiger, wenn sie nach Projekten systematisiert wird. Wirtschaftliche und universitäre Forschung werden in Zukunft nach einem Schwerpunktprogramm finanziert werden, dessen Kriterien das Wirtschafts- und das Finanzministerium erarbeiten; denn es geht, so der Bericht, nicht an „daß bei einer etwa gleichbleibenden Rate des Anstiegs des Sozialprodukts die Forschungsaufwendungen zeitlich unbegrenzt stärker ansteigen.“ (99) Die Koordination bei der Forschungsplanung und -finanzierung ist für die staatlichen Institutionen zugleich ein wirksames Druckmittel gegen Universitäten, die sich der Integration in den Wirtschaftsprozess widersetzen.

Den Interessen, die das Bundeswissenschaftsministerium auf dem Gebiet der Forschung und Studentenverplanung verfolgt, kommen Rationalisierungsmaßnahmen wie die eben geschilderten in doppelter Hinsicht zugute: einerseits in Form von Finanzeinsparungen; andererseits kann damit die von Wirtschafts- und

Finanzexperten energisch verlangte Produktivitätserhöhung erreicht werden. „Leistungsfähigkeit“, „Finanzeinsparung“, „Effektivität“ all das kann im bildungsökonomischen Wunderland Stoltenbergs erreicht werden.

## Des Wunderlands Kehrseite

Es lohnt sich, auf einige Widersprüche in diesem perfekten Rationalisierungsgutachten einzugehen. Rationalisiert wird hier in doppeltem Sinne. Lang und breit, freilich nicht mit offenen Karten, wird darauf eingegangen, daß in den Jahren verminderten Wirtschaftswachstums Planung und Investition auf dem Gebiet der Infrastruktur (Verkehr, Bildung, Forschung) besonders intensiv vorangetrieben werden müssen. Dabei kommt es in Westdeutschland darauf an, die Versäumnisse der Jahre einzuholen, in denen das Wirtschaftswachstum allein der Initiative der Privatunternehmer überlassen wurde, und in denen der Staat nichts tat, um für den Ausbau der Ausbildungsinstitutionen zu sorgen. Diese Versäumnisse könnten allein dadurch eingeholt werden, daß systematisch „auf Überschuß“ gearbeitet wird, um künftige Stockungen des Systems zu vermeiden.

Das freilich scheint der Bericht nicht zu verifizieren: er geht bei der bildungsökonomischen Planung *allein* von der finanziellen Misere aus und subsumiert generell alle Planung unter die verordneten Sparmaßnahmen. Eine solche Planung wird mit dazu beitragen, daß zwar das augenblickliche „ökonomische Leck“, beseitigt wird, daß aber über kurz oder lang die Wirtschafts- und Bildungsplaner Opfer ihrer eigenen Kurzsichtigkeit werden.

## Dialektik der Disziplinierung

Soweit die Schilderung der ministeriellen Intentionen und ihrer Widerhaken. Was erreicht werden soll, springt ins Auge: Effektivierung des Studiums mit Einsparung von Leerzeiten und Disziplinierung der Studenten mit Hilfe permanenter Leistungskontrollen. Lange genug schon beschwert sich die öffentliche Meinung — wobei hintangestellt werden soll, wer sie produziert — über die faulen Studenten, die obendrein noch den Bürgern auf dem Steuersäckel liegen. Jetzt schlägt man zwei Fliegen mit einer Klappe. Man meint es jedenfalls. Allerdings sollten sich die hiesigen Studentenverplaner einige der Erfahrungen vor Augen führen, die ihre amerikanischen Kollegen seit einiger Zeit zu machen gezwungen sind: Die Gleichung, daß die administrativ betriebene Disziplinierung der Studenten zu deren Entpolitisierung führt, scheint nicht aufzugehen. f. l.

# Technokratische Universität 1970

Bereits am Vorwort der im Juli 1967 herausgegebenen *Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum Ausbau der wissenschaftlichen Hochschulen bis 1970*, zeigt sich die symptomatische Tendenz des neuen Gutachtens: Obwohl es mittlerweile auch bis zu den Ohren der Vertreter der Ordinariatsuniversität gedrungen sein müßte, daß Studenten

- in den letzten sieben Jahren verschiedene Gutachten zur Lage der Hochschulen verfaßt haben und
- eine immer größere Zahl von Studenten zu erkennen gibt, daß sie sich nicht mit der Rolle von Ausbildungsobjekten abfindet,

vertritt der Wissenschaftsrat (WR) eine Position, die generell die Studenten auf den Status der unmündigen, manipulierbaren Ausbildungsmasse zurückweist. — Kein Student war an der Ausarbeitung dieses Gutachtens beteiligt. Kein Student bekam die Empfehlungen vor ihrer Veröffentlichung zu Gesicht.

## Fehlschätzungen und deren Verschleierung

Ausgangsbasis für die Argumentation des WR ist die derzeitige Situation an den Hochschulen. Dabei geht er zunächst auf die Entwicklung der Studentenzahlen seit 1960 ein. Entgegen seinen Vorausschätzungen, die sich auf 200 000 Studenten an den bestehenden Hochschulen und 40 000 an den neu zu errichtenden belaufen, betrug die Zahl der Studierenden im WS 1966/67 jedoch 262 000 (*Text S. 14*) bzw. 278 000 (*Tab. S. 307*). Nachträglich läßt sich statistisch erklären, daß von 1950 bis 1960 die Zahl der Studienanfänger etwa parallel zur Gesamtzahl der Studierenden verlaufen ist, daß seitdem aber die erstere Zahl immer stärker angestiegen ist. Der WR begründet das durch den Hinweis auf geringere „Abbrecherquoten“ auf den höheren Schulen und ein „allgemein wachsendes Interesse an besserer Ausbildung“ (die Folgen/Folgen der Bildungserwerbung Anfang der 60er Jahre!). Außerdem sei die Gesamtzahl aller Studierenden durch Verlängerung der Studienzeiten gestiegen (von durchschnittlich 9,7 Semester im Jahre 1960 auf 10,8 Semester im Jahre 1965).

Als Begründung für die These: „Es ist unzweifelhaft, daß sich die Lage der Hochschulen dank der Leistungen ihrer Träger inzwischen in vielen Bereichen gebessert hat“ — trotz steigender Studentenzahlen — führt der WR die Vermehrung der Stellen für wissenschaftliches Personal an (1960: 15 552; 1966: 31 831). Die These verliert an Glaubwürdigkeit, wenn der WR gleichzeitig darauf verzichtet, das „wissenschaftliche Personal“ aufzuschlüsseln (in

Prof., Dozenten, Tutoren etc.) und die Stunden-zahl je Wissenschaftler anzugeben.

## Wissenschaftliche Prophetie

Wie 1960 begibt sich der WR auch diesmal wieder auf das Glatteis von Bedarfsfeststellungen und Voraussagen von bestimmten Abiturienten- und Studentenzahlen, aber offenbar ohne die Methodik dieser Voraussagen einer Reflexion unterzogen und die Qualifikationsmerkmale für die zu erreichende Akademikerproduktion gegenüber seiner Voraussage von 1960 geändert zu haben. Er führt nur an: es sei schwierig, die Anzahl der Studienanfänger und die Gesamtzahl der Studierenden an wissenschaftlichen Hochschulen zu berechnen weil

- der Anteil der Studenten auf Pädagogischen Hochschulen steige (von 17% 1960 auf 24% 1966)
- der Anteil der Studenten mit Reifezeugnissen von Abendschulen etc. steige (von 4,9 auf 6,6 %)
- die Bundeswehr von den geburtschwachen Jahrgängen der jetzigen Studienanfänger einen höheren Prozentsatz sofort einziehe, und
- die numerische Folgen von Zulassungsbeschränkungen schwer abzusehen seien(!)

Gegenüber seiner früheren Vorausschätzung rechnet der WR mit einer Steigerung von 25 % bis 1970. Zur Lage des wissenschaftlichen Nachwuchses wird festgestellt: in den geisteswissenschaftlichen Fächern sei der Akademikernachwuchs rapide zurückgegangen; in der Mathematik und den Wirtschaftswissenschaften etwa gleichgeblieben; in Physik und Chemie gestiegen. — Die Lage an den juristischen und medizinischen Fakultäten bleibt in den Empfehlungen unberücksichtigt. Zu diesen Fächern werden eigene Gutachten angefertigt.

Zur Nachprüfung seiner Vorschläge führt der WR sein Modell der Berechnung von Ausbildungskapazität an. Insbesondere zwei Faktoren seien dabei zu berücksichtigen:

- der für Forschung, Lehre und Heranbildung des Nachwuchses erforderliche Grundbestand an wissenschaftlichem Personal,
- die Zahl der für die Ausbildung erforderlichen Lehrveranstaltungen.

Der WR fügt erklärend bei: Die Aufgaben von Forschung und Lehre seien zufriedenstellend erfüllt, wenn eine sinnvolle Arbeitsteilung im Bereich der Forschung und Lehre sowie angemessene Arbeitsmöglichkeiten für den wissenschaftlichen Nachwuchs gegeben seien. In diesem Zusammenhang wurden die Stellen des

wissenschaftlichen Personals in Dauerstellen (o. a. o. Professor, akadem. Rat) sowie Durchgangsstellen (Hochschuldozenten, wiss. Ass. und wiss. Hilfskräfte) getrennt aufgeführt. (Zu den genannten Stellen und Titeln: *Empfehlungen des WR zur Neugliederung des Lehrkörpers, Tübingen 1965*.) Außerdem befürwortet der WR „Lehrveranstaltungen in kleinen Gruppen“, d. h. in Gruppen von höchstens 30, bisweilen weniger als 15 Teilnehmern. Einige dieser Lehrveranstaltungen sollten, so wird vorgeschlagen, in die vorlesungsfreie Zeit gelegt werden, um vorhandene Kapazitäten voll auszunutzen.

## Fragwürdige „Empfehlungen“

Die bildungspolitischen Intentionen des Wissenschaftsrates gipfeln in der unausgesprochenen „Empfehlung“: Einfrieren (der Entwicklungstendenzen im Ausbildungssektor) auf dem status quo. Der Wissenschaftsrat gibt bestimmte Studentenzahlen und Fakten über den Studiengang an. Kommentierend wird hinzugefügt, die Situation der Studierenden an der Hochschule sei nicht befriedigend. Nun werden modellhaft die Vorstellungen eines funktionablen Studienbetriebes dargelegt. Diese detailliert ausgearbeiteten Vorschläge vergleicht der WR mit den vorhandenen und in naher Zukunft möglichen Stellenzahlen, Neugründungen, baulichen Erweiterungen und Sachmitteln für den Studienbetrieb. Das heißt, er vergleicht mit den vorhandenen und möglichen finanziellen Mitteln und errechnet daraus eine fiktive Studentenzahl, bei der dann sowohl die Prämissen für das Studium und die Finanzierung der Hochschulen erfüllt sind. Die augenblicklichen und gewünschten Studentenzahlen gehen *nicht* in die Berechnung ein! Infolgedessen entsteht eine Diskrepanz zwischen den momentanen Studentenzahlen und den — nach den Vorstellungen des WR — in einer „ausgebauten“ Hochschule möglichen.

Der Fehler in den Berechnungen des WR ist grundlegend politischer Natur. Ausgegangen wird vom status quo. Dieser status quo wird hypostasiert zur alleinigen Bemessungsgrundlage aller Veränderungen an den Hochschulen. Er wird betrachtet unter der Perspektive der Notwendigkeit einer größeren outputs an Akademikern, differenziert nach „Qualität“ und „Quantität“ — Begriffen, die der Wissenschaftsrat zwar in eine Relation zueinander setzt, die er aber nicht inhaltlich konkretisiert.

Aus der grundsätzlichen Einstellung zur Funktion der gesamten Ausbildung resultieren die beiden methodischen Fehler, die das WR-Gutachten fragwürdig erscheinen lassen: statt davon auszugehen, daß bestimmte Studentenzahlen vorhanden sind, werden sie als Berechnungsfaktor ignoriert — und statt die derzeit vorhandenen Mittel und Möglichkeiten als zu

gering zu qualifizieren und mehr zu fordern, gehen sie als Faktor in die Berechnungen ein.

Die wichtigste Voraussetzung für ein demokratisches Bildungssystem bleibt völlig unberücksichtigt: die Möglichkeit für alle Bevölkerungsschichten, eine gleichmäßige gute Ausbildung zu erhalten. Jede „Verbesserung“ bezieht sich auf einen status quo, der unter dem Gesichtspunkt der Effizienz betrachtet wird. Das Faktum, daß der 5%ige Anteil der Arbeiterkinder an den Hochschulen in keinem Verhältnis zum Prozentsatz der Arbeiter an der Gesamtbevölkerung steht, wird als vorgegeben und unabänderlich akzeptiert. Zwar beruft sich der WR verbal auf das Grundrecht der Chancengleichheit, gibt jedoch in seinen Ausführungen klar zu erkennen, daß die Behebung dieses Mangels vorerst hintanzustellen sei. Der Wissenschaftsrat disqualifiziert sich damit zu einem „Erfüllungsgehilfen“ der Finanzpolitik der Bundesregierung, der sogenannten mittelfristigen Finanzplanung (... bis 1970).

Bei Berücksichtigung der personellen Zusammensetzung des WR (DISKUS 5/1967 S. 5) und der anderen Gremien der Wissenschafts- und Forschungspolitik sowie des in ihnen praktizierten Kooperationsprinzips bestimmter „Repräsentanten von Regierung, Wirtschaft und Hochschulen“ erstaunen solche Resultate nicht. Noch 1960 intendierten die Empfehlungen des Wissenschaftsrates eine umfassende Erweiterung der Hochschulen, um Bildungseinrichtungen so gestalten zu können, daß sie den Bedürfnissen nach wissenschaftlicher Ausbildung entsprechen. Diese Maxime ist inzwischen darauf reduziert worden, an einigen Stellen diese Forderung „in Betracht zu ziehen“. Generell wird jedoch der wirtschaftliche Bedarf an Wissenschaftlern zum Hauptkriterium gemacht. Dabei wird in lakonischer Selbstverständlichkeit festgestellt, daß einerseits die „Ausbildungseinrichtungen nicht genügen“, andererseits aber „Studienbeschränkungen nicht zu vermeiden“ seien. Michael H. Wolf

## Das FERN-REPETITORIUM (FOTH) für Juristen ist seit mehr

als 35 Jahren das anerkannte Mittel der erfolgreichen Examensvorbereitung. Probeheft B kostenfrei.

MÜLLER - ALBRECHTS - VERLAG,  
4 Düsseldorf-Wittlar



## Unwillkommen

**Willy Strzelewicz, Hans-Dieter Raapke, Wolfgang Schulenberg: Bildung und gesellschaftliches Bewußtsein. Eine mehrstufige soziologische Untersuchung in Westdeutschland. Stuttgart: Ferdinand Enke Verlag 1966 (= Göttinger Abhandlungen zur Soziologie, 10. Band). 616 Seiten, kartoniert, 48. Mark; gebunden, 54 Mark**

**Wolfgang Schulenberg: Ansatz und Wirksamkeit der Erwachsenenbildung. Eine Untersuchung im Grenzgebiet zwischen Pädagogik und Soziologie. Stuttgart: Ferdinand Enke Verlag 1957 (= Göttinger Abhandlungen zur Soziologie, 1. Band). 211 Seiten, kartoniert, 19,50 Mark**

Durchweg antwortet die Bevölkerung in Westberlin und in der Bundesrepublik mit aggressiver Pogromhaltung auf die bläßlichen, demokratisch opponierenden Versuche im anti-autoritären Lager der Studenten. Die „jungen Leute“ sollten „lieber studieren“, heißt es allenthalben, wo nicht gleich nach Schlagstöcken gerufen oder der Ärmel hochgekrempelt wird: man feste druff!

Die Rolle der Springer-Presse (und in gewissen Abstufungen die von Zeitungen wie der Frankfurter Allgemeinen und der Frankfurter Rundschau) ist transparent: sie reproduziert und akzentuiert gesellschaftliches Bewußtsein. Dessen Verhältnis zu dem, was Bildung ist oder sein soll, war bis zur Veröffentlichung der Schulenberg-Untersuchung über „Ansatz und Wirksamkeit der Erwachsenenbildung“ ein Desiderat empirischer Analysen. Dort als Frage von entscheidender Bedeutung gestellt, beantwortet die neuere Studie von Strzelewicz, Raapke und Schulenberg, „welche Vorstellungen die breite Bevölkerung mit dem Wort Bildung verbindet, was nach Meinung der Bevölkerung zur Bildung gehört, wozu sie verhilft, was einen Menschen, den man für gebildet hält, auszeichnet“ (S. 39).

Das „Votum der Leser für meine Zeitungen“ (Axel C. Springer) ist der ins Papier gehende Ausdruck davon, „daß in Westdeutschland fast jeder zweite Erwachsene den Eindruck hat, schulisch benachteiligt worden zu sein. Bei vielen ist dabei die Auffassung, man habe ihnen in den Kinderjahren die Chance einer besseren Schulbildung vorenthalten, mit einem tiefen traumatischen Frustrationsgefühl verbunden“ (S. 590). Obgleich die Studie an diesen politisch relevanten Zusammenhängen im einzelnen vorübergeht, läßt sich ihr Verdienst nicht bestreiten, „das Vorhandensein weit verbreiteter Frustrationserlebnisse und Unmutgefühle“ bei der Bevölkerung konstatiert zu haben.

Empirisch weist sie eine Bewußtseinslage nach, „in der im Hinblick auf Bildung jedenfalls viel weniger von der Realisierung eines Ausgleichs oder einer nivellierten Mittelstandsgesellschaft die Rede sein kann, als häufig angenommen wird“ (S. 577). Jener FAZ ins Buch, deren Leitartikler den Gedanken einer Klassengesellschaft weit von sich stoßen, und die mit einer Klassenparole („... dahinter steckt immer ein kluger Kopf“) Werbung treibt: „Das Bewußtsein großer sozialer Gruppen wird keineswegs uneingeschränkt von der Vorstellung erfüllt, daß wir uns in einer bildungsmäßig und sozialökonomisch nivellierten Mittelstandsgesellschaft befinden“ (S. 580).

Ein Drittel der Befragten verneint gleiche Bildungschancen in der Bundesrepublik. Unter den Kritikern dominierte die Meinung, daß ökonomische Hindernisse im weitesten Sinne des Wortes den Bildungsaufstieg verbauen. Daß die Gleichheit der Bildungschancen „in der westdeutschen Gesellschaft gegenwärtig noch immer mehr ein Postulat als eine Realität“ ist (S. 601), resultiert nicht allein aus den erfragten Meinungen und Ansichten der Bevölkerung, in denen sich Postulat und Einschätzung der Realität gelegentlich miteinander vermischen, sondern stützt sich auch auf die ermittelten sozialen und demographischen Daten:

„Erst wenn man beide Faktoren (Ansichten der Bevölkerung und Fakten über sie — d. Verf.) zueinander in Beziehung setzt und in ihrer Mehrschichtigkeit sieht, bekommt man ein genaueres Bild von den Hindernissen, durch die Einzelnen und ganzen Gruppen der Bevölkerung die Bildungs- und Ausbildungswege verstellt oder erschwert werden, die ihnen unter der Maxime der Chancengleichheit ohne Schwierigkeiten zugänglich sein sollten.“ (S. 601)

Vier Aspekte nennt die Studie als Gründe der Unterprivilegierung bestimmter Gruppen in der Bevölkerung: die Blockierung der Bildungschancen durch Mangel an „regelmäßig frei verfügbarer“ Zeit, durch Mangel an Geld („der kürzeste Ausdruck für soziale Unterschiede“) und durch den Mangel an Beziehungen, kurz: durch „soziale Benachteiligung und Zurücksetzung“; ferner das Fehlen von Bildungsaspirationen aufgrund schichtspezifischer und durch die Berufsstruktur mitbedingter Barrieren; die Widerstände aus der engeren Umwelt des einzelnen („der Faktor Familie“); schließlich individuelle, charakterliche Momente, aus der sozialen Differenz herrührende Unsicherheits- und Angstgefühle, die „nicht nur durch Bildung zu überwinden...“, sondern auch eine Bildungsbarriere (sind), vor der die

Resignation oft näher liegt als der Versuch, sie zu überwinden“ (S. 607).

„In großem und weiter zunehmendem Maße (wird) in der Bevölkerung bewußt“, „daß höhere Schulbildung kein Privileg mehr sein soll, aber doch noch ist“ (S. 592). Die Studie zeigt, daß die Bevölkerung sich die Ungleichheit der Bildungschancen nicht als „Bürgerrecht“ verkaufen läßt. Ferner findet man „in unserem Material keine Stütze dafür, daß der größere Teil der Bevölkerung der Meinung anhängt, religiöse Bildung stelle den Kern lebendiger menschlicher Bildung dar, wie es in einem Gutachten vom Deutschen Ausschuß (für das Erziehungs- und Bildungswesen — d. Verf.) formuliert wurde“ (S. 574).

Dies in Rechnung gestellt, daß die Bevölkerung weitaus nüchterner als die Schulpolitiker die Konfessionsfrage stellt, daß sie bei weitem realistischer als die kulturpolitischen Propagandisten von Hochschule und Staat die Chancen gleicher Bildung einschätzt — läßt die Frustrationen der Bevölkerung nicht verwunderlich erscheinen, nicht die handfeste Aversion gegen die „privilegierte Schicht“ der Studierenden. Der Klassenkampf ist — zum Vorteil für die Herrschenden und von ihnen bewußt geschürt — auf die Ebene einer Auseinandersetzung zwischen der Bevölkerung und der Studentenschaft verlagert, ähnlich der zwischen der Bevölkerung und den Juden im Nationalsozialismus.

Um überhaupt zu einer Diskussion darüber zu gelangen, reicht es nicht, daß Springer enteignet wird. Die Frustrationen, aufgrund derer Springers Blätter sich millionenfach verkaufen, („Seid nett zueinander“) müssen einsichtig gemacht und der Bevölkerung als Ausdruck des „Klassenkampfes von oben“ erklärt werden. Dazu ist der Weg der, Springers Enteignung zu fordern. Daß eine solche Konsequenz der Untersuchung über „Bildung und gesellschaftliches Bewußtsein“ den Herrschenden mißfallen muß, wußten ihre Autoren. Sie wußten, „daß... die Differenziertheit wissenschaftlicher Untersuchungen mancher Seite unwillkommen sein mag und der Wunsch nach Ablenkung und Beschwichtigung die sachliche Diskussion unserer Befunde hemmen könnte“ (S. V.).

## Wehender Geist

**Berthold Martin (Hrsg.): Auswärtige Kulturbeziehungen 3. Neuwied und Berlin: Hermann Luchterhand Verlag 1966. 445 Seiten, lamiert, 42 Mark**

Richard Martinus Emge, mehrjähriger Kulturattaché der Bundesrepublik im Ausland und habilitiert an der Bonner Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät, beklagt: „Milliardenbeträge an Steuergeldern der verschiedenen Nationen werden jährlich ausgegeben, ohne daß die verantwortlichen Regierungen, Parlamentarier und Funktionäre die Möglichkeit hätten, sich vorher auf Grund wissenschaftlicher und unabhängiger Analysen über die jeweils bestmögliche Verwendung der Mittel klar zu werden.“

Klärend in diesem Sinn kann auch nicht eine halboffizielle Publikation bezeichnet werden, in der „ein Forum fachlich fundierter Publizität angestrebt (wird), um in das Konzert der Länder und Völker die heutige deutsche kulturelle Kapazität wieder sinnvoll einzufügen“ — so vorbemerkt psalmisierend der Theologe, Gießener CDU-Bundestagsabgeordnete und (nach eigener Aussage) „Irrenarzt“ Dr. Berthold Martin, bekannt durch seine osteuropäischen Geschäftigkeiten in kulturtouristischer Mission. (Man verkenne im Selbstverständnis des Politreisenden nicht die Legitimierung: „Auswärtige Kulturbeziehungen beruhen auf den persönlichen Kontakten.“)

Das Forum im Konzert der Kapazitäten (wahrhaft, der Psychiater hat von seinen Patienten etliches gelernt!) weist manchen Mißton auf, von den Autoren der versammelten Aufsätze in verblüffender Naivität ausposaunt.

Dr. Martin bedauert, in den „östlichen Staaten“ würden die „Thesen vom Kapitalismus-Revanchismus abgenommen und geglaubt, nicht zuletzt deshalb, weil man Deutschland, so wie es wirklich ist, nicht kennt“. Diesem „Deutschland“ geht es „bei der Förderung von Kulturbeziehungen... um eine Erziehung durch deutsche Kultur“ (Hervorhebung durch den Kölner Professor Silbermann). Seine „Eigenschaften, die von den unmittelbaren Nachbarn eine negative Bewertung erfahren, werden in weiter entfernten Gebieten eher geschätzt“; „typische Beispiele sind Spanien, Portugal und die Türkei“ (Ministerialdirektor Günter Diel). Indes: „Alte deutsche Kunst im Ausland zu zeigen, ist immer erfolgversprechend“ (Dr. Ernst Thiele, Generalsekretär des „Deutschen Kunstrates“). Allerdings: „Ein gekauftes Buch wird mit größerem Interesse gelesen, als ein geschenktes“ (Vatikan-Botschafter Dieter Sattler). Etc., etc.

Sattler, 1959 bis 1966 Leiter der Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes, weiß auch zu begründen, weshalb nach Kriegsende in Westdeutschland eine Einrichtung ähnlich dem „British Council“ nicht gegründet wurde: „Das Verhältnis von Regierung und Intellektuellen ist in Deutschland anders als in Großbritannien. Daher ist eine gewisse innere Disziplin bei uns kaum vorauszusetzen. Es würde wahrscheinlich bald zu Spannungen zwischen Regierung oder auch Parlament und diesen Intellektuellen kommen.“ WDR-Studieleiter Schwab-Felisch bemerkt zum Numerus clausus

für Studierende: „Indem der Staat die Freiheit bei der Inanspruchnahme öffentlicher Gelder durch den Studierenden beschränkt, macht er diesen zum gleichberechtigten Partner.“ Bemerkt der Präsident des Goethe-Instituts Peter H. Pfeiffer: „Der Geist weht, wo er will.“ In der Tat: Der Geist von einst weht heute wo er will. R. B.

## Liebe zur Arbeit

**Hildegard Hamm-Brücher: Aufbruch ins Jahr 2000 oder Erziehung im technischen Zeitalter. Rororo-Aktuell 1967**

Mit der naiven Offenheit eines liberalen Politikers gibt die Staatssekretärin im hessischen Kultusministerium einen bildungspolitischen Report aus 11 Ländern; es handelt sich dabei um den Nachdruck einer Artikelserie in der Wochenzeitung DIE ZEIT. Nacheinander werden dabei die Sowjetunion, die USA, die beiden Deutschlands, sowie mehrere west- und osteuropäische Bildungssysteme, nun man kann schon sagen: abgehandelt.

Dabei ist allerlei zu erfahren, aber was man erfährt, bleibt merkwürdig beziehungslos, da die spezifischen bildungspolitischen Bemühungen der verschiedenen Länder vollständig abgelöst sind von deren realen gesellschaftlichen Verhältnissen. So bleibt als einziges Kriterium die ökonomische Effektivität. Wie der geneigte Leser vermutlich schon weiß, steht es damit in der westdeutschen Bundesrepublik nicht zum besten: die Entdeckung dieser Tatsache läßt Frau Hamm-Brücher nicht ruhen. Die Ursache der Bildungsmisere ist natürlich eine rein administrative: die Kompetenzstreitigkeiten zwischen Bund und Ländern haben bis jetzt eine einheitliche, effektive Regelung verhindert. Gäbe es eine entsprechende Durchorganisation, könnten alle Begabtenreserven ausgeschöpft werden und jeder hätte seine Chance.

Derlei Hindernisse gibt es in der DDR nicht. Dafür findet man hier, laut Hamm-Brücher, eine „einheitliche marxistische Konfessionsschule“. An dieser Stelle wird auch dem unsichtbaren Leitsatz des Buches, daß jedes ökonomisch verwertbare Lernen schon an sich zu loben sei, widersprochen und auf den Inhalt dessen, was gelehrt und gelernt wird, eingegangen. Dabei findet sich, — die Bolschewisten, sie haben keine Seele, — tatsächlich eine, „an den Haaren herbeigezogene ideologische Bezogenheit“! Dem zu widersprechen, wäre töricht; zu bedauern ist allerdings, daß nicht bemerkt wird, wie eine ebenso „an den Haaren herbeigezogene ideologische Bezogenheit“ sich in westdeutschen Schulen breitmacht. Wer z. B. verschiedene „typische“ westdeutsche Schulen am eigenen Leibe erleben durfte, könnte darüber einiges erzählen, vielleicht etwa von den sogenannten „ewigen Werten“ im Deutschunterricht oder den nationalistischen Exzessen mancher naturwissenschaftlicher Lehrer. Pures Sachwissen wird vermutlich irgendwo gelehrt und in Hinsicht auf ideologische Schwachsinigkeiten hat man hierzulande dem anderen deutschen Staat nicht allzuviel vorzuwerfen.

Bleiben wir im Lande! Wie bekannt, hat sich im Sommer dieses Jahres eine sozialistische Schülerorganisation gebildet, der mittlerweile über 2000 Schüler angehören. Sie, die politisch bewußtesten unter den Betroffenen unseres Bildungssystems, haben andere Sorgen als die Frau Staatssekretärin. Ihnen geht es nicht so sehr um die ökonomische Disziplinierung, als vielmehr um den Abbau der undemokratischen, autoritären Struktur dieser Schulen. Dazu weiß Frau Hamm-Brücher freilich nichts zu sagen, ja es scheint, daß sie in einer administrativ durchorganisierten Schule, die keinen anderen als einen autoritär repressiven Charakter haben kann, den wahren Heilsweg sieht. Daß den Kindern in der DDR die „Liebe zur Arbeit“ schon im frühesten Kindesalter anezogen wird, daß in den USA wie in der Sowjetunion das größte Gewicht auf Anpassung an das bestehende System, nicht aber auf kritisch-politische Selbständigkeit gelegt wird, findet bei Frau Hamm-Brücher ungeteilten Beifall. Von der „freien Entfaltung der Persönlichkeit“, von

der immerhin im Grundgesetz noch die Rede ist, kein Wort.

An manchen Stellen dieses Buches scheint es tatsächlich etwas wie Kritik an autoritärem Verhalten zu geben. Sieht man aber etwas genauer hin, so entdeckt man, daß die Methode, nicht aber der Inhalt kritisiert wird. An der Stelle bloßer Ver- und Gebote soll „freie, freilich Zusammenleben“ „geübt“ werden. Als ob die Bedingungen einer feudal strukturierten Schule dieselben unserer modernen Gesellschaft wären!

Der deklamatorisch gute Wille bleibt abstrakt. Der Kampf in und gegen die autoritäre Schule aber realisiert sich im Konkreten. Diejenigen, die ihn führen, „üben“ sich in Formen wahrhaft demokratischen Zusammenlebens, Formen, in denen die ökonomische Effektivität nicht das alleinige Kriterium schulischer Ausbildung bleibt. Ihr demokratisches Potential hilft vielleicht mit zu verhindern, daß die Gesellschaft der Zukunft eine elitär-technokratische wird. Ihrem unbequemen Engagement gegenüber wirken bildungspolitische Reports dieser Qualität vergleichsweise dürftig T. Schulz

## Geschlechtsathleten

**Norman Haire: Geschlecht und Liebe heute. List Taschenbücher Bd. 309/10/11, München 1966.**

Eine Unzahl „praktischer“ Ehebücher suggeriert dem gutgläubigen Leser, „daß sie ihn von einem Tag zum anderen zum Liebeskünstler oder Geschlechtsathleten machen, wenn sie ihm dreißig oder wenn möglich noch mehr ‚Positionen‘ beschreiben. All dies mag für mehr oder minder einfältige Leute unterhaltende Lektüre sein, aber Liebeskünstler werden sie gewiß nicht, selbst wenn sie sämtliche Positionen auswendig lernen.“

Haire versteht Sexuaufklärung nicht primär als Anleitung zu „Turnübungen“ und widmet den verschiedenen Formen des Koitus „nur“ acht Seiten seines 467 Seiten starken Buches. Die Fabel vom Storch und damit die allgemeine Geheimnistuerei im Bereich des Sexuallebens führt zu einer inhumanen Verdrängungs- und Verbotspraxis, die lähmende Folgeerscheinungen erzeugt. Eltern und Lehrer sind meist aufgrund tradiert Hemmungen nicht in der Lage, auf kindliche oder jugendliche Neugier aufklärend zu reagieren. In dem Kapitel „Folgen der Selbstbefriedigung“ schreibt Haire: „Wir wissen bereits, daß fast alle Säugetiere und nahezu 100% der Menschen masturbieren. Wenn also die Selbstbefriedigung schädlich wäre und die Gesundheit in irgendeiner Weise nachteilig beeinflussen könnte, so wären die höheren Säugetiere und selbstverständlich auch der Mensch schon längst ausgestorben. Die Erde würde dann heute nur noch von Insekten, Reptilien, Vögeln und ganz niederen Säugetieren bewohnt sein. Schädlich, ja sogar lebensvernichtend, kann aber jene Angst werden, die man dem Menschen einjagt, indem man die Folgen der Selbstbefriedigung grenzenlos übertreibt.“ Da Angst und Schuldgefühl, Ekel und Scham sowie schlechte Laune das Geschlechtsleben des Menschen ebenso sehr beeinflussen wie die Funktion der Geschlechtsorgane selbst, hat Haire zu Recht der Funktion der Geschlechtsorgane nur einen Abschnitt unter anderen eingeräumt.

Die „moralische Frage“, die bei Selbstbefriedigung, vorehelichem Geschlechtsverkehr und Geburtenregelung eine Rolle spielt, wird behandelt, aber nicht für den Leser beantwortet. So wird zwar die Einstellung der Kirche zur Empfängnisverhütung aufgezeigt, das Für und Wider aber allein aus gesundheitlicher oder ärztlich-sozialer Sicht behandelt. Der Leser wird nicht mit dem „Apfel anstatt“ abgespeist, sondern ihm wird Einsicht in das Sexualleben des Menschen von der Selbstbefriedigung des Säuglings bis hin zu den Sexualgewohnheiten alter Menschen vermittelt. Haire scheut sich nicht, einen Mitteldurchschnitt durch die Geschlechtsorgane während des Koitus zu zeigen, wohl aber vor seitenfüllenden Belanglosigkeiten der „nackten Praxis“ anderer Bücher. Ein wirkliches Aufklärungsbuch. Dieter Thelen

# AN ALLE DENKEN FREUDE SCHENKEN

Geschenk-Bazar im 1. Stock

**kaufhaus m. schneider**

Tel.-Nr.  
2 06 61

Frankfurt/M, Zeil/Ecke Stiftstr.



Zum Wahlausgang

1. Demokratische Bestätigung einer Tendenz

Der Sieger der letzten Parlamentwahl war der DB (Demokratische Block), die Gemeinschaftsliste der Verbände GEW, HSU und SHB, während im Februar noch mit großem Abstand die heute nicht mehr vorhandene AS (Aktion Studentenschaft), das waren die „Altfunktionäre“, gewonnen hatte. Dieser Wechsel kündigte sich schon an, als nach dem Rücktritt des AStA-Vorsitzenden Siegfried Peters zum Ende des Sommer-Semesters das Amt nicht mehr von der AS besetzt wurde, sondern von einem SHB-Mann, Hans Jürgen Birkholz, obwohl dessen Gruppe im Parlament nur mit einem Abgeordneten vertreten war. Bei Beginn des neuen Semesters konnte der SHB sogar noch den 2. AStA-Vorsitzenden stellen.

2. Wahlprogramme der Gruppen – gemeinsame und unterschiedliche Punkte

Beim Durchlesen der Programme in der AStA-Info fällt auf, daß nahezu alle Gruppen soziale Verbesserungen für die Studenten fordern. Die sie nicht direkt im Programm erwähnen, wie der SDS, haben nichts gegen sie einzuwenden. Alle Gruppen fordern die Hochschulreform, unterscheiden sich aber wesentlich in ihren Vorschlägen und Forderungen. In diesem Punkt kann eine Gruppe gut zeigen, wie profiliert sie ist; Parlamentserfahrungen sind natürlich von Vorteil. Der bloße Hinweis auf die studentischen Interessen und die Koordinierung mit den Professoren (AdM; Arbeitskreis der Mitte) oder das Fehlen einer Gesamtkonzeption und der Wille einträchtig mit den Professoren zusammenarbeiten zu wollen (AHP, Aktive Hochschul-Politik), ist natürlich sehr abstrakt und dokumentiert nicht mehr als den guten Willen. Ebenso wenig konkret schlägt die LdM (Liste der Mediziner) vor, daß eine Studienreform unter Mitarbeit der Studenten baldmöglichst durchgeführt werde. Der NHB vergißt vor lauter Trennung studentischer Interessen von deren ureigensten Interessen – damit will er den Aufgabenbereich der Studentenvertretung einschränken – in seinem Programm die Studienreform zu erwähnen. Soweit sind seine Vorstellungen immerhin schon gediehen, daß er in einem Flugblatt den „Wirrwar“ von Studienplänen und Studienordnungen beseitigen will. Der RCDS fordert zur Studienreform die Einrichtung paritätisch mit Studenten, Nichthabilitierten und Habilitierten besetzter Kommissionen. Die AFS (Arbeitsgemeinschaft Frankf. Studenten) möchte in diesen Kommissionen außer über die Studienreform noch über Lehr- und Forschungsveranstaltungen und die Vergabe von Haushaltsmitteln entschieden sehen. Außerdem fordert sie eine studentische Sperrminorität in Senat, Fakultät und Konzil. Zu diesen Mitbestimmungsrechten fordert der DB einen Rahmenstudienplan für die Anfangssemester, der aber unverbindlich sein soll, mit den Aufgaben, das Studium effektiver zu organisieren und die gesellschaftliche, Reflexion der Wissenschaften zu fördern. Stellungnahmen gegen den DISKUS finden sich noch in zwei Listen: während er dem AdM nur in der bisherigen Form mißfällt, möchte ihn der NHB durch Beseitigung der „Zwangsfinanzierung“ vermutlich ganz abschaffen, denn er lehne jede Zwangsmaßnahme ab – daß die Herausgeber demokratisch gewählt werden, ignoriert er damit. Ein Argument, welches die „linken“ von den „rechten“ Gruppen trennt, ist die bei fast allen erwähnte Stellungnahme zum politischen Mandat. Während sich der SDS ohne ausdrücklichen Hinweis darauf bemüht, die gesellschaftlichen Zusammenhänge weit genug zu fassen, und dabei auf den Zusammenhang von „Formierter Gesellschaft“ und Hochschulreform gemäß dem Wissenschaftsratsgutachten kommt, erwähnt der AdM das politische Mandat nicht. Möglicherweise waren sich die Kandidaten vom „Frankfurter Profil“, im letzten Parlament Gegner des Mandats, mit denen des alten AdM (damals gab es beide Listen getrennt) nicht einig. Für das politische Mandat der Studentenschaftsvertretung sprechen sich mit dem Hinweis auf die universalen politischen Zusammenhänge, die sich nicht von der Hochschulpolitik trennen lassen, selbstverständlich die politischen Verbände von der „Mitte“ bis zur „Linken“ aus, also außer dem SDS noch der DB und LSD. Interessant ist, daß die beiden unabhängigen Gruppen AFS und LdM in diesem Punkt sich explizit für das Mandat aussprechen. Die Gruppen „rechts“ davon, AHP, NHB und RCDS lehnen Stellungnahmen der Studentenschaft zu politischen Fragen außer-universitärer Angelegenheiten ab. Dagegen will der AdM sich um ein besseres Verständnis der Frankfurter Mitbürger für studentische Probleme kümmern. Schärfen stemmt sich der NHB gegen die politische Aktivität der Studenten – was nicht identisch ist mit dem politischen Mandat ihrer Vertretung –, die das Wort Student zum Schimpfwort mache. Ein gutes Verhältnis der Studenten zu Universität, Öffentlichkeit und Polizei möchte der RCDS herstellen. Gegen den Ruf nach besserer Kontrolle (AdM, NHB und RCDS) – sie ist gewöhnlich in unserer Universität einfach ein Problem der Kommunikation – setzt der DB die Demokratisierung der Hochschule, die natürlich diese Kommunikation voraussetzt, allerdings ohne zu sagen wie das zu geschehen habe. Der SDS will die Hochschulpolitik auf den Campus tragen und die AFS die studentische Vollversammlung als Institution einführen.

3. Schwund der Mitte

Während die Liste AS ins letzte Parlament noch mit dem Slogan „Sachverstand statt Ideologie“ sich von den Ideologen „linker“ und „rechter“ Gruppen distanzierte, um damit eine Ideologie der „Mitte“ zu schaffen, weisen heute die „mittleren“ Gruppen nur noch darauf hin, daß sie unabhängig sind. An ihrem Programm läßt sich faktisch keine „Mitte“ mehr feststellen. Das haben auch die Wähler begriffen: haben im Februar die „mittleren“ Gruppen (AS, LuM und USL) noch zusammen 44% der Stimmen bekommen, so waren es diesmal nur noch 15%, was einer Abnahme von 66,5% entspricht. Wohin ist aber diese Wählerschaft gegangen? Den stärksten Anstieg haben die „rechten“ Gruppen zu verzeichnen (wobei natürlich zu bemerken ist, daß diese Zusammenfassung anhand der Analyse des Programms sehr grobschlächtig ist). Sie haben sich um 70,5% von 19,3% auf jetzt 32,9% der Stimmen verbessert (AdM, AHP, NHB und RCDS). Dazu dürfte das Engagement des RCDS einen guten Teil beigetragen haben, wenn er auch nicht die stärkste von diesen Gruppen geworden ist. Die politischen Verbände der Höchster Koalition (DB, LSD und SDS) könnten ihren Anteil von 35,1% auf 52,2% vergrößern, hatten also eine Zunahme um 48,7% der Stimmen.

4. Die Wahl war ein Votum für das politische Mandat der Vertretung der Studentenschaft.

Man darf sich nicht täuschen: die Steigerungsrate der Stimmen für die „linken“ war geringer als für die „rechten“ Gruppen, weil letztere eine niedrigere Basis hatten. In absoluten Zahlen haben sich aber mehr Wähler von der „Mitte“ zur „Linken“ als zur „Rechten“ gewandt. Möglicherweise hat dazu beigetragen, daß der DB als einzige Gruppe explizit die AFE angesprochen hat, sodaß dort die Studenten vorzugsweise für ihn gestimmt haben, wo zuvor ein starkes Engagement der AS war. Dafür spricht, daß die Nachrückkandidaten der Liste DB vorzugsweise von der GEW gestellt werden, einer Organisation der meist Volksschullehrer angehören. Betrachtet man die Stellung der Wähler zum politischen Mandat, so haben sich 67,2% dafür ausgesprochen. Unter Berücksichtigung der hohen Wahlbeteiligung von 44% gegenüber vorher 33% (bei demal von 15 000 Studenten aus gerechnet) war das ein klares Votum.

Peter Heik

SDS-links unten?

Der SDS hat bei den Wahlen zum Studentenparlament 4 Sitze erhalten. Das sind ungefähr 1 000 für den SDS abgegebene Stimmen. Man mag das – bei insgesamt 22 direkt gewählten Vertretern für ein die radikale Linke befriedigendes Wahlergebnis halten. Immerhin stand ja eine linke Mittelgruppe, die Koalition des „Demokratischen Blocks“, für alle diejenigen Studenten bereit, die zu einem radikaldemokratischen Engagement in ihrem Wahlentscheid bereit waren, aber nicht gleich der radikal sozialistischen Alternative ihre Stimme geben wollten. Denn wir können zwar einerseits davon ausgehen, daß der SDS an allen Hochschulen der BRD und in Westberlin den wesentlichen Anteil an der Politisierung und Radikalisierung der Studenten trägt, daß er aber die Früchte seiner Arbeit nicht unmittelbar erntet, jedenfalls nicht in Form von Wahlstimmen und Mitgliederzuwachs, und daß er dies seinem Selbstverständnis nach als sozialistische Organisation auch gar nicht will. Dieser für die Linke allgemein und für den SDS im besonderen erfreuliche Wahlausgang rechtfertigt aber nicht, gerade wenn man mit dem SDS sympathisiert, die Taktiken, die der SDS in den ersten Tagen des Wahlkampfes eingeschlagen hatte. Diese bestanden vornehmlich darin, den AStA Birkholz als „sozialdemokratisch“, „system-immanent“, „opportunistisch“ usw., insgesamt also von links unten her anzupissen. Das war strategisch und taktisch ganz sicher falsch. Strategisch: Der SDS hat, als einzige Studentenorganisation, ein theoretisch abgeleitetes, umfassendes Hochschulprogramm; der SDS hat im letzten Jahr an der Frankfurter Universität genügend lokale und aktuelle Forderungen herausgearbeitet; der SDS greift in die theoretischen Diskussionen und – durch seinen Aktionen in der BRD – in die aktuellen Auseinandersetzungen um die welthistorischen Alternativen zwischen Kapitalismus und Sozialismus an vielen Punkten ein. Der SDS hat es darum nicht nötig, sich wie ein kommunistischer Parteisekretär zu produzieren, – und nicht nur darum, weil die Sozialdemokratie an den Universitäten im Jahre 67 nicht mehr viel zu sagen hat. Taktisch: Es hat in Frankfurt nie und außerhalb Frankfurts selten einen AStA gegeben, der sich so sehr mit den Aktionen und Programmen der radikalen Studenten solidarisiert hat, wie eben dieser AStA mit dem SHB-Mann Birkholz an der Spitze (über dessen spezielle Fähigkeiten und Fehler hier nicht zu richten ist). Man vergegenwärtige sich nur zwei Beispiele aus der jüngsten Zeit: 1. Der AStA Frankfurt hat die Schirmherrschaft für das „Manifest der Hochschulen gegen die Notstandsgesetze“ übernommen. Dieses Manifest, das vom SDS auf dessen letzter Delegiertenkonferenz im September 67 konzipiert worden war, wurde zu dem schlagkräftigsten Instrument, das es heute bereits ist, erst dadurch, daß es auf

„allgemeine Studenten“-Beine gestellt wurde. 2. Der AStA Frankfurt hat sich mit den Aktionen der radikalen Studenten und Jugendlichen während der Frankfurter Büchmesse (für die der SDS verantwortlich gemacht wurde) nicht nur formal, sondern mit politisch-inhaltlichen Argumenten solidarisiert. Er hat sich damit sogar den Unmut einer ganzen Phalanx studentischer Messiefriedens-Bürokraten zugezogen. Was soll da ein schlichter, fortschrittlicher oder kritischer, Student denken, der nicht über das Geheimwissen der mauschelnden Parlaments-Ingroups verfügt: Einmal ist der AStA sosehr für den SDS, daß man meint, der AStA sei der SDS oder der AStA habe Angst vorm SDS. Dann wieder ist der SDS plötzlich gegen den AStA. Hat der SDS etwas zu verbergen oder ist der SDS einfach blöd?

1 000 für den SDS abgegebene Stimmen sind in Wirklichkeit nicht viel. Jedenfalls nicht, wenn man die Propaganda einkalkuliert, die alle Informationsorgane und Manipulationsmaschinen in den letzten Monaten für und gegen den SDS gemacht haben. Wenn man die SDS-Genossen und den hohen Anteil der ausländischen Studenten (vornehmlich aus den Entwicklungsländern) abzieht, die sowieso den SDS wählen, dann bleiben nur mehr ein paar Hundert, die sich in der Frage „Demokratische Mitte oder Sozialistische Alternative“ für die letztere und damit für den SDS entschieden haben. Das liegt nun vielleicht doch nicht so sehr an der mangelnden Bereitschaft der Studenten, sozialistische Alternativen sich zu eigen zu machen und zu unterstützen, als an der mangelnden Fähigkeit des Frankfurter SDS, die im SDS ausgearbeitete und durchexerzierte „Politik an den Hochschulen“ auch anzuwenden.

Helmut Spang

Die rote Messe

Der letzte Messetag der diesjährigen Buchmesse, die erstmals einen Marxisten als Friedenspreisträger des Deutschen Buchhandels in der Paulskirche sah, bot ein völlig ungewohntes Bild. Lange vor dem offiziellen Messe-schluß sah man in der Halle VI überall leere Stände. Die einen waren gegangen, weil ihrer Meinung nach die Messeleitung zu wenig für Ordnung gesorgt, die anderen, weil sie des Guten zuviel getan hatte.

In dem Augenblick, als die Verlage der DDR aus Protest gegen die Beschlagnahme des Braun-Buches durch den übereifrigen Amtsrichter Pawlik ihre Stände räumte, hatten die kleinen Verlage die politischen Aktionen, die die diesjährige Buchmesse erschütterten, mit ihrem Auszug bereits quittiert.

Was war geschehen? Bei Eröffnung der Messe schien der Vorstand des Börsenvereins schlimme Befürchtungen zu haben, die dann auch in der Begrüßung anläßlich der Messeeröffnung formuliert wurden. Wörtlich: „Wir hoffen, daß diese Buchmesse nicht politisch überschattet wird.“

Eine der Springer-Zeitungen, die Berliner Morgenpost, gab gleich ein schönes Zeugnis für das, was man Springer gemeinlich vorwirft. Sie formulierte diese Befürchtung mit der Schlagzeile: „Die Frankfurter Buchmesse ist politisch überschattet.“ Was Springers „Allround-Journalisten“ zu dem Zeitpunkt noch nicht wissen konnten, bewahrheitete sich im Verlauf der größten Buchschau der Welt. Es gab Proteste, Skandale und Tumulte, über Bücher wurde kaum gesprochen. Zum ersten Mal im Verlauf der traditions- und ruhmreichen Geschichte der Frankfurter Buchmesse sahen sich Buchhändler und Verleger der Tatsache gegenüber, daß ein Teil ihrer Kollegen aus dem kulturellen Dornröschenschlaf erwacht waren und ihre Sorge um die politische Gegenwart in „unrespektabler Weise“ öffentlich diskutierten und demonstrierten. Die Reaktion der Mehrheit des Buchhandels zeigen, wie sicher man sich glaubte, wie sehr man darauf baute, daß der Handel mit so hohen Gütern

wie Kultur und Geist nicht nun plötzlich Forderungen stellte, denen man nicht mehr gewachsen war. Da wurde in einer spektakulären Sitzung der Mitgliederversammlung der Verleger Unselbst zum Maoisten, andere zu Ost-agenten. Dem Voltaire Verlag aus Westberlin, der auf seinem Stand die Plakette mit der Aufschrift „Enteignet Springer“ verkaufte, wurde mit der Standschließung gedroht, obgleich in der Messeordnung nur untersagt ist, Messegut zu veräußern. Demonstrationen gegen die Springer-Unternehmen „Welt der Literatur“, Ullstein und Propyläen versuchte man mit dem Schlagwort „Studentenkrawalle“ abzutun und ein übereifriger Vertreter der Messeleitung, der sich beim Protokoll den Namen des italienischen Großverlegers Feltrinelli buchstabieren ließ, wollte den Italiener zum Verhör zwingen und dessen Stand, an dem die Plakate mit dem Portrait „Che“ Guevaras verkauft wurden, ebenfalls schließen.

Plötzlich und unerwartet bildeten sich Fronten. Hatte es erst sacht damit begonnen, daß einige der großen Verlagshäuser sich mit dem Anti-Springer-Aufruf der Gruppe 47 solidarisch erklärten, ging es weiter mit der Diskussion um den Auszug der progressiven Verlage und der Drohung einer Gegenmesse.

Vieles Politische auf dieser Messe war sicherlich Theater. Aber das kann keineswegs darüber hinwegtäuschen, daß hier eine schon lange im Dunkeln ausgetragene Auseinandersetzung sich artikuliert, daß im Herbst 67 Fronten entstanden sind, die sich, wie das bisher stets zu geschehen pflegte, mit schönen Worten nicht wieder zudecken lassen. Das politische Geschehen auf der Frankfurter Buchmesse bedeutet, wenn man es nachträglich betrachtet, eine generelle Entscheidung. Und es fordert sie auch von all denen, die sich während der Messe dazu noch nicht bekennen wollten. Es scheint, als ob die Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen politischen Situation in der westlichen Welt, die dazu beitrug, eine außerparlamentarische Opposition zu etablieren, nun endlich auch von denen nicht mehr übersehen werden kann, die dank ihres Berufes und der von diesem geforderten Fähigkeiten am ehesten aufgerufen sind, sich hier klar zu äußern.

Im Licht dieser Ereignisse erscheint die Flucht einiger kleiner Verlage doppelt problematisch. Wie lange glaubt der Buchhandel in der Lage zu sein, sich der erforderlichen Klärung seiner Position entziehen zu können? Wie lange glaubt man, daß das Geschäft mit dem Buch weiterhin eine Sache des geschmackvollen Verhaltens ist? Bezeichnend dafür ist ein Gespräch zwischen Buchhändlern und Studenten nach der Aktion vor dem Stand der „Welt der Literatur“. Der erregte „Kollege“ wollte mit Gebrüll die Studenten vom Messegelände vertreiben. Worauf diese ruhig und richtig erwiderten, wenn er denn seine Bücher verkaufen wolle.

Man darf sich in der Tat nun wundern, wenn der Buchhandel immer wieder lautstark über den geistigen Abbau klagt und damit seinen geschäftlichen Rückgang meint und gleichzeitig nicht bereit ist, sich dort zu engagieren, wo eben dieses geistige Interesse noch lebendig geblieben ist.

Es wundert deshalb den Betrachter wenig, daß das geistige Interesse diejenigen Verlage finden, deren Produkte dem geforderten kritischen Bewußtsein entsprechen. Und die Erkenntnis, daß die geistige Überlegenheit das Entscheidende ist und nicht die Macht der Tradition, fordert nun auch vom Buchhandel, sich auf diese Entwicklung einzustellen. Das hysterische Verhalten der Messeleitung, der Alleingang jenes Frankfurter Amtsrichters und die unqualifizierten Reaktionen eines großen Teils der Buchhändler, wird dem objektiven Betrachter gezeigt haben, wo die richtigen Argumente zu finden sind. Für die weitere Entwicklung der Auseinandersetzung läßt sich nur wünschen, daß sie an Qualität nicht verliert, nicht an Schärfe und nicht an der Bereitschaft, sich zu engagieren.

Nicolaus Neumann

# Luise Pollinger

Papier · Bürobedarf · Drucksachen · Schreibmaschinen und Schreibmaschinen-Reparaturen  
Füllhalter - Reparaturen innerhalb 24 Stunden in eigener Werkstatt · Selbstbedienung:  
Bockenheimer Landstraße 133 · Fernruf 77 63 77

Frankfurt am Main · Bockenheimer Landstraße 131 · Fernruf 77 55 89

Kollegbedarf  
Füllhalter  
Feinpapiere  
Geschenke  
Büro-,  
Zeichen-,  
Schulartikel

Die Buchhandlung für den Mediziner

# JOHANNES ALT seit 1868

BUCHHANDLUNG UND ANTIQUARIAT FÜR MEDIZIN

In Kliniknähe, Haltestelle Hochhaus Süd (Hippodrom) der Linien 1, 11, 15, 21

Frankfurt Süd 10  
Gartenstraße 134

Telefon 61 29 93



**DER BERICHT ÜBER MANIPULATIONSPRAKTIKEN AN DER UNIVERSITÄT IST LANG GERATEN. DIE LÄNGE RESULTIERT AUS DEN OBJEKTIVEN SCHWIERIGKEITEN, DIE SICH DEM IN DEN WEG STELLEN, DER ES UNTERNIMMT, DEN RECHTFERTIGUNGSSCHLEIER VON VORGÄNGEN ZU ENTFERNEN UND SIE ZU REKONSTRUIEREN. DIE OBJEKTIVE SCHWIERIGKEIT MANIFESTIERT SICH DARIN, DASS SCHEINBAR FAKTENHUBEREI GETRIEBEN WIRD. DIE ZUSAMMENSTELLUNG VON VIELEN EINZELNEN FAKTEN IST JEDOCH IN DIESEM FALLE NOTWENDIG, WEIL NUR DER, DER DEN GESAMTZUSAMMENHANG KENNT, DIE ÜBERSICHT ÜBER DIE „TOTALE VERWALTUNG UNIVERSITÄT“ IN DIESEM EINEN FALLE ERLANGT.**

# WER NICHT SPURT, FLIEGT RAUS!

Am 11. September stand die Universität unter Anklage. Die Klägerin war die Pressereferentin des Rektors. Der Inhalt der Klage bezog sich auf die Auflösung des Arbeitsverhältnisses mit der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität, die der Kurator, Exekutive der Universität in Sachen Anstellung (und Kündigung) von Putzfrauen, Amtmännern und Professoren, verlängerter Arm des Kultusministers, der Klägerin am 17. August mitgeteilt hatte. Das Außergewöhnliche an dieser Klage sind die politischen Umstände, aus denen sie hervorging. Nicht alltäglich ist das Husarenstück, das sich Universität, Rektor und Kurator leisteten, als es darum ging, Verschwiegenheit zu wahren, das „Ansehen der Universität“ zu erhalten, vor allem aber: die Klage abzuschmettern.

## Sprachrohr der Universität?

Der Rektor, Senatsbeauftragter für Pressewesen, hatte im Winter 1965 Ausschau gehalten nach einem Pressereferenten, der sich um die Organisation von Pressekonferenzen und die Einrichtung eines Zeitungsarchivs sorgen könne. Der damals erstgewählte Rüegg, Wunderkind unter Westdeutschlands Rektoren (mit 49 Jahren Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz) und Schweizer, hatte bis zu seiner Wahl die „Öffentlichkeitsarbeit“ der Universität selbst gemacht. Als Rektor aber wollte er nicht sein eigenes Sprachrohr sein. Die Energie, die Rüegg bei der Suche nach einem Hauspropheten verbrauchte, läßt darauf schließen, daß er es nicht nur aus arbeitsökonomischen Erwägungen tat. Der Schluß liegt besonders nahe, da die Universität zweimal diesen Posten für den Universitätshaushalt beantragte – und zweimal vom Land Hessen einen abschlägigen Bescheid erhielt. Rüegg aber gab nicht nach... Und so hatte die Frankfurter Universität im Dezember 1965 eine Pressereferentin. Nachträglich erscheint es einsichtig, daß Rüeggs Erwartungshorizont in Bezug auf die Arbeit der Pressestelle und die Person der Pressereferentin nicht erfüllt wurde. Seinen (unausgesprochenen) Vorstellungen nach sollte die Pressereferentin unabhängig und zugleich nur ihm verantwortlich – politisch und zugleich verhalten-akademisch sein. Sie sollte Pressekonferenzen organisieren, allerdings nur mit Zustimmung des Rektors. Sie war für die gesamte Universität da – zugleich aber nur für den Rektor. Unausgesprochen und nirgendwo festgelegt: sie durfte nicht politisch selbsttätig werden. Medium zwischen akademischer Hierarchie und „Öffentlichkeit“ wurde sie alsbald zu deren Opfer.

## Akademische Schilbürgereien

Aus dieser Ambivalenz der Arbeitsbedingungen resultierten grundlegende politische Differenzen zwischen dem Rektor und „seiner“ Pressereferentin. Sie ließen sich deutlich erkennen im Sommer 1966. Die Finanzeinsparungen des Landes Hessen auf dem Forschungs- und Ausbildungssektor liefen an. Mehrere Fakultäten mußten unter denkwürdig schlechten Bedingungen arbeiten. Sie entschlossen sich zu dem an bundesdeutschen Universitäten einmaligen Vorgehen: einen Arbeitsstreik zu organisieren und ihm durch Pressekonferenz und Demonstration politischen Ausdruck zu verleihen. Einmalig war an dieser Aktion: Studenten und Professoren, gleichermaßen betroffen von den Finanzrestriktionen, wollten zusammen auf die Straße gehen! Die Einmütigkeit löste sich bald auf: als bekannt wurde, daß der Rektor nicht frühzeitig genug um Erlaubnis gefragt worden war, zogen einige Professoren ihr Placet zurück. Die Angst, politische Forderungen öffentlich zu stellen, die nicht die Zustimmung des Rektors fänden, wurde zur Unfähigkeit, die geplante Aktion überhaupt zu erläutern und zu begründen. Die angesetzte Pressekonferenz ließ manifest das autoritäre Syndrom sichtbar werden, dessen Opfer die Professoren wurden. Sie distanzten sich von der Aktion, verschleierten deren Fehlschlagen, indem sie sich aufs fehlende Signal des Rektors beriefen – und verkehrten so den ursprünglich politischen Angriff auf die Bildungs- und Finanzpolitik Hessens in eine akademische Schilbürgerei. Die Enttäuschung übers Ganze schlug um in einen Frontalangriff gegen die Pressestelle, die die rektorale Erlaubnis hätte einholen sollen. Aufgrund eines Mißverständnisses war von dort verlautet, der Rektor sei informiert. Die Professoren interpretierten das als Lüge und Unverschämtheit und redeten von Unfähigkeit. Auch des Rektors nachträglich – lahme Zustim-

mung, sein Erscheinen bei der am Tag danach stattfindenden Demonstration änderte daran nichts – zumal die Magnifizenz sich selbst brüskiert fühlte. Die Schlußfolgerungen, die Professoren und Rektor aus dem inneruniversitären Skandal zogen, schlugen dieses Jahr zu Buche.

## Palastrevolte gegen den Rektor?

Es schien im Juni 1967 unausdenkbar, weil unmöglich, daß sich Rüegg ein drittes Mal zur Wahl stellen würde. Entsprechend dem bisher üblichen Ritus, daß abwechselnd jede Fakultät den Rektor „stellt“, griff sich die jur. Fakultät einen Ordinarius aus ihren Reihen und kürte ihn zum informellen Kandidaten (formell kann jeder o. Professor gewählt werden). Niemand erinnerte sich an jenen merkwürdigen, satzungsändernden Paragraphen, nach dem sich ein Rektor auch ein drittes Mal zur Wahl stellen kann. Er war erstmals im Jahre 1951 aufgetaucht, dann jedoch, nachdem der damalige Rektor die Annahme der Wahl verweigert hatte, in den Schubladen der Kultusbehörde verschwunden. Er tauchte erst an jenem Tag im Juni wieder auf, als sich herausstellte, daß Rüegg Ambitionen für ein weiteres Jahr hatte. In der gleichen Konzilssitzung, in der dieser Paragraph sanktioniert wurde, ließ sich Rüegg wiederwählen. – Die Juristen legten juristischen Widerspruch ein: eine Satzungsänderung bedarf, so der offizielle Jargon, der Genehmigung des Kultusministers. Schütte beugte sich dem Juristen-Diktum. Er ließ verlauten, die Wahl müsse wiederholt werden. Den Juraprofessoren schien das nicht genug: ihre Brückierung artikulierten sie öffentlich auf einer Pressekonferenz. War bis dato der Juristen-Protest in den üblichen Formen inneruniversitärer Machtkämpfe steckengeblieben, so bekam deren personalistische Politik durch die Pressekonferenz einen politischen Akzent. Freilich blieb demokratische Opposition dennoch im Sud akademischer Personalpolitik stecken. Die Vermutung liegt nahe, daß die Juristen nur deshalb aufmuckten, weil ihr eigener Kandidat „hintenuntergefallen“ war. Das für Rüegg und die ihm ergebenen Ordinarien Unglaubliche an dieser Aktion lag darin, daß „seine“ Pressereferentin sich vorbehaltlos hinter die Juristen stellte und deren Pressekonferenz arrangierte. Sie fragte nicht nur den Rektor nicht um Erlaubnis, sondern negierte auch das Verbot, das ihr rektorale Vasallen auferlegten. Sie erschien auf der Pressekonferenz und erklärte sich mit der Opposition der Juristen solidarisch. Die Strafe folgte auf dem Fuße. Exemplarisch wurde die Pressereferentin bestraft für die Palastrevolte der Juristen. Der Bescheid, daß das Arbeitsverhältnis mit der Universität am 30. September 1967 beendet sei (kurz: Kündigung), kam am 17. August. Dieser Tag war der Beginn eines teils offen, teils verdeckt geführten Kampfes, in dem auf Universitätsseite kein Repressionsmittel gescheut wurde, um den „Feind“ im eigenen Hause mundtot zu machen. Aus dem Briefwechsel zwischen dem Kurator der Universität, der inzwischen zum front-leader in der Selbstverteidigungskampagne der Universität geworden war und der Pressereferentin, erhellt, daß beide Seiten sich eingeklagt hatten.

## Undurchführbare Senatsbeschlüsse

In der Zwischenzeit war die Diskussion über Rektorwahl und Pressereferentin in den akademischen Gremien zur Tagesfrage geworden. Die Professorenfronte zerfiel darüber in zwei Lager. Des Rektors Vasallen auf der einen Seite, die empörten Juristen und deren Anhänger auf der anderen Seite. Am 2. Juli hielt ein Vertreter der Juristen eine Anklagerede gegen „Seine Udemokratische Magnifizenz“ (natürlich kein Zitat!) und die Manipulationstechniken in den Repräsentativgremien der Universität. Der Rektor bedauerte lapidar, daß „interne Angelegenheiten der Universität ungeklärt an die Öffentlichkeit gelangt“ seien. Wenig später, am 15. Juli, wurden die Streitigkeiten um Aufgabe und Amt der Pressereferentin im Senat erörtert. Ein Professor der Medizin sprach von mangelnder Qualifikation (sprich: mangelndem Gehorsam), bestand allerdings später ohne Begründung darauf, diesen Satz aus dem Protokoll zu streichen. In derselben Sitzung wurde ein Senatsausschuß gegründet, der Struktur und Aufgaben der Pressestelle für künftige Zeiten festlegen sollte. Die heikle Mission des Ausschusses bestand darin, anhand der „Vorfälle“ über die Qualifikation von Pressereferentin und Senatsbeauftragtem (Rektor) in punkto Öffentlich-

keitsarbeit zu entscheiden. Dieser Ausschuß, so Rüegg damals, „müßte sich allerdings bis Ende August zu der vorgenannten Frage äußern“, „da dann über die Verlängerung des Arbeitsvertrages (der Pressereferentin) über den 30. 9. 1967 hinaus entschieden werden müßte.“ – Der Ausschuß trat zum ersten Mal zusammen am 17. Oktober 1967. In der Folgezeit fand ein minutiöser Papierkrieg zwischen der Pressestelle und dem Kuratorium statt. Von seiten der Pressereferentin wurde geltend gemacht, daß zwar der Arbeitsvertrag auslaufe, nicht aber das Arbeitsver-

hältnis mit der Universität. Der Kurator postwendend: „Ich vermag Ihre Auffassungen nicht zu teilen.“ Streitigkeiten entspannen sich über Art und Umfang der Überbrückungsbeschäftigung bis zum 31. Dezember, dem Tag, an dem der Ausschuß ein „Ergebnis“ in punkto Qualifikation erzielt haben wollte. Im Senatsbeschuß war ausdrücklich festgelegt worden, daß die Pressereferentin bis zu diesem Tag weiter in der „Akademischen Presse- und Informationsstelle“ arbeiten solle. Der Kurator modifizierte diesen Beschluß freihändig in: „wäre es denkbar, daß Sie im Bereich der Universität bis Ende des Jahres 1967 eine Beschäftigung fänden.“ Am 8. September 1967 brachte der AstA-Vorsitzende im Senat eine Anfrage ein und monierte, daß der Ausschuß bis zu diesem Zeitpunkt nicht getagt hatte. Außerdem: daß die Beschäftigung der Pressereferentin nicht, wie vom Senat beschlossen, bis Ende Dezember weiterlaufe. Kurator und Rektor zogen sich geschickt aus der Affäre; der Rektor mit Terminschwierigkeiten – der Kurator mit der Bekanntgabe eines formal bestimmten Arbeitsangebots. Ein Professor bemerkte, es „entspreche nicht dem guten Stil“, solche Anfragen zu stellen. Ein anderer sprach von Erpressung.

Die „Bombe“ platzte am 14. September. Die Pressereferentin gab bekannt, daß sie sich aufgrund unlösbarer Differenzen mit der Universität und aufgrund der Unmöglichkeit, einen Senatsbeschluß zur Geltung zu bringen, gezwungen sehe, gegen die Universität zu klagen. Sofort lief die Verteidigungsmaschinerie auf vollen Touren. Vergleichsangebote jagten einander. Alle mit dem mehr oder weniger deutlich ausgesprochenen Tenor: wer gegen die Interessen der Universität (oder nur des Rektors) handelt und dann noch eine Klage anstrengt, ist erledigt. Von der Spitze der Administration ertönten Sprüche, deren Realitätsgehalt nicht zu leugnen war: „Ein Pressereferent ist dazu da, daß er spurt – und wenn ich einen habe, der nicht spurt, dann schmeiße ich ihn nach einem halben Jahr raus.“ Offene Repressionen und dunkle Drohungen wechselten einander ab. Ein Brief der Pressereferentin war plötzlich beim Abschreiben inhaltlich verändert worden. Jemand telefonierte den Inhalt des Briefes an einen Dritten. Die erste Verhandlung fand statt. Der Vertreter der Universität war ein Vertreter des Kurators. Er brachte globale Beschuldigungen gegen die Klägerin vor und sprach von mangelnder Qualifikation. – Dies durfte laut Senatsbeschluß nicht geäußert werden, da der Senatsausschuß erst festzustellen hatte, was es mit der mangelnden Qualifikation auf sich habe. Aber mittlerweile scherte sich sowieso keiner mehr um diesen Senatsbeschluß. – Der erste Verhandlungstag verlief ergebnislos. Beide „Parteien“ wurden aufgefordert, ausführlich schriftlich Stellung zu nehmen. War die Affäre an der Universität ein Politikum gewesen, dem man mit bürokratischen Schachzügen beizukommen versuchte, so wurde die Angelegenheit vor Gericht auf ihre rechtlichen Implikate reduziert. Die Universität redete sich denn auch in der Klageabweisung mit sogenannten „haushaltsrechtlichen Schwierigkeiten“ als Begründung für den Rausschmiß der Pressereferentin heraus. Von fehlender Vertrauensbasis und Untergrabung der akademischen Würde war nicht mehr die Rede. Mittlerweile gingen die internen Verhandlungen über Vergleichsangebote weiter. Der Rektor zeigte sich willig, sich die ganze Affäre dadurch vom Leibe zu schaffen, daß er der Pressereferentin eine wissenschaftliche Arbeit in Auftrag gab. Der Kurator bot eine Stelle im statistischen Bauamt an: „Wir werden so unedel nicht sein.“ Gleichzeitig wurden die Versuche nicht aufgegeben, die Kapitulation zu erzwingen.

Am 8. 10. 1967 schrieben AstA und studentische Vertreter im Senat einen Offenen Brief an alle Senatsmitglieder, in dem u. a. die augenscheinliche Undurchführbarkeit des Senatsbeschlusses aufgegriffen wurde. Der Brief endete: „Wir bitten Sie dringend, diese Angelegenheit, zusammen mit den an Sie gestellten Fragen zu überprüfen und uns bei unserer Aufklärungsarbeit zu helfen.“ – schon damals eine contradictio in se. Die Angesprochenen reagierten prompt: als der Offene Brief der Presse weitergegeben wurde, traf gleichzeitig die Einladung zur

ersten Ausschußsitzung ein. Der Rektor fürchtete augenscheinlich, vor dem neuerlichen Wahltermin Objekt von Presseberichten zu sein. – Und so kam es denn zu der aufschlußreichen Terminhäufung: am 17. Oktober fand die erste Ausschußsitzung statt. Der Rektor legte sein demokratisches Ornat für die Wahl an. Als Beweis für seinen goodwill wollte er sich persönlich für das wissenschaftliche Fortkommen seiner ehemaligen Pressereferentin verwenden. Am 18. Oktober wählten ihn demokratische Professoren mit einer knappen Mehrheit wieder. Am 19. Oktober fand öffentlich, doch niemand wußte davon, die erste Verhandlung Pressereferentin gegen Universität statt.

Die Arbeit des „Senatsausschusses für Pressewesen“ ist symptomatisch dafür, wie Manipulation sich mit demokratischen Federn schmücken läßt. Es geht dort nicht darum, objektive Kriterien für die Beurteilung dessen, was geschehen ist zu erarbeiten (ein „objektives Urteil“ haben sich die Professoren im Senat längst gebildet), sondern darum, die Sache und die Person der Pressereferentin „aus der Welt“ (bzw. aus der Universität) zu schaffen. Die demokratischen Schnörkel fügt Rüegg eigenhändig hinzu, indem er vorbehaltlos diskutiert, was gewesen ist – zu seiner Rechtfertigung. Dem, der den Fakten unkundig ist, muß es scheinen, als ob der Rektor sein Letztes gibt, um aufzuklären, wie die Sache wirklich gewesen ist. Die unausgesprochene Intention einiger Ausschußmitglieder aber läßt sich besser ablesen aus der Bemerkung: „Alles, was an Vergleichen stattfindet, ist besser, als jeder Prozeß.“ Bei fast allen Vergleichsangeboten aber, die bisher gemacht wurden, schnitt die Klägerin schlechter ab als ihr Arbeitgeber. Wer nicht hören will, muß fühlen. Direkte Repression, verschnörkelt mit Begriffen wie „Würde und Ehre“ wird gegen den angewendet, der gegen ungeschriebene Verhaltensregeln verstößt. Diese Verhaltensregeln sind sakrosankt. Sie bilden den bürokratischen Rahmen für die Ordinarienprivilegien. Für sie kämpfen Administration und Professoren in geschlossener Front.

Gäbe es eine Quintessenz aus dieser Affäre, sie müßte lauten: die Universität ist Lehenburg einer ständestaatlichen Interessengruppe, die nach außen hin einen demokratischen Anspruch verfißt, innerhalb ihrer selbst jedoch quasi-natursgesetzlichen Selektionsmechanismen freien Lauf läßt. Rüegg, der den demokratischen Anspruch der Universität nach außen vertritt, ist zugleich Vorsteher jener feudalen Professorenfronte, die Studenten, Assistenten und Angestellte als Objekte von Strafsanktionen behandelt, sobald sie das demokratische Grundprinzip der Kritik in Anspruch nehmen.

Eine Pressereferentin wird der akademischen Justiz unterworfen, weil sie dem Rektor unbequem geworden ist.

Bei Studenten verfährt man rigoroser. Der Rektor plant, Studenten, die in der Vorlesung des Ministers und Professors Carlo Schmid eine öffentliche Diskussion über die Notstands-vorbereitungen der Bundesregierung forderten, vor ein ordentliches Gericht zu bringen. Mehrere Studenten sollen dabei exemplarisch bestraft werden, um die Studentenschaft von politischer Opposition abzuschrecken. Ihre Namen suchte der Justitiar der Universität ausfindig zu machen, indem er Kommilitonen zur Denunziation aufforderte.

Liberalität zu praktizieren (Rüegg nennt es autoritär: „an der langen Leine halten“) ist für Rektor wie für Professoren solange ungefährlich, wie es sich ums bloße Andersdenken handelt. Sobald aber dieses Andersdenken sich politisch artikuliert, schlägt die Liberalität um in Repression. Es zeigt sich dann, daß die Universität in gleicher Weise mit Zwangsge-walt regiert, wie die politischen Institutionen.

f. l.

**Frankfurt a. M., Goethestraße 1 (am Goetheplatz), Telefon: 23633 und 25246**

**Fachbücher aus allen Gebieten: Jura, Wirtschaftswissenschaft, Technik,**

**Medizin, Naturwissenschaften**

**Universitätsbuchhandlung**

**Blazek & Bergmann**



# Diskus versus FAZ

## Völlig uninteressante Begebenheit

FAZ, 17. Oktober 1967, Stadt-Ausgabe Seite 15:

### Reminiszenz

Einem freien Mitarbeiter der Frankfurter Studentenzeitung „Diskus“ ist gestern Abend erklärt worden, man lege auf seine weitere Mitarbeit keinen Wert mehr. Begründung: Er habe während der studentischen Demonstrationen auf der Buchmesse unbeteiligt dagestanden. Er scheint in derselben Lage, wie ein SA-Mann, der sich seinerzeit weigerte die Schaufenster von jüdischen Geschäften einzuschmeißen. tt

FAZ, 19. Oktober 1967, Stadt-Ausgabe, Seite 17:

### Gegendarstellung

f. Die Darstellung der F.A.Z. vom 17. Oktober 1967 („Reminiszenz“) veranlaßt die Frankfurter Studentenzeitung DISKUS zu folgender Feststellung: Weder ein Herausgeber noch ein Mitglied von Verlag und Redaktion erklärten gegenüber einem freien Mitarbeiter des DISKUS, „man lege auf seine weitere Mitarbeit keinen Wert mehr“, weil er „während der studentischen Demonstrationen auf der Buchmesse unbeteiligt dagestanden“ habe. Verlag, Herausgeber und Redaktion des DISKUS.

FAZ, 31. Oktober 1967, Stadt-Ausgabe, Seite 26:

### Warnung

tt. In einer Glosse dieser Zeitung (17. Oktober) hieß es, einem freien Mitarbeiter der Studentenzeitung „Diskus“ sei von dieser nahegelegt worden, die Mitarbeit einzustellen, weil er sich

nicht an den studentischen Demonstrationen während der Buchmesse beteiligt habe. Der Diskus antwortete mit einer Gegendarstellung, die gemäß dem hessischen Pressegesetz ebenfalls in dieser Zeitung am 19. Oktober abgedruckt wurde. Der Sachverhalt konnte nunmehr dahingehend aufgeklärt werden, daß während eines Rundgangs über die Buchmesse der amtierende Redakteur des „Diskus“, Riese, einem Mitarbeiter des „Diskus“, der noch in der letzten Ausgabe der Studentenzeitung mit einem Beitrag über Marie-Luise Kaschnitz vertreten ist, erklärt hat, es gehöre sich, seiner Ansicht nach nicht, daß ein Mitarbeiter des „Diskus“ mit Angestellten des Springer-Verlages spreche; er solle es sich überlegen, ob er die Arbeit für den „Diskus“ mit Gesprächen mit „Springer-Leuten“ vereinbaren könne.

FAZ, 1. November 1967, Stadt-Ausgabe, S. 26:

### Gegendarstellung

Die Darstellung der F.A.Z. vom 30. Oktober unter der Überschrift „Warnung“ veranlaßt mich zu folgender Feststellung: Es ist falsch, daß ich einem freien Mitarbeiter des Diskus auf einem Rundgang über die Buchmesse erklärt haben soll, es gehöre sich nicht, daß ein freier Mitarbeiter unserer Zeitschrift mit Angestellten des Springer-Verlages spreche. Weiter ist es falsch, daß ich angedeutet hätte, Gespräche mit „Springer-Leuten“ seien unvereinbar mit seiner Arbeit beim Diskus. Hans-Peter Riese, Redakteur der Frankfurter Studentenzeitung Diskus

stellte Behauptung nicht mehr wiederholen werden.

- Die Abgabe der Exemplare der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 31. Oktober 1967 stellt keinen Verstoß gegen diese Vereinbarung dar.
- Die Antragsteller verzichten auf weitergehende Ansprüche aufgrund der Veröffentlichung vom 31. Oktober 1967.
- Die Kosten des Verfahrens übernimmt die Antragsgegnerin zu 1) ohne Anerkennung einer Rechtspflicht.

v. u. g.  
b. u. v.

Der Streitwert des Verfahrens wird auf 3 000,— DM, der des Vergleichs auf 6 000,— DM festgesetzt.

Nach dem ersten Schriftsatz der FAZ-Rechtsvertretung wird die „Warnung“ — aus der der SA-Vergleich verschwunden ist — schließlich für demokratisch ausgegeben: verstehe ein FAZ-Verantwortlicher, warum dann überhaupt die „Meldung“ in die Berichterstattung paßte. Es war die Rede plötzlich von der „völlig uninteressanten Begebenheit“. Eine Panne, ein Irrtum...

Wie wenig ernst, wie hämisch gerade die FAZ seit der Buchmesse immer wieder freigebig mit „Totalitarismus“, „Rollkommandos“, „Gefühlswang“, „Terror“ Mißbrauch treibt, ist nachzulesen. Nicht einem Irrtum, allein einer Panne, saßen die Verantwortlichen auf. Anekdoten als Ersatz für Bericht und Argument entstehen in einer repressiven Öffentlichkeit, deren Wahrnehmungen und Argumentmangel nur nach dem Stand eigener Überzeugung produziert und erwartet werden. Eine im besten Falle anekdotische Berichterstattung, die höchst rudimentäre Argumente, Ziele, Motive erfaßt, erhebt sich über die Dinge und Leute, die sie nicht mehr erkennen kann. Der schlechteste Fall ist dann vor Gericht zu bringen. Sonst können die Studenten sich nicht wehren. Nur solche Pannen lassen einen Journalismus deutlich sich darstellen, Pannen, die wie Eisbergspitzen von der Meinungsproduktion etwas sehen lassen. Stilbildende Ignoranz, die Beweise für ihre Terror-Konstruktionen herbeiseht und Mangel an Wahrnehmung und Interesse konstituieren einen Journalismus des Mausechens. Die FAZ ist über ihre Berichterstattung dieses Mal gestolpert. Die tendenziöse Berichterstattung gegen Studenten konnte in diesem Fall vor Gericht verhandelt werden. Die Hetze gegen die Studenten, ihre politischen Inhalte, konnten nicht behandelt werden. DISKUS

Öffentliche Sitzung  
des 16. Zivilsenats  
des Oberlandesgerichts

Frankfurt (Main), den 1. Dez. 1967

Die Parteien schlossen unter Aufrechterhaltung ihres Rechtsstandpunktes auf Vorschlag des Senats folgenden, in das Stenogramm aufgenommenen Vergleich, der den Parteien vorgelesen und von ihnen genehmigt wurde und der in der Übertragung aus dem Stenogramm nachstehenden Wortlaut hat.

Das Stenogramm ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Vergleich:

- Die Antragsgegner erklären, daß sie die in der Meldung vom 31. Oktober 1967 aufge-

„Der Prozeß ist für meine Mandantin von einiger Bedeutung, weil sie sich nicht gern nachsagen läßt, sie habe unrichtige Tatsachenbehauptungen aufgestellt. Der Ausgang des Prozesses kann nicht zweifelhaft sein, weil Sie als ein absolut glaubwürdiger Zeuge und Informant zur Verfügung stehen“, schrieb der Rechtsvertreter der FAZ an Herrn Brunner. „Inzwischen ist mir von Herrn RA Hans Wolfgang Pfeifer eine vorformulierte Eidesstattliche Erklärung zugegangen, in der ich Herrn Bittners Geschriebens bestätigen soll. Dies kann ich aber nicht.“ (Brunner)

Ein erster Antrag des Diskus auf einstweilige Verfügung zur Unterlassung des in „Warnung“ Kolportierten war vom Landgericht zurückgewiesen worden; aus der Begründung: „Wenn das Redaktionsmitglied einer Zeitung die dem Antragsteller zu 2) (der Diskus-Feuilletonredakteur) von der FAZ unterstellte Ansicht vertritt und diese Ansicht einem Mitarbeiter der gleichen Zeitung gegenüber äußert, so kann daraus noch nicht der Schluß auf eine unsachliche und undemokratische Einstellung und ein entsprechendes Verhalten des betreffenden Redakteurs gezogen werden. Denn er kann für diese Ansicht durchaus vertretbare Gründe haben. Inwiefern er sich hierdurch der Mißachtung seiner Umwelt aussetzen könnte, ist nicht ersichtlich.“ Das Oberlandesgericht sah klarer in der mündlichen Verhandlung am 1. Dezember, daß wenig korrekt berichtet worden war. Die Kosten des Verfahrens trägt wohlweislich die FAZ jetzt (s. a. Vergleich). Die FAZ-Verantwortlichen mögen sich beunruhigen, daß sie klein beigeben mußten; machtpolitisch gesprochen, denn das ist wohl die Sprache, die sie verstehen — Rechtsanwalt Pfeifer (FAZ): „Glauben Sie doch ja nicht, daß uns eine Vertragsstrafe der Welt daran hindern könnte, diese Meldung weiter zu verbreiten.“

Wegen Finanzschwierigkeiten erscheint der DISKUS später und als Doppelnummer.

„Staatsbürgerliche Erziehung“ soll die Studentenzeitung betreiben. Damit werden die Zuschüsse gerechtfertigt. Denn der DISKUS ist kein Geschäftsunternehmen; die Geschäftsführung muß aber laut Satzung nach kaufmännischen Grundsätzen arbeiten. Wenn wir dem Anspruch dieser „Erziehung“ etwas abgewinnen wollen, stoßen wir auf das Hindernis des miserablen Zustandes der deutschen Universität, auch der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität, und gerade auf die Misere einer unerschütterten autoritär verfaßten, apolitischen Hochschule. Die Studentenzeitung kann sich nicht verstehen als elitärer, irgendwie staatsbürgerlicher Erziehungstrupp, sondern höchstens versuchen, publizistisch mitzuarbeiten für bessere Bedingungen „Staatsbürgerlicher Erziehung“. Politisch nach dem Entwurf des VDS, speziell für eine Demokratisierung der Hochschule, für eine Demokratisierung der Gesellschaft.

Angesichts der schwächlichen Möglichkeiten freier Meinungsäußerung, angesichts der Pressekonzentration, der Strategien der Meinungsproduzenten gewinnt auch die studentische Presse an Bedeutung. Sie müßte zur Selbstverständigung einer kritischen demokratischen Öffentlichkeit beitragen.

Zur Unabhängigkeit gehört, nicht abhängig zu sein von materiellen Schwierigkeiten, von Geldknappheit. Sonst nützt die schönste „staatsbürgerliche Erziehung“ nichts.

| Einnahmen | Land Hessen       | Studentenschaft | Anzeigen (n)                 | Vertrieb (b) | sonst. Erträge |
|-----------|-------------------|-----------------|------------------------------|--------------|----------------|
| 1964      | 26 015,—          | 26 015,—        | 8 597,02                     | 4 014,28     | 820,79         |
|           | zusammen 52 030,— |                 | (davon 4 467,64 Festschrift) |              |                |
| 1965      | 27 846,—          | 27 844,—        | 5 549,71                     | 7 282,34     | 830,75         |
|           | zusammen 55 690,— |                 |                              |              |                |
| 1966      | 23 750,—          | 27 573,—        | 5 915,84                     | 3 351,20     | 1 181,66       |
|           | zusammen 51 323,— |                 |                              |              |                |
| 1967      | 18 750,—          | 19 696,—        |                              |              |                |
|           | zusammen 38 446,— |                 |                              |              |                |

Grundlage der Zuschüsse für die Herausgabe des DISKUS sind:

- Land Hessen: Schreiben des Kurators vom 8. 1. 1962, daß lt. Erlaß vom 8. 8. 1961 — IV/2-438/2-314- ab 1963 die Zuwendung in der gleichen Höhe veranschlagt werden soll, wie sich die Studentenschaft an der Deckung des Finanzbedarfs beteiligt. (Schreiben nicht vorhanden). (s. auch Beantwortung einer Kleinen Anfrage des MdL Schauß (FDP) durch KM Prof. Schütte lt. „Informationen und Mitteilungen des KM Nr. 20/65 vom 4. 3. 1965: Die „Darmstädter Studentenzeitung“, „DISKUS“ und die „Marburger Blätter“ erhalten Zuschüsse in gleicher Höhe wie die Zuschüsse, die die Studentenschaft der jeweiligen Hochschule leistet.)

## Liebe Staatsbürger!

### 2. Studentenschaft:

Beschluß des Studentenparlaments, ab WS 62/63 einen Beitrag von DM 1,— pro Semester innerhalb der Sozialgebühren zu erheben.

Mehrfach ist von Seiten des Senats versucht worden, diese Grundlage des DISKUS anzugreifen.

Lt. Brief des Kurators vom 11. 10. 1967 bedeuten die DM 18 750,— endgültige Zahlung.

Nach langdauernden Anstrengungen sind nun die Studentenzahlen vom WS 66/67 informell bekannt geworden. Die demnach zu erwartenden Zahlungen erhielten wir trotz intensiver Bemühungen bisher nicht. Daraus folgt eine schwere Gefährdung der Zeitungsarbeit.

Der Preis der Zeitung von 0,20 DM (für Studenten) ist eine Art Schutzgebühr. Die überregionale Verbreitung kann nur im Sinne der studentischen Interessen und der Aufgaben der Zeitung sein. Aber ein guter, rationaler Vertrieb stellt fast unlösliche Probleme. Die nötigen, willkommenen Anzeigen sind nicht ideal. Die Aufwandsentschädigungen für Mitarbeiter und Redakteure, die Honorare sind

gemessen am Arbeitsaufwand fast ein Hohn. Die Arbeit für den Diskus ist in letzter Zeit unter Umständen geleistet worden, die nicht nur journalistisch kaum zumutbar wären. Von „Schonzeit“ und Zensurkommission (1962/63) bis zu den letzten zwei Kürzungen (ohne Ankündigung, ohne Begründung!) reichten die Bedrohungen einer kritischen Zeitschrift. Die Studentenvertreter und der DISKUS haben mehr oder weniger erfolgreich die Attacken abwehren können. Bevor der DISKUS vor lauter Einsparungen und Mehrarbeit sich selbst einspart, gibt es sicher noch andere Mittel. Im Ernstfall fordern wir Unterstützung vom Verfassungsschutz; an unserer Kritik würde sich nichts ändern, aber vielleicht wären dessen große Schätze besser verwendet. DISKUS

## Ambitionen und Politik

Der kurze Film über die Ereignisse am 2. Juni in Berlin illustriert die allgemeine Einebnung der Proteste zum Ereignis. Der AstA der Universität Frankfurt konnte einen Film aus Berlin zeigen, der es noch mit jeder Vorlesung aufnehmen könnte: vorbildern lassen konnte sich in einer Extraveranstaltung studentisches Konsumpublikum, daß da mal protestiert worden war. Aufregend. Sogar die Polizisten, die gefilmt und gefragt worden waren, wollten nicht reden, „keine Stellung nehmen“. Ein Herr Chauffeur, der die Pogromstimmung prägeln genutzt hatte, antwortete mit Motoren-geräusch. Ein erkannter und wiedergefundener Zivilisler der Polizei lächelte. Trostlos, verstummten, verleugnen, vergessen. Das gezeigt zu haben, ist die Leistung von Giefer und Minow, die mit AstA-Hilfe (Berlin) die früher schon vorgeführten Dokumentaraufnahmen in einem ambitionierten Film zur außerparlamentarischen Opposition verarbeitet. Ambition beweist das Schnittverfahren, die Interviews mit Prüglern, Zeugnisse der Opfer, Einblendung politischer Interpretationen, Kamerafahrten über leere Straßen und Häuserwände. Warum auch keine Ambitionen für die außerparlamentarische Opposition? Gegen den Film wären viele Einwände zu machen. Hier nur eine Ungeschicklichkeit: was soll die weder durch Bild noch Wort kom-

mentierte, belegte Parallele persischer Studentendemonstrationen in Teheran (von Nirmund gesprochen) zu den Schahdemonstrationen? Natürlich, solidarisieren mit Protesten, Argumenten, Zielen der persischen Opposition, die ein begriffsloser, konkretistischer Persien-Konglomerat des „Spiegel“ kräftig deutsch entpolitisieren will — es fehlt immerhin eine Bestimmung, am wichtigen Detail, der Opposition hier; die Gemeinsamkeit gemeinschaftlicher Unterdrückung ist nicht direkt einsichtig. Im Film kommt nur eine fatale Gleichsetzung heraus. Auch Dutschkes Kommentar, den meisten ohnehin kaum verständlich, hilft nicht aus der Bilderbuch-Misere.

Im Publikum: emotionales Lachen, Unverständnis für das grauenvolle Prügeln, Freuen über action. Liebe, Haß, Verzweiflung... das Geschehen bleibt ein Geschehen. Das Bilderbuch bleibt vopolitisch. Der AstA in Frankfurt tat ein übriges. Die Ankündigung eines persischen Kommilitonen verhalte ungehört. Zum Film kein Wort. Man war im Wahlkampf. Das ist verständlich. Ein Kommentar, eine Diskussion zu diesem Film „außer der Reihe“ wäre aber auch ein Beitrag zum Wahlkampf gewesen. Wir müssen weiter Widerstand leisten — schöne Worte am Schluß des Films. Die politische Artikulation der studentischen Opposition in Frankfurt fällt zur Zeit noch hinter die Probleme eines ambitionierten Films zurück. Eine einzige Konsumvorstellung zu aufregenden Protesten läßt eine Diskussion über Vergessen und politischen Erfolg, gerade angesichts des Kurras-Urteils, mehr als fällig erscheinen. w.

H

## Fahrschule E + E Hanslik

Civil-Ing.

Grundgebühr 50.—
Fahrstunde 12.—

6 Frankfurt/Main

Reuterweg 66

Telefon 725983

6451 Dörnigheim a. M.

Hermann-Löns-Straße 7

Telefon Hanau 9843095

## Ausgleichssport?

## Warum nicht!

Gelegenheit bietet sich jeden

Dienstag 20-22 Uhr in der

Heinrich-Hoffmann-Schule

Hölderlinstraße 6

**Akademische Turnverbindung**

**Frankfurt a. M., Voelckerstr. 32**

**Gothania Jenensis**

**Telefon 55 17 30**



# Podiumsdiskussion zur Hochschulreform

## oder: Von der Schwierigkeit mit Professoren zu diskutieren

Vor einigen Wochen schon hatte das Studentenparlament den AStA beauftragt eine Podiumsdiskussion über Hochschulreform zu arrangieren, ließ ihm aber wenig eigenen Spielraum: Es stellte die Teilnehmer selbst zusammen und vergaß auch nicht, den Diskussionsleiter zu benennen. So fanden sich am Freitagabend Rektor Rüegg, Kultusminister Schütte, der Ordinarius für Soziologie von Friedeburg, die beiden AStA-Vorsitzenden Birkholz und Streek und die Vertreterin der Studentenschaft im Senat Grunenberg auf dem Podium ein. An Stelle des vom Parlament bestellten Diskussionsleiters Dipl.-Ing. Wetzel (SDS-Mitglied und Doktorand bei von Friedeburg) jedoch nahm der Präsident des Studentenparlaments Arneß dessen Platz ein. Schon eine Stunde vor Beginn der Veranstaltung im größten Hörsaal der Universität war kein Sitzplatz mehr zu bekommen und von den mehr als 1000 Studenten glaubte nach den Ereignissen der Woche (siehe S. 5 u. 10) wohl keiner, eine mehr oder weniger abstrakte Diskussion über Hochschulreform, insbesondere studentische Mitbestimmung erwarten zu dürfen. Der Wechsel in der Diskussionsleitung allein machte dies unmöglich. Er kam wie folgt zustande: Der Rektor in seiner feinen, liberalen Art hatte den AStA vor die Alternative gestellt, entweder auf ihn oder auf den Diskussionsleiter zu verzichten, den AStA, der selbstverständlich und mit Recht nicht auf den Rektor verzichten wollte, also schlicht erpreßt. Dies der Versammlung mitzuteilen hielten sich AStA und ein Parlamentarier verpflichtet. Der AStA seinerseits war großzügig und hatte dem Rektor schon vorher gestattet weitere Professoren mitzubringen und an der Podiumsdiskussion teilnehmen zu lassen. Die vom Rektor rekrutierten Dekane der Naturwissenschaftlichen (Martenssen) und der Juristischen Fakultät (Bernhard) leisteten diesem denn auch unverzüglich treue Gefolgschaft: Sie erklärten, nur an der Diskussion teilzunehmen, wenn ausschließlich das angekündigte Thema diskutiert werde und bestritten jeden Zusammenhang der Ereignisse der Woche mit dem Thema. Solche Tricks, den Rektor rauszupacken, ließen sich die studentischen Vertreter auf dem Podium und das Publikum nicht gefallen. Die beiden Dekane wurden aufgefordert teilzunehmen und als Gegengewicht von Seiten der Studenten Wetzel und Frank Wolff (2. Bundesvorsitzender des SDS). Dekan Martenssen setzte sich denn auch nach einigem Zögern an den Tisch, während es Dekan Bernhard für angebracht hielt einige Meter hinter den Diskutanten am Geländer des Podiums sich zu postieren. Diese Position, das demonstrierte er allen Anwesenden im Verlauf des Abends überdeutlich, entsprach seiner Auffassung von Diskussion: wenn ihm eine vorgetragene Meinung gar nicht paßte, verließ er gestikulierend und lachend das Podium, um es wieder zu betreten, wenn er es für richtig hielt und sich — ohne sich zu Wort gemeldet zu haben — eines der beweglichen Mikrophone vom Tisch zu greifen. Solcher Unverfrorenheit war der AStA-Vorsitzende nicht gewachsen: er räumte mehrfach seinen Stuhl und bot ihm dem Dekan. Auch Dekan Martenssen, der wenigstens die primitivsten Gebote der Höflichkeit einhielt, ließ keinen Zweifel aufkommen: als er sich endlich zu den Diskutanten setzte wurde ihm zugerufen, „Sie bestimmen was hier die Diskussion ist“ und er antwortete: „Das bestimme ich in der Tat, ja!“ Eine eindringlichere Demonstration autoritären Verhaltens, wie sie die beiden Dekane den Studenten boten, läßt sich kaum denken; die Olympier des Geistes benahmen sich wie feudale Potentaten.

Ihrem Verhalten entsprachen ihre inhaltlichen Vorstellungen zur Hochschulreform. Martenssen leugnete schlichtweg, daß dem zahlenmä-

ßigen Anteil der Studenten in den Gremien der Universität irgend eine Bedeutung zukäme: „Entscheidend wird sein, ob sie eine Meinung äußern können“. Das ist zwar wichtig, aber keineswegs entscheidend, weil es grundlegendes Interessensunterschiede zwischen Studenten und Professoren gibt. Wenn sich in herrschaftsfreier Diskussion ein Konsens aller erreichen ließe, wären institutionelle Regelungen wie eine Universitätssatzung überflüssig. Da dem nicht so ist, entscheidet letztlich auch in Universitätsgremien der Stimmzettel. Die Professoren selbst wissen das sehr genau. Die letzte Rektorwahl bietet das allerschönste Beispiel (turnusmäßig wäre es an der Juristischen Fakultät gewesen, den Rektor zu stellen; Rüegg ließ jedoch nicht unversucht, eine dritte Amtsperiode zu erreichen, was ihm schließlich und endlich mit recht fragwürdigen Mitteln auch gelang). Weiter meinte Dekan Martenssen, in seinem Institut seien Studenten, die Verbesserungsvorschläge zu machen hätten „herzlich willkommen“. Anders ausgedrückt: Die Studenten dürfen dazu beitragen den Leerlauf an den Instituten zu beseitigen und die efficiency zu erhöhen, an ihrer abhängigen Stellung jedoch will er nichts geändert wissen.

Professor Bernhard, der nur zum Thema des Abends sprechen wollte, sagte dazu — nichts! Stattdessen trug er auf seine Weise eine Kontroverse mit Frank Wolff aus. In einem Notstandshearing in Bonn hatte er in einer entscheidenden Frage, dem Vergleich und der Beurteilung der „Kriegsdelegation“ in Schweden und des „Gemeinsamen Ausschusses“ im Gesetzentwurf der Bundesregierung, geäußert: „Das kann ich nicht rational entscheiden, das ist eine Überzeugungsfrage“. Wolff zitierte die-

SDS, das Go-in habe der „Einübung faschistischer Terrormethoden“ gedient, Diskussion sei also gar nicht intendiert gewesen, und der darauf folgenden Maßnahmen (Suspendierung des SDS und Strafanzeigen gegen Mitglieder). Obwohl Rüegg versichert hatte: „Ich bin von Erlangen hierher gefahren...“ weil ich Wert darauf lege, Ihnen persönlich gegenüberzutreten, Ihnen auch zur Verfügung zu stehen für Ihre Fragen“, zeigte sich umgehend, daß er alles daran setzen würde einer Begründung und Diskussion seiner Vorwürfe und Entscheidungen sich zu entziehen. Er gab eine „persönliche Erklärung“ ab: „Meine Mutter hat die meisten ihrer engsten Angehörigen in nazistischen Konzentrationslagern (verloren). Ich habe meine Tätigkeit in Zürich, wo ich ruhig und gut leben konnte abgebrochen, weil ich den Eindruck gehabt hatte, man könne nicht nur sich beklagen über Zustände in Deutschland, ... sondern man müßte selbst dazu beitragen, daß nicht wieder eine Herrschaft der Lüge und des Terrors hier in diesem Lande um sich greift... Ich selbst habe mich auch trotz meiner Stellung als Rektor bemüht in diesen Jahren all das, was man als autoritär bezeichnen kann, so gut wie möglich in mir selbst zu bekämpfen...“ Sollte der Rektor etwa nicht wissen von der Gepflogenheit, persönliche Erklärungen nicht zu diskutieren? Immer wieder aufgefordert, seine Anschuldigung zu erläutern, verfiel er auf eine wohl einmalig groteske Ausrede. Da der SDS angekündigt habe, er werde des Vorwurfs wegen Strafreize stellen, könne er, Rüegg, seine Argumente erst vor Gericht entwickeln. Der Ordinarius für Soziologie befürchtete also, sein Faschismus-Begriff, rechtzeitig in der Öffentlichkeit vorgetragen, würde ihm vom SDS bis zum Gerichtstermin widerlegt werden. Man kann daraus nur den Schluß ziehen, daß dem Ordinarius an einer wissenschaftlichen Klärung des Begriffes nichts gelegen ist. Eine kleine Kostprobe in Form eines Zitates ließ er sich schließlich doch noch entlocken, „aus einem Buch, das sich mit Faschismus und nicht mit Nationalismus“ beschäftigt. Danach ist Kennzeichen des Faschismus, „daß hier eine „außerparlamentarische Elite sich konstituiert, welche das Parlament — an dieser Stelle folgt eine Bemerkung, die wohl von Rüegg selber stammt, nämlich: und das kann man bestimmt auch übertragen auf andere Formen von Assoziationen — als massenpsychologisches Element gelten und zu Worte kommen lassen will“. Nun hielt Rüegg für das stauende Publikum noch eine besondere Überraschung bereit. Er weigerte sich trotz mehrfacher Aufforderung (auch noch nach der Veranstaltung im Gespräch mit einzelnen Teilnehmern) den Autor und das Werk zu nennen, aus dem er zitierte! Hat er Grund seine Quel-

len zu verbergen, wußte er vielleicht selbst nicht woraus er zitierte oder ist das einfach seine besondere Note? Es war bislang nicht in Erfahrung zu bringen. Zur anschließenden ausführlichen Diskussion nur soviel: Das Zitat sei schon deshalb eine wissenschaftlich unzulässige Bestimmung des Faschismus, weil es im Formalen bleibe und inhaltlich gar nichts aussage; ferner sei es darauf angelegt, tendenziell jede außerparlamentarische Opposition als faschistisch zu denunzieren (Zum Faschismusbegriff s. Assistentenerklärung S. 2). Zu Fragen der Hochschulreform gab sich Rüegg aufgeschlossen. Auch er halte das Disziplinarrecht für überholt. Einige Tage später setzte

### Satzung oder Gewissen, Herr Rüegg?

Auf der Podiumsdiskussion am 24. 11. 1967 erklärte der Rektor, er habe sich gezwungen gesehen, den SDS zu suspendieren. Auf den Zwischenruf „von wem?“, antwortete er „von meinem Gewissen“. Während der Mißfallens-äußerungen, die diese Antwort auslöste flüsterte der neben ihm sitzende Prof. von Friedeburg ihm zu: „von der Satzung“. Daraufhin fuhr Rüegg fort: „von der Satzung und von dem Gesetz, das mir obliegt zu hüten“. So rasch also sind für den schweizerischen Liberalen, der auszog die deutsche Demokratie zu retten, Gewissen und Satzung austauschbar.

er auf Grund und eben dieses Disziplinarrecht-Maßnahmen gegen SDS-Mitglieder in Gang. Kultusminister Schütte und Professor von Friedeburg erklärten sich überwiegend mit den Forderungen der Studenten zur Hochschulreform, die von ihnen ausführlich und sachlich begründet wurden, solidarisch. Der Kultusminister unternahm nicht den geringsten Versuch, reaktionären Professoren Schützenhilfe zu leisten.

Die Studenten selbst machten zweifellos einen Lernprozeß durch. Das Wirken der Mehrzahl der Professoren wirkte. Was autoritäre Ordinarien-Universität heißt wurde in der Öffentlichkeit selten so eindrucksvoll vorgeführt. Eine kurz vor Mitternacht (der Hörsaal war noch immer überfüllt) vom AStA eingebrachte Resolution (siehe Kasten) über die Punkt für Punkt abgestimmt wurde, fand eine überwältigende Mehrheit. Nicht nur die Aufforderung an den Rektor, den Faschismusvorwurf gegen den SDS zurückzunehmen wurde mit großer Mehrheit gebilligt, auch der Forderung sich beim SDS zu entschuldigen stimmten etwa Zweidrittel der Anwesenden zu. Rüegg bekam die Quittung für seinen Versuch, einen unbequemen Studentenverband mit Anschuldigungen, die er in keiner Weise zu begründen imstande war, und administrativen Mitteln abzuwürgen.

B. R.

### RESOLUTION

auf Antrag des ASIA am 24. 11. 1967 von mehr als 1000 Studenten mit großer Mehrheit verabschiedet

1. Die hier versammelten Studenten fordern den anwesenden Kultusminister des Landes Hessen auf, dafür Sorge zu tragen, daß — der Negativkatalog nach Artikel 35,2 Hess. Hochschulgesetz gestrichen wird; — die Drittelparität für alle akademischen Beschlußgremien gegen den Willen der reaktionären Mehrheit der Professoren gesetzlich erzwungen wird; — an den Instituten Assistenten, Studenten und Professoren gemeinsam über die Verwendung und den Einsatz der Mittel in Lehre und Forschung befinden können; — öffentlich über die Entscheidung der akademischen Beschlußgremien diskutiert werden kann.
2. Wir werden ein Satzungsgebendes Konzil, in dem die Studenten nicht mit mindestens einem Fünftel der Teilnehmer vertreten sind, nicht anerkennen. Eine Satzung, die dermaßen ohne unsere Beteiligung zustandekommt, gilt für uns nicht. Der Hessische Kultusminister ist aufgefordert, die Professorensatzung zurückzuweisen.
3. Wie notwendig eine Demokratisierung der inneruniversitären Entscheidungen ist, wird insbesondere deutlich an den Versuchen des Rektors dieser Universität, einen aktiven Studentenverband administrativ abzuwürgen. Damit erfüllt Professor Rüegg den Willen derjenigen, denen nichts an einer demokratischen, alles aber an einer durch Notstandsgesetze faschisierten Gesellschaft liegt.
4. Rektor Rüeggs Androhung, er werde nicht teilnehmen, wenn Herr Dipl.-Ing. Wetzel die Diskussion leite, ist eine Provokation gegenüber dem Studentenparlament, das Herrn Wetzel als Diskussionsleiter eingeladen hat. Der ASIA hat sich dieser Erpressung nur gebeugt, um dem Rektor keinen Vorwand zu geben, an der Diskussion nicht teilzunehmen.
5. Wir fordern die sofortige Aufhebung der Suspendierung des SDS, die volle Wiederherstellung seiner Rechte und den Verzicht auf die Anwendung des feudalistischen Disziplinarrechts. Statt Anrufung der Gerichtsbarkeit verlangen wir endlich vernünftige Diskussionen zwischen Lehrenden und Lernenden über die politischen Dimensionen des vermittelten Lehrstoffs. Gäbe es diese Diskussion schon heute, hätte es zu dem „Go-in“ gar nicht erst zu kommen brauchen.
6. Der Rektor wird aufgefordert, sich bei den Mitgliedern des SDS für den Ausdruck „Einübung faschistischer Terrormethoden“ zu entschuldigen. Dies ist die Voraussetzung für eine Diskussion über die Methoden, die bei dem Go-in verwendet wurden.
7. Wir bekräftigen, daß wir mehr denn je versuchen werden, politische Diskussionen in Vorlesungen und Seminaren der Universität zu beginnen. Daran werden wir uns durch repressive Maßnahmen eines Rektors, den wir nicht wählen dürfen, nicht hindern lassen.

sen Satz und fragte wie der Begriff von Rationalität beschaffen sei, der ihm zugrunde liege. Bernhard ging mit keinem Wort darauf ein, zog sich vielmehr auf Unterstellungen und Demagogie zurück, behauptete, „daß man den anderen entweder die intellektuellen Fähigkeiten oder den guten Willen“ abspreche, und forderte seinerseits von den Studenten: „Diejenigen, die jetzt eine radikale Änderung verlangen, müssen uns auch ihre Ziele mitteilen“. Die Antwort darauf wurde den Studenten von Professor von Friedeburg abgenommen, der seinen Kollegen darauf hinwies, daß es über die studentischen Forderungen und Ziele bereits „dicke Bücher“ gebe; „Wer diese Frage so stellt, wie mein Kollege sie stellt, der hat die einfach nicht gelesen“. Um das wichtigste auch an dieser Stelle noch einmal zu nennen: Nitsch, Gerhardt, Offe, Preuß: Hochschule in der Demokratie, Luchterhand Verlag, Neuwied 1965.) Nach dieser Abfuhr durch einen Kollegen zog Bernhard es vor, für den Rest des Abends zu schweigen.

Von Rektor Rüegg erwarteten die Studenten (vielleicht auch die Professoren im Publikum?) eine Begründung seines Vorwurfs gegen den

### Ein preiswertes Angebot!

|                                   |      |
|-----------------------------------|------|
| Ringbuch DIN A 4 mit Einlage      | 2,95 |
| Ringbuch DIN A 5 mit Einlage      | 1,95 |
| Ringbuch-Einlage DIN A 4          | 1,45 |
| Ringbuch-Einlage DIN A 5          | —,65 |
| Schreibmaschinenpapier, 100 Blatt | 1,25 |
| Kugelschreiber mit Metallkappe    |      |
| Ring und Clip                     | 1,—  |
| Patronenfüllhalter                |      |
| Marke „Pelikano“                  | 7,90 |

**KAUFHAUS**  
**West**

FRANKFURT/M-W  
LEIPZIGER STRASSE 51  
RUF 773057

ZUM HALBEN BEZUGSPREIS

ALSO FÜR  
DM 3,80

erhalten Studierende im Abholabonnement die

**Frankfurter Allgemeine**  
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Entgegennahme der Bestellung und Alleinauslieferung  
für Studenten durch:

**Zeitungswagen der FAZ**

**Mertonstraße/Ecke Jügelstraße vor dem Studentenwerk**



Sie sind Demokrat. Sie wollen, daß demokratisch regiert wird. Sie bejahen das Grundgesetz und sehen voller Sorge, wohin unser Land treibt. Sie möchten die Hintergründe erfahren. Den Dingen auf den Grund gehen. Sich ein eigenes Urteil bilden. Lesen Sie



Die Wochenzeitung der engagierten Demokraten. Unabhängig. Konsequenz. Gegen Neonazismus und Militarismus. Für Freiheit und Grundgesetz.

#### Es schreiben und kommentieren:

Alma Kettig, langjährige Bundestagsabgeordnete

Dr. Arno Klönne, Dozent an der Universität in Münster

Dr. Herbert Mochalski, Mitherausgeber der evangelischen Wochenschrift „Stimme der Gemeinde“

Max Oppenheimer, Mitglied des Präsidiums der Vereinigungen der Verfolgten des Nazi-regimes

Gösta von Uexküll, Publizist

#### In jeder Woche

Die satirische Kolumne von Schmiere-Chef Rudolf Rolfs

Die politische Karikatur von Arno Ploog

#### Verlangen Sie Probeexemplare

#### BESTELLSCHHEIN

Ich/wir bestelle/n hiermit ab die Wochenzeitung „die tat“: Studenten- und Schüler-Abonnement: DM 4,95 (Streifenband 3 Monate, Bezugspreis DM 3,- + Porto DM 1,95)

Name \_\_\_\_\_  
Postleitzahl \_\_\_\_\_ Ort \_\_\_\_\_  
Straße \_\_\_\_\_  
Datum \_\_\_\_\_

Unterschrift

Als Drucksache (20 Pf) an Röderberg-Verlag GmbH., 6 Frankfurt a. M., Schumannstraße 56, senden.

#### NEU

aus dem Röderberg-Verlag GmbH., 6 Frankfurt/Main, Schumannstraße 56

#### Rudolf Rolfs

#### Ich, Buhmann

180 Seiten, kart. **DM 5,40**

Mit Karikaturen von Kurt Halbritter. Eine Sammlung satirischer Kolumnen des Schriftstellers und Chefs des Frankfurter Kabarets „Die Schmiere“.

#### Rudolf Rolfs

#### Schlag nach bei Rolfs

180 Seiten, kart. **DM 5,40**

Ein Nachschlagwerk eigener Art. Rudolf Rolfs über: Atomwaffen, Politik, Moral, Liebe, Sex, Wirtschaft etc. Die prägnantesten Aphorismen, Pointen und Aussagen aus 18 Büchern von Rudolf Rolfs.

#### Beachten Sie bitte!

#### Wir liefern auch Literatur aus der DDR.

#### Fachliteratur über:

Technik — Physik — Kybernetik — Chemie

Mathematik — Kunst — Medizin

Gesellschaftswissenschaft — Philosophie

#### Belletristik Kinder- und Jugendbücher

#### Fordern

#### Sie

#### Prospektmaterial an!

Besuchen Sie unseren „tat“-Buch- und Schallplattenvertrieb in Frankfurt, Schumannstr. 56

## Literatur politisch?

### Eine sanfte Polemik

„Mit poetischer Publizistik bewirkt man heute mehr als mit aktiver Politik.“

H. W. Richter, 1962

Das normale Desinteresse von Literatur und Literaturwissenschaft an Politik bequemt sich harmlos dem offen autoritären Rechtsstaatsfragment an. Stärkere Sprachbarrieren und objektive Informationswiderstände lassen Ästhetisierung und Literarisierung angelegen sein. Merkwürdig genug war die höflich lobende Distanzierung oder einfache Denunziation — im Namen unpolitisch rationaler Kritik — von artikulierten Protesten und neuen Demonstrationen dieses Jahres. Einige Schriftsteller und Wissenschaftler solidarisierten sich aktiv, die meisten schwiegen, andere riefen zu Mäßigung (Grass und W. Jens zum Beispiel). Literatur ist und bleibt für die meisten ein Individuationsmodell, die persönliche Integrität bleibt auf der Strecke gesellschaftlicher Desintegration, im angepaßten Betrieb von Meinung und Meinungsmache. Protest, der praktische Absichten verrät, wird als ästhetisch-vitalistisch denunziert (Jugend, Generation, happening). Vielleicht hat man in der Fülle der Meinungen überlesen, daß eine diskutierende oder lesende Masse von Literaten als Masse laut Polizeipsychologie einen kriminellen Kern enthält? Literaten sind Rädelsführer obendrein: Individuen, deren formvollendeter Artikulation längst der Meinungsprozeß gemacht werden mußte.

Dankbares Aufatmen im Unterhaltungsapparat als der redliche Hochhuth der ästhetischen Linken idealistisch die Schau stahl (in manchen Theatern unter Polizeischutz). Die Romantik vom Sand im Getriebe registriert der Unterhaltungsapparat. Politische Literatur, politisches Theater hat nur Anerkennungserfolg bei einem radikal entpolitisierten Publikum. Ein Hochhuth-Stück wie die meiste politische Literatur müßte von Anfang bis Ende mit Beifall überschüttet werden, ausgeklatscht werden. Von solchen Konjunkturen lebt die Ästhetisierung; die Literatur ist nicht politisch. Sie liefert seit eh und je der Literaturwissenschaft, ihrem Präferenzpublikum, von Cysarz bis Killy, höchstens Weltanschauung in die Stille moderner Glasarchitektur. Es schreibt exemplarisch ein gesellschaftlicher Haus- und Hofhalter der Literatur:

„Die Poesie spricht in Bildern. Sie nennt die Dinge der Welt, welche ein inneres Auge durch die Kraft des Wortes aufs Neue wahrnehmen kann. Die poetischen Bilder sind nicht nur Natur. Die Seele ist in ihnen aufgegangen. Sie sind nicht nur Anschauung, sie vermitteln Erkenntnis. Sie tun das von jeher auf eine Weise, die ebenso verständlich als unergründlich...“

(man beachte die verständige wie unergründliche quantifizierende Gleichsetzung mit „als“)

„Die Sonne kommt; — sie scheucht Den Traum hinweg im Nu...“

Ihr unauffaltsamer Hervorgang stellt die Ordnung der Zeit wieder her.

Die Seele erwacht und fühlt die kühlen Schauer des ungewissen Tages.“

Trotzdem sollen einige Studenten ergründet haben, es gebe alte lesbare Gedichte, die naturhafter Erkenntnisordnung einer unergründlichen Literaturwissenschaft und Meinungspatina entgegen zu verstehen sind. Trotz der „Ordnung der Zeit“. Die Entpolitisierung von Literatur und Literaturwissenschaft (die hier immer optimistisch zusammen genannt werden) — hat einen überlegen sanften Tonfall produziert, eine ausgleichende Verdummung, eine grausame Ignoranz von „Ordnung der Zeit“, eine unerträgliche, täglich ertragene Form von gelehrter Blödsinn an unseren Bildungsanstalten, in Feuilletons.

Wie kann man nur so schimpfen? Eben, wie kann man nur. „Die Seele ist in ihnen aufgegangen.“ Sonst ist nichts aufgegangen. Aus erkennender Verzweiflung darüber könnte sogar die Literatur politisch werden. Immerhin geht sie schon manchmal von den Konjunkturen zu den Invektiven über.

Suggestion, Evokation, Assoziation, absolute Metapher, Kraft des bloßen Namens, Chiffre, Zeichen: so rettet man die literarische Moderne über die Zeilen und Zeiten hinweg, in denen „bürgerliche Sicherheit, Tradition und Friede“ nicht mehr fraglos erscheinen. Gegen die wissenschaftlichen Clichés, in denen nach Bildern gerungen wird oder „fern von aller Sprachnot“ die Poesie „blüht“. (W. Killy, Wandlungen des lyrischen Bildes, Göttingen, 3. A. inzwischen). Bei lächerlichsten Protestsongs wäre mit mehr Recht von Poesie zu reden. Die Hilflosigkeit und „Sprachnot“ geht nicht auf das Konto derer, die nicht mehr poetisch mitblühen wollen, sie geht ein System an, in dem die Sprachlosigkeit politisch sich preiswürdig und wissenschaftlich als Herrschaftselement etablierte. An dieser Reduktion, der öffentlichen und privaten, lenken die höheren „Seelen“ und wissenschaftlichen „Gemüter“ vorbei; sie unterstützen sie mit Klassifikation, mit salbadernden Sprachformeln, Etiketten, mit Vereinfachung auf journalistische Aussagesätze, deren deskriptiven topoi Zusammenhänge, Ursachen-jegliche Komplexität redselig unterschlagen.

Aber die Emanzipation in der Literatur auf dem Hintergrund einer versagten realen Befreiung und Emanzipation förderte gegen den allsei-

tigen Unternehmerschwung das Elend des Engagement und der Politik wieder zutage. Denn nicht der schwächliche Ersatz von Information, politischer Verständigung und Anklage legitimiert noch Muße zu Poesie, sondern radikaler Wunsch nach Befreiung von manipulierten Bedürfnissen, Eingedenken individueller Freiheit, die einen Alltag transzendiert, der Ordnung, Sauberkeit, Vorschrift, Verwaltung, repressive Arbeitsorganisationen feiert; Literatur von Banalitäten und Trivialitäten. Hier und jetzt redet sie Dreck, Unordnung, Pornographie, Phantasie, Spontaneität, Muße, Vergnügung, Unterhaltung das Wort. Verrückte, Kinder und Deformierte werden schon zu Cliché-Figuren. Auch sie nähern sich schon zu sehr gesellschaftlichem Realismus: Verbrecher und Verrückte sind die Helden der bürgerlichen Gesellschaft. Der Literatur gilt das Lob des Schmutzkinns und des bucklichten Männleins, sie stört den Betrieb, da man jeden Morgen auf den Markt geht, Lügen zu verkaufen. Die Hochkonjunktur in „Literatur und Politik“ ist hochverdächtig. Als der bürgerlichen Gesellschaft und ihren Helden der Nachruf zu schreiben gewesen wäre, wurde das in einer Unzahl von Gedichten, Romanen, Theaterstücken als heimlichem Epitaph ihrer Verfasser gesagt. In Deutschland sind sie vergessen. Heute erinnern nur noch Literaten an den Faschismus: großzügig vergaben die Innerlichen von Hausmann bis Jünger denen, die vorm höheren Käferum geflohen waren. Deutschland vergesse — und es vergaß radikal, daß ein politisches Exil und eine Literatur der Formierung von Verordnung, Vernehmung und Ansprache entflohen war. Die Unmenschen gaben nach dem politischen Faschismus viel als Menschen für die Literatur her. Den Figuren einer Menge politischer Literatur, einer politisch stummen, ohnmächtigen, wie nie zuvor folgten Figuren des Alltagsfaschismus. In den zahllosen Monologen der Exilierten herrschte politische Sprachlosigkeit, die Stille wurde thematisch.

„... Es hat wohl keinen unter uns gegeben, der nicht eines Tages an irgendeiner Ecke stehengeblieben wäre, um festzustellen, daß die Rufe und Geräusche der Welt plötzlich so klangen, als wären sie nur für die anderen gemeint — kurz, der nicht die Erfahrung gemacht hätte, daß er nicht mehr da war.“

(G. Anders)

Fortsetzung aus Nr. 6/1967

Ein banales Beispiel, sicher. Unauffälligkeit, dezent, auf daß kein Nazi, kein Schweiger und Käfer, keine Bewußtlosigkeit im guten Geschmack gestört werde, etablierte das Rechtsstaatsfragment das Exil als offiziellen Zustand; im DDR-Fragment wurde progressiv geschwiegen. Beredt trug die Literatur der Lautlosigkeit Rechnung, Seite um Seite notierten Wenige gewandt die Stille, die Lasten und die Verzweiflung, während es dem guten Ton entsprach. In dieser Gesellschaft Grauen anzusetzen wie Hasen Fett. Wir haben gelernt, wie stumm ein Unterdrückungskrieg in Asien geführt werden kann, er wird geführt, wie stumm Despoten gefeiert werden sollen. Wir haben gelernt, daß Politik und Demokratie nur aus schweigender Notstandsplanung bestehen kann. Es wird geführt, geplant, lärmvoll wird über alles wegdiskutiert. Deutsch wurde eine Sprache von Rentnern, Bürokraten, Journalisten. Im Exil hatte man Worte verloren, das Publikum hat sich inzwischen bestätigen können. Wann wagt die Literatur den Hausfriedensbruch? Mit der Ohnmacht der Belletristik ist kein Staat mehr zu machen in einer Gesellschaft von Voyeuren und tauben Zuhörern. Die materielle Kultur widerspricht schon längst der Literatur-Mythologie. Der Verfall von Sprache, die Destruktion von Bildern tendiert radikal zu anderer Kultur hin. Künstler und Kunst emanzipieren sich in der Aufnahme der Reduktion ihrer individuellen Interessen zum Warenwert; nicht der Ausdruck, das Papier ist ein künstlerisches Problem bei einem Gespräch über Bäume. Politische Literatur, Agitation mit dem Sinn für besseres Leben, ist ein Widerspruch in sich selbst, der angesichts gigantischer Manipulation nicht nur radikal neue Techniken erfordert gegen die Reproduktion von Protest, Misere und Kultur.

David H. Wittenberg

#### GEDANKENAUSTAUSCH mit Niveau

für geistig, kulturell, künstlerisch und wissenschaftlich Interessierte jeden Alters. Interessen, Wünsche und einmaligen Unkostenbeitrag (DM 20,— auf Postscheckkonto Karlsruhe 43936) einsenden.

**ETHOS-VERLAG**  
7890 Waldsruh, Postfach 66

## montanus empfiehlt: „Hanser Klassiker Volksausgaben“

Die Hanser Klassiker Volksausgaben gehen in ihrer Textgestalt auf die großen Hanser Klassiker zurück, stellen jedoch selbständig gestaltete Editionen dar. Ausführliche Anmerkungen mit Angaben zu Entstehungsgeschichte und Quellen sowie allen nötigen Wort- und Sacherklärungen, genaue Lebens- und Werkchroniken und

interpretierende Nachworte bieten wertvolle Verständnishilfen. Trotz des auffallend niedrigen Preises heißt Volksausgabe hier nicht: nur das Bekannte, und das vielleicht noch gekürzt, sondern es heißt: eine sorgfältige und im Vergleich mit den Originalen gesicherte Edition in vorzüglicher Buchausstattung.

#### Bis jetzt liegen vor:

##### Heinrich v. Kleist

Werke in einem Band

Herausgegeben von Helmut Semdner.

888 Seiten, Leinen, mit Schutzumschlag, in Schuber 13,80 DM.

„Billiger geht's nicht: 888 Seiten Kleist für 13,80 DM... Hier ist die gültige Volksausgabe im besten Sinn, hier ist der Kleist für alle“

(Frankfurter Allgemeine).

##### Friedrich Schiller

Werke in drei Bänden

Herausgegeben von Herbert G. Göpfert.

2428 Seiten, Leinen, mit Schutzumschlag, in Schuber 30,— DM.

„Nichts fehlt in dieser schönen Ausgabe, um all die Leser, die voreilig Schiller zu kennen glauben, zu neuer Lektüre zu verlocken“ (Wissenschaftlicher Literaturanzeiger).

**Die deutsche und internationale Presse beschaffen Sie sich am besten und universitäts-nah bei montanus in der Leipziger Straße 25. Wir führen über 800 Titel. Jede Zeitung oder Zeitschrift ist sofort greifbar.**

##### Friedrich Nietzsche

Werke in zwei Bänden

Herausgegeben von Ivo Frenzel. 1553 Seiten Leinen, mit Schutzumschlag, in Schuber 30,— DM.

„So geleitet, wird auch der unvorbelastete Leser den richtigen Weg zu Nietzsche finden“ (Frankfurter Allgemeine).

Beim Verlag bereits vergriffen — bei montanus noch zu haben:

Brecht, Werke in 20 Bänden

aus der Erstauflage zum Vorzugspreis von nur DM 96,—. (Späterer Neuaufgabenpreis: DM 120,—)

#### montanus-buchhandlungen in Frankfurt:

montanus im Hauptbahnhof  
montanus in der Leipziger Straße 25  
montanus am Eschenheimer Turm  
auffarth in der Großen Bockenheimer Str. 30  
pflug (modernes antiquariat) Kaiserstraße 81

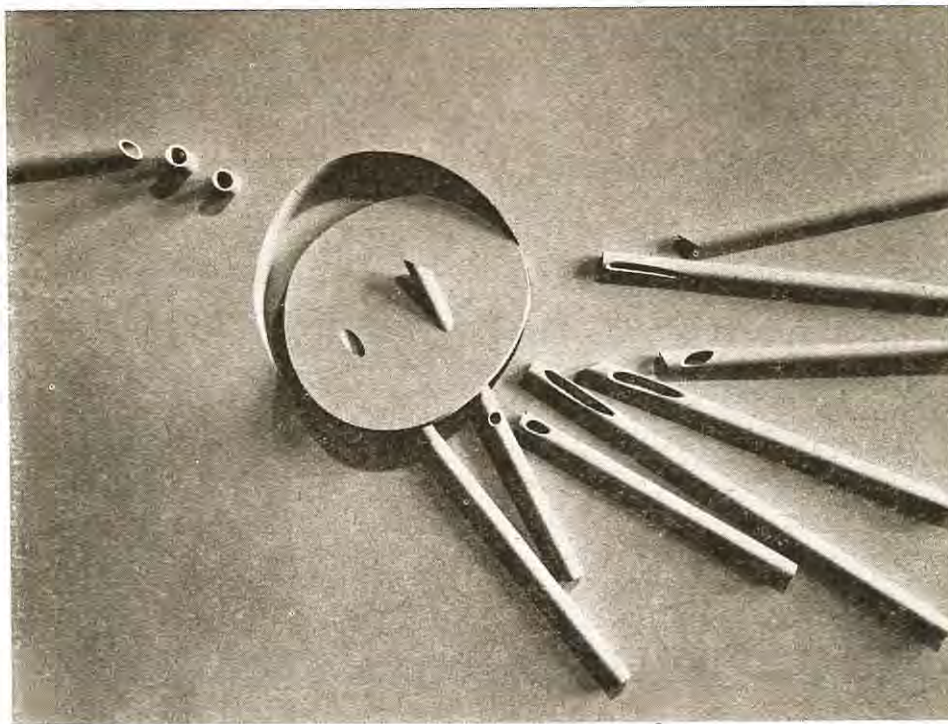


## Formale Operationen mit industriellem Material

Die Idee des Konstruktivismus verlangte in ihrer klassischen Phase der Revolution in Rußland die Wandlung von der individuellen Kultur in eine kollektive, die dem Stand der industrialisierten Gesellschaft entsprach. Die Apologeten wandten sich treu ihren ideologischen Zielen von der reinen Kunst zur Anwendung ihrer Thesen in der revolutionären Praxis. Statt Malerei und Plastik, dem Ausgangspunkt ihrer Konzeption, sahen sie das Ziel in der Gestaltung der Umwelt wie es schon die Generation von Henry van de Velde um die Jahrhundertwende beispielhaft vorexerzierte. Von dem umfassenden Begriff „Konstruktivismus“ blieb bis heute nur das Wort „konstruktiv“ der Kunst der zwanziger Jahre fixiert, die im Schatten der großen Erfinder mit der Philosophie des rechten Winkels nach einer ästhetisch konstruierten Harmonie suchten. Die Ergebnisse dieser kurzen Zeit bilden noch heute die Basis für alle formalen Experimente, die global mit „Neue Tendenzen“ am geeignetsten bezeichnet werden, ohne allzusehr auf die namentlichen Ausstellungen hinzuweisen. Die Sehnsucht der Alten nach einer mechanisierten, reproduzierbaren Bildgestaltung entwickelte neue Formeln, wie Struktur und Raster, zwang zur Verwendung von Werkzeugen wie Zirkel und Lineal, zum Experiment mit neuem Material, führte zur Arbeit mit Licht und Bewegung (heute = Kinetik), zur Analyse der Farbe und zur mathematischen Berechenbarkeit (= Kontrolle) der Komposition.

Für Mondrian war die Harmonie ganz selbstverständlich die erste Forderung seiner künstlerischen Überlegungen und der Weg für ihn war die Vereinfachung der Darstellungsmittel. Aber der Maßstab blieb sein individuelles Empfinden. Erst die Generation der „Konkreten Kunst“, und hier in erster Linie die schweizer Maler wie Bill, Lohse und Graeser gehen in den späten 40er Jahren, den Schritt über diese Erfahrungsstufe der optischen Harmonie hinaus, indem sie die emotionale Ungegenständlichkeit durch eine rationale ersetzen. Karl Gerstner sagt zu diesem Prozeß, daß die Bildelemente das Denken in kontrollierbaren Systemen zu neuen Einheiten integriert werden. „Damit tritt als schöpferischer Faktor nicht etwa die Mathematik selbst, aber die mathematische Denkweise in das Geschehen der Komposition. Jedes Werk ist nicht nur eine stets neu variierte Konstellation der Bildmittel, sondern durch das Gesetz ihrer Beziehungen von Grund auf original“ (Karl Gerstner, in „Kunst und Kunst“ 1957).

Die junge Kunst des Nachkriegseuropas, die auf dem skizzierten Entwicklungsprozeß aufbaut, ist immer in Gefahr durch einen Vergleich mit den Vorläufern, allzu kritisch betrachtet zu werden, wie es auch durch diese Einleitung geschieht. Der Vergleich wird besonders dort



Karel Malich Relief II, 1967

Foto: Jan Šágl, Prag

provoziert, wo die Bezeichnungen und die Erscheinungsbilder ähnlich sind. Von dem Ausgangspunkt „Konstruktivismus“ ist in der Gegenwart nur noch die Bezeichnung des methodischen Verfahrens, nämlich des „Konstruierens“ gültig geblieben. Anstelle der Systematisierung des neuen Formalphabetes ist die Kunst unserer Generation in zwei deutlich unterscheidbare Gruppen geteilt, einmal in die Material-Kunst, die das Medium verselbständigt und in die traditionell zweidimensionale Bildgestaltung, in der die Betonung auf einer ästhetischen Organisation der Fläche liegt.

Diese Spaltung der Interessen ist auch bei den 6 tschechischen Künstlern sichtbar, die hier erstmals als eine geschlossene Gruppe im Ausland ausstellen. Dr. Zdenek Fetiš, Kunsthistoriker aus Prag, sprach in einem interessanten Vortrag in der Galerie Loehr über die Situation der gegenwärtigen Kunst in der Tschechoslowakei und markierte das Jahr 1963 als eine Wende, bei der die „administrativen Eingriffe in die öffentliche Kulturpolitik ausgeschlossen waren“. So muß man den Beitrag der Tschechen zu den neuen Tendenzen unter etwas anderen Gesichtspunkten sehen, als wir es in Europa zu sehen gewohnt sind. Nachdem das Dogma des Sozialistischen Realismus seine Macht ausgespielt hatte, mußte es zu einer Neuorientierung an der Kunst des Westens kommen, eben an der Realität der industriellen Welt, zu der die Revolution den größten Beitrag geliefert hatte. Die Tschechoslowakei

ist zwar hier nur, und das soll nicht einschränkend klingen, mit Kupka beteiligt, denn die andere Entwicklung der Kunst in der ersten Hälfte des Jahrhunderts wurde dort durch Variationen des Kubismus und Surrealismus bestritten, die international wenig Beachtung fand.

Dr. Felix beschreibt die Kunst der Tschechen mit zwei großen Begriffen „Neue Sensitivität und neuer Idealismus“, womit eine starke Orientierung an der Philosophie Pienes und seiner Freunde zu erkennen ist. Aber hierin ist ja kein Nachteil zu sehen, sondern ein Anknüpfen an Ereignisse, die auch an anderen Orten wirksam waren. Nur die Resultate müssen durch die Adaption einfacher sein als die Vorbilder, ohne den zeitlichen Abstand zu berücksichtigen. Die berühmte Forderung von Josef Albers, „das Ziel der Kunst ist die Weckung von Vision“, wird nicht erfüllt. Vielleicht am ehesten bei Jan Kubicek, dessen „Konkrete Kombinationen“ eine formale Kraft haben, die das Bild zu einer Einheit binden und nicht in der Verspieltheit von Material und Methode enden, wie es bei den Material-Fetischisten Hugo Demartini und Milan Dobes zum Ausdruck kommt. Verchromtes Blech, Spiegel, Glas, dazu Beleuchtung und etwas Bewegung produzieren keine Visionen, sondern sind zu stark von der Zufälligkeit der industriellen Halb- und Fertigtelle abhängig, deren gestalterische Möglichkeiten durch sich selbst limitiert sind. Die „Kunst der Assemb-

lage“ wird dadurch um formale Arrangements erweitert, die zu keinen neuen Erkenntnissen führen. Die ästhetische Konzeption ist äußerlich, ihr fehlt das System, die Reinheit, die Sauberkeit und die Ordnung, ihr Prinzip bleibt „Anordnung“. Den Weg einer Mechanisierung des Gestaltungsprozesses geht Zdenek Sykora, sein Werkzeug ist der modernste Fetisch der Gegenwart, der Computer, aber die Vergrößerung von endlosen Raporten, die mit alten Methoden auf Leinwand übertragen sind, verdichtet diese Strukturen nicht zu Bildern, macht aus den vielen, sich nicht wiederholenden Einzelformen keine Form, die als Ganzes bedeutsam ist. Anlässlich der Eröffnung der Ausstellung „The responsive Eye“ in New York, sagte Albers, entrüstet über den Titel der Op-Art-Show, „die neue Bewegung ist keine Malerei, solange sie nur optisch bleibt“. Nach der Proportion von Aufwand und Wirkung überzeugen auch die Bilder von Milos Urbasek nicht hundertprozentig, denn seine Ausschnitte „Thema „O“, sind auch von der geschmacklichen Zufälligkeit diktiert, die es gerade im Bereich der „Konkreten Kunst“ zu verhindern gilt. Aber der Kontrast von Schwarz und Weiß und die Großzügigkeit der Form selbst geben ihnen eine Attraktivität, die die Anklänge an Vorbilder übersehen lassen. In einer Mappe zeigte der Künstler eine Serie von Serigraphien, die ornamentale Zeichen aus Halbkreisen enthielten und wo eine Möglichkeit der Fortsetzung zu sehen ist, in der das Denken gegenüber dem Empfinden einer „schönen“ Formulierung ausgetauscht wird. Fast ein Außenseiter in diesem Kreis ist der Plastiker Karel Malich, er versucht in seinen Reliefs eine räumliche Gestaltung, mit einer Vielseitigkeit von Formen, auf monochromen Gründen, die eine Eigenständigkeit und Unabhängigkeit beweisen. Allerdings kann man dazu nicht „konstruktiv“ sagen, denn es sind eindeutig Abstraktionen von Fläche und Raum, auch wenn die Mittel anders aussehen.

Es wird die Tschechen nicht freuen, wenn man ihre Ausstellung von dieser Seite betrachtet, es wird sicher auch die Veranstalter der Ausstellung nicht freuen, einen solchen Analyseversuch zu lesen. Die Begegnung mit diesem Ausschnitt aus dem Kunstleben aus dem ebenso nahen wie fernen Prag ist allesamt nützlich und von großem Interesse, aber nur, wenn wir versuchen Kunst nicht nur unter dem bequemen Gesichtspunkt der sogenannten „Schönheit“ zu sehen, sondern wenn die Präsentation über das bloße Ansehen von Bildern und Objekten, zu einer Diskussion führt, welchen Beitrag die Kunst der Gegenwart der Gesellschaft bieten kann. Die Tschechen sind hier nur ein Beispiel, die Problematik des „Formalismus“, oder mit dem Begriff von Bense, der „Gefallens-Ästhetik“, ist in dieser Form international die gleiche Gefahr, aber ihr Idealismus und ihre Informationen sind jünger und eventuell werden sie früher als wir ein zeitgemäßes Konzept der Kunst aufstellen als wir.

Eckhard Neumann

Manifest

## Manifest gegen den blinden Humanismus

ALLERWELTSPROTESTE FÜR MENSCHLICHKEIT IN ALLER WELT · LIBERALE PHRASEN

Man protestiert! Aber für was und für wen? In letzter Zeit werden Versuche unternommen, politische und gesellschaftliche Gegensätze, die zwischen den Ländern des Ostens und z. B. Griechenland bestehen, zu verwischen und zwar durch eine antitotalitäre Protestwelle. Liberale Kritik an dem, was die Sowjetunion und die CSSR ihren Schriftstellern antun, wendet sich mit dem gleichen Pathos gegen die griechischen Faschisten. Da stimmt auch die autoritäre Springerjournalle in den Chor der Liberalen mit ein. Auch sie vermißt in Griechenland „das Eintreten für Freiheit und Menschenrechte, wenn schon Demokratie nicht ausdrücklich erwähnt werden soll“ (Die Welt vom 5. 10.).

Daß sie den Prozeß gegen Sinjawschij und Danielj als totalitäre Praxis bestimmte, versteht sich von selbst. Auch für die kurzgeschlossene liberale Kritik ist der Fall klar. Die Arbeitslager, in denen das Essen schlecht und die Leitung unbeugsam bürokratisch ist, seien die lebendige Widerlegung der sowjetischen Liberalisierung, die verzeichnete Willkür Restitution des Stalinismus. „Die Zeit“ saß mit dem Abdruck des Briefes von Frau Danielj der kurzschichtigen Humanität auf, für die es gleiches Unrecht überall gibt, sei es in Vietnam oder in der Sowjetunion, überall Willkür gegen einzelne.

Günter Grass z. B. forderte vom CSSR-Staatspräsidenten Novotny offen und mutig: „Herr Staatspräsident, geben Sie Gedankenfreiheit!“, als ob Marquis Grass mit König Novotny Theater spiele. Grass setzt sich gegen die Extremisten von rechts und links ein. So wirft er Springer „faschistische Methoden“ vor, weil dieser durch fahrlässige Nachrichtenübermittlung Arnold Zweig geschadet habe. Faschistische Methoden der Springer-Presse hätte man an anderer Stelle (etwa bezüglich des 2. Juni) besser nachweisen können. Aber da mußte

Grass die Studenten zum Maßhalten aufrufen. Günter Grass warf sich auch in die Bresche für die unterdrückten tschechoslowakischen Schriftsteller, obwohl er nicht einmal ihre Namen kannte. Ihr Hilferuf war eine Falschmeldung.

Angesichts des systematisierten Verbrechens in Vietnam ist jeder stereotype Hinweis auf das bürokratische Unrecht im Osten eine Verschleierung. Was Danielj angetan wurde, ist mit dem institutionalisierten Verbrechen in Vietnam nicht zu vergleichen. Hier ist die Kritik der Liberalen von Augstein bis Grass der der herrschenden Politik gleich, der das Unrecht in den kommunistischen Ländern zur Kaschierung ihres eigenen dient. Heute jedoch, wo die freie Welt den Terror zum System zu machen droht, ist die Kritik am individuellen Unrecht dünn und unpolitisch. Literarische Solidarität mit verfolgten Schriftstellern und Künstlern von Danielj bis Theodorakis begreift die Verschiedenheit der gesellschaftlichen Organisation in Griechenland und der Sowjetunion nicht, ja die Verdrängung der gesellschaftlichen Dimension ist die Bedingung der Solidarität von Literaten mit Literaten. Die saubere Solidarität des Standes, die PEN-Solidarität, verstreut hier ein Wort für Arrabal, hier ein Wort für Sinjawschij und womöglich noch für die literarische Freiheit auf den Galapagos-Inseln.

Wer verliert mehr als ein Wort über die ungebrochenen ökonomischen und militärischen Beziehungen der USA und der europäischen Länder zu Griechenland? Wer analysiert die Gründe der nur zögernden formalen Verurteilung des griechischen Faschismus? Wer wehrt sich gegen die Kollaboration deutscher Bürokratie und griechischer Faschisten in Deutschland selbst?

Wenn noch Tsakirides rausgehauen werden konnte, weil er ein Intellektueller ist – wer kümmert sich um die griechischen Arbeiter, die hier bespitzelt und unter Druck gesetzt werden, wenn sie nicht schon nach Griechenland abgeschoben sind? Und wer analysiert die Identität sowjetischer und amerikanischer Interessen gegenüber den revolutionären Bewegungen der Dritten Welt? Wer die Ursachen des repressiven Bürokratismus und wer die Möglichkeiten seiner Abschaffung in Ost und West? Wer die konterrevolutionäre Unterstüt-

zung der Ostblockländer für das persische Regime?

So hält auch „Die Zeit“, das Gewissen der Welt, in der Grass nicht umsonst schreibt, den amerikanischen Bomben eine „Verantwortungsethik“ (Dr. Theo Sommer) zugute, ohne sich das individuelle Grauen nehmen zu lassen. Liberal: das heißt für sie, alles zulassen und dann noch kritische Haltung bewahren. Die liberale Kritik an Griechenland und der Sowjetunion, die einen unreflektierten Totalitarismusbegriff unterstellt, ist so lange blinde Humanität, wie sie nicht die Herrschaftsinteressen derer entlarvt, die mit ihr in den Chor einfallen. Springer und die liberalen Kritiker haben gleich gut reden, doch sie haben nicht die gleichen Interessen, wie die jüngste Kontroverse von Grass und Springer um journalistische Sorgfalt zeigt. Springer, der – allzu spät und recht lau – die Menschenrechte von griechischen Zeitungsverlegern verteidigt, macht seine Geschäfte im eigenen Land mit der systematischen Diffamierung der Opposition und der totalitären Gleichschaltung des Denkens, die der Konzern gegen jede Abweichung aufzubringen versteht – also auch gegen Grass. Die Menschlichkeit verteidigt er nur zum Schein, um die Unmenschlichkeit, die er unterstützt, zu kaschieren.

Die Liberalen leben auf ihre Weise vom Establishment, dessen Denkstrukturen sie im großen übernehmen, um sie im kleinen zu humanisieren. Ihre Verschleierung ist subtiler, ähnlich der von der SPD mitverantworteten Außenpolitik. Ein Protest, wie ihn skandinavische Staaten vorgebracht haben (gegen das faschistische Regime in Griechenland, Anm. der Red.), erscheine der Bundesregierung „verfrüht“, Jahn (SPD, Staatssekretär, Anm. der Red.) betonte, die griechische Regierung habe für Anfang 1968 eine Normalisierung der politischen Verhältnisse in Griechenland angekündigt. Diese gelte es abzuwarten. (Frankfurter Rundschau vom 6. 10.)

Grass und seinesgleichen wollen im Gegensatz zu Springer überall Menschlichkeit, ob in der Sowjetunion oder sonstwo. Aber heute, angesichts der Politik der universalen Zerstörung und Unterdrückung, die das globale System des amerikanischen Kapitalismus im eigenen Land und in aller Welt praktiziert, ist diese unbestimmte Objektivität falsch gewor-

den. Die literarische Verbrüderung mit dem Menschen an sich erlaubt es nicht, zwischen den Verbrechen als System und der historisch überflüssigen individuellen Unterdrückung in der Sowjetunion zu unterscheiden. Darin besteht die objektive Schranke der internationalen Solidarität von Intellektuellen.

Nur eine bestimmte Stellungnahme gegen das System der Unterdrückung selbst hält die Möglichkeit offen, nicht zum Komplizen zu werden. Die liberalen Phrasen verhelfen dieser Unterdrückung nur noch zu einem demokratischen Schein, bald wird man wohl auf diesen auch verzichten können.

Allgemeiner Studentenausschuß (ASTa)  
Sozialdemokratischer Hochschulbund (SHB)  
Humanistische Studentenunion (HSU)  
Sozialistischer Deutscher Studentenbund (SDS)  
DISKUS, Frankfurter Studentenzeitung



Wir –  
meine Frau  
und ich –  
haben die

kleinste Töpferwerkstatt im Lande.

Wo? Mitten in Frankfurt zwischen

Holzhausenpark u. Eschersheimer

Landstraße. Wir fertigen nur

Einzelstücke und wiederholen uns

fast garnicht.

Wir haben von 10–20 Uhr geöffnet.

keramisches atelier sorembe

Vogtstraße 70 · Telefon 554683



Karl Hielscher

# Hochzeit mit der Tradition in Homburg

Ernst Herhaus: Die Homburgische Hochzeit. Piper-Verlag, München, 260 Seiten, DM 18,—.

Eine der meisterwähnten Neuerscheinungen unter den Romanen dieses Herbstes ist der Erstling des in Frankfurt lebenden Autors Ernst Herhaus: „Die homburgische Hochzeit“, Piper Verlag, München 1967. Eine Werbeanzeige dieses Romans in der ZEIT vom 10. 11. zitierte ein halbes Dutzend lobender Kritiken: Springer-Presse und Spiegel empfehlen einträchtig den Erstling dem bundesdeutschen Publikum. Der Aufbau des Romans ist folgender: Die bestimmende Problematik wird dargestellt im Anfangskapitel, einer mißratenen Hochzeitsnacht. Im Lachzwang des Ich-Erzählers Erich Hals ausgerechnet während des Orgasmus manifestiert sich seine gebrochene Verhältnis zur Umwelt. Die folgenden Kapitel bemühen sich um Vergegenständlichung des Konflikts: Rückblenden in die Vergangenheit Erich Hals' — besser gesagt: in seine zwei Vergangenheiten, es werden nämlich seine individuelle — die Zeit der letzten Jahre in Frankfurt — und die traditionelle — Herkunft und Kindheit — recht unverbunden nebeneinandergestellt. Der Roman ist szenenartig aufgebaut, Schauplatz ist abwechselnd einer dieser beiden Bereiche seines Daseins. Von einer kontinuierlichen Handlung läßt sich nicht sprechen, die Abschnitte des Romans sind beliebig austauschbar.

Die individuelle Geschichte zerfließt: lose zusammengehörige Episoden, Personen, skurril gezeichnet, indem herkömmliche Klischees übertrieben werden: „Zum Beispiel Fred, ein bekannter kommunistischer Funktionär, der sich sagte: ich hab die Nase voll von all dem Dreck am Stecken und werde nun endlich mein Ideal verwirklichen. Ich werde jetzt Maler.“ (S. 173) Ihre Beziehungen zur Hauptperson bleiben nebelhaft in dem Grade, in dem diese zu ihrer Umwelt sich nicht bestimmt. Die Dis-

krepanz zwischen Wunsch und Wirklichkeit erscheint mehr komisch als tragisch, um so mehr, als der Bruch durch die Darstellung der Individuen verdeckt wird: sie treten aus einer unbestimmten Subjektivität nicht heraus. Ihre Selbstdarstellungen, zumeist in Form von verdeckten Monologen, wirken willkürlich und schablonenhaft. Eine Figur, die Ernst Bloch parodieren soll, wird charakterisiert als „Progressionsfeuerwerker und Maigret der Hoffnung...“, der, als er noch der rote Kater der Marxisten und ihm die Sache nicht mehr geheuer war, Stalins Schriften kurzentschlossen mit den Augen Jakob Böhmes las.“ (S. 172), der damit beschäftigt ist, „seine Materialgrube des Nonkonformismus von Moses bis Marx neu auszubeuten.“ (S. 175) Die weiblichen Personen bieten anstelle des Verfließens der Gedanken ihre Sexualität auf. Die zweimalige Darstellung abstrakter gesellschaftlicher Herrschaft, eines Unternehmens für allgemeines genormtes Glück im Stile der „Brave New World“ und eines Verwaltungsapparates, wird verharmlost, indem an ihre Spitze jeweils ein Individuum gestellt wird, das imstande sein soll, über sie frei zu bestimmen. Das riesige Verwaltungsgebäude löst sich sogar mit dem Tode seines „Präsidenten“ in Luft auf. Diese Personifizierung von Institutionen läßt sich, gemessen an der gesellschaftlichen Realität, als anachronistisch bezeichnen.

Bestimmend aber für Hals ist seine Herkunft, allgemein gesagt die Ländlichkeit, ein wenig bestimmter: das Homburgische. „Der Homburger, ... vernünftig wie ein Zaunpfahl, pathetisch bis in die Todesangst, sarkastisch gegen die eigene Haut und schmerzestoll vor Bewunderung allem Fremden gegenüber (behauptet er), ein Leibesmensch, Säuer, Heckenhurer, ... der unberechenbar, überspitzt vertrauensselig (behauptet er) und abgekocht ist, ... — dieser Homburger ist auf Vergangenes stolz, um alles Bestehende desto hemmungsloser zu kritisieren.“ (S. 57) Der so charakterisierte Menschenschlag erweist sich als verbindlich für die Hauptperson. Der Schluß ist angedeutet im Titel: Erich Hals wird mit seiner Individualität versöhnt, indem er in die abstrakte Allgemeinheit, die Unpersönlichkeit seiner Herkunft, zurückkehrt. Diese „Rückkehr zum Ursprung“ findet sich in der „Substitution des Individuums durchs Kollektiv“ (Horkheimer) wieder, die sich in unserer Gesellschaft allenthalben vollzieht. Hals' Vorfahren, vital und unbekümmert zeugungsfreudig, werden als fähig geschildert, auf Grund ihrer Position in einem feudalen System eine vage Autonomie zu entwickeln; die frustrierte Willkür bäuerlicher Patriarchen erscheint als die gesunde Natur. Zu der schelmenhaft gezeichneten Hauptfigur wie zu ihren Vorfahren läßt sich sagen, daß der Autor an ihnen einen vitalistischen Lebensbegriff zu entwickeln sucht; das Individuum soll von äußeren Zwängen frei sein, dabei ist Freiheit gleichbedeutend mit Willkür. Die unreflektiert entfremdete Beziehung der Hauptperson zur Umwelt reproduziert sich in der Sprache. Inhaltlich bestimmte Aussagen

werden mit Hilfe des durchgängigen Stilmittels, der Ironie, aufgehoben. Dem entspricht der gewollt plauderhafte Erzählduktus, gemixt mit Wortspielen und Neubildungen im Spiegelslang, immer auf Effektivität und Glätte bedacht („Jargon verbaler Heilgymnastik, ratloser Leichenschmausmoral und grundehrlicher Depression“ S. 71, „glänzende neue Peitschenworte aus Aluminium, Stromlinienmetaphern und Versagungs-ideen übers Herz bringend, mit quicken Jiu-Jitsu-Augen“ (S. 31). Das Bedürfnis nach sprachlicher Originalität und werbehafter Wirksamkeit hat sich verselbstständigt. Nicht zufällig bei dieser sprachlichen Verwandtschaft mit dem Spiegel dürfte die recht wohlwollende — im selben Tonfall gehaltene — Rezension dieses Romans in der Ausgabe vom 16. 10. 1967 von Gerhard Zwerenz sein. Die Sprache dekoriert Personen und Handlungen ohne zu differenzieren. Zu detaillierten Beschreibungen psychischer Vorgänge, die in der Handlung (Hochzeitsnacht, Kindheitserlebnisse, Neurose) angedeutet werden, verwehrt die Sprache dem Autoren den Zugang. Sie erlaubt ihm nur ein gesellschaftlich vermitteltes Surrogat von Wirklichkeit darzustellen, das durch ironische Skepsis ergänzt wird. Wo der Autor dennoch inhaltlich bestimmte Aussagen macht, gerät er gegen Wissenschaft hoffnungslos ins Hintertreffen: „Jedenfalls war dieses Leben, das ich zehn Jahre geführt habe, nicht vielen Menschen beschieden, ein Leben nur mit meinen eigenen Zwängen. Die Freiheit hat einen Preis: die zunehmende Beziehungslosigkeit. Wenn die den Menschen überwältigt, das wird ein Absterben bei leidendem Leib.“ (S. 178) „Daß es Freiheit gibt, daran besteht für mich überhaupt kein Zweifel, weil ich die Freiheit tagtäglich erdulde. Daraus ergibt sich für mich, daß sie nicht von ökonomischen oder von politischen Umständen abhängig ist.“ (S. 179) Davor bewahrt ihn auch nicht die gehäufte Anwendung von Fachausdrücken aus verschiedenen Wissenschaftsgebieten — eine Technik, die an Joyce erinnert. Der berühmte Schlußmonolog des Ulysses dürfte auch das Vorbild gewesen sein für die seitenlangen Assoziationsketten zweier weiblicher Personen, die aber weit hinter ihrem Original zurückbleiben. In Übereinstimmung mit ihrem Inhalt befindet die Sprache sich dort, wo die von ihr suggerierte Distanz, ein entfremdetes Verhältnis auch zu den affektivsten Lebensvollzügen, in der Handlung sich darstellt, so in der Ermordung der Salon-Nutte La Divine durch den Kunsthändler Jean Benjamin als letztem Akt eines mit allen Theaterrequisiten behafteten Melodramas, in einzelnen Szenen aus einem Irrenhaus oder Schilderungen aus dem Leben seiner ländlichen Vorfahren.

Die im Stil verdoppelte Entfremdung manifestiert sich im erzählenden Ich der Hauptperson: das Gelächter, zu dem Erich Hals allemal noch fähig ist, befreit von der Realität, indem es ihre Bedrohlichkeit leugnet. So wirkt auch der Schluß des Romans durchaus harmonisierend; in ihm scheint Entwicklung enthalten:

nachdem Erich Hals freiwillig ins Irrenhaus gegangen ist und von dort als „unheilbar gesund“ entlassen wird, scheint er mit seinem Leben versöhnt. Er wird heiraten und aufs Land gehen. Die Entlassung aus dem Irrenhaus, die Dokumentation der Unabhängigkeit und mentalen Gesundheit, fällt zusammen mit dem Rückzug aus der Stadt aufs Land, ins Homburgische: Entwicklung entpuppt sich als Regression. Die „unheilbare Gesundheit“ des Helden besteht in seiner Verkettung an die Tradition. Entwicklung als psychischer oder intellektueller Prozeß findet nicht statt: die Erlebnisse bleiben äußerlich, das Innere wird nicht transparent; er wird nur angedeutet im Entstehen eines zweiten Ich der Hauptfigur, einmal in seiner Frankfurter Geliebten La Divine, zum Schluß in seiner homburgischen Braut Rosemunde. Der Prozeß, in dem sich ein Individuum konstituiert oder auflöst, die Übersetzung des Erlebnisses in Erfahrung, Selbstverständnis und Verhalten, die Darstellung subtiler Prozesse zwischen Individuum und Umwelt, die sich jeder Wissenschaft entzieht, wäre zu leisten gewesen. Die vermittelnde Bewegung zwischen Ich und Tradition, jener Existenz des Präindividuellen in der Vergangenheit, die für die Hauptfigur konstitutiv ist, bleibt unsichtbar.

Der mit sprachlichem Aufwand zusammenhanglos dargestellten Realität des Romans, in der das Verhältnis der Individualität zur Gesellschaft das zentrale Problem bildet, fehlt sogar die Einheit einer rezipierenden Subjektivität. Die Ursache dafür liegt in dem Fehlen einer aus den Inhalten des Romans sich ergebenden Bestimmung des Begriffs des Individuums. Die zusammenhängende Darstellung der Beziehung von Subjektivität und Umwelt als sich wechselseitig bedingender Gegensätze macht das Formprinzip unmöglich: die Personen sind immer schon in sich geschlossen, ihre Beziehungen zum Außen und zueinander bleiben dunkel. Indem der Autor die Elemente der gesellschaftlichen Realität ins Unwirkliche verzerrt, scheint er sie der Phantasie fügsam zu machen; die der Wirklichkeit beziehungslos entgegengesetzte Subjektivität triumphiert. Dadurch werden gesellschaftskritische Implikate unterdrückt. Der Autor wird dem seinem Roman vorangestellten Motto von Ernst Bloch, das anfängt: „Die bestehende Welt ist nicht wahr, das Nichtwissen ist der einzige Grund der Erscheinung dieser Welt;“ nicht gerecht. Eher erweckt sein Roman den Eindruck einer abstrakten Negation rationalen wissenschaftlichen Denkens: er veranschaulicht erneut das Dilemma herkömmlich-naiven Erzählens. Wenn das Individuum als tendenziell demoliertes verstanden wird — was die Irrenhaus-Episode beweist —, muß, bevor es zu synthetischen Leistungen imstande sein soll, seine eigene Einheit bewiesen werden. Da dies nicht gelingt, läßt sich als Positivum nur sagen, daß der chaotischen Anlage des Romans, dessen Ausgangspunkt ein erzählendes Ich ist, die völlige Destruktion synthetischer Fähigkeiten der vergesellschafteten Individuen entspricht.

## Insel Lessing

»Auf Lessing zurückgehen heißt fortschreiten«

»Es ist doch gar keine Frage, daß Lessing unter allen Deutschen seinerzeit über das, was die Kunst betrifft, am klarsten gewesen, am schärfsten und zugleich am liberalsten darüber gedacht und das Wesentliche, worauf es ankommt, am unverrücktesten ins Auge gefaßt hat.«

Schiller an Goethe, 4. 6. 1799

»Merkwürdig ist es, daß jener witzigste Mensch in Deutschland auch zugleich der ehrlichste war. Nichts gleicht seiner Wahrheitsliebe.«

Heinrich Heine

»Eine so reiche und umfassende Natur kann nicht vielseitig genug betrachtet werden und ist durchaus unerschöpflich.«

Friedrich Schlegel

»Er hat das Licht geliebt — darum nennt man ihn mit Recht einen Aufklärer. Er hat die Dummheit gestachelt, die Lüge verfolgt, Knechtsinn und Geistesfaulheit gezeißelt und die Freiheit des Gedankens mit ernstester Ehrfurcht geschützt. Zum erstenmal in Deutschland verkörpert Lessing den Typus des großen Schriftstellers.«

Thomas Mann

»Er behelligte niemanden mit seiner Religion und behelligte andere nicht um ihrer Religion willen.«

Franz Mehring



## 3 Bände 30 Mark

Herausgegeben und mit Einleitungen versehen von Kurt Wölfel. Erläuterungen zu den philosophischen und theologischen Schriften: Karlmann Beyschlag; zu allen übrigen Werken: Bodo Lecke. Allen fremdsprachigen Zitaten sind Übersetzungen im Text beigegeben. 2188 Seiten. Leinen in Kassette. (Vorzugspreis DM 30,— für die 1. Auflage.)

BAND I Gedichte — Fabeln — Dramen (Der junge Gelehrte. Die Juden. Miß Sara Sampson. D. Faust. Kleonnis. Philotas. Minna von Barnhelm. Die Matrone von Ephesus. Emilia Gallotti. Nathan der Weise).

BAND II Schriften zur Poetik (Abhandlungen über die Fabel. Zerstreute Anmerkungen über das Epigramm) — Dramaturgie (Vorreden. Hamburgische Dramaturgie) — Literaturkritik (Briefe 1753. Literaturbriefe. Der Rezensent braucht nicht besser machen zu können, was er tadelt).

BAND III Antiquarische Schriften (Laokoon. Wie die Alten den Tod gebildet) — Theologische und philosophische Schriften (Die Religion. Gedanken über die Herrnhuter. Rettung des Cardanus. Leibniz, Von den ewigen Strafen. Über eine zeitige Aufgabe. Über den Beweis des Geistes und der Kraft. Das Testament Johannis. Eine Duplik. Neue Hypothese über die Evangelisten. Eine Parabel. Axiomata. Anti-Goeze. Ernst und Falk. Die Erziehung des Menschengeschlechts).

## Insel-Bibliothek deutscher Klassiker: Insel Lessing

Gleichzeitig erschien: »Lessings Leben und Werk in Daten und Bildern«. Herausgegeben von Kurt Wölfel unter Mitwirkung von Bodo Lecke. 240 Textseiten. 176 Bildseiten. Leinen DM 28,— (für Bezieher des Insel Lessing bis 31. 12. 67: DM 20,—)



# Beitrag zur Geographie

**Alian Robbe-Grillet: Die blaue Villa in Hongkong; Roman, aus dem Französischen von Rolf und Hedda Soellner. Carl Hanser Verlag, München; 192 Seiten, DM 15,80.**

Bei abgespielten Filmen springen manchmal die Bilder: die Figuren vollführen dann abrupte und unverständliche Gesten, die uns schockieren.

Bei der Lektüre eines „klassischen“ Romans geht uns manchmal der Faden verloren: wir verstehen dann zum Beispiel nicht, wie Andrej Bolkonski auf das Schlachtfeld von Austerlitz gelangte. Trotzdem brauchen wir nicht zurückzublickern: wir können uns darauf verlassen, daß die Tatsache im sich weiter entwickelnden Geflecht der Handlung einen Sinn erhält, der sie mit der Vorgeschichte, die uns entging, verknüpft.

Auf diese beiden Erfahrungen bezieht sich die erzählerische Technik von Robbe-Grillet's neuem Roman.

Roland Barthes hat 1953 das Programm der „Objektiven Literatur“ so umrissen: „Es handelt sich darum, den Menschen von der ‚Fabrizierung‘ oder dem Werden der Objekte abzuheben und endlich die Welt an ihrer Oberfläche zu entfremden.“ – Zu einem solchen, einem gleichsam pädagogischen Programm hat sich auch Robbe-Grillet oft bekannt. Die Frage ist, ob hier die praktische „Fabrizierung“ revolutioniert werden soll oder vorab die Wahrnehmung der Fabrikate; und: ob nicht jenes mit diesem, mehr oder minder absichtlich, wechselt.

Als „Oberfläche der Welt“ wird in dem neuen Roman Robbe-Grillet's nicht mehr, wie in den vorhergehenden, die als solche unauffällige, weil durch täglichen praktischen Umgang eingetübte Bilderwelt groß- und mittelstädtischer Zivilisation „entfremdet“; vielmehr: die mythische Bilderwelt der „Sinität“: „Jeder kennt Hongkong, seine Reede, seine Dschunken, seine Sampans, die Hochhäuser von Kaulun und das anliegende Kleid mit dem seitlich bis zum Schenkel geschlitzten Humpelrock der Eurasierinnen...“; Hongkong: aus James-Bond-Stories und deren Nachfolgern, aus den märchenhaften Kriegsberichten vom Rand eines Kolportage-China einem breiteren Publikum „praktisch“ bekannt, als mitteleuropäische Städte.

Auf diese Kenntnis möchte sich Robbe-Grillet's neuer Roman beziehen; auf eine bestimmte Form dieser Kenntnis.

Die Punkte, an denen die Bilder springen und der Faden der Erzählung nicht einschlägt, werden durch Namen markiert. Auch das „Ich“ des Erzählers und alle Personalpronomina funktionieren in diesem Sinne als Namen.

An manchen Stellen des Buches legt Robbe-Grillet seine Kunstgriffe offen: „Danach folgen die Bilder sehr schnell aufeinander: Johnson und Manneret in einem nicht recht identifizierbaren Interieur (waren sie die beiden gewesen, die schon an der Bar miteinander gesprochen und dabei eine Verabredung getroffen hatten?), wo sie beide heftige Gesten ausführen, aus denen man unmöglich klug werden kann. Dann Edouard Manneret in seinem rocking chair und der Amerikaner vor ihm stehend, der sagt: „Wenn Sie nicht wollen, dann werden Sie schon sehen, was passiert!“ Er droht ihm mit dem Tod! Dann Johnson und Georges Marchat, die in einem Garten, neben einem blühenden Hibiskusstrauch, Champagner trinken. Und jetzt geht Johnson mit langen Schritten von einem großen Mercedes weg, der vor einem geschlossenen Lagerhaus in Kaulun steht...“ und so weiter.

Die Erzählung besteht aus einem Set von Situationen, die durch die Namen ineinanderfließen und sich dabei verändern. Robbe-Grillet läßt die Erzählung in den Namen verschwinden. So knüpft sich an den Namen Johnson zum Beispiel: die Werbung um eine Insassin von Lady Avas „blauer Villa“; die Suche nach Geld, um Lauren auszulösen; die Suche nach Manneret; Partyszenen; ein Verhör durch die Polizei; eine nächtliche Fahrt mit der Fähre nach Kaulun. An Manneret knüpft sich eine Reihe von Mordszenen, die in verschiedenen Häusern, zu verschiedenen Tageszeiten, mit verschiedenen Tätern, auch als Selbstmord, durchgespielt werden. An Marchat knüpft sich die vergleichbare Werbung um

eine Insassin von Lady Avas „blauer Villa“; Partyszenen; eine nächtliche Fahrt mit der Fähre nach Kaulun; ein großer Mercedes, der dort vor einem Lagerhaus steht. Bei alledem kann es sich aber auch um Sir Ralph, um Johnstone, um Loraine und um Marchand handeln, um Eva Bergmann und um ein Haus in Aberdeen. (In der wechselnden Orthographie legt Robbe-Grillet auch diesen Kunstgriff offen.)

Das folgende Zitat demonstriert, wie er die Situationen ineinander montiert: „Sie hört ihn mit den Nägeln kratzen, als versuchte er, einen Mechanismus zu entdecken, dessen Betätigung ihm Einlaß verschaffen würde. Lautlos lehnt sie sich stärker an die Türfüllung, um sie an den Rahmen zu drücken und so den Mann glauben zu machen, daß das Schloß verriegelt sei. Aber der Druck von der anderen Seite wird ebenfalls stärker. Die junge Frau duckt sich und spannt alle Muskeln ihres Körpers, während die beiden großen Hände fortfahren, ihre Achselhöhlen, ihre Brüste, ihre Taille, ihre Hüften, ihren Bauch, ihre Schenkel zu erkunden.“

Was da aufblendet, sich verwirrt und verschwindet, das will sich nicht nacherzählen lassen; es sind die Elemente, aus denen sich der Mythos der „Sinität“ zusammensetzt: Rauschgift, Mädchenhandel, sexuelle Perversion, Prostitution, politische Kriminalität, Mord und Totschlag. Robbe-Grillet zerstört den Mythos von innen, indem er die Elemente nicht zu einer sich im Lauf der Erzählung kontinuierlich entfaltenden Bedeutung organisiert. Auch die „klassische“ Form einer solchen Organisation verarbeitet er als Material; so heißt es vom Ich-Erzähler, der seinen Namen freilich ganz und gar unmerklich wechselt: Ich will also jetzt versuchen, diesen Abend bei Lady Ava zu schildern, jedenfalls auf die meines Erachtens wichtigsten Ereignisse einzugehen, die ihn ausgezeichnet haben.“ Das könnte auch in einem Verhör gesagt sein, dem die Polizei Lady Avas (oder Eva Bergmanns) Gäste unterzieht, um Mord und Totschlag aufzuklären. Ihr detektivisches Interesse, das nach den unter den Namen schwimmenden Personen und Ereignissen greift, stellt die Motivation, welche sich auf uns überträgt, sodaß wir weiterlesen.

Wird das springende Bild im Film als Kunstgriff verwendet, dann hört es bald auf, uns zu schockieren. Es scheint, als müsse die technische Apparatur gleichsam verwitern, um die Schock-Wirkung hervorzubringen.

Das Strukturprinzip von Robbe-Grillet's Erzählung ist nicht Vergessen: die verwitternde Erinnerung. Das springende Bild organisiert die einander ähnlichen Situationen zu einer Kette von Déja vu. Robbe-Grillet setzt seinem Roman zwei Bemerkungen voran: „Der Autor möchte ausdrücklich darauf hinweisen, daß dieser Roman keineswegs das Leben im britischen Hoheitsgebiet von Hongkong dokumentarisch schildern will. Jeder Eindruck der Ähnlichkeit von Schauplätzen und Situationen ist, ob objektiv oder nicht, ein Werk des Zufalls.“ / Sollte ein Kenner fernöstlicher Hafenstädte finden, daß die hier beschriebenen Orte nicht der Wirklichkeit entsprechen, dann würde der Autor, der dort den größten Teil seines Lebens verbracht hat, ihm raten, nochmals hinzureisen und sich genauer umzuschauen: die Dinge ändern sich schnell in diesen Breiten.“

Ernst Bloch hat das Déja vu: jenes psychologische Phänomen des scheinbaren Wiedererkennens; erklärt als die Erinnerung an das, was seinerzeit nicht eintrat; aber kurz vor dem Eintreten war. Das macht Robbe-Grillet zum Kunstgriff. Er manipuliert die „Vorlust“, sei es auf erotische, sei es auf kriminalistische Details; der Herkunft seines Materials aus der „Plakatwelt“ getreu.

Das Déja vu als Kunstgriff möchte das Déja vu als das „Wunder“ der zweiten Natur entmythologisieren. Das „Jetzt“, das „Dann“, das „Inzwischen“, die Namen, durch welche die Bilder ebenso fließen wie springen, sind, nach Barthes' Bemerkung: „linguistische Befehle“; sie reißen uns aus dem Traum, in den sie uns gleichzeitig versetzen.

Das wird zum Mangel des Buches, wenn wir uns daran erinnern, daß Robbe-Grillet Bilder in Erzählung, das industrielle Produkt Hongkong in ein handwerkliches zurückübersetzt. Das Déja vu, welches der Roman ebenso verwenden wie zerstören möchte, ist auch das in Filmen, Illustrierten, auf Plakaten schon gesehener Bilder. (Heinz von Cramer hat darauf hingewiesen, daß die Namen an die der Prominenz anklingen.) Diese aber sind ihm überlegen: die Erzählung verleiht ihnen einen faulen Zauber; als überzogene man Werbefotos von Hand mit einer Holzstich-Struktur, um daraus noch einmal Max Ernstsche Collagen zu basteln.

Roland Barthes hat den Roman Robbe-Grillet's so definiert: „... er lehrt, die Welt nicht mehr mit den Augen des Beichtvaters, des Arztes oder Gottes zu betrachten, Erscheinungsformen des klassischen Romanciers, sondern mit den Augen eines Mannes, der durch die Stadt wandert, ohne einen anderen Horizont zu haben als das Bild, das sich ihm bietet, ohne andere Macht, als die seiner Augen.“

Um im Bild zu bleiben: Robbe-Grillet's neuer Roman überläßt unseren zerstreuten Blick einer Stadtländschaft, deren Horizont nicht von den Dächern gebildet wird, sondern von den Objekten, welche die Plakate präsentieren. Sie wurden uns nicht „entfremdet“; geschweige denn das, was sie, immer noch, repräsentieren.

Michael Rutschky

## Ausdruck – Resultat des Sichtbaren

**Die Form ist gefestigte gesellschaftliche Erfahrung. (Ernst Fischer, „Von der Notwendigkeit der Kunst“.)**

Seit es die Auseinandersetzung mit der bildenden Kunst und den Versuch der Erarbeitung von Kriterien zu ihrer Beurteilung gibt, lassen sich zwei Schulen erkennen, die sich bis heute unversöhnlich gegenüberstehen. Charakterisiert werden die unterschiedlichen Ausgangspunkte durch die Schlagworte „Form“ und „Gehalt“. Während die einen ästhetische Werte und somit eine ästhetische Theorie einzig aus dem Formalen ableiten zu können glauben (Kant), beharren die anderen darauf, daß sich Kriterien zur Beurteilung von Kunstwerken in erster Linie aus den Inhalten der Werke gewinnen lassen.

Weder die bürgerliche Philosophie der Kunst noch die marxistischen Versuche, eine Ästhetik zu entwickeln, sind bisher aus diesem methodologischen Gegensatz herausgekommen. Einen interessanten und neuen Ansatz bietet nun Hanna Deinhard im Rahmen der Kunstsoziologie in ihrem bei Luchterhand in der Reihe „Soziologische Essays“ erschienenen Bändchen „Bedeutung und Ausdruck“.

Sie geht bei ihren Untersuchungen von den gesellschaftlichen Strukturen und Gegebenheiten aus und stellt die Frage:

„Sind Gesetze oder Prinzipien erkennbar, nach welchen die Struktur und Form einer gegebenen Gesellschaft die Struktur und Form der Kunst dieser Gesellschaft bestimmen? Und umgekehrt: Kann erkannt werden, ob und in welcher Weise Struktur und Form der Kunst einer gegebenen Epoche auf Struktur und Form einer Gesellschaft wirken, innerhalb welcher sie existiert?“

Auf der Suche nach den Beurteilungskriterien stößt sie auf den Begriff der „Zeitlosigkeit“ als Ausdrucksgehalt, der auf dem Sichtbaren des jeweiligen Werkes beruht, abgehoben von dem jeweiligen Wissen um die (historische) Bedeutung des Dargestellten und die daraus sich ergebenden Erklärungsmöglichkeiten. Um der Mißverständlichkeit des Begriffs „Zeitlosigkeit“ zu entgehen und alle damit verbundenen Ungenauigkeiten, sowie auch möglichen falschen Ansatzpunkte auszuschalten, führt sie den Begriff des „potenziellen Gehalts“ ein. Hierunter jener Ausdruck eines Werkes verstanden, der allein aus der besonderen Verwendung (Konfiguration, Gestalt, Gebrauch) derjenigen Mittel resultiert, die jeder Kunstart spezifisch zu eigen sind.

Dieser „potenzielle Gehalt“ bezieht sich, in ihrer Definition, auf den „Ausdruck“ des jeweiligen Kunstwerkes, während die „Bedeutung“ davon unterschieden wird. Es ist einleuchtend, wenn sie nachweist, daß allein die Bedeutung eines Werkes im Laufe der Zeit Wandlungen unterliegen kann, da Bedeutung der politische, religiöse, gesellschaftliche Gehalt ist, der einem Kunstwerk vom Betrachter beigegeben werden kann, sich aber nicht notwendigerweise aus dem Ausdruck, also dem „Resultat des Sichtbaren“ ergeben muß.

Nach dieser Definition wird dann auch bei der (ästhetischen) Beurteilung eines Werkes selbstverständlich bei dem unveränderbaren Ausdruck angesetzt und der Versuch unternommen, anhand von konkreten Analysen Kriterien zu finden, die eine ästhetische Wertskala ergeben. Dabei stellt sich heraus, daß es die von der bürgerlichen Kunsthistorie so geschätzten „rein formalen Beziehungen“ nicht gibt, sondern daß die allgemeinen Formbeziehungen auf außerkünstlerischen (gesellschaftlichen) Strukturbeziehungen basieren. Die Möglichkeiten und die Tragfähigkeit des Modells werden in dem Hauptteil des Buches

in Bildanalysen von drei Werken erprobt. „Der Bethlehemitische Kindermord“ von Giotto, Brueghel und Rubens sind Gegenstand der Analyse. Diese drei Betrachtungen, die zweifellos den „dichtesten“ Teil des Büchleins bilden, zeitigen aufgrund der angewandten Methode vorzügliche und eben unter den gegebenen Definitionen neue Ergebnisse und scheinen das Modell zu bestätigen. Es wird deutlich gezeigt, daß sich die formalen Gegebenheiten aus der besonderen sozialen und religiösen Struktur der Zeit bedingen. Allerdings bleiben (vor allem im theoretischen Teil) einige Fragen offen.

Ein Ärgernis für den Leser ist es, daß der Verlag hier offenbar nur einen Teilabdruck einer breiter angelegten kunstsoziologischen Untersuchung vorlegt, der den gesamten Komplex der zeitgenössischen Kunst (darunter wird hier die gegenstandslose Kunst verstanden) auspart. Damit ist der Autorin nicht gedient, am allerwenigsten aber dem Leser. Oder soll mit dieser Publikation nur das Interesse an dem nun zu erwartenden Buch wach gehalten werden? Es ergeben sich unbeantwortete Fragen vor allem nach der Anwendbarkeit des vorgeschlagenen Modells auf die gegenstandslose Kunst. Das vor allem deshalb, weil der zweite Teil des Buches („Das Verhältnis zwischen Publikum und Künstler“) nach einer begründeten Analyse des Verhältnisses zwischen Publikum und Künstler mit einigen Sätzen endet, die Widerspruch hervorrufen müssen.

„Die zeitgenössischen Werke der jüngsten Gegenwart (etwa der letzten 20 Jahre) müssen dem selbstentfremdeten Betrachter daher um so mehr entsprechen, als auch die (formal) besten unter ihnen ihrer subjektiven und fragmentarischen Natur nach zwar wohl die Einbildungskraft, die Empfindung und die Willkür des Betrachters anregen, nicht aber in eine bestimmte Richtung lenken können. Eben deshalb kann sich der Betrachter dem Bilde keineswegs „hingeben“, sondern nur sich selber in das Werk projizieren.“

Hier scheint sich eine allgemein verbreitete resignative Haltung der gegenstandslosen Kunst gegenüber niederzuschlagen.

Dagegen wäre einzuwenden, daß etwa die Bildhauerei, (ich zeige das an ihr, weil sich H. O. an einigen Stellen ebenfalls auf sie bezieht) die sich bewußt der Methoden (und der Handwerkzeuge, also Maschinen) unserer technisierten Welt bedient, um Objekte zu schaffen, die nicht dem unmittelbaren Konsum und damit dem sofortigen Verschleiß anheimgegeben werden, gesellschaftliche Strukturen immanent zeigen kann. Damit aber die Chance ergriffe (die nur die moderne, gegenstandslose Kunst hat!) durch Anwendung des gleichen Arbeitsprozesses und Materials wie in der Industrie, die Identität zwischen dem bisher vollkommen anonymen Produkt und dem Produzenten (Arbeiter) wiederherzustellen.

Eine so verstandene Kunst, die sich bewußt, d. h. in einem aktiven, kritischen Bewußtsein der Möglichkeiten der technischen Welt bedient, kann einen Ansatzpunkt für eine immanente Kritik an den Verhältnissen in unserer hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaft bieten. Es bleibt also abzuwarten, welche Ergebnisse das Modell von Hanna Deinhard ergibt, wenn es auf eine Analyse der Kunst der letzten zwanzig Jahre angewendet wird. Entscheidende Fragen sind da noch offen.

(Hanna Deinhard: „Bedeutung und Ausdruck“ Zur Soziologie der Malerei; Soziologische Essays, Luchterhand Verlag, Neuwied 1967, 143 S., DM 7,50)

Hans-Peter Riese

Für Menschen mit eigener Meinung



**Vorzugspreis für Studierende**

monatlich DM 3,15 als Abholabonnement

monatlich DM 3,40 bei Postzustellung

monatlich DM 3,80 durch Träger

Bei autorisierten Abholstellen sowie in den AstA-Geschäftszimmern der Hochschulen und Universitäten sind auch Gutscheine für eine 6-Tage-Probeflieferung erhältlich

Frankfurter Rundschau, 6 Frankfurt/Main 1, Postfach 3685

### COULEURARTIKEL

|                                                      |         |          |
|------------------------------------------------------|---------|----------|
| Bierzipfel                                           | 835/000 | DM 12,95 |
| Weinzipfel                                           | 835/000 | DM 8,40  |
| Mensurzipfel mit Emaille-Wappen im Schieber          |         | DM 9,80  |
| Lieferzeit: 3-8 Tage.                                |         |          |
| Bitte fordern Sie unverbindlich meine Preisliste an. |         |          |

COULEURARTIKEL WENDEROTH  
3167 BURGDORF/HAN.  
MÖRIKEWEG 4 TEL. 05136-3952



Manfred Günzel

Die K

Den K. schwebt das Bild einer ständig in Bewegung befindlichen Gesellschaft vor. Aufgabe der K. als einer Eliteformation ist es daher, die gesamte Bevölkerung zum richtigen Bewußtsein zu erziehen. Es ist nämlich nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftlicher Zustand, der ihr Bewußtsein bestimmt. So berichtete zum Beispiel ein Sekretär der K. in einer Versammlung, daß 79 leitende K. in kürzester Zeit das Niveau einer Zehnklassenschule erreicht hätten. Bei dem, was die K. als „fachliche Qualifikation“ bezeichnen, handelt es sich aber keineswegs nur um einen höheren allgemeinen Bildungsgrad oder den Abschluß einer Meister-, Fachschul- oder Diplom-Ingenieur-Ausbildung. Immer häufiger führen hochgestellte K. plötzlich einen Dokortitel, über dessen Herkunft nur in seltenen Fällen Angaben gemacht werden können. Ein K. ist verpflichtet, seine Arbeit in den staatlichen und wirtschaftlichen Organen und in den Massenorganisationen, Massenmedien usw. entsprechend den Beschlüssen der K., im Interesse der K. zu leisten; die K.- und K.-Disziplin zu wahren, die für alle K. im gleichen Maße bindend ist. Dieser Vorstellung von den Qualitäten der K. entspricht die Konzeption der K. als einer straff organisierten und disziplinierten Avantgarde, die absoluten Gehorsam und bedingungslose Befolgung der von den K. gefaßten Beschlüsse verlangen darf. Bereits im Jahre Neunzehnhundertkautabak beschloß die Erste

Hommage à Alfred Jarry

Der am Tage von Allerheiligen 1907 starb

I. DIE PATAPHYSIK IST DIE WISSENSCHAFT VON JENEM BEREICH, DER SICH JENSEITS DER METAPHYSIK ERSTRECKT; ODERAUCH: DIE PATAPHYSIK ÜBERSTEIGT DIE METAPHYSIK IN DEM MASSE, WIE DIESE DIE PHYSIK ÜBERSTEIGT – IN ALLE RICHTUNGEN ad libitum. Die wohldurchdachte Intimität der Grammatik durch das Zeremoniell ihrer eigenen Teile zu zerstören ist EINUNDDASSELBE / das Verhältnis von Paradies und Papierkorb bleibt authentisch / HEINRICH versteht die Welt, aber das macht nichts / nicht UMSONST gedeiht alle Metaphysik im Schatten von Doppelpunkten und Ausrufezeichen / die Beschreibung der Ewigkeit enthält nur die (:Wiederholung:) des Zufalls oder: die Pataphysik ist der Einbruch des Humors in die Metaphysik.

II. DIE PATAPHYSIK IST DIE WISSENSCHAFT DES BESONDEREN, DER GESETZE, DIE AUSNAHMEN BESTIMMEN. Ganz GLEICHGÜLTIG, was auch immer geschieht: so ist das eben / haben wir kein Mitleid mit jenem Künstler, der sich erschöß, nachdem er während der feierlichen Enthüllungszereemonie an einem von ihm geschaffenen Standbild bemerkte, daß er die Sporen an den Schäftstiefeln des Kaisers vergessen hatte / die Krankheit des gesunden Menschenverstandes wird ÜBERALL und NICHT NUR ZU LEBZEITEN durch das Radfahren geheilt werden können / anders gesagt: mein Mittelschädel ist mein Revolver.

III. DIE PATAPHYSIK IST DIE WISSENSCHAFT DER IMAGINÄREN LÖSUNGEN. Lassen wir alles beiseite und tun wir nicht so, „ALS OB“ die Tatsachen für uns sprächen / die Irrtümer bestätigen unseren Zusammenhang / ich für meinen TEIL halte die Schwierig-

Kurt Sigel

Furunkel

Ich schneid e groß Furunkel  
dem Schneewittche aussem Zeh  
so dick wie e ganz Runkel  
un-schmeiß es in de Schnee

Ich seh nix mehr s'iss dunkel  
schreit da des sieße Wittche  
rick raus mei schree Furunkel  
sonst bring ich dich ins Kittche

Ei so e dreckich Flittche  
am Daach iss doch net dunkel  
du Simbel schreit des Wittche  
ich guck mit dem Furunkel

K.-Konferenz die Einführung einer K.-Kandidatenzeit, die der Aufnahme in die Gemeinschaft der K. vorausgeht. Tagelöhner, Arbeiter, Polizisten und Soldaten haben eine kürzere, Angestellte, Landwirte sowie Angehörige der Intelligenzberufe eine längere Kandidatenzeit. Es gibt daher auch keine Unterschiede in der Rechtsstellung der gewählten und der ernannten K. Als Ziel wird die selbständige wissenschaftliche Durcharbeitung der Literatur durch Vorträge, Konsultationen und Konferenzen bezeichnet. „Kameradschaftliche, freimütige, prinzipielle Diskussion, Entwicklung des Meinungsstreites, ideologische Arbeit, die alles Neue und Fortschrittliche propagiert.“ Die K. bedienen sich nicht nur der Massenversammlungen, der üblichen Plakate und Transparente, der Presse, des Fernsehens und des Rundfunks, sondern belegen auch das kulturelle Leben (Dichtung, Film, Theater, Kabarett, Schulen und Universitäten) mit Beschlag und durchdringen die Gesetzgebung sowie die staatliche, wirtschaftliche und kommunale Verwaltung. Außerdem versuchen die K. den Eindruck zu erwecken, als ob Papst Johann XXIII. und damit die katholische Kirche sich mit der Enzyklika „Pacem in Terris“ die Koexistenz-Theorie von Nikita Chruschtschow zu eigen gemacht hätten. Wie auf anderen Gebieten, so darf freilich auch hier der Unterschied zwischen den Vorstellungen und der Wirklichkeit andererseits Behauptungen und Zielen der K. einerseits, der Unterschied zwischen den Resolutionen der K. und ihrer praktischen Durchführung nicht übersehen werden. Ökonomische Schwierigkeiten, das Scheitern des Siebenjährigen Krieges, die Differenzen innerhalb des kommunistischen Blocks, Vietnam, Israel, Black Power usw. können nicht ohne Folgen bleiben. Der Überbau wird von der Basis her vorgebracht, aber das bedeutet keineswegs, daß er passiv, neutral, gleichgültig ist gegenüber dem Schicksal.

keit für die endgültige Lösung aller bisher erfundenen Methoden / noch einmal: ich und der Schuhmacher beweisen, daß die Erde RUND ist, denn ER repariert MEINE Absätze.

IV. IM HINBLICK AUF DIE PATAPHYSIK IST ALLES DAS GLEICHE. Jarry ist der einzige Fortschritt unter den poetischen Erläuterungen / Jarry erfand sich selbst ohne Unterschied / er verwandelt alles in Tautologien / DIE GEBURT DER WELT AUS DEM GEISTE DER PATAPHYSIK / der Witz des Lebens ist ein Kalauer von Jarry.

V. DIE PATAPHYSIK IST IN IHREM VERHALTEN UNERSCHÜTTERLICH. Als Alfred Jarry merkte, daß seine Mutter eine Jungfrau war, bestieg er sein Fahrrad.

VI. ALLES IST PATAPHYSISCH; DENNOCH ÜBEN NUR WENIGE MENSCHEN DIE PATAPHYSIK BEWUSST AUS. Der Beischlaf ist das Libretto für den totalen Kult / ein Sport von olympischer Qualität / die Pointe unseres Selbstbewußtseins / er ist der komplizierteste Weltrekord und deshalb nur dem Speerwerfen vergleichbar / aber auch das Tragen von Aktentaschen, das öffentliche Aushängen von LEITZ-ORDNERN oder Gewinn von 148 DM ist kein UNSINN / in der Ohnmacht liegt die Ewigkeit des Beischlafes.

VII. JENSEITS DER PATAPHYSIK IST NICHTS; SIE IST DIE LETZTE INSTANZ. TJA, sagt die Welt und geht zu Fuß zugrunde / was mir gefällt gefällt mir ohne Welt / solange es mich gibt, bin ich froh, daß es mich gibt und denke nicht, daran, solange es mich gibt. Wolf Wondratschek Graf von Polen Handwerker der Catachemie

Meerwutz

Zieh Pudel Dappes im Maa schwimmt  
e weiß Meerwutz  
e schree weiß Meerwutz die grunze duhd  
wenn se Dorscht hat  
un wenn se Dorscht hat säuft se de Maa leer  
un wenn se en leer säuft  
verschluckt se die Dampfer un Lastkäh  
die Maabrick all un was err noch sonst  
in de Schlund kimmt  
da lieht se un rülpsst des versoffene Dier  
lieht wie en Fisch uff'm Trockene  
un stinkt bis nach Werzboresch  
zieh Pudel Dappes die Meersau verreckt  
und solang se verreckt steht Frankfurt  
bis iwwer die Tormspitze  
im Gestank von der versoffene Meersau  
nor de Dierschutzverein flaggt Halbmast  
un trauert  
un de Dschimek heult was im Fernseh

Gerald Bisinger

The cries of the Birds oder so gegen fünf

Ein Gedicht für Klaus Reichert und andere Freunde

The cries of the birds das sind die Schreie der Vögel die Schreie der Vögel ich höre eher the crying das Schreien oder Geschrei der Vögel dieses metallische Quieken ich hör es so gegen fünf in der Früh das flackert das Vogelgeschrei das Gezirpe Getriller Gezwitscher Vogelschreie sind einfach zu nennen dieses aber der flackernde Lärm gegen fünf und so weiter Kindergeschrei und Katzenschrei ist anders grau flackert das Licht in Nuancen Kinder- und Katzenschrei in Nizza Venedig Berlin flackert nicht die Graunuanen des Lichts in übernachtigen Augen Gequietsche der Vögel federhaft hart und leicht es flackert the cries of the birds gegen fünf Uhr früh versagt die Sprache vor Vogellauten oszillierendes Kunststoffgestänge Lärm wie Lichtgrau flackert am Morgen Vogel-lärm schaukelt mich mit

The cries of the birds das Geschrei gegen fünf Trophäe der Freiheit dieser durchwachten Nacht ich gehe spazieren wir Marianne und ich in der Nähe vom Nollendorfplatz an der Hochbahn der U-Bahn wir erreichen ein Trümmergrundstück überwachen das Licht flackert grau in den Augen wir knicken Jasmingesträuch brechen die Zweige das Licht gelb untermischt jetzt von Sonne die endlich erwärmt Marianne hat viel Jasmin in den Armen das Schreien der Vögel Triumph des Bewußtseins hinter der Nacht Versagen der Sprache

The cries of the birds wie Fanfarenstöße waren sie wohl wenn Ferlinghetti dort schreibt after the cries of the birds has stopped I see the future of the world und es gab diese Schreie der Vögel während er Ferlinghetti durch eternity raste diese Schreie die meine ich nicht The cries of the birds

ich meine sie nicht ich perseveriere die Zeile (die ich selber gebrochen hab) ich assoziiere frei

Ssever der Norden  
die Kuppel aus Vogellauten  
vom Norden von oben her  
wird mir die Mütze über  
den Kopf gezogen weit  
bis über die Ohren  
severo  
schwer  
auch pesante  
belastend  
die Mütze aus Vogellauten

Die Mütze aus Vogellauten mir übergezogen im Bett kein Triumph das Erwachen so gegen fünf diese Schlaflosigkeit im Geschauckel der Vogellaute the cries of the birds aber dieses Geschrei das metallische Quieken der Vögel was heißt eternity hier in Berlin und im eigenen Bett denk ich an Gegenwart in Berlin da brodelnd und schmort viel im eigenen Saft und in fremdem der Horizont ist verstellt so schön metaphorisch wie nirgends durch Mauer und Stacheldraht Wirklichkeit und Metapher in einem im anderen Sinn aber wirklich nicht kongruent Licht schimmert längst durch die dichten Gardinen schlaflos in meinem Bett ich denke an Gegenwart

in meinem Bett  
eingehülst  
in meinem Bett  
überzogen die  
metaphorische Mütze  
eingehülst und  
geschauckelt  
von Vogellauten  
ich denke an  
Gegenwart  
eingehülst  
(hommage à F. M.)

Eingehülst und the cries of the birds ich komme nicht los von der Zeile hier in Berlin Politik ist hochmodisch Politik in Berlin so schön sichtbar wie nirgends geübt und gesprochen wie stets und wie überall und analysiert intensiv ist hochmodisch zudem im Gedicht dick aufgetragen und wie man so sagt deppensicher Politik dieses Wort fehlt in keinem Prospekt der all das umwirbt was was auf sich hält auf die eigene Moral und die Intelligenz Politik manches Schlagwort das fordert noch Schläge heraus und wenns schlecht geht noch Schüsse von hüben und drüben in Berlin Politik so schön sichtbar wie nirgends ist nicht kongruent mit dem Wort in Berlin in der Welt Politik und the cries of the birds schlaflos in meinem Bett denke ich nach Gegenwart und die Welt

le monde  
dans le jardin de mon père  
les lilas sont fleuris

tous les oiseaux du monde  
y viennent  
tous les oiseaux  
du monde  
les oiseaux  
klingt eher

eingehülst

The cries of the birds und der Dichter am Schreibtisch und der Trinker am Biertisch sie assoziieren mehr oder weniger frei es fügen sich manchmal Gedichte manche fügen sich nicht moralisch und intelligent sie assoziieren und trinken sie schreiben Gedichte und nicht hochmodisch ist lila ist hellgrün für Kleider der Mädchen für Strümpfe hochmodisch sind kürzeste Röcke lange Beine schön sichtbar die kurzen scheinen fast lang hochmodisch ist mancherlei buntes Textil eine Vielfalt von Farben pastell eine Vielfalt intelligent gewählt und moralisch irrelevant die macht jedoch Spaß genau sowas macht Freude das befestigt den Frieden der Welt dieser Welt einer Welt Welt ist ein Wort so wie Wortwelt die Welt

c'est le monde  
et le monde est assez grand  
et le monde est toujours  
un peu plus grand encore  
toujours un petit peu  
plus grand encore  
le monde

(und Le Monde  
das ist eine Tageszeitung

eine von vielen  
auf dieser Welt)

Diese Welt die ist ja wirklich sehr groß die ist immer noch größer ein wenig immer ein wenig noch größer als diese und jene Wortwelt und nicht mal De Gaulle ist la France und die Wortwelt ist anders und größer und kleiner the cries of the birds und die Zukunft der Welt Gegenwart und Politik das Geschrei dieser Vögel the shadows of that future die Mädchen pastellart so bunt Versagen der Sprache so gegen fünf dieses Flackern ein flackernder Puls und das Pulsieren im Finger die Wunde das Oszillieren des Lärmes dieses entsetzlichen Lärmes

di quegli uccelli uccelli  
quegli uccelli negli alberi  
uccelli  
kommt all dem näher  
dagegen oiseaux

klingt eher  
eingehülst  
eingehülst  
(hommage à F. M.)

aushülsen aushülsen dieses Gedicht in die unverschämte Intimität des eigenen hineinziehen dieses Gedicht [Atems in das unikate Kaleidoskop des eigenen Bewußtseins das sich ständig dreht dieses Gedicht damit verschmelzen und ohne zu zögern die Frage stellen (hommage à F. M.) die F. M. formuliert hat in einem Gedicht WIE BEIKOMMEN DER ABSACKENDEN STRUKTUR?

The cries of the birds ich perseveriere die Zeile ich assoziiere frei Ssever der russische Norden die streng anliegende Mütze aus Vogellauten die Schlaflosigkeit die Wunde am Finger und das Pulsieren dieses Erwachen so gegen fünf hic et nunc zum Beispiel das heißt im eigenen Bett und zu dem bestimmten Zeitpunkt der jetzt ist das heißt in Berlin in Charlottenburg und so weiter das heißt diesseits und jenseits der Mauer so wie mans nimmt das ist moralisch irrelevant das Schreien der Vögel the crying dieses Geschrei hic et nunc ist so unangenehm wie die Schlaflosigkeit ich denke an manchen Spaziergang so gegen fünf

Marianne und ich so gegen fünf auf dem Heimweg verzögert einer ergibt den anderen Umweg durch Straßen so leer fast wie De Chirico's Plätze Papier im Rinnstein aufgerissene Straßen davor und dahinter wir gehen spazieren dazwischen ein Park 50 Mark kann es kosten sagt Marianne eine Blume zu nehmen wir brauchen ein Trümmergrundstück überwachsen noch nicht integriert nicht organisiert noch Jasmin für jeden der Lust hat ein Trümmergrundstück das Schreien der Vögel Triumph der berauscht und doch nicht nach dem Fest nach so einer Nacht dieses Schaukeln Freiheitssymbol das Flackern des Lichts in übernachtigen Augen das Lärmen der Vögel Struktur in dieser städtischen Desintegration so ein Trümmergrundstück gegen fünf dieses Freiheitbewußtsein hinter der Nacht ehe Müdigkeit aufkommt ein jeder mal stolpert ein Heimweg vom andern sich trennt und ich denke beginne zu perseverieren the cries of the birds



# Schwarzer Kaffee

Die Bullen kamen mit Mützen schwarzen festen Schritten klotzigen Tritten; sie kamen mit großen Schritten schiefen harten Blicken glotzigem Nicken. Es gab blutunterlaufene Hiebe Schreie Knochenbrüche Geschiebe Gedränge Mägen und Nieren breitgeschlagene Brüste Schreie und Beschwerdebriefe. Nichts half – Mir wurde schwarz erinnere mich nicht. Ein Knallfrosch explodierte. Sonnige Splitter blendeten mich – Draußen der Main am Fenster Fliegen. Ein Schiff wie damals als ich abdampfte auf dem Gänsemarkt – Nach Venezuela? Auch nur um Amis zu sehn während der Pott Eisenerz verschlang. Am letzten Abend rief ich nochmal bei Ofelia an, stand, den Hörer in der Hand und als sie sich meldete (draußen Gesichter im Straßenlärm; Deutschlands Beutebäuche) flüsterte ich Worte, fremd unter nordischen Horden. Hatte sie länger nicht gesehen seit München wo wir zusammen von der Akademie träumten, jung und -haft. Naja – Sie wieder mal zu sehn, wußte ja wo und unter welchen Halsabschneidern: in ihrer Villa in Blankenese bei Platten und Tee. Und allein –

Wieder sehe ich die glotzigen Blicke das Geschiebe Gedränge die Fliege am Fenster dahinter der Fluß die Uniformen und bärtigen Gesichter – Polizisten mit Spruchbändern im kühlen Wind später im Speichel gekniet sonntags unter blauem Seglerhimmel sah ich die Bullen taumeln, sonnige Splitter blendeten mich. Roßbäpfe zwischen Johnsons Gesicht zerknüllt zusammengeschnitten und Blut und Körper und Farben: lustiger Sonntagsdurcheinander –

Nachmittags saßen wir bei Bratwurst und Beat. Die Bullen kirrte, der Bürgermeister kopflos, die Pferde wild, und ich fand mich im Krankenhaus wieder. Draußen der Main, Fliegen und die Deckenlampe: ein durchsichtiger Stahlhelm. Ofelia wohnte unter Bäumen hinter taubenverschissener Fassade des vergangenen Jahrhunderts. Sie hatte sich nicht verändert. Wir fuhren durch endlos-unbekannte Vororte. Vielleicht ein wenig runder hinten herum. Ist der Krieg jemals zuende? fragte sie. Immer noch ihre kleinen zappelnden Brüste. Im Bundestag schwingen Reden – ihre faltigen Finger – die Vorkriegszeit als Berlin noch eine liberale Stadt war. Ihr durchsichtiger Blick. Weggehen damals wie heute – Ihre Stimme hell mit Knick.

Ich sah auf Grün gegenüber, die Wände farbig. Maßhalten kaputtgehen. Emigranten? Waren Exil-Patrioten.

Europas Norden aus Wäldern. Gesichter in einem Selbstbedienungsladen in Kopenhagen. Die lebendig helle Lache kühler Brüste nach einem Schluck aus der Flasche. Der ganz klare Atem einer durchsichtigen Nacht –

Jelly Roll Morton zum schwarzen Kaffee gegen Abend kühl die Alster matt. Auf eine Runde durch die Kasematten der Wagen hinter Fischkneipen und lautlos knarrenden Schiffleibern. Hinter Bahngleisen auf dem Kai geparkt an Positionslampen vorbei am dreinschauenden Kassierer in die tanzende Sonntagsnacht klebender Kleider Krawatten nickender Nacken hinterm Bierhahn –

Taumelnd kurz vor Mitternacht dunkler Bäuche und Wülste (schwülstiger Nippelkünste) flohen wir dem Dixieland, suchten ältere Kaschemmen Treppen hinauf –

„Club“: Sektkübel standen rum, war also nichts. Noch dazu wurde eng getanzt. Wir allein. Sagt dein Mann dazu?

Wir telefonieren, sagte sie bei Gläsern und nächtlichem Schein. Ihre Lippen bewegten sich. Wir saßen an der engen Allee mit Bäumen wo Franzis Zeitungen verkaufte und tätowiert Schlagzeilen in den Rummel der Eisdiele schrie und uns Neon auf die Augen fiel –

Mittags traf ich ihn. Na? Er tat als kannte er mich nicht. Ich stieg aus dem Bus, sein Haar leuchtete. Wir gingen in den Busbahnhof auf einen Kaffee. Es roch nach Bundesrepublik und tönte nach Hintergrundmusik, selbst in den Klos. Oben vor den Schließfächern kam er mir mit zwei Tassen entgegen. Ich versuche gerade was über Vietnam, sagte er. Was für eine Situation! Und in einem Land das sich fortschrittlich nennt. Er redete von der Bundesrepublik, von Übermacht, von der Klasse. Aber die Verhältnisse, sagte ich.

In Kneipen sieht man das nicht, und es klang wie ein Vorwurf. Was es doch für unerträglich-langweilige Bürohäuser gibt –

Dazu Arbeiter aber die schweigen in den Fabriken zu ihrer Lage. Und du? Wir kleben Plakate, sie verschwinden über Nacht wie vor dem Krieg. Was ändert sich?

Alles. Er schaute einer Straßenbahn nach. In England machte Franzis auf kleinen Büroangestellten.

Ich fuhr im oberen Stockwerk des alten Bus durch verwachsenes Grün, wässriges Blau tiefer Wolken und das grobe Rot buschiger Schnurrbärte bis zur Kensington Road –

Zuerst waren es die Farben der Regenmäntel

die mir auffielen. Franzis war derselbe, lächelnd in einem sehr kleinen Hotel in einem sehr kleinen Zimmer.

In München wohnte ich etwas außerhalb, sah niemand –

Morgens blätterte ich im Rave (lauter bunte verdreckte Pin-ups auf dem Frühstückstisch im Hotel) ein halbwarmer Zimmernachbar druckste auf nem Korbstuhl herum –

Urdeutsches Ehepaar setzte sich an meinen Tisch beratschlagte flüsternd den Tag die Marmelade-Semmeln –

Ich riß das Bild der nackten Ofelia und ging –

Ich bestellte Port morgens war es noch schön gewesen ein warmer Regen der Gesichter leuchten machte –

In Cambridge den Sommer über suchte ich Ofelia –

Ich suchte sie las ihr abends im Park aus der Geschichte der O –

Wir lagen unter Trauerweiden ich hatte ihre Adresse verlegt –

Ich fragte in Instituten für Ausländer Buchläden und Teestuben der Hauptstraße –

Ruderboote drifteten nur Köpfe zu zehn Körper schmolzen im letzten Jahr im Sommer tief im Gras am Ufer beim Bier –

Das Wasser klar: der Englische Kanal Dünen und Genever aus eckigem Glas –

Ich übernachtete in einem der Kaffs des Kontinents: Amiens abends um 10 ausgestorben nicht mal ne Zeitung –

Ziemlich durcheinander blätterte ich in Vietnam-Zeitungsausschnitten an imitierten Marmortischen die halbe Nacht wach mit der Stimme Amerikas (Gott hab sie selig!) aus dem Zimmer nebenan und einer Zigarette –

Autos entlang der Überlandstraße –

Undeutliche Schemen vom Fenster gerahmt Bäume und Rauch –

Verschwitzte Kissen Stimmen nebenan –

Im Unterhemd vor der Tapete neben dem Aufzug –

Die Concierge schickte Ofelia in ein anderes Zimmer –

Sie war irgendwo zwischen dem Elsässischen Cafe den Selbstbedienungsläden den Präferenzen den öffentlichen Aborten den Stehkneipen Kinos Achterbahnen und Telefonzellen verloren gegangen –

Nachtzüge sind halbe Mondflüge: die Landschaft Hitze wenn man aufwacht und die Po-Ebene sieht. Ich spülte mir mit Mineralwasser den Mund. Aus einem Koffer tropfte helle Flüssigkeit aber was soll der Sauberkeitsfimmel? Langsam blätterte die bleiche Schminke Ofelias –

Sind Sie ein Anhänger skandinavischer Kultur? fragte eine herzhafte-schwäbelnde Touristin. Klar; Sex-Selbstbedienung und so? Aber sie hatte wohl an die Edda gedacht und steckte hitzbelegt ihre Nase wieder in Christ und Welt –

Die Landschaft flatterte vor Hitze im Fahrtwind braun hinter zappeligen Vorhang selbst die Kaufleute höflich zwischen Verona und Florenz im Speisewagen rappend neben der Küchennische voller Amerikaner wartete ich lieber sah Bürstenschnitt geschäftlicher Nächstenliebe –

Vor Rom nochmal eingenickt –

Die XXte Flotte Europa umstellt von interplanetarischen Basen –

Flugzeuge bringen Gasmasken erschachert auf den Hintertreppen Sohos –

Übergeschnappte Militaristen lautlos unter Reklamekästen im Gedränge auf den Gehsteigen blind bettelnder tastender Killer –

Nach 8 Gesichter der Mädchen am Strand –

Kleine geschwollene Schambeine zur Orgelmusik im quarzigen Licht –

Flink geschminkt chromosomenbestickt Brüste gebückt –

Rhythmischer Urweltknall spermienverstärkt im Mief vorm Mikrofon unerwartet hartnäckiger voreroritorientierter Harnröhrenkatarrh –

Ich hatte also Ofelia einen Brief mit der Rohrpöste geschickt. Die Concierge verdrehte mißtrauisch die Hände glaubte kein Wort. Ich saß auf der Straße kaufte ein *Salut les Copains* und warf es beim nächsten Pisssoir in den Fluß –

Langsam blätterte die Decke Stuck fiel mir auf den Schopf. Europa! bei schwarzem Kaffee und Neon der Hoffnung des Menschen –

Flüsse am Himmel braun erkalteter Schatten –

Mein Land? Ein Abend schwarzer Schmetterlinge Zypressen glitten Fenster hinauf flüchteten über Gras –

Straße im Mond kühl klar durchsichtig zwischen

Oliven auf dem Fensterbrett –

Scharfer Geruch nächtlichen Grüns entkorkter

Flaschen daß ich beinah aus den Latschen kippte –

Ofelia in Paris: laß uns hier abhauen aber wohin? Sie stand im dunklen Hausgang neben dem Aufzug in ihren Clarks ihre Augen noch dunkler sanfter verwaschen bemalt in der Pension ihr kleines Gesicht noch rabiger ihr Haar mit dem *Salut les Copains* in der Hand –

Wir schliefen bis uns Preßlufthammer weckten. Sie suchte ihr Kleid ich die Jalousien. Es regnete. Gegenüber glänzte Rot. Es roch nach nassen Ziegeln ihre Hand wischte –

ich nahm sie sah sie: ihre Lippen leicht verzerrt am Zigarettenpapier klebten mir auf der Haut das Fenster auf –

Es regnete ihre Arme gehoben auf dem Spiegel webten Muster war wohl Blütenstaub – Ihr Biss verfiel sich am Leinentuch an meinem Schlüsselbein ein vibrierender Ton und sie ließ los –

Ich lag im Unterhemd vor der Tapete neben dem Aufzug Presslufthammer im Ohr. Dampf schwankten zwischen Häuserwänden im Lärm der Straße über flachen Dächern. Wir fuhren mit dem Lift auch die Bäume ganz anders morgens –

Die Farben deutlicher im Schein von Licht hupen in den Bergen lautlos zuckend auf ihrem Mund mit dem Geschmack von Anis Leuchtgas überm Bidet an der Fassade eines Mietshauses –

Es war warm staubig grau auf der Insel verlassen –

Einmal in der Woche der Dampfer bei Sturm fuhr er vorbei –

Am ersten Abend fielen mir gleich die Autos der Aristokraten auf –

Dunkle amerikanische Kästen drinnen bleiche zittrige Gesichter kulissenhaft –

Verstaubte Akropolis ich sah auf Felsen dort überm Meer Inseln und Zwangslager –

Das Wetter änderte sich von Stunde zu Stunde –

Gerade noch trinkbares Wasser wurde von der Insel Syros gebracht –

Ein Mann mit Schirmmütze trieb Esel –

Seine Beine baumelten seitlich abends meine Waden wund –

Es war ein Abend schwarzer Schmetterlinge vor Piräus auf Reede vor blauen Felsen vor Häusern und sehnsüchtigen Inseln –

Kanten abgründiger Tiefen wir schwitzten auf dem Dampfer schwankend Gehazten in der Hand vor kalkig-kahler Wand Fiedeln Zypressen und Zikaden über Dächern –

Auch die Bäume ändern sich die Farben deutlicher –

Orangen ins Meer getaucht staubig grau –

Später Korbstühle Blechaschenbecher St. Raphael Würfelzucker –

Lampen schaukelten auf Straßen zwischen hellem Wasser entlang der Küste nach Antipolis –

In der Badewanne Knoblauch und Kacheln und am Fenster hinter Balkons zappelnd Wäsche –

Die Wellen nach Sonnenuntergang Ofelia nicht einmal sauer Handschläge und Flaute ein Schimmer Rot im Gesicht –

Welt Welt ich sitze im Sonnenlicht in Antipolis –

Städte sind Schemen kein Auge begegnet der Sonne in meinem Zimmer stell ich mir den Irrsinn des Krieges vor –

Eisen und Rauch aus Hochofen Augen rot in Berlin –

Springers weißer geistesabwesender Himmel jämmerlich die Blumen auf der Straße vom Neon erwärmte Wildnis durch ein hohes Fenster gesehen –

Papierhäuser in letzten gelben Straßen Damen starr im Nebel auf den Fenstersimsen gegenüber dem Tiergarten Fontänen und Tauben die Kuppel der Gedächtniskirche –

Im Bett in Antipolis Sonnenglut auf geweißter Wand hinter Fensterscheiben –

Ich mal wieder die Koffer gepackt –

Sterbende Spinner in St. Paulis Gaslicht die Innenstadt Radiogekreisch Fernsehschirm Splitterbomben im Hof –

Erschreckte Untergrundbahnfahrer im Polizeibericht im matten Licht aus leeren Zimmern der Herbertstraße werden Kohlen geschauelt –

Vietnam: Traum vom Eros Gedanken verfilmt wieder Krieg –

Im Februar Regen wie immer in Deutschland – Deutschland. Noch nicht dunkel. Die Atlantik-Sonne eine Wolke bei Dover in unzähligen Feldern Englands unterm Regenbogen –

In den Pyrenäen Mittelmeers weißer Rauch Großstädte im Westen wo Straßen auf sandiges Ufer treffen –

Die Hausfassaden blau und die Wände lau im Abendlicht die Hügel hinauf –

Der Kellner im Rinnstein mit dem Dubonnet rot-violett am Gas erstickt den Kassenzettel tippt und müde besoffen sein Gesicht lautlos versinkt –

Küste und Inseln Marseille von Pinien verwischt –

Grüngepinselte Wüste auf der Straße den Pincio hinauf hell und silbrig auf einem grossen Olivenblatt –

Ich sah die Olivenhaine von Le Sacca die helle Nacht auch die Schatten der Steine. Der Fluß klang sanft Hundegebell dort drüben das Rollen eines Zuges der weite hohe Himmel mit ganz hellen Schatten nächtlicher Gewässer –

Nachtzüge sind halbe Mondflüge dachte ich zwischen Sanary und der Küste eine in Dunst getauchte Linie –

Etwas kühler das Forum Romanum ich tauchte Weißbrot in dunklen Wein. Ich setzte mich auf hatte den Überdosis-Geschmack. Die Küste Staub Jod und Dunst –

Auf dem Nachtkasten sah ich die Welt dachte an den Norden das Abstrakte in der Luft den Geruch arktischer Länder diesen lauwarmer Geruch von Wasser und Wolken in grünen rostigen Fernen aus Nordlicht und Stein diesen glatten Geruch einer Landschaft eines von Bäumen verwischten Horizonts Tag und nachts –

Die lebendig helle Lache kühler Brüste und der ganz klare Atem einer durchsichtigen

Nacht über Fjords und Selbstbedienungsladen und die Augen des lallenden Mädchens einer Flasche *Old genuine* unter meiner kierten Schafwolldecke –

Wir hatten uns in einem Selbstbedienungsladen kennengelernt. Ich fragte sie nach einem Eskimo-Gedicht nach dem Wendekreis und nach Bärenschweiß. Ihr sauberes Gebiß das mir kringeliges Haar zerriß –

Was sich tut erfahre ich zwischen den Zeilen. Ordnung und Vaterland (Majestätsbeleidigung wie dazumal) hirnverbrannte Uniformen einst über Gernika –

Tucholsky hatte Deutschland verlassen. Das Eichmann-Syndrom. Die Erde europäischer Leichen –

Wir fuhren mit dem Lift. Es regnete. Das Meer war ein grauer Fleck. An allen Tischen wurde gefrühstückt. Ein Mädchen verteilte Zucker und Croissants. Wir warteten an einem Tisch. Das Mädchen hatte ein rauhes grünes Tablett. Das Meer die Luft klebte auf der Haut.

Am Strand veränderte sich Ofelias Haut. In Sanary auf dem Weg zum Bahnhof ein letzter Blick in Richtung Afrika.

Wohin? bevor der Zug in Richtung Italien kam. Ich bestellte ein *Pschitt* sah im Spiegel die roten Ränder meiner verstaubten Augen –

Als wir durch Sanary kamen beschlagene Tischtennisplatten. Man spielte wie eh und je am Ende des Parkplatzes hinterm Pizzaladen –

Legers klobige Hände hinter den Pinien auf dunklem Hemd mit lässig gebundener Krawatte –

Ich wischte Asche vom Bett legte die Armbanduhr und drehte am Transistor –

Orgelmusik und der feine Nabel eines unbekannten Mädchens über der Badehose im Sand –

An Land Fischsuppe. Ofelia lachte beim Bier an der jugoslawischen Küste überm Kotflügel, winkte mit der Hand. Ich fuhr nachts bis München, sah die grellen Farben von Waden zwischen Beckenknochen verdunstenden Öls unterm Sonnendach im Unterhemd –

Wir tranken nachts unter Bäumen wo Franzis Zeitungen verkaufte und tätowiert Schlagzeilen in den Rummel der Eisdiele schrie wo uns Neon auf die Augen fiel –

Im Februar regnete es. Ich suchte Unterlagen über Giftgase in Vietnam. Langsam fuhr die S-Bahn durch Bahnhöfe. In den Zeitungsberichten war von Trichlorphenoxyd-Essigsäure die Rede; von Kalziumzynamid Dinitrophenol und Dinitroortokresol. Auf den Straßen Matsch und Schnee, sah triste aus. Die S-Bahn leer und kalt. Schwarze Gerüste und Posten. Das hat uns Lucius Clay eingebrockt.

Wer is das? fragte sie. Wir saßen gegenüber dem Berolina-Haus. Autos zogen Spuren. Im Buchladen wurde es dunkel aber mir war nicht nach kritischem Realismus –

und der Deckenlampe (diesem durchsichtigen Jetzt im Krankenhaus unter Kriegskruppeln Stahlhelm) draußen der Main. Mag sein daß ich etwas müde war an dem Tag. War die ganze ganze Nacht gefahren.

Die Häuser Nizzas dahinter Fenster. Jemand steckt seinen Kopf in den Türrahmen überall Geflüster. Der Eiserner Steg, die Luft etwas kühler. Eine Frau am Bett nickt. Wie es eben in der dritten Klasse ist. Die Schwester hat den Odolgeruch wie wenn sie ihre Tage kriegt. Ist also nichts –

Günther Guben

# Klöße mit Speck und Zimt

Wer Eier hat, ruft der Koch, komme zu mir! Zween benötige ich zum Anrichten, zween zum Verrichten und eines hinterher.

Die Nachtsamigen kommen und die Einzeller, die Paarfüßler und die Vierzehner, Donner, Kirch und Sapperment.

Ei, ruft der große Koch, ei, welche Freude allhier zu sehen die Eiträchtigen!

Er eilt auf sie zu, nimmt ihnen ihre Last ab; sie werden sorgenfrei, stehen und gehen ohne Argwohn, ohne die Amsel um ihrem makellosen Ruf zu beneiden, begrüßen den neuen Tag und lassen den Koch einen guten Mann sein.

Der ruft sie herbei, fordert sie auf achtzugeben auf das siedende Fett, schleicht sich davon, kommt hinterrücks wieder und schlägt sie allesamt und miteinander in die Pfanne. Alsdann reibt er sich verlegen die behaarten Hände und spricht das Morgengebet.





# textflügelobjekttext

dies ist das erste textflügelobjekt oder wie man sagen will ist doch egal wie man es nennen will spielt doch eine rolle die minimal die nicht zur geltung kommt die unwesentlich da jeder seinen gedanken hierbei nachhängt die jeder verschieden in seinen kleinen grauen zellen verarbeitet die der phantasie des einzelnen wie dir zb der du jetzt liest gerade in den sinn kommt und deine eigene aussage hauptsache es kommt dabei eine heraus darlegst sie dir wenn's beliebt schriftlich festhältst damit du bestehen kannst gegenüber deinem nachbarn oder deinem freund auch deiner tante da sie alle als käufer in frage kommen und alle nicht nur sagen können das ist humbug ein nonsens ein unsinn die alle eine stellung anziehen müssen beziehen auch und salbungsvolle silben murmeln werden wenn die frage und das objekt an ihrer grünen seite hängt beschafft nicht aus amerikanischen lagerbeständen sondern aus deutscher werkstatt in vereinsform mit einem heissen schuss vereinsmeierei wo jeder seinen weg drehen kanh so er will so du willst kostet es dich dm 0,20 also eine postkarte uns zu fragen was wir basteln und objektivieren damit wir sagen können lieber kunstfreund unserer hausnachrichten anbei zimmer dir dein bild und bestelle ruhig mit modernem gewissen unsere arbeit sie wird dir helfen das leben zu meistern und neue horizonte werden deinen kunstverstand erweitern eine recht optische lösung die wir bieten und die du in dein herz schließen solltest. — die kunst schütze dich.



Kurt Sigel

## E Klaa Schildberjer-beschimpfung

Zieh Pudel Dappes de Maa brennt  
odder saach de Nasetrompeter se solle ihn  
Rotz ins Wasser schnippe  
un ihr lissi Dreck im Hern dezu  
morje geht die Weld unner  
ihr brischbeler Bappsäck ihr eigeplackte  
ihr Bierlimmel Handkässtinker Schmachtlappe  
Schnudebutzer  
duhd euer Schlaraffegesichter samt de Zah-  
brick in die Brieh schmeiße  
de Maa brennt un die Nudde kacke Eier  
heut nacht kriehde de Herrgodd en Stumper  
die aal runzlich Erd wackelt un de Mond duhd  
Lumpe kotze  
en kranker Fortz kann net frehlich stinke  
hat de Deiwel gesacht un Öl uffs Feuer ge-  
schisse  
des Kraweloos hat em Herrgodd e Atombomb  
unner de Hoselatz geschowe  
un der Simbel merchts net  
Leud kaaft euch Aktedasche 's komme lausi-  
sche Zeide  
un laßt euer Kepp dehaam die sin sowieso leer  
Feuer! de Maa brennt un ihr kennt's net aus-  
schwätze  
de Deiwel will sich e Zigarett aastecke un läßt  
die Weld hochgehe  
werin dem de Arsch brennt hat er's Jucke  
gespart  
un ihr hohlkeppiche Demarkschwitzer Fettklees  
Owrigkeitsbuckler  
ihr Brickschisser merchts net  
Fresser dene de Notstand aussem Maul stinkt  
wie de Kuh ihr dood Kalb  
weil se iwerm Fresse des Denke vergesse  
jetzt habt err Maachezwicke un de Bauch geht  
euch uff wie en Kreppel  
Feuer! de Maa brennt! un ihr kennt's net aus-  
blase  
ihr atlantische Feuerwerker Vorwärtsstrategie  
Blechordeverdiener  
zieh Pudel Dappes die Weld geht unner  
un da wo se unnergeht lieht Sachsehaue

II

Habt err's geheert: de Maa brennt  
sperrt die Ohrn uff un leucht euer Nase in de  
Wind  
von da wo er herweht kimmt nix gutes  
ihr Mitlaafer Mucker Jawollbriller Stramm-  
steher Schmißgickel  
ihr vaterländische Vereinsgärtner  
euch iss die Haut zu kurz un des Maul zu groß  
gerade  
euch soll die Krätz im Fell uffgehe wie Mohn-  
same uff'm Acker  
ihr Arschlöcher  
euch steht en Stiwwelabdruck im Gesicht bes-  
ser als en Orde am Hals  
ihr habt noch immer nix dezu gelernt  
denn heut geheert euch Deutschland un morje  
geht die Weld unner  
ihr Kasernehofkrischer ihr Schrumpfgermane  
Hakekreuzschmierer Jedefresser  
net genuch sin euch die Kepp illuminiert worn  
am liebste dehd err die Weld in Brand stecke  
un e Lunt an de Maa leche  
dehd er net schon brenne  
denn die jingste Daach iss aagebroche die  
Dooche mache Krawall  
zieh Pudel Dappes de Maa brennt  
un wenn er net brennt will ich Sisichel haaße

wolfgang schmidt  
bemerkungen zu meiner arbeit  
7 november 1967

1957 traf ich in reykjavik diter rot  
er lehrte mich totalitäres arbeiten

satz aus dem jahr 1961  
willkürliche eingriffe zur erreichung  
schöneren aussehens sind verboten

satz aus dem jahr 1965  
programm ist wichtiger als erscheinungsbild

satz aus dem jahr 1967  
es ist eine zumutung  
sich selbst  
der mitwelt  
oder gar der nachwelt  
sperrige gegenstände zu hinterlassen

schmidt

an 6 von 7 tagen mache ich gebrauchsgrafik  
weil die mir wichtiger ist  
zb filmplakate für atlas als es die noch gab  
informationsmaterial für möbel von  
dieter rams dem braundesigner  
gemeinsam mit professor hans michel das  
orientierungssystem der frankfurter u bahn

aber kaum werbung wie man sie heute hat  
modernistischer jargon  
abgekocht mit aufgewärmtem jugendstil  
die hippies kommen sind schon da  
manchmal darfs auch seriell sein

nur 1 von 7 tagen für das andere  
obwohl es mehr spaß macht

also ein sonntagsmaler

freilich mit system und aus folgendem grund:  
programme realisieren  
in die einem niemand hereinredet

programme:  
serielle permutation elementaren materials  
also punkt linie fläche volumen farbe  
oder  
zeichnen buchstaben texte  
oder  
systematische veränderung  
inhaltsbeladenen materials  
zb köpfe ganze mädchen ohne was  
nach prädeteterminierten regeln

wie hier

vierschwarz  
dreischwarz  
zweischwarz  
einschwarz  
einschwarz einrot  
einschwarzzweirot  
einschwarz dreierot  
vierrot  
dreierot  
zweirot  
einrot  
einrot eingelb  
einrotzweigelb  
einrot dreigelb  
viergelb  
dreigelb  
zweigelb  
eingelb  
eingelb einblau  
eingelbzweibelau  
eingelb dreibelau  
vierblau  
dreibelau  
zweibelau  
einblau  
einblau  
einrot einblau  
einschwarz  
einschwarz eingelb  
einschwarz einrot eingelb einblau  
einschwarz einrot eingelb einblau

jeder textzeile entspricht wörtlich eine  
jede bildseite folgt wörtlich der

entsprechenden textzeile  
1962 realisiert in buch 4 vielfarbengedicht

oder das schema für die serielle kombination  
von 4 elementen

|     |   |   |   |   |
|-----|---|---|---|---|
| 1.  | 1 |   |   |   |
| 2.  |   | 2 |   |   |
| 3.  |   |   | 3 |   |
| 4.  |   |   |   | 4 |
| 5.  | 1 | 2 |   |   |
| 6.  | 1 |   | 3 |   |
| 7.  | 1 |   |   | 4 |
| 8.  |   | 2 | 3 |   |
| 9.  |   | 2 | 4 |   |
| 10. |   |   | 3 | 4 |
| 11. | 1 | 2 | 3 |   |
| 12. | 1 | 2 |   | 4 |
| 13. |   | 2 | 3 | 4 |
| 14. | 1 | 2 | 3 | 4 |

keine sperrigen gegenstände:  
alles ist im handlichen format 50 x 50 cm  
gemacht  
zum reihen biegen falten montieren und wieder  
demonstrieren entfalten entbiegen entziehen

mobil variabel ohne transportproblem

für solche sachen  
(„er schreibt kunst mit kleinem k“  
eckard neumann)  
sind galerien kaum die rechte präsentations-  
stätte denn erstens  
kommen sie mit wänden oder gar  
käufergutestubenwänden nicht aus  
weil sie dafür nicht gemacht sind  
und zweitens  
sind sie viel zu billig

bücher:  
natürlich nicht welche mit schönem einband  
sondern solche die nicht seitenweise  
sondern bogenweise konstruiert sind  
bedruckt unbedruckt  
zerschnitten faltet knüllt rissen

(anzeige)

neu: buch 8 lilli typos verlag frankfurt  
mit einem gedicht des autors

|                         |                      |
|-------------------------|----------------------|
| lilligedicht 1. strophe | 23                   |
|                         | 172                  |
|                         | 90                   |
|                         | 60                   |
|                         | 88                   |
| 2. strophe              | lilli                |
|                         | iiii                 |
|                         | iiii                 |
|                         | iiii                 |
|                         | iiii                 |
| 3. strophe              | iiiiiiiiiiiiiiiiiiii |

neu: buch 9 KNÜLLER

neu: buch 10 REISSER

demnächst: buch 11 VERGRIFFEN

im verlag wendelin niedlich stuttgart

neulich nahm jemand den REISSER total ernst  
er zerriss ihn

letzte seite:

wolfgang schmidt  
plan für serie 22  
foto  
je 50 x 50 cm  
1967

entwicklung und rotation einer zeichen-  
konstellation über rotierendem kopf

denkbare weiterentwicklung:  
zu sehen und sprechen kann hören kommen  
aus den zeichen können buchstaben und  
worte werden  
bei denen das mädchen gelb oder grün oder  
auch rot werden könnte

Nicolas Born

## Variation einer Liebesgeschichte

Ein Mann: er ist zehn Zentimeter größer als ich, aber es sieht aus, als wären es zwanzig. Wenn wir ihm begegnen, steht er in Positur, gegen die Gatterstäbe gelehnt, den Zigarettenstummel im Mundwinkel, die Ellbogen aufgestützt, die Augen verengt und sein Gesicht hell bis auf die Augenschatten. Ulla sieht wieder länger hin als ich. Er hebt eine Hand und grüßt. Ich weiß genau, daß er nur Ulla meint, daß er mich vom ersten Tag an kaum beachtet hat. Ich würde ihn auch jetzt kaum daran hindern können, uns nahezukommen und mit Ulla zu sprechen.

Wir sind weitergegangen. Ich kann nichts dagegen tun, daß ich ihr Vorwürfe mache. Zuerst lächelt sie, aber ich kann nicht aufhören damit und schon wandelt sich ihre Laune. Sie sieht nachdenklich aus, dann ärgerlich, dann böse und sie sagt, ich ginge ihr mit meiner Eifersucht auf die Nerven. Ich bin nicht eifersüchtig, sage ich, aber es macht mich verrückt, daß du ihn so beachtest, ich weiß, daß er ein Abstauber ist, ein typischer Abstauber, nimmt was er kriegen kann. Sie streitet das ab und sagt, er wäre kein Abstauber, aber selbst wenn er einer wäre, was ginge mich das an.

Ich bin tatsächlich nicht eifersüchtig. Aber als wir weit genug draußen waren, den schrägen Pfad über den Damm genommen hatten, niemand zu sehen war auf dem grünen Plan und uns noch Hecken abschirmten gegen das Dorf, habe ich sie geschlagen. Sie wollte sich wehren und zurückschlagen, da wurde ich heftiger und trieb sie rückwärts weiter bis sie ins Stolpern kam und ins nasse Gras fiel. Ungeachtet der Nässe blieb sie da liegen. Ich ging an ihr vorbei, weiter, viel weiter. Da erst blieb ich stehen und steckte mir eine Zigarette an und es war so, als könne ich mich selbst beobachten, wie ich rauchend mitten auf der Wiese stand, wie Ulla mich sehen konnte oder wie mich etwa verborgene Augen aus den Hecken heraus sehen konnten. Ich war ganz ruhig und sah dem Rauch nach, den der Wind mir gleich vom Mund nahm und auseinandertrieb. In einer Hecke war ein Durchbruch, mit Draht geflickt und es war komisch, wie da jetzt eine Kuh auftrat und mich ansah, nicht überrascht, aber interessiert. Niemals wäre ich auch nur einen Schritt zurückgegangen, Ulla entgegen. Ich sah, wie sie sich gebrochen und schwach, vielleicht schwankend, erhob und mir langsam nachkam. Ich wartete, bis sie mich eingeholt hatte und ging, sie neben mir, weiter ohne zu sprechen. Wir kamen an einen Stacheldrahtzaun. Die Hand auf den Pfahl gestützt, sprang ich hinüber. Das machte Spaß, weil ich eine tolle Elastizität spürte und vermutlich noch viel höher gesprungen wäre. Von der anderen Seite reichte ich ihr eine Hand als Hilfestellung und mit zitternden, schaukelnden Beinen erklimmte sie die drei Sprossen aus Draht und sprang da herunter und war bei mir. Nikolas Born

## Sprüche

bürger schont eure objekte  
objekte gegen chinas bombe?  
mein objekt ist meine burg  
wollt ihr die totalen objekte?  
objekt am morgen bringt glück am dritten tag  
objekte zum tanzen und träumen  
seid umschlungen objekte



